

JAHRES FINANZBERICHT

2015

Alle Bezeichnungen im Konzernbericht, die der besseren Lesbarkeit wegen ausschließlich in der männlichen Form verwendet wurden, gelten sinngemäß auch in der weiblichen Form.

KENNZAHLEN DER VOLKSBANK WIEN AG

Werte in EUR Mio.	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
Bilanz			
Bilanzsumme	10.018	3.412	3.816
Forderungen an Kunden	3.722	2.454	2.326
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.992	3.064	3.233
Verbriefte Verbindlichkeiten	798	0	37
Nachrangkapital	18	18	21
Eigenmittel nach Basel III für den Volksbank Wien AG Konzern ¹⁾			
Hartes Kernkapital (CET1)	359		
Zusätzliches Kernkapital (AT1)	0		
Kernkapital	359		
Ergänzungskapital (T2)	10		
Eigenmittel	370		
Risikogewichtete Beträge Kreditrisiko	2.025		
Gesamtrisikobetrag Marktrisiko	188		
Gesamtrisikobetrag Operationelle Risiken	577		
Gesamtrisikobetrag aufgrund Anpassung der Kreditbewertung	90		
Gesamtrisikobetrag	2.881		
Harte Kernkapitalquote ²⁾	12,5 %		
Kernkapitalquote ²⁾	12,5 %		
Eigenmittelquote ²⁾	12,8 %		
Werte in EUR Mio.	2015	2014	
Ergebnisse			
Zinsüberschuss	70,1	58,7	
Risikovorsorge	13,8	11,3	
Provisionsüberschuss	30,1	27,5	
Handelsergebnis	7,1	0,0	
Verwaltungsaufwand	-122,2	-69,6	
Restrukturierungsaufwand	-0,3	0,0	
Sonstiges betriebliches Ergebnis	15,8	5,3	
Ergebnis Finanzinvestitionen	8,5	5,1	
Ergebnis aus Unternehmen bewertet at equity	-6,5	0,0	
Ergebnis vor Steuern	16,3	38,3	
Ertragsteuern	12,8	-8,8	
Ergebnis nach Steuern	29,0	29,5	
Fremdanteile	0,0	0,0	
Konzernergebnis	29,0	29,5	
Ratios ³⁾			
Operative Cost-Income-Ratio	114,0 %	80,7 %	
ROE vor Steuern	5,9 %	20,6 %	
ROE nach Steuern	10,5 %	15,9 %	
ROE Konzern	10,6 %	15,9 %	
Ressourcen			
Ø-Anzahl Mitarbeiter	815	583	
hievon Inland	815	583	
Ultimo-Anzahl Mitarbeiter	1.130	671	
hievon Inland	1.130	671	
Anzahl Vertriebsstellen	64	57	
hievon Inland	64	57	

1) Da erst mit Einbringung des ZO Teilbetriebes am 4. Juli 2015 eine gesetzliche Verpflichtung zur Ermittlung von konsolidierten Eigenmittel entstanden ist, werden keine Vergleichszahlen angegeben.

2) bezogen auf das Gesamtrisiko

3) Die operative Cost-Income-Ratio errechnet sich aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss und Handelsergebnis im Verhältnis zum Verwaltungsaufwand.

INHALT

VOLKSBANK WIEN AG

Lagebericht

- 4 Vorwort des Generaldirektors
- 5 Bericht des Aufsichtsrates
- 10 Der Vorstand
- 12 Der Aufsichtsrat

- 18 Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage
 - 18 Geschäftsverlauf
 - 22 Bericht über Zweigniederlassungen
 - 22 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren
 - 24 Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag
- 24 Bericht über die voraussichtliche Entwicklung und die Risiken des Unternehmens
 - 24 Wirtschaftliches Umfeld 2016
 - 25 Ausblick geplante Fusionen 2016
 - 25 Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens
 - 25 Wesentliche Risiken und Ungewissheiten
- 25 Bericht über Forschung und Entwicklung
- 25 Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Konzernabschluss

Einzelabschluss

Personen und Adressen

- 30** Konzerngesamtergebnisrechnung
- 31** Konzernbilanz zum
31. Dezember 2015
- 32** Entwicklung des
Konzerneigenkapitals
- 33** Konzerngeldflussrechnung
- 34** Inhaltsverzeichnis Notes
- 36** Anhang (Notes)
zum Konzernabschluss
- 134** Bilanzzeit
- 135** Bestätigungsvermerk

- 140** Bilanz zum 31. Dezember 2015
- 142** Gewinn- und Verlustrechnung
- 144** Anhang
- 170** Lagebericht
- 198** Bilanzzeit
- 199** Bestätigungsvermerk

- 206** Volksbank Wien AG
- 207** Tochtergesellschaften
- 208** Terminologie
- 209** Impressum

VORWORT DES GENERALDIREKTORS



Dipl.-Ing. Gerald Fleischmann
Generaldirektor und
Vorsitzender des Vorstandes

Für die VOLKSBANK WIEN war 2015 ein außergewöhnliches und entscheidendes Jahr. Aus der Regionalbank Volksbank Wien-Baden ist in diesem Jahr die VOLKSBANK WIEN entstanden, die einerseits die größte Regionalbank unter den österreichischen Volksbanken ist, andererseits seit Jahresmitte auch die Funktion als Zentralorganisation für den gesamten Volksbanken-Verbund in Österreich wahrnimmt.

Schon Ende 2014 wurde beschlossen, dass sich der Volksbanken-Verbund bis 2017 in Form von 8 Regional-Volksbanken und 2 Spezialinstituten neu organisieren soll. Die VOLKSBANK WIEN hat im Rahmen dieser Neuordnung im Herbst 2015 mit den beiden Regionalbanken Volksbank Ost und Volksbank Obersdorf-Wolkersdorf-Deutsch Wagram fusioniert. Für das Jahr 2016 sind weitere 4 Fusionen geplant. Nach Abschluss dieser Fusionen wird das Einzugsgebiet der VOLKSBANK WIEN ganz Wien, das gesamte Burgenland und die Osthälfte Niederösterreichs umfassen.

Durch den Beschluss, die Strukturen der ÖVAG neu zu ordnen, wurde diese gespalten. Non core assets verblieben in der Abbaugesellschaft immigon portfolioabbau ag, die Aufgaben als Zentralorganisation des Volksbanken-Verbundes sowie dessen Servicefunktion wurden an die VOLKSBANK WIEN übertragen. Durch die Doppelfunktion der VOLKSBANK WIEN als eigenständige Regionalbank und als Zentralorganisation für den Volksbanken-Verbund sollen auch Synergien im Kostenbereich erreicht werden. Ein wesentliches Ziel der im Jahr 2015 eingeleiteten Neuorganisation ist der Aufbau eines soliden, rein österreichischen Bankenverbundes.

Das Niedrigzinsumfeld und die großen regulatorischen Aufwendungen stellten neben den Fusionen einen großen Belastungsfaktor für die VOLKSBANK WIEN dar. Durch die Vereinfachung des Geschäftsmodells werden mittelfristig Einsparungen angestrebt. Vor allem konzentriert sich die Bank auf die Kernbereiche Einlagen, Kredite und Zahlungsverkehr. Im Dienstleistungsgeschäft bei Versicherungen, Wertpapieren, Leasing, Bausparen und weiteren Geschäftsfeldern wird die VOLKSBANK WIEN Produkte von Kooperationspartnern vertreiben, die in diesen Bereichen höchste Expertise und Qualität besitzen. Die VOLKSBANK WIEN konzentriert sich auf die Wünsche, Interessen und den Bedarf ihrer Kunden und auf ihre hohe Beratungsqualität. Durch die Neuorganisation des Verbundes mit größeren Einheiten erhöhen wir die Effizienz, um Schnelligkeit, Flexibilität, Kundennähe und Regionalität sicherzustellen.

Die Filialen stellen in der VOLKSBANK WIEN weiterhin den zentralen Vertriebsweg dar. Durch einzelne Zusammenlegungen von Filialen soll erreicht werden, dass an allen Standorten eine hohe Kompetenz sowohl im Privatkundengeschäft als auch im Kommerzbereich vorhanden ist. Alle Maßnahmen in der Filial- und der Vertriebsorganisation zielen darauf ab, den Kunden und die Beratungsqualität noch stärker in den Fokus zu rücken. Dazu gehören selbstverständlich auch kontinuierliche Investitionen in die Aus- und Weiterbildung unserer Mitarbeiter. Unsere Mitarbeiter sind und bleiben die wichtigste Ressource in unserem beratungs- und beziehungsorientierten Ansatz. Die weitere Erhöhung der Beratungsstandards ist ein klares Ziel.

Im Jahr 2015 haben wir auch große Anstrengungen unternommen, um eine stabile Eigenkapitalausstattung zu erreichen. Die Kernkapitalquote des Konzerns lag zum Jahresende bei rund 12,5 %. Damit können wir unsere Hauptaufgabe im Sinne unserer volkswirtschaftlichen Funktion, die Finanzierung von Privaten und Unternehmen, gut wahrnehmen. Besonders die Klein- und Mittelständischen Unternehmen, eine wesentliche Säule der österreichischen Wirtschaft, stehen bei uns im Fokus. Privatkunden schätzen die gute Beratung und die für ihren individuellen Bedarf passenden Leistungen.

Das Jahr 2015 war von massiven Veränderungen geprägt, die eine chancenreiche Basis für die nächsten Jahre geschaffen haben. Für den enormen Einsatz danke ich allen Mitarbeitern, Funktionären und Eigentümern. Besonderer Dank gilt unseren Kunden, die der VOLKSBANK WIEN im letzten Jahr ihre große Treue bewiesen haben.

Wien, im April 2016

Dipl.-Ing. Gerald FLEISCHMANN
Generaldirektor und Vorsitzender des Vorstandes

BERICHT DES AUFSICHTSRATES

gemäß § 96 AktG für das Geschäftsjahr 2015

Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr 2015 in vier ordentlichen, drei konstituierenden und sieben außerordentlichen Sitzungen sowie in weiteren Besprechungen und Ausschüssen über die Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung sowie über die Lage, die Entwicklung und die beabsichtigte Geschäftspolitik des Unternehmens informiert.

Die entsprechenden Berichte des Vorstandes wurden zur Kenntnis genommen und die notwendigen Beschlüsse gefasst.

Über die Arbeit der Ausschüsse des Aufsichtsrates berichteten die Vorsitzenden der Ausschüsse regelmäßig im Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat hatte somit in ausreichendem Maße Gelegenheit, seiner Informations- und Überwachungspflicht zu entsprechen.

Der Aufsichtsrat hat folgende Ausschüsse gebildet: Arbeits- und Risikoausschuss, Prüfungsausschuss, Vergütungsausschuss, Nominierungsausschuss, Personalausschuss sowie Ausschuss Transformation und Fusionen.

Der Arbeits- und Risikoausschuss hielt im Jahr 2015 vier Sitzungen ab, in denen die in seine Kompetenz fallenden Veranlagungen sowie die Risikothesen, die Risikostrategie und die aktuelle Risikolage der Gesellschaft und des Volksbanken-Verbundes behandelt wurden. Der Prüfungsausschuss hielt im Jahr 2015 vier Sitzungen ab. In diesen Sitzungen wurden neben der Jahresabschlussprüfung und der Konzernabschlussprüfung insbesondere das interne Kontrollsystem, das interne Revisionssystem und das Risikomanagementsystem behandelt.

Der Vergütungsausschuss befasste sich im Jahr 2015 in drei Sitzungen mit den Grundsätzen der Vergütungspolitik in der VOLKSBANK WIEN AG und im Volksbanken-Verbund und mit dem Vergütungssystem.

Der Nominierungsausschuss hielt im Jahr 2015 zwölf Sitzungen ab. In diesen Sitzungen fand die jährliche Evaluierung der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder, die Evaluierung der Schlüsselkräfte und die Behandlung der Fit & Proper Policy der Gesellschaft statt. Weiters befasste sich der Nominierungsausschuss mit dem Such- und Auswahlverfahren für geeignete Vorstandsmitglieder für die VOLKSBANK WIEN AG und erstattete diesbezügliche Vorschläge an den Aufsichtsrat.

Der Personalausschuss befasste sich im Jahr 2015 in sieben Sitzungen mit den Inhalten und der näheren Ausgestaltung der Vorstandsverträge.

Der Ausschuss Transformation und Fusionen hielt im Jahr 2015 sechs Sitzungen ab, in denen die Übernahme der Zentralorganisations-Funktionen für den Kreditinstitute-Verbund von der ehem. Österreichische Volksbanken-AG, der Fortschritt des Transformations- und Fusionsprozesses im Volksbanken-Verbund, die Abwicklung der Einbringungen der Bankbetriebe der Volksbank Ost und der Volksbank Obersdorf-Wolkersdorf-Deutsch Wagram in die VOLKSBANK WIEN AG sowie die für das Jahr 2016 geplanten Einbringungen der Bankbetriebe der Volksbank Marchfeld und der Volksbank Weinviertel in die VOLKSBANK WIEN AG behandelt wurden.

Die Sitzungen des Aufsichtsrates und seiner Ausschüsse waren von einem hohen Anwesenheitsquorum der Mitglieder geprägt. Lediglich jeweils ein vom Betriebsrat entsandtes Mitglied war in mehr als der Hälfte der Sitzungen des Aufsichtsrats abwesend.



Mag. Heribert Donnerbauer

Vorsitzender
des Aufsichtsrates

Die im Jahr 2014 mit der Beschlussfassung der a.o. Hauptversammlung am 22. Dezember 2014 über den Abschluss eines neuen (geänderten) Verbundvertrages gemäß § 30a BWG (und der damit einhergehenden Beendigung des 2012 abgeschlossenen Verbundvertrags) eingeleitete Transformation und Umstrukturierung des Volksbanken-Verbundes wurde im Jahr 2015 fortgesetzt. Den diesbezüglichen Beschlussfassungen der ordentlichen Hauptversammlung am 29.05.2015 bzw. der außerordentlichen Hauptversammlung am 07.08.2015 gingen jeweils intensive Beratungen und Prüfungen des Aufsichtsrats sowie des Ausschusses Transformation und Fusionen auf Basis der vom Vorstand vorgelegten Unterlagen und Erörterungen voraus.

So erfolgte auf Basis des Spaltungs- und Übernahmevertrags vom 1. Juni 2015 die Übernahme des Zentralorganisations- und Zentralinstitut-Funktion Teilbetriebs der Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft durch verhältnismäßige Abspaltung zur Aufnahme im Wege der Gesamtrechtsnachfolge gemäß § 1 Abs. 2 Z 2 SpaltG iVm § 17 SpaltG unter Anwendung von Art VI UmgrStG mit Spaltungstichtag 31.12.2014, die mit 4. Juli 2015 rechtswirksam wurde.

Mit Einbringungs- und Sacheinlagevertrag vom 7. August 2015 wurde rückwirkend per 31. Dezember 2014 der Bankbetrieb der Volksbank Ost registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung gemäß § 92 BWG, nach den Grundsätzen des Umgründungssteuergesetzes, eingebracht. Ebenso wurde mit Einbringungs- und Sacheinlagevertrag vom 7. August 2015 der Bankbetrieb der Volksbank Obersdorf – Wolkersdorf – Deutsch-Wagram e.Gen. rückwirkend per 31. Dezember 2014 gemäß § 92 BWG, nach den Grundsätzen des Umgründungssteuergesetzes, eingebracht.

Im Hinblick auf die Erweiterung der Aufgaben und des direkten Einzugsgebiets war auch eine Änderung des bisherigen Firmennamens der Volksbank Wien-Baden AG notwendig. Mit dem nunmehrigen Firmennamen VOLKSBANK WIEN AG werden die gestellten Anforderungen erfüllt: einerseits ist der Firmenname aufgrund der Funktion der Bank als Ansprechpartner für internationale Partner kurz und prägnant, andererseits stellt er einen Bezug zur Region, in der die VOLKSBANK WIEN AG als Regionalbank tätig ist, her und zeigt die Funktion als Zentralorganisation für die anderen regionalen Volksbanken auf.

Da die Bewilligung des Kreditinstitute-Verbundes der Volksbanken gemäß § 30a BWG mit der VOLKSBANK WIEN AG als Zentralorganisation auf Basis des aktuell geltenden Verbundvertrags von der Europäischen Zentralbank zeitlich befristet bis 30. Juni 2016 erteilt wurde, gilt es nun, die fortgesetzte Bewilligung des Kreditinstitute-Verbundes sicherzustellen. Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat daher entsprechende Änderungsvorschläge für die neue Verbund-Governance vorgelegt, die der Aufsichtsrat nach eingehender Erläuterung und Beratung genehmigt hat. Die neue Verbund-Governance wurde in der außerordentlichen Hauptversammlung am 17. März 2016 genehmigt.

Im Zusammenhang mit der neuen Rolle der VOLKSBANK WIEN AG als Zentralorganisation des Kreditinstitute-Verbundes gab es im Jahr 2015 auch personelle Änderungen im Vorstand und im Aufsichtsrat:

Mit der – teilweisen – Neubesetzung des Vorstandes galt es, die strategischen Überlegungen des Kreditinstitute-Verbundes zu berücksichtigen und eine größtmögliche Effizienz in der Wahrnehmung der Aufgaben der neuen Zentralorganisation zu erreichen. Der Nominierungsausschuss wurde beim Auswahlverfahren vom renommierten Personalberatungsunternehmen

Korn Ferry begleitet. Als Ergebnis dieses Auswahlprozesses wurde per 1. April 2015 das Vorstandsmandat des langjährigen Vorstandsmitglieds Josef Preissl (zuständig für Marktfolge und ab 1. Juni 2015 stellvertretender Vorstandsvorsitzender) um weitere 5 Jahre bis zum 31. März 2020 verlängert.

Ebenfalls per 1. April 2015 wurde Mag. Wolfgang Schauer für eine Funktionsperiode von 5 Jahren (somit bis zum 31. März 2020) zum Marktvorstand bestellt. Mit Wirksamkeit ab 1. Juni 2015 wurde Dipl.-Ing. Gerald Fleischmann für eine Funktionsperiode von 5 Jahren (somit bis zum 31. Mai 2020) zum Vorsitzenden des Vorstandes bestellt. Schließlich wurde mit Wirksamkeit ab 1. Dezember 2015 Dr. Rainer Borns für eine Funktionsperiode bis zum 31. Mai 2020 zum Vorstandsmitglied, zuständig für den Bereich Finanzen, bestellt. Diesen Vorstandsbestellungen gingen jeweils umfassende Beratungen des Nominierungsausschusses, des Personalausschusses und des Aufsichtsrates voran. Die bisherigen Vorstandsmitglieder Erich Fuker und Wolfgang Layr haben ihre Vorstandsmandate mit 31. März 2015 zurückgelegt.

Der Aufsichtsrat ist überzeugt davon, dass die VOLKSBANK WIEN AG mit dem nunmehrigen vierköpfigen Vorstand die gegenwärtigen und künftigen Herausforderungen bewältigen wird und die bestmöglichen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Entwicklung des Volksbanken-Verbundes und seiner Zentralorganisation geschaffen wurden.

Im Zuge der Neustrukturierung des Volksbanken-Verbundes wurde mit der Republik Österreich akkordiert, dass die Zahl der Aufsichtsräte in der neuen Zentralorganisation auf zehn von der Hauptversammlung gewählte beziehungsweise gemäß § 19 der Satzung und § 88 Aktiengesetz entsandte Mitglieder verringert werden soll.

Vor diesem Hintergrund haben die nachfolgenden bisherigen Aufsichtsratsmitglieder ihr Mandat mit Wirksamkeit der Beendigung der am 7. August 2015 stattgefundenen außerordentlichen Hauptversammlung zurückgelegt:

Prof. Mag. Dr. Leo W. Chini
KR Mag. Harald Berger
Werner Foidl
Mag. Dr. Alfons Klebl
Mag. Dr. Johannes Monsberger
Rudolf Riener
Dr. Martina Verena Rittmann-Müller
Mag. Anton Pauschenwein
Mag. Karin Eger

Somit verbleiben nachfolgende von der Hauptversammlung gewählte Aufsichtsratsmitglieder in dieser Funktion:

Mag. Martin Holzer
Franz Gartner
Mag. Markus Hörmann
Dr. Rainer Kuhnle
Otto Zeller, MBA

Der Bund hat von seinem Entsendungsrecht gemäß § 19 der Satzung Gebrauch gemacht und folgende Personen in den Aufsichtsrat entsandt:

Mag. Heribert Donnerbauer
Mag. Susanne Althaler
Dr. Monika Wildner, LL.M.
Dr. Johannes Linhart
Mag. Harald Nograsek

Vom einheitlichen Betriebsrat der Betriebsrätinnen und Betriebsräte der Volksbank Wien-Baden AG und des von der Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft abgespaltenen Zentralorganisations- und Zentralinstitut-Funktion Teilbetriebs wurden auf Basis der Neukonstituierung des Betriebsrates per 21. Juli 2015 in den Aufsichtsrat entsandt:

Hans Lang
Dipl.-BW (FH) Hermann Ehinger
Rainer Obermayer
Michaela Pokorny
Mag. Dr. Matthäus Thun-Hohenstein
Gerlinde Weilguni
Manfred Worschischek

Weiters wurden per 20. Juli 2015 die folgenden bisher vom Betriebsrat entsandten Aufsichtsratsmitglieder abberufen:

Stefan Felbermayer
Eva-Maria Kohout-Lintner
Ingrid Laki
Christian Rudorfer

Im Hinblick auf die Reduktion der von der Hauptversammlung gewählten beziehungsweise gemäß § 19 der Satzung und § 88 Aktiengesetz entsandten Mitglieder wurden schließlich per 7. August 2015 die folgenden bisher vom Betriebsrat entsandten Aufsichtsratsmitglieder abberufen:
Mag. Dr. Matthäus Thun-Hohenstein
Gerlinde Weilguni

In der im Anschluss an die außerordentliche Hauptversammlung am 7. August 2015 stattgefundenen konstituierenden Sitzung des Aufsichtsrats wurden Mag. Heribert Donnerbauer zum Vorsitzenden, Mag. Martin Holzer zum 1. Stellvertreter und Dr. Rainer Kuhnle zum 2. Stellvertreter des Vorsitzenden des Aufsichtsrats gewählt.

Der um den Anhang erweiterte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 samt Lagebericht wurde im Zuge eines Joint Audit jeweils von der KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft (KPMG) gemeinsam mit dem Österreichischen Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch) (ÖGV) geprüft und – da es keinen Anlass zu Beanstandungen gab – mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Konzernabschluss zum

31. Dezember 2015 samt Konzernlagebericht wurde von der KPMG geprüft und – da es keinen Anlass zu Beanstandungen gab – mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand vorgelegten Bericht zur Kenntnis genommen und den Jahresabschluss samt Lagebericht sowie den Konzernabschluss samt Konzernlagebericht und die Anlage gemäß § 63 Abs. 5 und 7 BWG zum Prüfungsbericht nach vorheriger Befassung des Prüfungsausschusses gemäß § 96 Abs. 1 Aktiengesetz geprüft. Diese Prüfung durch den Aufsichtsrat hat keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben; insbesondere wurden der Jahresabschluss und der Konzernabschluss durch den Aufsichtsrat als ordnungsgemäß aufgestellt befunden. Der Aufsichtsrat billigt daher den Jahresabschluss samt Lagebericht, womit dieser gemäß § 96 Abs. 4 Aktiengesetz festgestellt ist, sowie den Konzernabschluss samt Konzernlagebericht und die Anlage gemäß § 63 Abs. 5 und 7 BWG zum Prüfungsbericht. Der Aufsichtsrat geht auch mit den Ergebnissen der Abschlussprüfung, welche im Prüfungsausschuss mit der KPMG und dem ÖGV eingehend besprochen wurden, konform.

Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand vorgelegten Vorschlag für die Gewinnverwendung geprüft und dagegen keine Einwendungen. Daher hat sich der Aufsichtsrat dem Vorschlag des Vorstandes angeschlossen, der Hauptversammlung die Auszahlung einer Dividende an die Inhaber des Partizipationskapitals zu empfehlen.

Festgehalten wird, dass die VOLKSBANK WIEN AG im abgelaufenen Geschäftsjahr dem in § 3 der Satzung verankerten und von den Gesellschaftern erteilten Förderungsauftrag nachgekommen ist.

Abschließend spricht der Aufsichtsrat dem Vorstand und allen Mitarbeitern Dank und Anerkennung für ihr hohes Engagement und die geleistete Arbeit aus.

Wien, im April 2016

Für den Aufsichtsrat der VOLKSBANK WIEN AG:



Mag. Heribert DONNERBAUER,
geb. 04.08.1965
Vorsitzender des Aufsichtsrats

DER VORSTAND



Vorsitzender:

Dipl.-Ing. Gerald Fleischmann

geb. am 27.2.1969

Generaldirektor
ab 1.6.2015

Zuständigkeitsbereich:

- Generalsekretariat
- Organisation/IT
- Personalmanagement
- Pressestelle
- Risikocontrolling
- Verbundstrategie



Vorsitzender-Stellvertreter:

Dir. Josef Preissl

geb. am 2.3.1959

Vorsitzender
bis 31.5.2015

Generaldirektor-Stellvertreter
ab 1.6.2015

Zuständigkeitsbereich:

- Compliance Office
- Immobilientöchter
- Integration/Operational
Risk-Governance
- Recht
- Revision
- Risikomanagement Verbund
- Risiko Retail/KMU
- Sanierungsmanagement
- VB Services für Banken

Vorstandsdirektor:

Mag. Wolfgang Schauer

geb. am 18.5.1968

Vorstandsdirektor
ab 1.4.2015

Zuständigkeitsbereich:

- Großkommerz
- Marketing/Kommunikation
- Regionaldirektionen/Filialbetrieb
- Treasury
- Vertriebsmanagement
- Markt Service Center



Vorstandsdirektor:

Mag. Dr. Rainer Borns

geb. am 7.8.1970

Vorstandsdirektor
ab 1.12.2015

Zuständigkeitsbereich:

- Finanzen



Dir. Erich Fuker

Vorstandsdirektor
bis 31.3.2015

Dir. Wolfgang Layr

Vorstandsdirektor
bis 31.3.2015

DER AUFSICHTSRAT

Mag. Heribert Donnerbauer

Donnerbauer & Hübner Rechtsanwälte GmbH

Mitglied ab 6.8.2015

Vorsitzender ab 7.8.2015

Prof. Mag. Dr. Leo W. Chini

Honorarprofessor am Institut für KMU-Management

Mitglied bis 7.8.2015

Vorsitzender von 4.3.2015 bis 7.8.2015

Vorstandsdirektor Mag. Martin Holzer

Volksbank Landeck

1. Vorsitzender-Stellvertreter ab 29.5.2015

Vorstandsdirektor Dr. Rainer Kuhnle

Volksbank Niederösterreich-AG

2. Vorsitzender-Stellvertreter ab 7.8.2015

Mag. Susanne Althaler

DONAU Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft mbH
Mitglied ab 6.8.2015

**Vorstandsdirektor
KR Mag. Harald Berger**

Volksbank Südburgenland eG
Mitglied bis 7.8.2015
Vorsitzender bis 19.2.2015

Prof. Mag. August Breininger

Stadtgemeinde Baden
Mitglied bis 29.5.2015

Mag. Karin Eger

Wiener Gebietskrankenkasse
Mitglied von 29.5.2015 bis 7.8.2015

Vorstandsdirektor Werner Foidl

Volksbank Kufstein-Kitzbühel eG
Mitglied bis 7.8.2015

Franz Gartner

Stadtgemeinde Traiskirchen
2. Vorsitzender-Stellvertreter
bis 7.8.2015

Vorstandsdirektor Mag. Markus Hörmann

Volksbank Tirol Innsbruck-Schwaz AG

Mag. Dr. Alfons Klebl

Stadtgemeinde Traiskirchen
Mitglied bis 7.8.2015

Dr. Johannes Linhart

Selbständiger Konsulent für
Kapitalmarkt und Finanzen
Mitglied ab 6.8.2015

**Vorstandsdirektor
Mag. Dr. Johannes Monsberger**

Volksbank Steiermark-Mitte AG
Mitglied bis 7.8.2015

Mag. Harald Nogrsek

Österreichisches Verkehrsbüro AG
Mitglied ab 6.8.2015

**Vorstandsdirektor
Mag. Anton Pauschenwein**

Volksbank Niederösterreich Süd eG
Mitglied bis 7.8.2015

Vorstandsdirektor Rudolf Riener

Volksbank Weinviertel
Mitglied bis 7.8.2015

Dr. Nina Rittmann-Müller

Rittmann KG, Steuerberatung und
Wirtschaftsprüfung
Mitglied bis 7.8.2015

Dr. Monika Wildner, LL.M. (NYU)

Selbständige Rechtsanwältin
Mitglied ab 6.8.2015

Direktor Otto Zeller, MBA

Volksbank Salzburg eG
1. Vorsitzender-Stellvertreter
bis 29.5.2015

DER AUFSICHTSRAT

Vom Betriebsrat delegiert:

Betriebsratsvorsitzender Hans Lang

Mitglied ab 21.7.2015

Michaela Pokorny

Mitglied ab 21.7.2015

Dipl.-BW (FH) Hermann Ehinger

Mitglied ab 21.7.2015

Christian Rudorfer

Mitglied bis 20.7.2015

Stefan Felbermayer

Mitglied bis 20.7.2015

Mag. Dr. Matthäus Thun-Hohenstein

Mitglied von 21.7.2015 bis 7.8.2015

Eva-Maria Kohout-Lintner

Mitglied bis 20.7.2015

Gerlinde Weilguni

Mitglied bis 7.8.2015

Ingrid Laki

Mitglied bis 20.7.2015

Manfred Worschiscek

Rainer Obermayer

Staatskommissäre:

Ministerialrat
Dipl.-Ing. Dietmar Mitteregger
Staatskommissär

Mag. Helga Ruhdorfer
Staatskommissär-Stellvertreterin

KONZERNLAGEBERICHT

- 18** Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage
 - 18** Geschäftsverlauf
 - 22** Bericht über Zweigniederlassungen
 - 22** Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren
 - 24** Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag
- 24** Bericht über die voraussichtliche Entwicklung und die Risiken des Unternehmens
 - 24** Wirtschaftliches Umfeld 2016
 - 25** Ausblick geplante Fusionen 2016
 - 25** Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens
 - 25** Wesentliche Risiken und Ungewissheiten
- 25** Bericht über Forschung und Entwicklung
- 25** Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

KONZERNLAGEBERICHT

Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage

Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2015 erfolgte die bis dato wesentlichste Umstrukturierung des österreichischen Volksbanken-Verbundes. In der Hauptversammlung der VOLKSBANK WIEN AG (VBW) am 29. Mai 2015 wurde die Aufnahme der Zentralorganisationsfunktion der Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft (ÖVAG) beschlossen. Weiters wurde eine Kapitalerhöhung sowie der Spaltungs- und Übernahmevertrag genehmigt. Hinsichtlich der im Rahmen der Restrukturierungsvereinbarung 2015 übertragenen Aktien an der VBW verweisen wir auf die Ausführungen im Anhang. Somit konnte die ehemalige Zentralorganisation (ZO) der ÖVAG im Rahmen einer Spaltung vom 4. Juli 2015 unternehmensrechtlich rückwirkend mit 1. Jänner 2015 auf die VBW übertragen und die Rest-ÖVAG als Abbaugesellschaft immigon portfolioabbau ag (immigon) gemäß § 162 BaSAG fortgeführt werden. Die volle Rechtswirkung erlangte die Umgründung mit Eintragung in das Firmenbuch am 4. Juli 2015. Als aufsichtsrechtliche Voraussetzung waren sämtliche im Verbund gehaltenen Anleihen der immigon mittels einer Finanzgarantie abzusichern. Diese Finanzgarantie wurde mit der Deutsche Bank im Juni 2015 abgeschlossen. Die Kosten daraus sowie die Ergebnisse einer allfälligen Veräußerung wurden im Volksbanken-Verbund anteilig verteilt. Mit der Umwandlung der Rest-ÖVAG in eine Abbaugesellschaft einhergehend wurde der bisherige Verbund aufgelöst und ein neuer Verbund gebildet. Dieser wurde von der EZB mit Schreiben vom 2. Juli 2015 bis zum 30. Juni 2016 zeitlich befristet genehmigt. Die VBW ist seither die Zentralorganisation gemäß § 30a BWG des neuen österreichischen Volksbanken-Verbundes und übernimmt damit weitreichende Steuerungs- und Lenkungenfunktionen und ist unter anderem auch für das verbundweite Risiko- und Liquiditätsmanagement zuständig.

Im Rahmen des verbundweiten Umstrukturierungsprozesses fusionieren die Volksbanken zu acht regionalen Anbietern von Bankdienstleistungen und zwei Spezialbanken. In der VBW wurden daher im November 2015 weitere Einbringungen von Bankbetrieben der Volksbank Ost registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung (VB Ost) und der Volksbank Obersdorf - Wolkersdorf - Deutsch-Wagram e.Gen. (VB OWD) durchgeführt.

Mitte Mai 2015 erfolgte von Fitch ein Downgrade für den Volksbanken-Verbund. Neben anderen österreichischen Banken wurde auch das Rating des Volksbanken-Verbundes einer Überprüfung im Hinblick auf die staatliche Unterstützung unterzogen. Dabei wurde das Rating von A auf BB- herabgestuft. Die Ratingherabstufung hatte keine wesentlichen negativen Auswirkungen auf die Liquiditätssituation des Verbundes.

Ende August 2015 wurde der Volksbanken-Verbund von Fitch aufgrund des Ausscheidens der ÖVAG aus dem Volksbanken-Verbund und der Neustrukturierung des Volksbanken-Verbundes neuerlich einem Rating unterzogen. Dabei wurde das Rating von BB- auf BB+ mit positivem Ausblick hinaufgesetzt.

Die immigon hat in 2015 Rückkaufprogramme von Emissionen durchgeführt. Dabei wurden im Volksbanken-Verbund sämtliche Senior unsecured Emissionen vorzeitig zurückgegeben und die Finanzgarantie mit der Deutsche Bank aufgelöst.

Wirtschaftliches Umfeld

Das Jahr 2015 war von einer vergleichsweise robusten Entwicklung der Industrieländer gekennzeichnet, während sich viele Schwellenländer unterdurchschnittlich und teilweise auch negativ entwickelten.

Das österreichische Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs 2015 nach Berechnung des WIFO um 0,8 %. Alle Komponenten nahmen zu: Der private Konsum wuchs – unterstützt von realen Einkommenszuwächsen – um 0,4 %. Mit einem Plus von 1,1 % deutlich stärker gewachsen ist der staatliche Konsum. Nach drei Jahren realer Rückgänge haben auch

die Investitionen im Jahr 2015 wieder zugenommen. Vom Außenhandel kam ein signifikanter Wachstumsbeitrag – die Exporte sind mit 2,4 % deutlich stärker gewachsen als die Importe (+0,8 %). Die österreichische Arbeitslosenquote blieb allerdings trotz der wirtschaftlichen Erholung auf historisch gesehen erhöhtem Niveau. Nach Eurostat-Berechnung stieg sie – gegen den Trend in der Eurozone – von saisonbereinigten 5,6 % im Jänner auf 5,8 % im Dezember 2015, war im europäischen Vergleich damit aber noch immer recht gering. Laut Harmonisiertem Verbraucherpreisindex schwankte die Inflationsrate in Österreich im Laufe des Jahres zwischen 0,5 % und 1,1 %. Österreich gehörte damit zu den Ländern mit den höchsten Inflationsraten der Eurozone, die durchschnittlich eine um knapp einen Prozentpunkt niedrigere Inflationsrate verzeichnete. Einer der Hauptgründe der niedrigen Inflation war der rückläufige Ölpreis, der im Jahresverlauf um 35 % zurückging.

Die wirtschaftliche Entwicklung innerhalb Österreichs verzeichnete im ersten Halbjahr 2015 ein West-Ost-Gefälle. Die Bruttowertschöpfung wuchs in Salzburg, Vorarlberg, Tirol und Oberösterreich überdurchschnittlich, in den anderen Bundesländern – mit Ausnahme des Burgenlands – unterdurchschnittlich.

Die Wiener Wirtschaft litt unter der schwachen Entwicklung der Sektoren Information und Kommunikation sowie Bauwesen. Positiv war die Entwicklung hingegen bei den öffentlichen Dienstleistungen, im Grundstücks- und Wohnungswesen sowie im Tourismus. Trotz eines im gesamtösterreichischen Durchschnitt liegenden Beschäftigungszuwachses stieg die Arbeitslosenrate wegen des starken Anstiegs des Arbeitskräfteangebots überdurchschnittlich an.

In Niederösterreich entwickelte sich die für das Bundesland sehr wichtige Sachgüterproduktion schwach, öffentliche Dienstleistungen und das Grundstücks- und Wohnungswesen waren – wie im Rest Österreichs – robust. Die Entwicklung am Arbeitsmarkt war besser als im gesamtösterreichischen Durchschnitt.

Die Preise österreichischer Wohnimmobilien setzten in den ersten neun Monaten des Jahres ihren schon länger anhaltenden Aufwärtstrend fort. Im dritten Quartal lag der von der Oesterreichische Nationalbank ermittelte Wohnimmobilienpreisindex um 4,0 % über seinen Vorjahreswert, wobei die Immobilienpreise außerhalb Wiens (+4,3 %) etwas stärker gestiegen sind als in Wien (+3,4 %).

Der Tourismus entwickelte sich sowohl in der vergangenen Wintersaison als auch in der Sommersaison sehr gut. In der Wintersaison 2014/15 kam es zu einem Nächtigungszuwachs von 2,1 % (Ausländer: +2,5 %). In der Sommersaison sind österreichweit die Übernachtungen insgesamt um 3,3 %, die von Ausländern um 3,5 % gestiegen. Die insgesamt höchsten Zuwachsraten erzielte Wien, nur das Burgenland und Vorarlberg entwickelten sich relativ schwach. Die Entwicklung nach Herkunftsländern spiegelte teilweise die Wechselkursbewegungen des Euro wider: Überdurchschnittliche Zunahmen gab es unter anderem bei den Übernachtungen von Gästen aus der Schweiz und Liechtenstein (5,8 %), dem Vereinigten Königreich (5,5 %) und den USA (12,3 %), während die Übernachtungen aus Russland um 34 % einbrachen.

In der Eurozone dürfte die reale Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2015 laut Winterprognose der Europäischen Kommission 1,6 % betragen haben. Dies war der höchste Wert seit 2011. Die meisten Länder der Eurozonenperipherie setzten ihre Erholung fort – lediglich Griechenland und Finnland sind im vergangenen Jahr nicht gewachsen. Laut Winterprognose erzielten der private und öffentliche Konsum, die um 1,7 % bzw. um 1,4 % zunahm, sowie die Investitionen (+ 2,3 %) positive Wachstumsbeiträge. Die Importe wuchsen zwar stärker als die Exporte, dennoch wurde ein Leistungsbilanzüberschuss in Höhe von 3,7 % des Bruttoinlandsprodukts erzielt. Die Arbeitslosenquote wies – von erhöhten Werten ausgehend – eine durchgehende Verbesserung auf. Nach Eurostat-

Methode berechnet sank die Arbeitslosenquote von 11,2 % zu Jahresbeginn auf 10,4 % im Dezember. Die Inflationsrate nahm leicht zu (von -0,6 % im Jänner auf +0,2 % im Dezember 2015). Sie lag jedoch weit unterhalb des Ziels der Europäische Zentralbank (EZB).

Die EZB hat ihren Hauptrefinanzierungssatz das gesamte Jahr über unverändert bei 0,05 % belassen. Der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität blieb bei 0,3 %. Der Einlagensatz wurde jedoch Anfang Dezember von -0,2 % auf -0,3 % gesenkt. Der Dreimonats-Euribor fiel das gesamte Jahr hindurch kontinuierlich und lag seit Mitte April durchgehend im negativen Bereich. Er fiel von 0,08 % zu Jahresbeginn auf -0,13 % zu Jahresende. Im März 2015 nahm die EZB ihr noch Ende 2014 beschlossenes erweitertes Anleihenkaufprogramm zur Inflationsunterstützung auf. Die Renditen der als sicher empfundenen Staatsanleihen fielen in diesem Zusammenhang zunächst auf historische Tiefstände, stiegen dann aber wieder an und beendeten das Jahr 2015 mit einem moderaten Plus. Die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe nahm in Österreich von 0,66 % auf 0,9 % zu, in Deutschland stieg sie von 0,5 % auf 0,63 %.

Unter anderem aufgrund der gegenläufigen Geldpolitik – die US-Notenbank hob 2015 ihren Leitzins erstmals seit neun Jahren wieder an – wertete der Euro zum US-Dollar im Jahresverlauf um rund 10 % ab. Auch zum Schweizer Franken wertete der Euro um insgesamt 10 % ab, nachdem die Schweizer Nationalbank am 15. Jänner 2015 ihre Kursuntergrenze von 1,20 aufgegeben hatte. Zwischenzeitlich war die Schweizer Währung allerdings sogar unter die Parität zum Euro gefallen. Auf den Aktienmärkten kam es 2015 erneut zu Kursgewinnen, obwohl im August ein starker Rückgang zu verzeichnen war. Der ATX gewann im Jahresverlauf um 11 %, der EuroSTOXX50 um knapp 4 % an Wert.

Konzernergebnis für das Geschäftsjahr 2015

Aufgrund der im Geschäftsjahr 2015 erfolgten Einbringungen und der Erweiterung des Tätigkeitsbereiches der VBW, insbesondere durch die Übernahme der ZO Funktion, sind die Zahlen des Berichtsjahres mit den Vorjahreszahlen nur bedingt vergleichbar.

Das VBW Konzernergebnis vor Steuern beträgt EUR 16 Mio. (2014: EUR 38 Mio.). Das Konzernergebnis nach Steuern und Minderheiten beträgt EUR 29 Mio. (2014: EUR 30 Mio.).

Der Zinsüberschuss beträgt für das Geschäftsjahr 2015 EUR 70 Mio. und liegt damit um EUR 11 Mio. über dem Ergebnis der Vergleichsperiode (2014: EUR 59 Mio.). Der Anstieg ist im Wesentlichen auf das Segment ZO zurückzuführen.

Die Position Risikovorsorge weist sowohl für das Geschäftsjahr 2015 mit EUR 14 Mio. als auch für die Vergleichsperiode mit EUR 11 Mio. ein positives Ergebnis aus. In beiden Berichtsperioden konnten in den Vorjahren gebildete Wertberichtigungen erfolgswirksam aufgelöst werden und es war ein geringerer Wertberichtigungsbedarf als in der Vergangenheit notwendig.

Der Provisionsüberschuss beträgt in der Berichtsperiode EUR 30 Mio. und stieg im Vergleich zur Vorperiode (2014: EUR 28 Mio.) um EUR 3 Mio. an. Der Anstieg ist im Wesentlichen dem Bereich Zahlungsverkehr und Wertpapiergeschäft zuzuordnen.

Das Handelsergebnis beträgt im Geschäftsjahr 2015 EUR 7 Mio. Da die VBW vor der Übernahme der ZO Funktionen kein Handelsgeschäft betrieben hat, ist kein Handelsergebnis in der Vergleichsperiode ausgewiesen.

Der Verwaltungsaufwand mit EUR 122 Mio. (2014: EUR 70 Mio.) ist im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. Der Personalstand erhöhte sich gegenüber dem Ultimo 2014 von 671 Mitarbeiter um 459 Mitarbeiter und beträgt nun 1.130 Mitarbeiter. Die Anstiege sind vor allem auf die Einbringungen des ZO Teilbetriebes, der VB Ost sowie der VB OWD zurückzuführen.

Das sonstige betriebliche Ergebnis beläuft sich für das Geschäftsjahr 2015 auf EUR 16 Mio. (2014: EUR 5 Mio.). Der aus der Einbringung des ZO Teilbetriebes und der VB OWD entstandene Gewinn aus Unternehmenserwerb wird mit EUR 24 Mio. (2014: Gärtnerbank mit EUR 2 Mio.) in dieser Position erfasst. Weiters werden in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen die anteiligen Verluste aus der Finanzgarantie mit der Deutsche Bank und der Veräußerung der immigon Anleihen in Höhe von EUR –17 Mio. ausgewiesen. Die erstmalig ab 4. Juli 2015 konsolidierte VB Services trägt mit EUR 7 Mio. zum Anstieg bei. Im Vorjahr wurde ein Ertrag von EUR 3 Mio. aus der Ziehung einer Garantie vom Gemeinschaftsfonds im Zusammenhang mit der Einbringung des Bankbetriebes der Gärtnerbank vereinnahmt.

Das Ergebnis aus Finanzinvestitionen beträgt für den Berichtszeitraum EUR 9 Mio. und liegt damit um EUR 3 Mio. über der Vergleichsperiode (2014: EUR 5 Mio.). Positive Bewertungsergebnisse aus Derivaten in Höhe von EUR 6 Mio. (2014: EUR –3 Mio.) sowie aus investment property Vermögenswerten in Höhe von EUR 5 Mio. (2014: EUR 0 Mio.) sind der Hauptgrund für den Anstieg. Im Vorjahr konnte aus dem Verkauf von Wertpapieren ein Ergebnis von EUR 13 Mio. vereinnahmt werden, dem allerdings ein Abwertungsbedarf bei Beteiligungen von EUR –5 Mio. gegenüberstand.

Das Ergebnis der at equity bewerteten Unternehmen betrug in der Berichtsperiode EUR –7 Mio. Mit der Übernahme des ZO Teilbetriebes gingen auch die Beteiligungen an der IMMO-Bank AG und der VB Gewerbe- und Handelsbank Kärnten eGen zu, die at equity bewertet werden. Neben der Übernahme des anteiligen Ergebnisses 2015 in Höhe von EUR –2 Mio. mussten die Beteiligungen auch mit EUR –5 Mio. abgewertet werden.

Aufgrund der Steuerplanung der nächsten vier Jahre konnten im Geschäftsjahr 2015 aktive latente Steuern auf einen Teil der steuerlichen Verlustvorräte angesetzt werden. Auf steuerliche Verlustvorräte in Höhe von EUR 360 Mio. werden weiterhin keine aktiven latenten Steuern angesetzt. Auf die übrigen Bewertungsunterschiede vor allem im Bereich Derivate- und Wertpapierbewertung werden latente Steuern erfasst.

Vermögenslage und Eigenmittel

Aufgrund der im Geschäftsjahr 2015 erfolgten Einbringungen und der Erweiterung des Tätigkeitsbereiches der VBW, insbesondere durch die Übernahme der ZO Funktion, sind die Zahlen des Berichtsjahres mit den Vorjahreszahlen nur bedingt vergleichbar. Die Anstiege bei den einzelnen Bilanzpositionen resultieren im Wesentlichen aus dem ZO Teilbetrieb sowie der Einbringungen der Bankbetriebe der VB Ost und der VB OWD.

Die Bilanzsumme beträgt zum 31. Dezember 2015 EUR 10,0 Mrd. und hat sich im Vergleich zum Ultimo 2014 (EUR 3,4 Mrd.) um EUR 6,6 Mrd. erhöht.

Die Forderungen an Kreditinstitute in Höhe von EUR 2,8 Mrd. sind im Vergleich zum Ultimo der Vorperiode (EUR 0,8 Mrd.) um EUR 2 Mrd. gestiegen.

Die Forderungen an Kunden betragen per 31. Dezember 2015 EUR 3,7 Mrd. und erhöhten sich im Vergleich zum Ultimo Vorjahr (EUR 2,5 Mrd.) um EUR 1,3 Mrd.

Die Finanzinvestitionen erhöhten sich um EUR 1,6 Mrd. auf EUR 1,7 Mrd. im Vergleich zum Ultimo 2014 (EUR 0,1 Mrd.).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind im Vergleich zum Ultimo 2014 (EUR 0,1 Mrd.) um EUR 4 Mrd. auf EUR 4,1 Mrd. gestiegen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden in Höhe von EUR 4 Mrd. sind im Vergleich zum Ultimo 2014 (EUR 3,1 Mrd.) um EUR 0,9 Mrd. angestiegen.

Die verbrieften Verbindlichkeiten betragen zum 31. Dezember 2015 EUR 0,8 Mrd. und sind im Vergleich zum 31. Dezember 2014 (EUR 0 Mrd.) durch die Einbringung des ZO Teilbetriebs um EUR 0,8 Mrd. angestiegen.

Aufgrund der im Geschäftsjahr 2015 durchgeführten Kapitalerhöhungen erhöhte sich das Eigenkapital im Vergleich zum Vorjahresresultato um EUR 0,2 Mrd. und beträgt zum 31. Dezember 2015 EUR 0,4 Mrd.

Bericht über Zweigniederlassungen

Die VBW Konzern verfügt über keine Zweigniederlassungen.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Finanzielle Leistungsindikatoren

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel der VBW KI-Gruppe betragen zum 31. Dezember 2015 EUR 0,4 Mrd. Der Gesamtrisikobetrag belief sich zum 31. Dezember 2015 auf EUR 2,9 Mrd. Die Tier I Ratio bezogen auf das Gesamtrisiko beträgt 12,5 %, die Eigenmittelquote bezogen auf das Gesamtrisiko liegt bei 12,8 %. Da erst mit Einbringung des ZO Teilbetriebes am 4. Juli 2015 eine gesetzliche Verpflichtung zur Ermittlung von konsolidierten Eigenmittel entstanden ist, werden keine Vergleichszahlen angegeben.

Der Return on Equity (ROE) vor Steuern des VBW Konzerns für das Jahr 2015 beträgt 5,9 % (2014: 20,6 %). Der ROE vor Steuern berechnet sich als Quotient von Ergebnis vor Steuern und dem Mittelwert des Eigenkapitals zum Bilanzstichtag und dem Bilanzstichtags des Vorjahres. Der ROE nach Steuern beträgt für das Geschäftsjahr 2015 10,5 % (2014: 15,9 %). Der ROE nach Steuern berechnet sich als Quotient von Ergebnis nach Steuern und dem Mittelwert des Eigenkapitals zum Bilanzstichtag und dem Bilanzstichtags des Vorjahres.

Die operative Cost-Income-Ratio des VBW Konzerns liegt in der Berichtsperiode bei 114,0 % (2014: 80,7 %). Die operative Cost-Income-Ratio errechnet sich aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss und Handelsergebnis im Verhältnis zum Verwaltungsaufwand.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Human Resources

Der Bereich Human Resources war vor allem mit der Integration der Mitarbeiter/innen sowie mit der Begleitung der Reorganisationsmaßnahmen intensiv beschäftigt. Der begonnene Weg und die eingeleiteten Maßnahmen werden dabei auch im kommenden Jahr konsequent fortgesetzt. Gemeinsam mit dem Vorstand wurde ein umfassender Maßnahmenplan verabschiedet. Neben den laufenden Fusions- und Integrationsmaßnahmen wurde in enger Abstimmung mit der Volksbanken Akademie und Ausbildungsverantwortlichen des Hauses eine umfassende Neuausrichtung der Ausbildung unserer Mitarbeiter/innen initiiert.

Mit Stichtag 31. Dezember 2015 beschäftigte der VBW Konzern 1.130 Mitarbeiter/innen (Vollzeitäquivalente).

Wesentliche Organisations- und IT-Projekte

Der von der ÖVAG abgespaltene Aufgabenbereich der Zentralorganisation für den Volksbanken-Verband wurde im Juli 2015 mit der VBW fusioniert. Die rechtlichen, personellen, prozessualen und IT-Aktivitäten wurden vom Bereich Organisation/IT in dem Projekt Transformation abgewickelt. Dieses Projekt erstreckte sich über sämtliche Funktionen und Bereiche der Aufbau- und Ablauforganisation der ehemaligen ÖVAG und der VBW. Dabei war unter anderem die Herausforderung, im vorgegebenen Zeitrahmen (rund neun Monate) eine Prozessharmonisierung, die Migration von Daten sowie die Implementierung verschiedenster Applikationen in der VBW vorzunehmen.

Im November 2015 wurden zwei weitere Fusionen mit den Retailbanken VB Ost und VB OWD erfolgreich durchgeführt. Die Durchlaufzeit für diese Doppelfusion war äußerst kurz bemessen, da die Nacharbeiten der technischen Umsetzung des Projekts Transformation im Juli einen erheblichen Zeitaufwand darstellten und parallel zu den beiden Retailfusionen erledigt werden mussten. Darüber hinaus fielen auch organisatorische Nacharbeiten der Fusion in diesen Zeitraum, was sich als deutlich erschwerende Rahmenbedingung für das Retail-Fusionsprojekt herausgestellt hat. Die vom Bereich Organisation/IT organisierte technische Fusion selbst umfasste die Zusammenführung der technischen Mandanten im Verbundrechenzentrum Allgemeines Rechenzentrum GmbH (ARZ) und konnte an zwei Wochenenden erfolgreich durchgeführt werden. An den jeweiligen ersten Öffnungstagen nach der technischen Fusion wurden keine nennenswerten, kundenwirksamen Probleme verzeichnet. Alle Systeme wie z.B. Internetbanking, Selbstbedienungsgeräte, Kassen in den Filialen u.v.m., konnten plangemäß und problemlos in Betrieb genommen werden.

Das Projekt Mustermandant verfolgt als Ziel, die Parameter und systemgestützten Prozesse des Kernbanksystems im Volksbanken-Sektor zu vereinheitlichen. Damit werden einerseits Fusionen erleichtert und andererseits Synergien gehoben sowie Kosten gespart. Die einheitlichen Systemparameter sind bereits ausgerollt, ein einheitliches Produktangebot sowie einheitliche Pricingpakete sind in Ausarbeitung. Für die Betreuung und Wartung des Systems wurden ein eigener technischer Mandant und ein Betreuungsteam in der Zentralorganisation eingerichtet. Parameteränderungen können nun zentral für den gesamten Volksbanken-Sektor vorgenommen werden. Für die oben genannten Fusionen war die Umstellung der Retailbanken auf den Mustermandanten eine verpflichtende und arbeitsvereinfachende Voraussetzung.

Das 2013 gestartete Projekt Verbundweite IT-Konsolidierung hat die nachhaltige Reduktion von IT-Kosten im infrastrukturellen Bereich und der damit verbundenen IT-Prozesse der Verbundbanken zum Ziel. Die zwei wesentlichsten Elemente des Projekts sind die Vereinheitlichung des Daten-Netzwerkes (Netzwerk-Cloud), die bereits im ersten Halbjahr 2016 verbundweit umgesetzt sein wird sowie die Zentralisierung aller Server im ARZ (CeBrA Cloud), die bis Ende 2017 abgeschlossen sein wird. Neben der bereits messbaren Reduktion von Kosten bewirken die bereits getätigten Maßnahmen auch eine deutliche Reduktion von operationellen Risiken in den Hauptanstalten.

Das Umsetzungsprojekt Electronic Banking Plattform - mobile Generation wurde 2015 mit dem Ziel der Schaffung eines modernen Online Bankings gestartet. Die neue Plattform wird im ersten Halbjahr 2016 in Einsatz gebracht und soll als Informations-, Kommunikations- und Transaktionskanal zwischen Bank und Kunde positioniert werden. Die Anwendung agiler Methoden ermöglicht die Bereitstellung laufend neuer Funktionen und somit eine kontinuierliche Anpassung an die Markt- und Kundenbedürfnisse sowie eine Entlastung der bankinternen Supporteinheiten.

Die österreichischen Banken verständigten sich 2012 auf die Errichtung einer Gemeinsamen Meldewesen-Plattform (GMP). Im Jahr 2015 wurden mit der Produktivsetzung des sogenannten Wertpapier-Cubes sowie des Kredit-Cubes auch von den Volksbanken in Zusammenarbeit mit dem ARZ die ersten beiden Meilensteine der GMP erfolgreich gemeistert. Stand beim Wertpapier-Cube das gesamte organisatorische, prozessuale und technische Setup im Vordergrund, waren es beim Kredit-Cube besonders inhaltliche und qualitätssichernde Maßnahmen, die sich durch den puren Umfang der Kreditdaten ergaben. Trotz gravierender Umwälzungen (Projekt Transformation) im Jahr 2015 hat der Volksbanken-Verbund ein Zusammenarbeitsmodell definiert und umgesetzt, das die Rollenverteilung zwischen Zentralorganisation und Primärbanken im Meldewesen regelt und Synergiepotentiale zwischen zentralen und dezentralen Prozessschritten bestmöglich hebt. Der Erfolg dieser Zusammenarbeit hat sich unter anderem auch dadurch gezeigt, dass der Verbund als erste Bankengruppe in Österreich einen produktiven Wertpapier-Cube an die OeNB versendet hat.

Im Dezember 2015 wurde die Umsetzung der Anforderungen aus dem neuen Rechnungslegungsstandard IFRS 9 beauftragt. Aufgrund der hohen Relevanz für die Banken erfolgt diese Umsetzung in einem im Jänner 2016 eigens aufgesetzten Projekt, das die Erstanwendung des Standards in 2018 sicherstellen soll.

Bei der Planung und Durchführung von Organisations- und IT-Projekten wird auf Umweltschutzbelange Rücksicht genommen.

Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag

In der Hauptversammlung vom 17. März 2016 wurde die Änderung der Verbundverträge 2014 beschlossen. Neben Änderungen des Verbundvertrags 2014 und des Zusammenarbeitsvertrags erfolgte unter anderem auch die Einrichtung eines Leistungsfonds (Treuhandfonds) bei der Zentralorganisation. Damit ist nun geregelt, dass die Zentralorganisation künftig alleine für die Sanierungen im Verbund zuständig ist und der Gemeinschaftsfonds wird durch den Leistungsfonds ersetzt.

Der positive Ausblick auf das Volksbanken-Verbund Langfristemittentenrating spiegelt die fortschreitende Konsolidierung der Verbundmitglieder und die hohe Wahrscheinlichkeit einer Höherstufung um bis zu zwei Ratingstufen wider, sobald sich das Risiko der Umsetzung der Konsolidierung ausreichend verringert hat. Andererseits besteht ein Herabstufungs-Risiko für das Viability- und Langfristemittentenrating im Falle einer Nichterreichung der notwendigen Kosteneinsparungen aus der Restrukturierung, aus einem wesentlichen Abschwung der österreichischen Wirtschaft oder dass es dem Volksbanken-Verbund nicht möglich ist, die Rückzahlung an die Republik gemäß dem Rückzahlungsplan zu leisten. Derzeit werden diese Risiken jedoch nicht erwartet.

In der Aufsichtsratssitzung vom 31. März 2016 wurde das neue Filialkonzept genehmigt.

Bericht über die voraussichtliche Entwicklung und die Risiken des Unternehmens

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Wirtschaftliches Umfeld

Die ersten Wochen des Jahres waren von wachsenden globalen Konjunktursorgen gekennzeichnet. Schwache Wirtschaftsdaten aus China und der stark fallende Ölpreis führten zu erheblichen Kursrückgängen an den Aktienmärkten und fallenden Renditen der als sicher geltenden Staatsanleihen. Diese Turbulenzen sind in der im Dezember 2015 veröffentlichte Konjunkturprognose des WIFO natürlich noch nicht berücksichtigt, die vom WIFO erwartete österreichische BIP-Wachstumsrate von 1,7 % wird aber auch in der erst Anfang Februar vorgestellten Winterprognose der EU-Kommission für 2016 angenommen. Der private Konsum sollte 2016 von der Steuerreform profitieren und auch für die Investitionen wird von einer Belebung ausgegangen. Der schwächere Euro und die durch den neuerlich verbilligten Ölpreis sinkenden Importe dürften dazu beitragen, dass auch vom Außenhandel spürbare Wachstumsbeiträge kommen.

Auch für die Eurozone insgesamt wird mit einer Wachstumsrate von 1,7 % gerechnet – sowohl die Projektion der EZB vom Dezember 2015 als auch die Winterprognose der EU-Kommission gehen für 2016 von diesem Wert aus. Eine robuste internationale Nachfrage und der schwache Euro sollten das Wirtschaftswachstum in der Eurozone unterstützen. Hauptsächlich aufgrund des niedrigen Ölpreises dürfte die Teuerungsrate im Jahr 2016 aber weiterhin nicht an das Inflationsziel der Europäischen Zentralbank von knapp unter 2 % heranreichen. Die Europäische Kommission rechnet mit einer Inflationsrate in 2016 von lediglich 0,5 %. Eine weitere Lockerung der Geldpolitik ist daher möglich. Das Zinsniveau dürfte somit insgesamt niedrig bleiben, obwohl von der Ende 2015 begonnenen geld-

politischen Straffung in den USA ein gewisser Aufwärtstrend ausgehen kann. Dieser sollte sich bei den Kapitalmarktzinsen stärker auswirken als auf dem Geldmarkt. Risiken für diesen Ausblick ergeben sich vor allem aus den laufenden geopolitischen Konflikten und der schwachen bzw. unterdurchschnittlichen Wirtschaftsentwicklung einiger großer Schwellenländer wie China, Brasilien und Russland, die zu (weiteren) Währungsabwertungen, erhöhter Finanzmarktvolatilität und negativen Auswirkungen auf die internationale Nachfrage führen können. Auch vermehrte Grenzkontrollen und Auffassungsunterschiede innerhalb der Europäischen Union können den Ausblick belasten.

Die Europäische Zentralbank hat am 10. März 2016 eine Reihe weiterer geldpolitischer Lockerungsmaßnahmen beschlossen. Der Einlagensatz wurde um 10 Basispunkte auf $-0,40\%$, der Hauptrefinanzierungssatz und der Spitzenrefinanzierungssatz um jeweils 5 Basispunkte auf 0% beziehungsweise $0,25\%$ gesenkt: Zudem wurde das Anleihenkaufprogramm auf EUR 80 Mrd. ausweitete und bis mindestens März 2017 verlängert. Auch Unternehmensanleihen mit Investmentgrade – nicht aber Bankanleihen – sind fortan für das Kaufprogramm zugelassen. Ab Juni 2016 werden vierteljährlich vier neue Gezielte Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte (TLTRO II) mit vier Jahren Laufzeit stattfinden. Ihre Verzinsung wird dem Einlagensatz entsprechen, wenn der Teilnehmer seine Kreditvergabe um mindestens $2,5\%$ erhöht. Ansonsten kann die Verzinsung bis maximal zum Hauptrefinanzierungssatz reichen. Anders als bei früheren langfristigen Refinanzierungsgeschäften ist der Zinssatz nur an den Leitzins bei Abschluss des Geschäftes gebunden und von späteren Änderungen der Leitzinsen unabhängig. Für das laufende Jahr verschiebt sich vor allem am kurzen Ende der Zinskurve das erwartbare Zinsniveau aufgrund der neuen EZB-Maßnahmen weiter nach unten.

Ausblick geplante Fusionen 2016

Die VBW plant die Bankbetriebe der Volksbank Marchfeld e.Gen. und der Volksbank Weinviertel e.Gen. im Juli 2016 sowie der Volksbank Niederösterreich Süd eG und der Volksbank Südburgenland eG im November 2016 aufzunehmen.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Nach der in 2015 erfolgreich abgeschlossenen Abspaltung der immigon portfolioabbau ag aus dem Verbund und der Übernahme der Zentralorganisationsfunktion durch die VBW liegt der Fokus der Bank auf dem Wachstum im Kundengeschäft. Einerseits soll die Bank durch die vier geplanten Fusionen und andererseits durch die Verstärkung des Kredit- und Provisionsgeschäfts wachsen. Letzteres wird auch unterstützt durch die neue Kooperationsvereinbarung mit der Union Investment Austria GmbH und der Neuausrichtung der Filialen. Ein Jahresergebnis im niedrigen zweistelligen Bereich soll dadurch wieder erzielt werden.

Wesentliche Risiken und Ungewissheiten

Hinsichtlich der gesetzlich geforderten Angaben zur Verwendung von Finanzinstrumenten, der Risikomanagementziele und –methoden sowie der bestehenden Preisänderungs-, Ausfalls-, Liquiditäts- und cash flow Risiken verweisen wir auf die Ausführungen in den Notes (insbesondere Risikobericht in Kapitel 49).

Bericht über Forschung und Entwicklung

Der VBW Konzern betreibt keine Forschung und Entwicklung.

Berichterstattung über wesentliche Merkmale des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Kontrollumfeld

Die Einhaltung aller relevanten gesetzlichen Vorschriften ist oberstes Ziel des VBW Konzerns im Rahmen der Finanzberichterstattung. Der Vorstand trägt die Verantwortung für die

Einrichtung und Ausgestaltung eines entsprechenden internen Kontroll- und Risikomanagementsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess und gibt in der Konzernrichtlinie IKS einen konzernweiten Rahmen für die Implementierung vor. Die Verantwortung für die Umsetzung liegt im VBW Konzern bei der Gruppe OPRISK und Risikogovernance in der VBW.

Bei sämtlichen in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen liegt die Verantwortung beim jeweiligen Vorstand bzw. der Geschäftsführung ein entsprechendes IKS für das jeweilige Unternehmen einzuführen und auszugestalten sowie die Einhaltung der konzernweiten Richtlinien und Vorschriften zu gewährleisten. Um zu gewährleisten, dass die von den Konzerntöchtern zugelieferten Daten richtig übernommen werden, erfolgt zuerst eine Plausibilisierung aller angelieferten Daten. Danach werden die Daten in der Konsolidierungssoftware Tagetik weiterverarbeitet. Bei den Kontrollen wird auf das 4-Augen Prinzip sowie einer weiteren Durchsicht durch die Abteilungsleitung abgestellt.

Kontrollmaßnahmen werden im laufenden Geschäftsprozess angewandt, um sicherzustellen, dass potenziellen Fehlern vorgebeugt wird bzw. Abweichungen in der Finanzberichterstattung entdeckt und korrigiert werden. Die Kontrollmaßnahmen reichen von der Durchsicht der verschiedenen Periodenergebnisse durch das Management hin zur spezifischen Überleitung von Konten und Positionen und der Analyse der fortlaufenden Prozesse im Konzernrechnungswesen. Dabei werden zwei Arten von Kontrollen unterschieden:

- Operative Kontrollen beinhalten manuelle Kontrollen durch bestimmte Arbeitsschritte von Mitarbeitern, automatische Kontrollen durch den Einsatz von EDV-Systemen, sowie präventive Kontrollen, die zum Ziel haben, durch Funktionstrennungen, Kompetenzregelungen und Zugriffsberechtigungen Fehler und Risiken im Vorhinein zu vermeiden.
- Management Kontrollen dienen dazu, stichprobenartig die Einhaltung von operativen Kontrollen durch Führungskräfte sicherzustellen. Die Periodizität der Überprüfungen wird in Abhängigkeit des Risikogehaltes von der jeweiligen Führungskraft (Bereichsleiter, Abteilungsleiter) festgelegt. Die Stichproben werden für Dritte nachvollziehbar im Kontrollplan dokumentiert und die Ergebnisse halbjährlich im Zuge des Managementreportings berichtet.

Zusätzlich überprüft die interne Revision unabhängig und regelmäßig auch im Bereich des Rechnungswesens die Einhaltung interner Vorschriften. Die Revision ist als Stabstelle direkt dem Vorstand zugeordnet, berichtet direkt an den Vorstandsvorsitzenden und erstattet auch dem Aufsichtsrat quartalsweise Bericht.

Risikobeurteilung

Risiken in Bezug auf den Rechnungslegungsprozess werden mit dem Fokus auf Wesentlichkeit durch die Prozessverantwortlichen erhoben und überwacht.

Für die Erstellung des Abschlusses müssen regelmäßig Schätzungen vorgenommen werden, bei denen das immanente Risiko besteht, dass die zukünftige Entwicklung von diesen Schätzungen abweicht. Dies trifft insbesondere auf die folgenden Posten und Sachverhalte des Konzernabschlusses zu: Werthaltigkeit der finanziellen Vermögenswerte, Risiken des Bankgeschäfts, Sozialkapital sowie Ausgang von Rechtsstreitigkeiten. Teilweise wird auf öffentlich zugängliche Quellen abgestellt oder es werden externe Experten zugezogen, um das Risiko einer Fehleinschätzung zu minimieren.

Information und Kommunikation

Richtlinien und Vorschriften hinsichtlich Finanzberichterstattung werden vom Management regelmäßig aktualisiert und an alle betroffenen Mitarbeiter kommuniziert.

Die Mitarbeiter des Konzernrechnungswesens werden laufend auf Neuerungen in der internationalen Rechnungslegung geschult, um Risiken einer unbeabsichtigten Fehlberichterstattung frühzeitig zu erkennen. Weiters geben die Mitarbeiter des Konzernrechnungswesens die erworbenen Informationen an die Mitarbeiter der Tochterunternehmen weiter.

Zwei Mal jährlich wird ein Managementreport erstellt, der Aussagen über Vollständigkeit, Nachvollziehbarkeit, aktive Durchführung und Effektivität des Kontrollsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess beinhaltet.

Überwachung

Das Topmanagement erhält regelmäßig zusammengefasste Finanzreportings wie z.B. quartalsweise Berichte über die Entwicklung der jeweiligen Segmente und der wichtigsten Finanzkennzahlen. Zu veröffentlichende Abschlüsse werden von leitenden Mitarbeitern des Rechnungswesens, der Bereichsleitung und des Vorstandes vor Weiterleitung an die zuständigen Gremien einer abschließenden Kontrolle unterzogen. Das Ergebnis der Überwachungstätigkeit in Bezug auf die Rechnungslegungsprozesse wird im Rahmen des Managementreports berichtet, welcher eine Risikoeinschätzung der Prozesse auf qualitativer Basis, sowie Aufzeichnungen über die Anzahl der durchgeführten Kontrollen im Verhältnis zu den Kontrollvorgaben enthält.

Wien, 13. April 2016



DI Gerald FLEISCHMANN
Generaldirektor
Generalsekretariat, Organisation/IT,
Personalmanagement, Pressestelle, Risikocontrolling, Verbundstrategie



Dir. Josef PREISSEL
Generaldirektor-Stellvertreter
Compliance Office, Immobilientöchter, Integration/Operational Risk-Governance,
Recht, Revision, Risikomanagement Verbund, Risiko Retail/KMU,
Sanierungsmanagement, VB Services für Banken



Mag. Wolfgang SCHAUER
Vorstandsdirektor
Großkommerz, Marketing/Kommunikation,
Regionaldirektionen/Filialbetrieb, Treasury,
Vertriebsmanagement, Markt Service Center



Dr. Rainer BORNS
Vorstandsdirektor
Finanzen

KONZERNABSCHLUSS

30	Konzerngesamtergebnisrechnung
31	Konzernbilanz zum 31. Dezember 2015
32	Entwicklung des Konzerneigenkapitals
33	Konzerngeldflussrechnung
34	Inhaltsverzeichnis Notes
36	Anhang (Notes) zum Konzernabschluss
134	Bilanzzeit
135	Bestätigungsvermerk

Konzerngesamtergebnisrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	Anhang (Notes)	1-12/2015 EUR Tsd.	1-12/2014 EUR Tsd.	Veränderung EUR Tsd.	%
Zinsen und ähnliche Erträge		110.254	87.029	23.224	26,69 %
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-40.191	-28.362	-11.829	41,71 %
Zinsüberschuss	4	70.062	58.667	11.395	19,42 %
Risikovorsorge	5	13.758	11.287	2.471	21,89 %
Provisionserträge		45.184	30.137	15.046	49,93 %
Provisionsaufwendungen		-15.123	-2.602	-12.521	> 200,00 %
Provisionsüberschuss	6	30.060	27.535	2.525	9,17 %
Handelsergebnis	7	7.080	0	7.080	> 200,00 %
Verwaltungsaufwand	8	-122.159	-69.571	-52.588	75,59 %
Restrukturierungsaufwand		-321	0	-321	100,00 %
Sonstiges betriebliches Ergebnis	9	15.792	5.297	10.495	198,15 %
Ergebnis aus Finanzinvestitionen	10	8.510	5.100	3.410	66,85 %
Ergebnis aus Unternehmen bewertet at equity		-6.531	0	-6.531	100,00 %
Jahresergebnis vor Steuern		16.252	38.316	-22.064	-57,58 %
Steuern vom Einkommen	11	12.789	-8.810	21.599	< -200,00 %
Jahresergebnis nach Steuern		29.041	29.506	-465	-1,58 %
Den Anteilseignern des Mutterunternehmens zurechenbares Jahresergebnis (Konzernjahresergebnis)		29.022	29.506	-485	-1,64 %
hievon aus fortgeführtem Geschäftsbereich		29.022	29.506	-485	-1,64 %
hievon aus aufgegebenen Geschäftsbereichen		0	0	0	0,00 %
Den nicht beherrschenden Anteilen zurechenbares Jahresergebnis		20	0	20	100,00 %
hievon aus fortgeführtem Geschäftsbereich		20	0	20	100,00 %
hievon aus aufgegebenen Geschäftsbereichen		0	0	0	0,00 %
Sonstiges Ergebnis					
		1-12/2015 EUR Tsd.	1-12/2014 EUR Tsd.	Veränderung EUR Tsd.	%
Jahresergebnis nach Steuern		29.041	29.506	-465	-1,58 %
Sonstiges Ergebnis					
Posten, bei denen keine Umgliederung in das Jahresergebnis möglich ist					
Neubewertung der Verpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen (IAS 19)		2.898	-2.263	5.161	< -200,00 %
Latente Steuern auf Neubewertung IAS 19		-724	566	-1.290	< -200,00 %
Summe der Posten, bei denen keine Umgliederung in das Jahresergebnis möglich ist		2.173	-1.697	3.871	< -200,00 %
Posten, bei denen eine Umgliederung in das Jahresergebnis möglich ist					
Available for sale Rücklage (inklusive latenter Steuern)					
Fair value Änderung		12.379	13.019	-640	-4,92 %
Umbuchung in Gewinn- und Verlustrechnung		-718	-12.679	11.961	-94,34 %
Veränderungen latenter Steuern auf un versteuerte Rücklage		78	27	51	189,64 %
Veränderung aus Unternehmen bewertet at equity		231	0	231	100,00 %
Summe der Posten, bei denen eine Umgliederung in das Jahresergebnis möglich ist		11.970	367	11.603	> 200,00 %
Summe sonstiges Ergebnis		14.143	-1.330	15.473	< -200,00 %
Gesamtergebnis		43.184	28.176	15.008	53,27 %
Den Anteilseignern des Mutterunternehmens zurechenbares Gesamtergebnis (Konzerngesamtergebnis)		43.165	28.176	14.989	53,20 %
hievon aus fortgeführtem Geschäftsbereich		43.165	28.176	14.989	53,20 %
hievon aus aufgegebenen Geschäftsbereichen		0	0	0	0,00 %
Den nicht beherrschenden Anteilen zurechenbares Gesamtergebnis		19	0	19	100,00 %
hievon aus fortgeführtem Geschäftsbereich		19	0	19	100,00 %
hievon aus aufgegebenen Geschäftsbereichen		0	0	0	0,00 %

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2015

	Anhang (Notes)	31.12.2015 EUR Tsd.	31.12.2014 EUR Tsd.	31.12.2013 EUR Tsd.	Veränderung 2015 - 2014 EUR Tsd. %	
Aktiva						
Barreserve	12	1.280.269	31.057	32.432	1.249.211	> 200,00 %
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	13	2.794.241	780.424	1.176.519	2.013.818	> 200,00 %
Forderungen an Kunden (brutto)	14	3.722.212	2.454.254	2.325.733	1.267.958	51,66 %
Risikovorsorge (-)	15	-68.782	-35.202	-84.936	-33.580	95,39 %
Handelsaktiva	16	172.286	0	0	172.286	100,00 %
Finanzinvestitionen	17	1.717.908	85.711	281.337	1.632.197	> 200,00 %
Investment property Vermögenswerte	18	35.852	13.780	10.475	22.072	160,18 %
Anteile an at equity bewerteten Unternehmen	19	19.601	0	0	19.601	100,00 %
Anteile und Beteiligungen	20	31.691	20.455	19.088	11.236	54,93 %
Immaterielles Anlagevermögen	21	35.946	10	30	35.936	> 200,00 %
Sachanlagen	22	120.579	40.798	36.101	79.781	195,55 %
Ertragsteueransprüche	23	30.462	6.099	7.909	24.363	> 200,00 %
laufende Ertragsteueransprüche		4.133	0	5.065	4.133	100,00 %
latente Ertragsteueransprüche		26.329	6.099	2.844	20.230	> 200,00 %
Sonstige Aktiva	24	125.466	14.973	11.313	110.493	> 200,00 %
Summe Aktiva		10.017.732	3.412.360	3.816.000	6.605.372	193,57 %
Passiva						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	25	4.071.299	75.156	304.542	3.996.143	> 200,00 %
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	26	3.992.500	3.063.804	3.233.274	928.696	30,31 %
Verbriefte Verbindlichkeiten	27	798.362	0	37.173	798.362	100,00 %
Handelspassiva	28	447.361	0	0	447.361	100,00 %
Rückstellungen	29, 30	73.380	31.629	28.917	41.750	132,00 %
Ertragsteuerverpflichtungen	23	7.932	6.098	0	1.834	30,07 %
laufende Ertragsteuerverpflichtungen		200	0	0	200	100,00 %
latente Ertragsteuerverpflichtungen		7.731	6.098	0	1.634	26,79 %
Sonstige Passiva	31	212.799	18.998	19.244	193.801	> 200,00 %
Nachrangkapital	32	17.674	17.589	20.735	85	0,48 %
Eigenkapital	34	396.426	199.086	172.115	197.341	99,12 %
Eigenanteil		393.752	199.086	172.115	194.667	97,78 %
Nicht beherrschende Anteile		2.674	0	0	2.674	100,00 %
Summe Passiva		10.017.732	3.412.360	3.816.000	6.605.372	193,57 %

Entwicklung des Konzerneigenkapitals

EUR Tsd.	1) Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklage	Bewertungs- rücklagen gem. IAS 39 2) Available for sale Rücklage	Eigenkapital ohne nicht beherrschende Anteile	Nicht beherrschende Anteile	Eigenkapital
Stand 1. Jänner 2014	72.484	38.858	57.881	2.892	172.115	0	172.115
Konzernjahresergebnis ³⁾			29.506		29.506	0	29.506
Veränderungen latenter Steuern auf unversteuerte Rücklage			27		27		27
Neubewertung Verpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen (IAS19 inklusive latenter Steuern)			-1.697		-1.697	0	-1.697
Available for sale Rücklage (inklusive latenter Steuern)				340	340	0	340
Konzerngesamtergebnis	0	0	27.836	340	28.176	0	28.176
Kapitalerhöhung	1.714	3.686			5.400		5.400
Ausschüttung			-6.606		-6.606	0	-6.606
Stand 31. Dezember 2014	74.198	42.544	79.111	3.232	199.086	0	199.086
Konzernjahresergebnis ³⁾			29.022		29.022	20	29.041
Veränderungen latenter Steuern auf unversteuerte Rücklage			78		78	0	78
Neubewertung Verpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen (IAS19 inklusive latenter Steuern)			2.173		2.173	0	2.173
Available for sale Rücklage (inklusive latenter Steuern)				11.661	11.661	0	11.661
Veränderung aus Unternehmen bewertet at equity			-9	240	231		231
Konzerngesamtergebnis	0	0	31.264	11.901	43.165	19	43.184
Kapitalerhöhung	51.023	111.618			162.641		162.641
Ausschüttung			-6.788		-6.788		-6.788
Partizipationskapital	-10.740				-10.740	1	-10.739
Veränderungen durch Verschiebung in nicht beherrschende Anteile, Kapitalerhöhungen und Entkonsolidierungen			6.348	41	6.389	2.653	9.043
Stand 31. Dezember 2015	114.481	154.162	109.935	15.174	393.752	2.674	396.426

1) Der Ausweis des gezeichneten Kapitals entspricht dem Ausweis im Einzelabschluss der VOLKSBANK WIEN AG (VBW).

2) Bei der available for sale Rücklage wurden zum 31.12.2015 EUR -5.058 Tsd. (31.12.2014: EUR -1.077 Tsd.) an latenten Steuern berücksichtigt.

3) Im Konzernabschluss 31.12.2015 (und 31.12.2014) der VBW ergaben sich weder für das Kapital ohne nicht beherrschende Anteile noch für die nicht beherrschenden Anteile Währungsdifferenzen aus der Bewertung der Posten der Gewinn- und Verlustrechnung zu Durchschnittskursen.

Konzerngeldflussrechnung

EUR Tsd.	1-12/2015	1-12/2014
Konzernjahresergebnis (vor nicht beherrschenden Anteilen)	29.041	29.506
Im Jahresergebnis enthaltene zahlungsunwirksame Posten		
Abschreibungen und Zuschreibungen auf Finanz- und Sachanlagen	10.793	8.763
Dotierung und Auflösung von Rückstellungen und Risikovorsorgen	-5.448	-10.140
Ergebnis aus der Veräußerung von Finanz- und Sachanlagen	-91	-240
Gewinn aus Unternehmenserwerb	-23.545	-2.413
Veränderung Steuern nicht zahlungswirksam	-17.068	13.124
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit		
Forderungen an Kreditinstitute	1.160.098	456.680
Forderungen an Kunden	343.016	-50.177
Handelsaktiva	-7.482	0
Finanzinvestitionen	165.251	200.196
Investment property Vermögenswerte	5.905	2.731
Sonstiges Umlaufvermögen	272.365	-3.509
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-1.771.387	-254.330
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-389.980	-336.048
Verbriefte Verbindlichkeiten	-37.814	-37.173
Derivate	10.559	3.715
Andere Passiva	-260.155	-8.064
Cash flow aus operativer Geschäftstätigkeit	-515.941	12.623
Mittelzufluss aus der Veräußerung bzw. Tilgung von		
held to maturity Wertpapieren	14.897	0
Beteiligungen	296	0
Sachanlagen	1.527	1.119
Mittelabfluss durch Investitionen in		
held to maturity Wertpapieren	0	0
Beteiligungen	0	-50
Sachanlagen	-3.628	-6.219
Erwerb von Tochterunternehmen - Zahlungsmittel	1.645.765	905
Cash flow aus Investitionstätigkeit	1.658.857	-4.245
Kapitalerhöhung	112.998	0
Dividendenzahlungen	-6.788	-6.606
Veränderungen Nachrangkapital	85	-3.146
Cash flow aus Finanzierungstätigkeit	106.295	-9.752
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Vorperiode (=Barreserve)	31.057	32.432
Cash flow aus operativer Geschäftstätigkeit	-515.941	12.623
Cash flow aus Investitionstätigkeit	1.658.857	-4.245
Cash flow aus Finanzierungstätigkeit	106.295	-9.752
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode (=Barreserve)	1.280.268	31.057
Zahlungen für Steuern, Zinsen und Dividenden		
Gezahlte Ertragsteuern	4.561	-4.314
Erhaltene Zinsen	116.110	92.957
Gezahlte Zinsen	-43.161	-30.369
Erhaltene Dividenden	331	311

Details zu der Berechnungsmethode zur Geldflussrechnung sind in Kapitel 3) ii) angeführt.
 Details zu der Berechnung des Zugangs von Tochterunternehmen sind im Kapitel 2) enthalten.

ANHANG (NOTES)	36
1) Allgemeine Angaben	36
a) Unternehmensfortführung	36
2) Darstellung und Veränderungen des Konsolidierungskreises	38
3) Rechnungslegungsgrundsätze	42
a) Änderungen von Rechnungslegungsvorschriften	43
b) Neue Rechnungslegungsvorschriften	46
c) Anwendung von Schätzungen und Annahmen	48
d) Konsolidierungsgrundsätze	49
e) Währungsumrechnung	50
f) Zinsüberschuss	50
g) Risikovorsorge	50
h) Provisionsüberschuss	51
i) Handelsergebnis	51
j) Verwaltungsaufwand	51
k) Sonstiges betriebliches Ergebnis	51
l) Ergebnis aus Finanzinvestitionen	51
m) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	52
n) Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden	55
o) Risikovorsorge	55
p) Handelsaktiva und -passiva	55
q) Finanzinvestitionen	56
r) Investment property Vermögenswerte	56
s) Beteiligungen	57
t) Immaterielles und materielles Anlagevermögen	58
u) Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen	58
v) Sonstige Aktiva	58
w) Verbindlichkeiten	59
x) Sozialkapital	59
y) Rückstellungen	60
z) Sonstige Passiva	60
aa) Nachrangkapital	61
bb) Eigenkapital	61
cc) Kapitalrücklagen	61
dd) Gewinnrücklagen	61
ee) Eigenmittel	61
ff) Treuhandgeschäfte	63
gg) Pensionsgeschäfte	63
hh) Eventualverpflichtungen	63
ii) Geldflussrechnung	63
4) Zinsüberschuss	64
5) Risikovorsorge	64
6) Provisionsüberschuss	65
7) Handelsergebnis	65
8) Verwaltungsaufwand	65
9) Sonstiges betriebliches Ergebnis	66
10) Ergebnis aus Finanzinvestitionen	67
11) Steuern vom Einkommen	67
12) Barreserve	69
13) Forderungen an Kreditinstitute	69
14) Forderungen an Kunden	69
15) Risikovorsorge	70
16) Handelsaktiva	70
17) Finanzinvestitionen	70
18) Investment property Vermögenswerte	71
19) Anteile an at equity bewerteten Unternehmen	73
20) Anteile und Beteiligungen	74
21) Immaterielles Anlagevermögen	74
22) Sachanlagen	76
23) Ertragsteueransprüche und Ertragsteuerverpflichtungen	76
24) Sonstige Aktiva	78
25) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	78
26) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	78
27) Verbriefte Verbindlichkeiten	79
28) Handelspassiva	79
29) Rückstellungen	80
30) Sozialkapital	80
31) Sonstige Passiva	82
32) Nachrangkapital	82

33)	Zahlungsströme Verbindlichkeiten	83
34)	Eigenkapital	84
35)	Eigenmittel	86
36)	Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	88
37)	Derivate	94
38)	Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in Fremdwährung	94
39)	Treuhandgeschäfte.....	95
40)	Nachrangige Vermögenswerte	95
41)	Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten	95
42)	Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken	95
43)	Pensionsgeschäfte und andere übertragene Vermögenswerte	96
44)	Angaben über Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen	97
45)	Angaben zum Hypothekendarlehen gem. Pfandbriefgesetz einschließlich fundierter Bankschuldverschreibungen	98
46)	Vertriebsstellen.....	98
47)	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag.....	98
48)	Segmentberichterstattung	99
a)	Segmentberichterstattung nach Geschäftsfeldern	100
49)	Risikobericht.....	101
a)	Risikomanagementstruktur und Risikopolitische Grundsätze.....	101
b)	Aufsichtsrechtliche Anforderungen.....	104
c)	Risikostrategie und interner Kapitaladäquanzprozess	104
d)	Kreditrisiko	107
e)	Marktrisiko.....	119
f)	Operationelles Risiko	127
g)	Liquiditätsrisiko.....	128
h)	Beteiligungsrisiko	131
i)	Sonstige Risiken	131
50)	Vollkonsolidierte verbundene Unternehmen ¹⁾	133
51)	Beteiligungsunternehmen bewertet at equity	133
52)	Nichtkonsolidierte verbundene Unternehmen	133

ANHANG (NOTES)

1) Allgemeine Angaben

Die VOLKSBANK WIEN AG (VBW) mit Firmensitz in 1010 Wien, Schottengasse 10, ist das Mutterunternehmen von im Inland agierenden Tochtergesellschaften und die Zentralorganisation (ZO) des österreichischen Volksbanken-Sektors. Neben dem Sektorgeschäft mit den Volksbanken liegen die Schwerpunkte im Privat- und Firmenkundengeschäft in Österreich.

Zum 31. Dezember 2015 muss die VBW erstmals einen Konzernabschluss aufgrund der Überschreitung der Größenkriterien gemäß § 246 UGB aufstellen. Weiters entstand eine Verpflichtung zur Aufstellung eines Konzernabschlusses nach internationalen Rechnungslegungsstandards durch die Übernahme von Emissionen, die an einem geregelten Markt im Sinne des § 2 Z 37 BWG zum Handel zugelassen sind. Aus diesem Grund stellt die VBW zum 31. Dezember 2015 erstmals gemäß § 245a UGB einen Konzernabschluss gemäß International Financial Reporting Standards (IFRS) auf. Da kein Konzernabschluss für die VBW nach österreichischen Rechnungslegungsvorschriften erstellt wird oder wurde, entfällt die nach IFRS 1 geforderte Erläuterung, wie sich der Übergang von den vorherigen Rechnungslegungsgrundsätzen auf IFRS auf die dargestellte Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie seinen Zahlungsflüssen ausgewirkt hat.

Der VBW Konzern hat in der IFRS Eröffnungsbilanz zum 1. Jänner 2014 und für alle innerhalb des ersten IFRS Konzernabschlusses dargestellten Perioden einheitliche Rechnungslegungsmethoden angewendet. Diese Rechnungslegungsmethoden entsprechen allen IFRS, die am 31. Dezember 2015 gelten.

Die VBW hat zum 1. Jänner 2014 die IFRS Eröffnungsbilanz erstellt, und alle nach IFRS anzusetzenden Vermögenswerte und Schulden angesetzt und gemäß den relevanten IFRS Regelungen gegliedert und bewertet. Ausnahmen zur retrospektiven Anwendung anderer IFRS wurden gemäß IFRS 1.13, soweit zutreffend, berücksichtigt. Befreiungen von anderen IFRS gemäß Anhang D zum IFRS 1 wurden nicht in Anspruch genommen.

Die Bilanzierung und Bewertung wurde unter der Annahme der Unternehmensfortführung (going concern) vorgenommen. Der Konzernabschluss wird in Euro aufgestellt, da dies die funktionale Währung des Konzerns ist. Alle Daten sind in Tausend EUR dargestellt, sofern nichts anderes angegeben ist. Rundungsdifferenzen sind in den nachstehenden Tabellen möglich. Alle Bezeichnungen im Anhang, die ausschließlich in der männlichen Form verwendet werden, gelten sinngemäß auch in der weiblichen Form.

Der vorliegende Konzernabschluss wurde am 13. April 2016 vom Vorstand unterzeichnet und anschließend an den Aufsichtsrat zur Kenntnisnahme weitergeleitet.

a) Unternehmensfortführung

Um den wirtschaftlichen Herausforderungen in einem sich ändernden Marktumfeld einerseits und den steigenden regulatorischen Erfordernissen andererseits noch besser gerecht zu werden, haben die Primärinstitute des österreichischen Volksbanken-Sektors durch Abschluss des Verbundvertrags 2012 einen Kreditinstitute-Verbund gemäß § 30a BWG im Jahr 2012 gebildet.

Zur Sicherstellung eines zukunftsfähigen Volksbanken-Verbundes mit dem Erhalt der Kernkompetenz als regional verwurzelter Finanzdienstleister, haben sich die Primärinstitute des österreichischen Volksbanken-Sektors mit Grundsatzbeschluss vom Herbst 2014 entschlossen, eine strategische Neustrukturierung des Volksbanken-Verbundes vorzunehmen.

Kernelement der Neustrukturierung war zunächst die Spaltung der Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft (ÖVAG) in eine Abbaugesellschaft und die Übertragung ihrer Aufgaben als Zentralorganisation auf die VBW sowie der

Abschluss des Verbundvertrags 2014. Die Übernahme des ZO Teilbetriebs aus der Spaltung erfolgte mit Eintragung im Firmenbuch am 4. Juli 2015.

Weiteres Kernelement der Neustrukturierung ist die verpflichtende Herstellung einer Zielstruktur, bestehend aus acht Regionalbanken und zwei Spezialbanken, welche bis 31. Dezember 2017 insbesondere durch Zusammenschlüsse von Primärinstituten umzusetzen ist. Mittelfristig soll diese Struktur zu einem kapitalmarktfähigen Volksbanken-Verbund führen.

Drittes Kernelement ist die vertragliche Hebung von maximal möglichen Synergien im Volksbanken-Verbund, insbesondere dadurch, dass bereits identifizierte Funktionen im Volksbanken-Verbund nur noch einmal verbundweit (und nicht mehr dezentral) erfüllt werden, sowie durch die Vereinfachung der Aufbau- und Ablauforganisation innerhalb des Volksbanken-Verbundes, all dies mit dem Ziel der verbundweiten Herstellung von zukunfts- und leistungsfähigen Regional-Volksbanken, um regional erfolgreicher und im Volksbanken-Verbund effizienter zu sein.

Die Mitglieder des Volksbanken-Verbundes haften untereinander unbeschränkt und es wurde vertraglich die anteilige Übernahme der Kosten und Risiken der ZO vereinbart. Die Bewilligung des Volksbanken-Verbundes als Kreditinstitute-Verbund gemäß § 30a BWG mit der VBW als ZO erfolgte von der EZB mit Bescheid vom 2. Juli 2015 und wurde bis 30. Juni 2016 befristet. Es liegt daher noch keine Vorschreibung einer neuen SREP Ratio für den neu bewilligten Volksbanken-Verbund vor. Das Management der Bank geht von einer Verlängerung der Bewilligung aus. Derzeit finden bei den einzelnen Volksbanken die General- und Hauptversammlungen statt. Wie bereits in den letztjährigen Abstimmungen bedarf es bei einzelnen Volksbanken einer zweiten Abstimmung.

Das Management der VBW geht auf Basis der bisherigen Erfahrungswerte von der positiven Zustimmung in den General- und Hauptversammlungen in den einzelnen Volksbanken und damit verbunden von der Bewilligung des Volksbanken-Verbundes aus.

Im Geschäftsjahr 2016 sind Fusionen der VBW im Juli mit der Volksbank Weinviertel e.Gen. und der Volksbank Marchfeld e.Gen. und im November mit der Volksbank Südburgenland eG und der Volksbank Niederösterreich Süd eG geplant.

Die VBW als Zentralorganisation gemäß § 30a BWG ist Teil des Kreditinstitute-Verbundes (Haftungs- und Liquiditätsverbund). Die aufsichtsrechtlichen Bestimmungen der Teile 2 bis 8 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 sowie § 39a BWG sind vom Volksbanken-Verbund auf Grundlage der konsolidierten Finanzlage zu erfüllen (§30a Abs 7 BWG). Die VBW hat weiterhin sämtliche aufsichtsrechtlichen Bestimmungen auf Einzelbasis und KI-Gruppenebene zu erfüllen.

Mitte Mai 2015 erfolgte von Fitch ein Downgrade für den Volksbanken-Verbund. Neben anderen österreichischen Banken wurde auch das Rating des Volksbanken-Verbundes einer Überprüfung im Hinblick auf die staatliche Unterstützung unterzogen. Dabei wurde das Rating von A auf BB- herabgestuft. Die Ratingherabstufung hatte keine wesentlichen negativen Auswirkungen auf die Liquiditätssituation des Verbundes.

Ende August 2015 wurde der Volksbanken-Verbund von Fitch aufgrund des Ausscheidens der ÖVAG aus dem Volksbanken-Verbund und der Neustrukturierung des Volksbanken-Verbundes neuerlich einem Rating unterzogen. Dabei wurde das Rating von BB- auf BB+ mit positivem Ausblick hinaufgesetzt.

Die Restrukturierungsvereinbarung 2015 zwischen der Republik Österreich und der VBW, die durch eine Umsetzungsvereinbarung zwischen unter anderem der VBW, den Volksbanken sowie weiteren Aktionären der VBW ergänzt wurde, regelt unter anderem eine Genussrechtsemission (Bundes-Genussrecht) durch die VB Rückzahlungsgesellschaft mbH (VB RZG) einer direkte Tochtergesellschaft der VBW. Das Bundes-Genussrecht wurde zur Erfüllung jener Zusagen begeben, die gegenüber dem Bund zur Erlangung der beihilferechtlichen Genehmigung der Umstrukturierung durch die EU-Kommission abgegeben wurden.

Ausschüttungen der VB RZG auf das Bundes-Genussrecht liegen in der Disposition der VBW als Alleingesellschafterin der VB RZG. Es besteht nach dem Bundes-Genussrecht kein Ergebnisanspruch. In diesem Zusammenhang wurde von Aktionären der VBW Aktien an der VBW (im Ausmaß von 25 % des Grundkapitals plus 1 Aktie) an den Bund ohne Gegenleistung übertragen. Die Übertragung der Aktien an den Bund erfolgte am 28. Jänner 2016. Der Bund ist verpflichtet, diese Aktien ohne Gegenleistung an die jeweiligen Aktionäre zurück zu übertragen, sobald die Summe der vom Bund erhaltenen Ausschüttungen auf das Bundes-Genussrecht und weiteren bestimmten anrechenbaren Beträgen einen bestimmten Betrag erreicht. Sollten die vom Bund zu bestimmten vertraglich fixierten Stichtagen erhaltenen Ausschüttungen auf das Bundes-Genussrecht unter Berücksichtigung bestimmter anrechenbarer Beträge (wie z.B. allfällige Ausschüttungen auf die vom Bund an der VBW gehaltenen Aktien) bestimmte festgelegte Mindestsummen nicht erreichen (Verfügungsfall), ist der Bund berechtigt, über diese Aktien ohne weitere Gegenleistung frei zu verfügen und weitere Stammaktien der VBW im Ausmaß von 8 % des Grundkapitals der VBW ohne weitere Gegenleistung von Aktionären der VBW einzufordern. Insgesamt können daher im Verfügungsfall bis zu 33 % plus 1 Aktie der Aktien an der VBW in das (rechtliche und wirtschaftliche) Eigentum des Bundes übergehen und kann der Bund über diesen Aktienanteil frei verfügen (vorbehaltlich des eingeräumten Vorkaufsrechts). Für den Fall, dass das vom Bund eingeräumte Vorkaufsrecht durch einen von der VBW namhaft gemachten Erwerber ausgeübt wird und neuerlich eine Mindestschwelle für die Summe der Ausschüttungen auf das Bundes-Genussrecht und der anrechenbaren Beträge verfehlt wird, haben sich Aktionäre der VBW verpflichtet, dem Bund weitere Stammaktien der VBW im Ausmaß der dem Bund zuvor übertragenen und von dem von der VBW namhaft gemachten Käufer erworbenen Aktien der VBW bei sofortiger freier Verfügungsbefugnis des Bundes zu übertragen.

Die VBW hat gemäß ihrer vertraglichen Verpflichtungen gegenüber dem Bund bis 30. November eines jeden Jahres den Volksbanken einen Vorschlag für den von der VB RZG im folgenden Kalenderjahr auf das Bundesgenussrecht auszusüttenden Gesamtbetrag und für den Gesamtbetrag der hierfür erforderlichen Beiträge der Primärbanken (Großmutterzuschüsse der Volksbanken und direkter Zuschuss der VBW in die VB RZG) zu erstatten. Die VBW wird gemäß dem Anteil ihres Retailsegments am Volksbanken-Verbund (Bilanzsumme UGB/BWG) belastet.

2) Darstellung und Veränderungen des Konsolidierungskreises

Unternehmenszusammenschlüsse

Im Zuge der Restrukturierung des Volksbanken-Verbundes wurde einerseits die Österreichische Volksbanken-AG gespalten und die Funktion der Zentralorganisation und der Spitzeninstituts-Funktion in die VBW eingebracht, andererseits wird die Zahl der Volksbanken durch Verschmelzungen auf insgesamt 10 Institute österreichweit in den nächsten vier Jahren reduziert.

Folgende Maßnahmen wurden im Geschäftsjahr 2014 und 2015 umgesetzt.

Unternehmenserwerbe 2014

Mit Einbringungs- und Sacheinlagevertrag vom 23. September 2014 brachte die Gärtnerbank registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung ihr Unternehmen, den Bankbetrieb Gärtnerbank unter Zurückbehaltung eines Barvermögens in Höhe von EUR 200 Tsd. sowie der Beteiligung an der Schulze-Delitzsch Ärzte und Freie Berufe e.Gen in die VBW gegen Gewährung von Aktien ein. Die Eintragung im Firmenbuch erfolgt am 6. November 2014. Die Einbringung als Sacheinlage erfolgt gegen Gewährung von 18.287 neuen Stückaktien der VBW.

Der Kaufpreis sowie die beizulegenden Zeitwerte der erworbenen Vermögenswerte und Schulden zum Erwerbszeitpunkt am 6. November 2014, die aufgrund der Verteilung des Kaufpreises ermittelt wurden, sind in der folgenden Tabelle dargestellt:

EUR Tsd.	Beizulegender Zeitwert
Barreserve	905
Forderungen an Kreditinstitute	60.586
Forderungen an Kunden	136.882
Risikovorsorge (-)	-19.946
Finanzinvestitionen	4.230
Investment property Vermögenswerte	6.492
Anteile und Beteiligungen	6.045
Sachanlagen	3.053
Ertragsteueransprüche	4.623
Sonstige Aktiva	320
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-24.944
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-166.578
Rückstellungen	-1.835
Sonstige Passiva	-2.020
Erworbenes Nettovermögen	7.813
Kaufpreis = Kapitalerhöhung	5.400
Gewinn aus Unternehmenserwerb	2.413

Da der Kaufpreis ausschließlich durch die Begebung von Aktien beglichen wurde, kam es zu keinem Zahlungsmittelabfluss. Der Mittelfzufluss bestand jeweils aus der übernommenen Barreserve. In der oben angeführten Tabelle sowie im gesamten Abschluss wurde für wertgeminderte Forderungen eine Brutto Darstellung gewählt. Das heißt die im Zuge der Unternehmenserwerbe übernommenen Risikovorsorgen wurden, zur Gewährleistung der Datenkonsistenz mit den Risikomanagementsystemen und aufsichtsrechtlichen Meldungen, gesondert ausgewiesen. Etwaige Anpassungen auf den beizulegenden Zeitwert wurden in der Position Forderungen an Kreditinstituten bzw. Forderungen an Kunden erfasst.

Der Gewinn aus Unternehmenserwerb wird im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst und resultiert im Wesentlichen aus den Wertanpassungen der Vermögenswerte und Schulden auf den beizulegenden Zeitwert, da der Kaufpreis auf Basis der unternehmensrechtliche Abschlüsse ermittelt wurde. Des Weiteren erfolgt die Kaufpreisfindung und die Einbringung gemäß Unternehmensrecht rückwirkend zum 1. Jänner 2014 während für den Erwerbszeitpunkt nach IFRS die Erlangung der Beherrschung maßgebend ist. Gemäß IFRS 3.36 wurde vor der Erfassung des Gewinns aus Unternehmenserwerb analysiert, ob alle Vermögenswerte und Schulden richtig und vollständig identifiziert wurden und ob die Verfahren zur Bewertung der Vermögenswerte und Schulden richtig zur Anwendung gelangt sind.

Der beizulegende Zeitwert der erworbenen Forderungen beträgt EUR 116.935 Tsd., der Bruttobetrag der Forderungen beträgt EUR 146.640 Tsd. Die zum Erwerbszeitpunkt voraussichtlich uneinbringlichen cash flows belaufen sich auf EUR 19.946 Tsd.

Für zum Erwerbsstichtag bestehenden Haftungen und zugesagten Kreditrahmen wurden die beizulegenden Zeitwerte in Höhe von EUR 292 Tsd. ermittelt und als Rückstellung erfasst.

Die Anschaffungsnebenkosten, die im sonstigen betrieblichen Aufwand in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst wurden, betragen EUR 214 Tsd.

Da für den Bankbetrieb der Gärtnerbank keine gesonderten Aufzeichnungen nach der Verschmelzung geführt wurden, liegt der seit dem Erwerbszeitpunkt von der Gärtnerbank erzielte Zinsüberschuss und Jahresüberschuss nach Steuern nicht vor.

Wäre der Bankbetrieb der Gärtnerbank bereits am 1. Jänner 2014 erworben worden, dann wäre der Zinsüberschuss des VBW Konzerns um EUR 3.074 Tsd. und das Jahresergebnis nach Steuern um EUR 66 Tsd. höher.

Unternehmenserwerbe 2015

Im Spaltungs- und Übernahmevertrag abgeschlossen zwischen der Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft (ÖVAG) und der VBW wurde vereinbart, dass die ÖVAG als übertragende Gesellschaft das Spaltungsvermögen die Zent-

ralorganisation und Zentralinstituts-Funktion (ZO Teilbetrieb) durch verhältnismäßige Abspaltung zur Aufnahme im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf die VBW überträgt. Zur Durchführung der Spaltung hat die übernehmende Gesellschaft ihr Grundkapital um 23.400 Stückaktien erhöht. Die Abspaltung zur Aufnahme wurde am 4. Juli 2015 im Firmenbuch eingetragen.

Mit Einbringungs- und Sacheinlagevertrag vom 7. August 2015 brachte die Volksbank Ost registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung ihr Unternehmen, den Bankbetrieb Ost (VB Ost) unter Zurückbehaltung eines Barvermögens in Höhe von EUR 1.000 Tsd., sämtlicher Aktien an der VBW, sämtliche Anteile an der Volksbank Südburgenland eGen, mehrerer Wertpapiere sowie zweier Liegenschaften, in die VBW ein. Die Einbringung als Sacheinlage erfolgt gegen Gewährung von 118.459 neuen Stückaktien der VBW. Die Eintragung im Firmenbuch erfolgte am 3. November 2015.

Des Weiteren brachte, ebenfalls mit Einbringungs- und Sacheinlagevertrag vom 7. August 2015, die Volksbank Obersdorf - Wolkersdorf - Deutsch-Wagram eGen. mit beschränkter Haftung ihr Unternehmen, den Bankbetrieb Obersdorf - Wolkersdorf - Deutsch-Wagram (VB OWD) unter Zurückbehaltung eines Barvermögens in Höhe von EUR 700 Tsd., sämtlicher Genossenschaftsanteile an der Volksbank Wien Beteiligung eGen. und sämtlicher Aktien an der VBW, in die VBW ein. Die Einbringung als Sacheinlage erfolgte gegen Gewährung von 24.350 neuen Stückaktien der VBW. Die Eintragung im Firmenbuch erfolgte am 3. November 2015.

Für die oben beschriebenen Einbringungen sind die Kaufpreise sowie die beizulegenden Zeitwerte der erworbenen Vermögenswerte und Schulden, die aufgrund der Verteilung des Kaufpreises ermittelt wurden, in der folgenden Tabelle dargestellt:

EUR Tsd.	beizulegende Zeitwerte zum Erwerbszeitpunkt			
	ZO Teilbetrieb	VB Ost	VB OWD	Gesamt
Barreserve	1.642.148	2.493	1.125	1.645.765
Forderungen an Kreditinstitute	3.062.351	42.399	50.155	3.154.904
Forderungen an Kunden	1.318.308	241.770	63.213	1.623.291
Risikovorsorge (-)	-56.502	-2.864	-955	-60.321
Handelsaktiva	168.213	0	0	168.213
Finanzinvestitionen	1.741.283	62.766	7.033	1.811.081
Anteile und Beteiligungen	41.773	3.077	165	45.014
Immaterielles Anlagevermögen	27.908	7.519	1.778	37.205
Sachanlagen	14.252	12.728	4.190	31.170
Ertragsteueransprüche	16.840	0	545	17.385
Sonstige Aktiva	366.846	746	203	367.795
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-5.688.256	-20.608	0	-5.708.864
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-908.707	-292.423	-117.534	-1.318.664
Verbriefte Verbindlichkeiten	-815.704	-20.473	-350	-836.527
Handelspassiva	-410.525	0	0	-410.525
Rückstellungen	-30.892	-2.898	-1.566	-35.356
Ertragsteuerverpflichtungen	0	-61	0	-61
Sonstige Passiva	-459.297	-1.741	-95	-461.133
Erworbenes Nettovermögen	30.038	32.430	7.907	70.375
Kaufpreis = Kapitalerhöhung	7.000	36.000	7.400	50.400
Gewinn aus Unternehmenserwerb	23.038	0	507	23.545
Firmenwert	0	3.570	0	3.570

Da die Kaufpreise durch die Ausgabe von Aktien der VBW beglichen wurden, erfolgte kein Mittelabfluss aus dem Konzern. Der Mittelfluss bestand jeweils aus der übernommenen Barreserve. In der oben angeführten Tabelle sowie im gesamten Abschluss wurde für wertgeminderte Forderungen eine Brutto Darstellung gewählt. Das heißt die im Zuge der Unternehmenserwerbe übernommenen Risikovorsorgen wurden, zur Gewährleistung der Datenkonsistenz mit den Risikomanagementsystemen und aufsichtsrechtlichen Meldungen, gesondert ausgewiesen. Etwaige Anpassungen auf den beizulegenden Zeitwert wurden in der Position Forderungen an Kreditinstituten bzw. Forderungen an Kunden erfasst.

Der Gewinn aus Unternehmenserwerb wird im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst und resultiert im Wesentlichen aus den Wertanpassungen der Vermögenswerte und Schulden auf den beizulegenden Zeitwert, da die Kaufpreise auf Basis der unternehmensrechtlichen Abschlüsse ermittelt wurden. Des Weiteren erfolgt die Kaufpreisfindung und Einbringung gemäß Unternehmensrecht rückwirkend zum 1. Jänner 2015 während für den Erwerbszeitpunkt nach IFRS die Erlangung der Beherrschung maßgebend ist. Gemäß IFRS 3.36 wurde vor der Erfassung des Gewinns aus Unternehmenserwerb analysiert, ob alle Vermögenswerte und Schulden richtig und vollständig identifiziert wurden und ob die Verfahren zur Bewertung der Vermögenswerte und Schulden richtig zur Anwendung gelangt sind.

Der beizulegende Zeitwert und der Bruttobetrag der erworbenen Forderungen sowie die zum Erwerbszeitpunkt voraussichtlich uneinbringlichen cash flows stellen sich wie folgt dar:

EUR Tsd.	ZO Teilbetrieb	VB Ost	VB OWD	Gesamt
Beizulegender Zeitwert der erworbenen Forderungen	1.261.806	238.906	62.258	1.562.970
Bruttobetrag der Forderungen	1.380.258	256.086	66.614	1.702.957
Voraussichtlich nicht einbringliche Forderungen	56.502	2.864	955	60.321

Für zum Erwerbsstichtag bestehende Haftungen und zugesagte Kreditrahmen wurden die beizulegenden Zeitwerte für den ZO Teilbetrieb in Höhe von EUR 4.288 Tsd., für die VB Ost in Höhe von EUR 405 Tsd. und für die VB OWD in Höhe von EUR 12 Tsd. ermittelt und als Rückstellung erfasst. Die überwiegenden Fälligkeiten liegen zwischen ein und fünf Jahren. Während diesem Zeitraum wird mit Mittelabflüssen von rund EUR 3 Mio. gerechnet.

Die Anschaffungsnebenkosten, die im sonstigen betrieblichen Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst wurden, betragen EUR 1.777 Tsd.

Seit dem Erwerbszeitpunkt hat der ZO Teilbetrieb einen Zinsüberschuss in Höhe von EUR 11.111 Tsd. und ein Jahresergebnis nach Steuern in Höhe von EUR 10 Tsd. erzielt. Diese Informationen liegen für die VB Ost und die VB OWD nicht vor, da nach der Verschmelzung keine gesonderten Aufzeichnungen mehr verfügbar sind.

Wären der ZO Teilbetrieb, die VB Ost und die VB OWD bereits am 1. Jänner 2015 erworben worden, dann hätte der VBW Konzern insgesamt einen um EUR 31.505 Tsd. höheren Zinsüberschuss und einen um EUR 36.200 Tsd. höheren Jahresüberschuss nach Steuern ausgewiesen.

EUR Tsd.	ZO Teilbetrieb	VB Ost	VB OWD	Gesamt
Zinsüberschuss	23.403	6.338	1.763	31.505
Jahresergebnis nach Steuern	38.028	-1.002	-826	36.200

Im Zuge der erstmaligen Erstellung des VBW Konzernabschlusses wurden ab dem Geschäftsjahr 2015 acht Tochterunternehmen im Wege der Vollkonsolidierung und zwei assoziierte Unternehmen im Wege der at equity Bewertung in den Konzern einbezogen. Die beiden assoziierten Unternehmen und drei Tochterunternehmen wurden ab dem 4. Juli 2015 einbezogen, da sie mit der Einbringung des ZO Teilbetriebes erworben wurden, alle anderen wurden ab 1. Jänner 2015 einbezogen. Durch die erstmalige Konsolidierung gingen im Wesentlichen investment property Vermögenswerte in Höhe von EUR 23 Mio. und Sachanlagen in Höhe von EUR 52 Mio. zu. Diese Aktiva werden mit EUR 13 Mio. von Dritten refinanziert. Weiters wurden Sozialkapitalrückstellungen in Höhe von EUR 6 Mio. und sonstigen Verbindlichkeiten von EUR 11 Mio. übernommen. Die Übernahme der Ergebnisse der vollkonsolidierten Tochterunternehmen aus den Vorjahren in Höhe von EUR 6 Mio. wird erfolgsneutral im Eigenkapital dargestellt. Die at equity bewerteten Unternehmen wurden bei der Einbringung mit dem ihnen beizulegenden Zeitwert bewertet.

Anzahl der in den Konzern einbezogenen Unternehmen

	31.12.2015			31.12.2014		
	Inland	Ausland	Gesamt	Inland	Ausland	Gesamt
Vollkonsolidierte Unternehmen						
Kreditinstitute	1	0	1	0	0	0
Finanzinstitute	1	0	1	0	0	0
Sonstige Unternehmen	7	0	7	0	0	0
Gesamt	9	0	9	0	0	0
At equity einbezogene Unternehmen						
Kreditinstitute	2	0	2	0	0	0
Sonstige Unternehmen	0	0	0	0	0	0
Gesamt	2	0	2	0	0	0

Anzahl der in den Konzern nicht einbezogenen Unternehmen

	31.12.2015			31.12.2014		
	Inland	Ausland	Gesamt	Inland	Ausland	Gesamt
Verbundene Unternehmen	5	0	5	5	0	5
Assoziierte Unternehmen	20	1	21	1	0	1
Unternehmen gesamt	25	1	26	6	0	6

Diese Unternehmen sind zusammen für die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung. Für die Beurteilung der Wesentlichkeit wird neben den quantitativen Merkmalen Bilanzsumme und Jahresergebnis nach Steuern die Auswirkung einer Konsolidierung auf einzelne Bilanzpositionen sowie auf den true and fair view im Konzernabschluss berücksichtigt. Für die Berechnung der quantitativen Merkmale wurden die letzten verfügbaren Jahresabschlüsse der Gesellschaften sowie der Konzernabschluss des Geschäftsjahres 2015 zugrunde gelegt.

Die Liste der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der at equity bewerteten Unternehmen sowie der nicht einbezogenen verbundenen Unternehmen mit Detailinformationen befindet sich am Ende des Anhangs (siehe Kapitel 50), 51), 52)).

3) Rechnungslegungsgrundsätze

Die nachfolgenden Rechnungslegungsgrundsätze wurden stetig auf alle in diesem Abschluss veröffentlichten Perioden und konsistent von allen Konzernmitgliedern angewendet.

Der Konzernabschluss 2015 sowie die Vergleichswerte 2014 und 2013 der VBW wurden nach den Bestimmungen der International Financial Reporting Standards (IFRS; früher: International Accounting Standards, IAS) erstellt und erfüllen die Voraussetzungen des § 245a UGB und des § 59a BWG über befreiende Konzernabschlüsse nach international anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen.

Der Konzernabschluss wurde in Übereinstimmung mit allen am Bilanzstichtag gültigen IFRS/IAS, die das International Accounting Standards Board (IASB) veröffentlicht hat, sowie allen Interpretationen (IFRIC/SIC) des International Financial Reporting Interpretations Committee bzw. des Standing Interpretations Committee erstellt, sofern diese auch von der Europäischen Union im Endorsement-Verfahren übernommen wurden.

Der Konzernabschluss ist mit Ausnahme der folgenden Positionen auf Basis von Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten erstellt:

- Derivative Finanzinstrumente – bewertet mit dem fair value
- Finanzinstrumente der Kategorie at fair value through profit or loss und available for sale – bewertet mit dem fair value

- Investment property Vermögenswerte – bewertet mit dem fair value
- Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die Grundgeschäfte zu fair value hedges sind – fortgeführte Anschaffungskosten werden um die fair value Änderungen angepasst, die den gehedgten Risiken zuzuordnen sind
- Sozialkapitalrückstellungen – Ansatz erfolgt mit dem Barwert abzüglich des Barwertes des Planvermögens

In den beiden nachfolgenden Kapiteln erfolgt eine Darstellung von geänderten und neuen Rechnungslegungsvorschriften, die wesentlich für den Konzernabschluss der VBW sind.

a) Änderungen von Rechnungslegungsvorschriften

Änderungen von Rechnungslegungsvorschriften von der EU übernommen

Im Rahmen des annual improvement project wurden Änderungen an vier Standards vorgenommen. Mit der Anpassung von Formulierungen in einzelnen IFRS soll eine Klarstellung der bestehenden Regelungen erreicht werden. Betroffen sind die Standards IFRS 1, IFRS 3, IFRS 13 und IAS 40. Die Übernahme der EU erfolgte am 18. Dezember 2014 im Amtsblatt der EU. Die Änderungen sind erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Jänner 2015 beginnen.

IFRS 1 - Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards: Durch eine Änderung der Basis for Conclusions wird die Bedeutung von Zeitpunkt des Inkrafttretens im Zusammenhang mit IFRS 1 klargestellt. Sofern von einem Standard im Zeitpunkt des Übergangs auf IFRS zwei veröffentlichte Versionen existieren, nämlich eine derzeit geltende und eine, erst künftig zwingende, jedoch bereits jetzt freiwillig frühzeitig anwendbare, soll es demnach IFRS-Erstanwendern freistehen, eine der beide Versionen anzuwenden. Die gewählte Standardversion ist dann – vorbehaltlich abweichender Regelungen in IFRS 1 – jedoch zwingend auf sämtliche im Abschluss dargestellten Perioden anzuwenden. Der Standard wird nicht vorzeitig angewendet. Diese Änderung hat keine Auswirkung.

IFRS 3 – Unternehmenszusammenschlüsse: Die Änderung formuliert die bestehende Ausnahme von Gemeinschaftsunternehmen (joint ventures) vom Anwendungsbereich des IFRS 3 neu. Damit wird klargestellt, dass die Ausnahme für sämtliche gemeinsame Tätigkeiten (joint arrangements) im Sinne des IFRS 11 gilt. Weiters wird klargestellt, dass sich die Ausnahme nur auf die Abschlüsse des Gemeinschaftsunternehmens oder der gemeinschaftlichen Tätigkeit selbst und nicht auf die Bilanzierung bei den an der gemeinsamen Tätigkeit beteiligten Parteien bezieht. Die Änderung ist prospektiv anzuwenden; der Standard wird nicht vorzeitig angewendet. Diese Änderung hat keine wesentliche Auswirkung.

IFRS 13 - Bemessung des beizulegenden Zeitwerts: IFRS 13.48 gestattet es Unternehmen, die eine Gruppe von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten auf Basis ihres Nettomarktrisikos oder -ausfallrisikos steuert, den beizulegenden Zeitwert dieser Gruppe in Übereinstimmung damit zu ermitteln, wie Marktteilnehmer die Nettorisikoposition am Bewertungsstichtag bewerten würden (sogenannte portfolio exception). Durch die vorgeschlagene Änderung wird klargestellt, dass sich diese Ausnahme zur Bestimmung eines beizulegenden Zeitwerts auf sämtliche Verträge im Anwendungsbereich des IAS 39 oder des IFRS 9 bezieht, selbst wenn diese nicht die Definition eines finanziellen Vermögenswertes oder einer finanziellen Verbindlichkeit des IAS 32 erfüllen (wie z.B. bestimmte Verträge zum Kauf und Verkauf nicht finanzieller Posten, die durch einen Ausgleich in bar oder anderen Finanzinstrumenten erfüllt werden können). Die Änderung erfolgt prospektiv von Beginn des Geschäftsjahres, in dem IFRS 13 erstmals angewendet wurde; der Standard wird nicht vorzeitig angewendet. Diese Änderung hat keine wesentliche Auswirkung.

IAS 40 - Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien: Die Änderung stellt klar, dass der Anwendungsbereich des IAS 40 und des IFRS 3 unabhängig voneinander sind, d. h. sich in keinem Fall gegenseitig ausschließen. Insofern ist jede Anschaffung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien auf Basis der Kriterien des IFRS 3 daraufhin zu untersuchen, ob es sich um die Anschaffung eines einzelnen Vermögenswertes, einer Gruppe von Vermögenswerten oder einen Geschäftsbetrieb im Anwendungsbereich des IFRS 3 handelt. Darüber hinaus sind die Kriterien des IAS 40.7ff anzuwenden, um festzustellen, ob es sich um als Finanzinvestition gehaltene Immobilien oder um vom Eigentümer selbstgenutzte Immobilien handelt. Die Änderung erfolgt grundsätzlich prospektiv für sämtliche Anschaffungen von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien, die

ab Beginn der ersten Periode, in der die Änderung erstmals angewendet wird, so dass eine Anpassung von Vorjahreszahlen nicht notwendig ist. Freiwillig darf die Änderung auf einzelne zuvor stattgefundenene Anschaffungen angewendet werden, sofern die hierfür benötigten Informationen vorliegen; der Standard wird nicht vorzeitig angewendet. Diese Änderung hat keine wesentliche Auswirkung.

Änderungen von Rechnungslegungsvorschriften von der EU noch nicht übernommen

Änderungen des IFRS 10 - Konzernabschluss und IAS 28 - Anteile an assoziierten Unternehmen und Joint Ventures durch den IASB: Angepasst wurden die Regelungen bei Veräußerung oder Einbringung von Vermögenswerten zwischen einem Investor und einem assoziierten Unternehmen oder joint venture. Ursprünglich war der Erstanwendungszeitpunkt der 1. Jänner 2016. Der Erstanwendungszeitpunkt wurde vom IASB auf unbestimmte Zeit verschoben. Die Möglichkeit einer vorzeitigen Anwendung bleibt jedoch erhalten. Die Änderungen werden keine wesentlichen Auswirkungen haben.

Änderungen zu IFRS 10, 12, und IAS 28 - Investmentgesellschaften: Der Standard dient zur Klärung von Fragestellungen in Bezug auf die Anwendung der Ausnahme von der Konsolidierungspflicht nach IFRS 10, wenn das Mutterunternehmen die Definition einer Investmentgesellschaft erfüllt. Unternehmen sind auch dann von der Konsolidierungspflicht befreit, wenn das übergeordnete Mutterunternehmen seine Tochtergesellschaften zum beizulegenden Zeitwert nach IFRS 10 bilanziert. Wenn ein Tochterunternehmen selbst die Definition einer Investmentgesellschaft erfüllt, und Dienstleistungen erbringt, die sich auf die Anlagetätigkeit des Mutterunternehmens beziehen, ist es nicht zu konsolidieren. Wendet ein Investor, der nicht die Definition einer Investmentgesellschaft erfüllt, die Equity Methode auf ein assoziiertes Unternehmen oder ein joint venture an, so kann dieser die Bewertung zum beizulegenden Zeitpunkt beibehalten, die das Beteiligungsunternehmen auf seine Beteiligungen an Tochterunternehmen anwendet. Zudem hat das IASB in den Änderungsstandard aufgenommen, dass eine Investmentgesellschaft, die alle ihre Tochterunternehmen zum beizulegenden Zeitwert bewertet, die nach IFRS 12 vorgeschriebenen Angaben zu Investmentgesellschaften zu leisten hat. Die Änderungen treten - EU - Übernahme vorausgesetzt - für Berichtsperioden in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen; die Standards werden nicht vorzeitig angewendet. Die Änderungen werden keine wesentlichen Auswirkungen haben.

Änderungen zu IFRS 11 - Gemeinsame Vereinbarungen: Erwerb von Anteilen an einer gemeinschaftlichen Tätigkeit. Mit der Änderung wird klargestellt, dass Erwerbe und Hinzuerwerbe von Anteilen an gemeinschaftlichen Tätigkeiten, die einen Geschäftsbetrieb im Sinne des IFRS 3 darstellen, nach den Prinzipien für die Bilanzierung von Unternehmenszusammenschlüssen des IFRS 3 und anderer anwendbarer IFRS zu bilanzieren sind, soweit diese nicht im Konflikt mit Regelungen des IFRS 11 stehen. Die neuen Regelungen gelten prospektiv für Anteilserwerbe, die in Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Jänner 2016 beginnen, stattfinden; der Standard wird nicht vorzeitig angewendet. Die Änderungen werden keine wesentlichen Auswirkungen haben.

Änderungen zu IAS 1 - Darstellung des Abschlusses: Die Änderungen sollen es Unternehmen ermöglichen, ihren Abschluss durch gezielte Ermessensentscheidungen unternehmensspezifischer zu gestalten. Sie beinhalten im Wesentlichen eine Klarstellung, dass Anhangsangaben nur dann notwendig sind, wenn ihr Inhalt nicht unwesentlich ist. Dies gilt explizit auch dann, wenn ein IFRS eine Liste von Minimum-Angaben fordert. Die Musterstruktur des Anhangs wird gestrichen um eine unternehmensspezifischere Gestaltung zu erleichtern und es wird klargestellt, dass es Unternehmen freisteht, an welcher Stelle des Anhangs Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden erläutert werden. Weiters beinhalten die Änderungen Erläuterungen zur Aggregation und Disaggregation von Posten in der Bilanz und der Gesamtergebnisrechnung und eine Klarstellung, dass Anteile am sonstigen Ergebnis at equity bewerteter Unternehmen in der Gesamtergebnisrechnung getrennt nach Posten, die in Zukunft in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden oder nicht, darzustellen sind. Die Änderungen sind in Geschäftsjahren anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen. Eine frühere Anwendung ist zulässig, setzt jedoch ein EU-Endorsement voraus; der Standard wird nicht vorzeitig angewendet. Die Änderungen werden keine wesentlichen Auswirkungen haben.

Änderungen zu IAS 7 - Kapitalflussrechnungen: Die Änderungen haben die Zielsetzung, die Information über die Veränderung der Verschuldung des Unternehmens zu verbessern. Es sind Angaben über die Änderungen solcher finanziellen Verbindlichkeiten zu machen, deren Ein- und Auszahlungen in der Geldflussrechnung im cash flow aus Finanzierungstätigkeit gezeigt werden. Die geforderten Angaben können in Form einer Überleitungsrechnung der Bilanzposten dargestellt werden. Die Änderungen sind in Geschäftsjahren anzuwenden, die am oder nach dem 1. Jänner 2017 beginnen. Die Änderungen werden keine wesentlichen Auswirkungen haben.

Änderungen zu IAS 12 - Ertragsteuern: Die Änderungen stellen klar, dass noch nicht eingetretene Verluste auf Schuldinstrumente, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, für Steuerzwecke jedoch zu fortgeführten Anschaffungskosten zu Entstehung einer aktiven Steuerlatenz führen können. Weiters stellen die Änderungen klar, dass nicht der Buchwert sondern der steuerliche Wert eines Vermögenswertes die relevante Größe bei der Schätzung zukünftiger zu versteuernder Gewinne ist und der Buchwert dabei nicht die Obergrenze für die Berechnung darstellt. Beim Werthaltigkeitstest der aktiven latenten Steuern darf bei der Schätzung der zukünftig zu versteuernden Gewinne der Effekt aus der Veränderung der latenten Steuerposition aus Umkehrung dieser temporären Differenzen nicht berücksichtigt werden. Die Änderungen sind in Geschäftsjahren anzuwenden, die am oder nach dem 1. Jänner 2017 beginnen. Die Änderungen werden keine wesentlichen Auswirkungen haben.

Änderungen zu IAS 16 - Sachanlagen und IAS 38 - Immaterielle Vermögenswerte: Klarstellung akzeptabler Abschreibungsmethoden. Mit der Änderung erfolgt eine Klarstellung hinsichtlich der Wahl von Methoden der Abschreibung von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten. Prinzipiell hat die Abschreibung von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten derart zu erfolgen, dass sie den durch das Unternehmen erwarteten Verbrauch des zukünftigen wirtschaftlichen Nutzens, welcher durch den Vermögenswert generiert wird, widerspiegelt. Diesbezüglich hat das IASB nunmehr klargestellt, dass eine Abschreibung von Sachanlagen auf Basis von Umsatzerlösen der durch sie hergestellten Güter nicht dieser Vorgehensweise entspricht und somit nicht sachgerecht ist, da die Umsatzerlöse nicht nur vom Verbrauch des Vermögenswertes, sondern auch von weiteren Faktoren wie beispielsweise Absatzmenge, Preis oder Inflation abhängig sind. Grundsätzlich wird diese Klarstellung auch in IAS 38 für die Abschreibung immaterieller Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer aufgenommen. Jedoch wird vom IASB in dieser Hinsicht zusätzlich eine widerlegbare Vermutung eingeführt. Demnach ist eine umsatzabhängige Abschreibung immaterieller Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer in folgenden zwei Ausnahmefällen zulässig. Erstens, wenn der Wert des Vermögenswertes sich direkt durch den erwirtschafteten Umsatz ausdrücken lässt, oder zweitens, wenn es nachgewiesen werden kann, dass zwischen den erzielten Umsatzerlösen und dem Werteverzehr des immateriellen Vermögenswertes eine starke Korrelation besteht. Es wird ausgeführt, dass Ausgangspunkt für die Bestimmung einer sachgerechten Abschreibungsmethode für immaterielle Vermögenswerte immer die Ermittlung des für die Nutzung maßgeblich einschränkenden Faktors ist. Seitens des IASB wurde auch darauf hingewiesen, dass eine andere Basis zu verwenden ist, sofern diese den Verbrauch des immateriellen Vermögenswertes besser darstellt; die Standards werden nicht vorzeitig angewendet. Die Änderungen werden keine wesentlichen Auswirkungen haben.

Änderungen zu IAS 27 - Einzelabschlüsse: Anwendung der Equity Methode im Einzelabschluss: Durch die Änderungen können Beteiligungen an Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen sowie assoziierten Unternehmen im IFRS-Einzelabschluss künftig auch nach der Equity Methode bilanziert werden. Damit stehen den Unternehmen alle bereits früher einmal bestehenden Optionen zur Einbeziehung derartiger Unternehmen in den Einzelabschluss, wie: die Einbeziehung zu (fortgeführten) Anschaffungskosten, die Bewertung als zur Veräußerung verfügbare Finanzinstrumente gemäß IAS 39 bzw. IFRS 9 sowie die Einbeziehung mittels der Equity Methode zu; der Standard wird nicht vorzeitig angewendet. Die Änderungen werden keine Auswirkungen haben.

Jährliche Verbesserungen der IFRS (Zyklus 2012-2014)

Im Rahmen des annual improvement project wurden Änderungen an vier Standards vorgenommen. Mit der Anpassung von Formulierungen in einzelnen IFRS soll eine Klarstellung der bestehenden Regelungen erreicht werden. Betroffen sind

die Standards IFRS 5, IFRS 7, IAS 19 und IAS 34. Die neuen Regelungen sind verpflichtend für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Jänner 2016 beginnen – in Abhängigkeit von der jeweiligen Änderung prospektiv oder retrospektiv – anzuwenden; die Standards werden nicht vorzeitig angewendet. Die Änderungen werden keine wesentlichen Auswirkungen haben.

b) Neue Rechnungslegungsvorschriften

Neue Rechnungslegungsvorschriften von der EU übernommen

IFRIC 21 - Abgaben ist eine Interpretation zu IAS 37 - Rückstellungen, Eventualforderungen und Eventualverbindlichkeiten: Geklärt wird vor allem die Frage, wann eine gegenwärtige Verpflichtung bei durch die öffentliche Hand erhobenen Abgaben entsteht und eine Rückstellung oder Verbindlichkeit anzusetzen ist. Nicht in den Anwendungsbereich der Interpretation fallen insbesondere Strafzahlungen und Abgaben, die aus öffentlich rechtlichen Verträgen resultieren oder in den Regelungsbereich eines anderen IFRS fallen, zum Beispiel IAS 12 Ertragsteuern. Nach IFRIC 21 ist ein Schuldposten für Abgaben anzusetzen, wenn das für die Abgabepflicht auslösende Ereignis eintritt. Dieses auslösende Ereignis, das die Verpflichtung begründet, ergibt sich wiederum aus dem Wortlaut der zugrundeliegenden Norm. Deren Formulierung ist insofern ausschlaggebend für die Bilanzierung. Eine freiwillige vorzeitige Anwendung der Interpretation ist erlaubt. Die EU-Übernahme erfolgte am 13. Juni 2014 im Amtsblatt der EU. Die Änderungen sind erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Juli 2014 beginnen. Die Anwendung hat retrospektiv zu erfolgen.

Neue Rechnungslegungsvorschriften von der EU noch nicht übernommen

Neue Standards und Interpretationen

IFRS 9 – Finanzinstrumente: Im Juli 2014 wurde die endgültige Version von IFRS 9 veröffentlicht.

Klassifizierung und Erfassung von Finanzinstrumenten

Finanzielle Vermögenswerte werden zukünftig nur noch in zwei Gruppen klassifiziert und bewertet: Zu fortgeführten Anschaffungskosten und zum fair value. Die Gruppe der finanziellen Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten besteht aus solchen finanziellen Vermögenswerten, die nur den Anspruch auf Zins- und Tilgungszahlungen an vorgegebenen Zeitpunkten vorsehen und die zudem im Rahmen eines Geschäftsmodells gehalten werden, dessen Zielsetzung das Halten von Vermögenswerten ist. Alle anderen finanziellen Vermögenswerte bilden die Gruppe zum fair value. Unter bestimmten Voraussetzungen kann für finanzielle Vermögenswerte der ersten Kategorie – wie bisher – eine Designation zur Kategorie zum fair value (fair value Option) vorgenommen werden. Wertänderungen der finanziellen Vermögenswerte der Kategorie zum fair value sind grundsätzlich im Gewinn oder Verlust zu erfassen. Für bestimmte Eigenkapitalinstrumente jedoch kann vom Wahlrecht Gebrauch gemacht werden, Wertänderungen im sonstigen Ergebnis zu erfassen; Dividendenansprüche aus diesen Vermögenswerten sind jedoch im Gewinn oder Verlust zu erfassen. Die Vorschriften für finanzielle Verbindlichkeiten werden grundsätzlich aus IAS 39 übernommen. Der wesentlichste Unterschied betrifft die Erfassung von Wertänderungen von zum fair value bewerteten finanziellen Verbindlichkeiten. Zukünftig sind diese aufzuteilen: der auf das eigene Kreditrisiko entfallende Teil ist im sonstigen Ergebnis zu erfassen, der verbleibende Teil der Wertänderung ist im Gewinn oder Verlust zu erfassen.

Bilanzierung von Wertminderungen finanzieller Vermögenswerte

Durch die neuen Vorschriften sind nicht mehr nur eingetretene Verluste, sondern bereits erwartete Verluste zu erfassen. Dabei wird der Umfang der Erfassung erwarteter Verluste nochmals danach differenziert, ob sich das Ausfallrisiko finanzieller Vermögenswerte seit ihrem Zugang wesentlich verschlechtert hat oder nicht. Liegt eine Verschlechterung vor und ist das Ausfallrisiko am Stichtag nicht als niedrig einzustufen, sind ab diesem Zeitpunkt sämtliche erwarteten Verluste über die gesamte Laufzeit zu erfassen. Andernfalls sind nur die über die Laufzeit des Instruments erwarteten Verluste zu berücksichtigen, die aus künftigen, möglichen Verlustereignissen innerhalb der nächsten zwölf Monate resultieren. Ausnahmeregelungen bestehen für Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und Leasingforderungen. Für diese Vermögenswerte

müssen (Forderungen ohne wesentliche Finanzierungs Komponente) bzw. dürfen (Forderungen mit wesentlicher Finanzierungs Komponente und Leasingforderungen) bereits bei Zugang sämtliche erwarteten Verluste berücksichtigt werden.

Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen

Ziel der neuen Regelungen ist es, das hedge accounting stärker an der ökonomischen Risikosteuerung eines Unternehmens zu orientieren. Wie bisher müssen Unternehmen zu Beginn einer Sicherungsbeziehung die jeweilige Risikomanagementstrategie samt Risikomanagementzielen dokumentieren, wobei künftig jedoch das Verhältnis zwischen gesichertem Grundgeschäft und Sicherungsinstrument in der Regel den Vorgaben der Risikomanagementstrategie entsprechen muss. Ändert sich die hedge ratio während einer Sicherungsbeziehung, nicht aber das Risikomanagementziel, müssen die in die Sicherungsbeziehung einbezogenen Mengen des Grundgeschäftes und des Sicherungsinstruments angepasst werden, ohne dass die Sicherungsbeziehung aufgelöst werden darf. Die Auflösung einer Sicherungsbeziehung wird nach IFRS 9 anders als nach IAS 39 nicht mehr jederzeit ohne Grund möglich sein. Eine Sicherungsbeziehung muss demnach für Rechnungslegungszwecke solange beibehalten werden, wie sich das für diese Sicherungsbeziehung dokumentierte Risikomanagementziel nicht geändert hat und die übrigen Voraussetzungen für hedge accounting erfüllt sind. Weiterhin können unter IFRS 9 unter bestimmten Voraussetzungen auch bei nicht finanziellen Grundgeschäften einzelne Risikokomponenten isoliert betrachtet werden. Es ändern sich die Vorgaben zum Nachweis der Effektivität von Sicherungsgeschäften: Unter IAS 39 konnten Sicherungsbeziehungen nur dann im hedge accounting abgebildet werden, wenn deren hohe Effektivität sowohl retrospektiv wie prospektiv nachweisbar war und in einer Bandbreite zwischen 80 und 125 Prozent lag. Nach IFRS 9 fallen sowohl der retrospektive Nachweis als auch das Effektivitätsband weg. Unternehmen müssen stattdessen ohne Bindung an quantitative Grenzwerte nachweisen, dass zwischen Grundgeschäft und Sicherungsinstrument eine ökonomische Beziehung besteht, die wegen eines gemeinsamen Basiswertes oder des gesicherten Risikos zu gegenläufigen Wertänderungen führt. Dieser Nachweis kann auch rein qualitativ erfolgen. Die Wertänderungen der ökonomischen Beziehung dürfen jedoch nicht hauptsächlich auf den Einfluss des Kreditrisikos zurückzuführen sein. IFRS 9 ist - vorbehaltlich einer noch zu erfolgenden EU-Übernahme - erstmals in Berichtsperioden anzuwenden, die am oder nach dem 1. Jänner 2018 beginnen. Die Erstanwendung hat grundsätzlich retrospektiv zu erfolgen, allerdings werden diverse Vereinfachungsoptionen gewährt. Eine frühere, freiwillige Anwendung ist zulässig. Auf Grund der Geschäftstätigkeit des Konzerns wird dieser Standard umfassende Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben.

IFRS 14 - Regulatorische Abgrenzungsposten: wurde als Interim Standard veröffentlicht, der eine Zwischenlösung darstellt, bis sich das IASB im Rahmen des Projekts Rate-regulated activities auf die Bilanzierung des Sachverhaltes geeinigt hat. Durch die Regelungen des Standards wird es Unternehmen, die erstmals einen IFRS Abschluss gemäß IFRS 1 aufstellen, ermöglicht, sogenannte regulatorische Abgrenzungsposten, die sie unter Geltung ihrer bisherigen nationalen Rechnungslegungsvorschriften im Zusammenhang mit preisregulierten Tätigkeiten angesetzt haben, im IFRS Abschluss beizubehalten und weiterhin nach den bisherigen Rechnungslegungsmethoden zu bilanzieren. Hierdurch soll betroffenen Unternehmen ein Übergang auf IFRS erleichtert werden. Die Anwendung der Regelung ist allerdings explizit nur für IFRS-Erstanwender vorgesehen; bereits nach IFRS bilanzierende Unternehmen sind von der Anwendung ausgenommen. Sofern sich ein Unternehmen zur Anwendung der Regelungen des IFRS 14 entscheidet (Wahlrecht), hat es zwingende Ausweisung und Angabepflichten zu erfüllen. So sind die regulatorischen Abgrenzungsposten gesondert in der Bilanz, getrennt nach Aktiv- und Passivposten, auszuweisen. Gleiches gilt für Ergebnisauswirkungen in der Gesamtergebnisrechnung. Darüber hinaus sind unter anderem Angaben zur Art der zugrundeliegenden Preisregulierung sowie zu den damit zusammenhängenden Risiken zu machen. Die Möglichkeiten zur Änderung der bislang angewendeten Rechnungslegungsmethoden in Bezug auf die regulatorischen Abgrenzungsposten werden durch IFRS 14 beschränkt. Ein erstmaliger Ansatz solcher Posten, die nach den nationalen Rechnungslegungsvorschriften nicht anzusetzen waren, ist aus dem IFRS 14 heraus nicht zulässig. Eine freiwillige vorzeitige Anwendung der Regelung ist zulässig. Die Europäische Kommission hat entschieden, den Endorsement-Prozess für diesen Standard nicht zu starten, sondern auf den endgültigen Standard zu warten. Der neue Standard wird keine Auswirkungen haben.

IFRS 15 - Umsatzerlöse aus Kundenverträgen: Die Zielsetzung des überarbeiteten Standards ist insbesondere, die bisherigen, wenig umfangreichen Regelungen in den IFRS einerseits und die sehr detaillierten und zum Teil industriespezifischen Regelungen unter US-GAAP andererseits zu vereinheitlichen und somit die Transparenz und Vergleichbarkeit von Finanzinformationen zu verbessern. Nach IFRS 15 sind Umsatzerlöse dann zu realisieren, wenn der Kunde die Verfügungsmacht über die vereinbarten Güter und Dienstleistungen erlangt und Nutzen aus diesen ziehen kann. Entscheidend ist nicht mehr die Übertragung wesentlicher Chancen und Risiken, wie noch nach den alten Regelungen des IAS 18. Die Umsatzerlöse sind mit dem Betrag der Gegenleistung zu bewerten, die das Unternehmen erwartet zu erhalten. Das neue Modell sieht zur Ermittlung der Umsatzrealisierung ein fünfstufiges Schema vor, wonach zunächst der Kundenvertrag und die darin enthaltenen separaten Leistungsverpflichtungen zu identifizieren sind. Anschließend ist der Transaktionspreis des Kundenvertrages zu ermitteln und auf die einzelnen Leistungsverpflichtungen aufzuteilen. Abschließend ist nach dem neuen Modell für jede Leistungsverpflichtung der Umsatz in Höhe des zugeordneten anteiligen Transaktionspreises zu realisieren, sobald die vereinbarte Leistung erbracht wurde bzw. der Kunde die Verfügungsmacht darüber erlangt hat. Dabei ist anhand vorgegebener Kriterien zwischen zeitpunkt- und zeitraumbezogenen Leistungserfüllungen zu unterscheiden. Der neue Standard unterscheidet nicht zwischen unterschiedlichen Auftrags- und Leistungsarten, sondern stellt einheitliche Kriterien auf, wann eine Leistungserbringung zeitpunkt- oder zeitraumbezogen zu realisieren ist. Die Regelungen und Definitionen des IFRS 15 ersetzen künftig sowohl die Inhalte des IAS 18 als auch des IAS 11. Der neue Standard wird keine wesentlichen Auswirkungen haben.

IFRS 16 - Leasingverhältnisse: In IFRS 16 wird die Abbildung von Leasingverhältnissen in Abschlüssen definiert. Gegenüber dem Vorgängerstandard IAS 17 gibt es wesentliche Änderungen bei der Abbildung von operating lease Verträgen beim Leasingnehmer. Dabei sind bis auf aus Wesentlichkeitsgründen bestehende Ausnahmen (kurzfristige Leasingverhältnisse und Leasingverhältnisse für geringwertige Vermögenswerte) in der Bilanz aktivisch die Vermögenswerte aus dem Nutzungsrecht und passivisch die dazu korrespondierenden Leasingverbindlichkeiten auszuweisen. Die Bilanzierung beim Leasinggeber ändert sich im Vergleich zu IAS 17 nur unerheblich. Die Anhangangaben werden umfangreicher sein als beim bisherigen IAS 17. Die Änderungen sind in Geschäftsjahren anzuwenden, die am oder nach dem 1. Jänner 2019 beginnen. Die Änderungen werden keine wesentlichen Auswirkungen haben.

c) Anwendung von Schätzungen und Annahmen

Sämtliche im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung nach IFRS notwendigen Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu bewertet und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen. Diese Schätzungen und Annahmen haben Einfluss auf die in der Bilanz und die in der Gesamtergebnisrechnung ausgewiesenen Beträge der Aktiva und Verbindlichkeiten sowie der Erträge und Aufwendungen.

Bei den folgenden Annahmen und Schätzungen besteht naturgemäß die Möglichkeit, dass, wenn sich die Rahmenbedingungen entgegen den Erwartungen am Bilanzstichtag entwickeln, es zu wesentlichen Anpassungen von Vermögenswerten und Schulden im nächsten Geschäftsjahr kommen kann.

- Zur Beurteilung der Werthaltigkeit von Finanzinstrumenten, für die kein aktiver Markt vorhanden ist, werden alternative finanzmathematische Bewertungsmethoden herangezogen. Die der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts zu Grunde gelegten Parameter beruhen teilweise auf zukunftsbezogenen Annahmen.
- Die Beurteilung der Werthaltigkeit von immateriellen Vermögenswerten, Geschäfts- oder Firmenwerten, investment properties und Sachanlagen basiert auf zukunftsbezogenen Annahmen.
- Die Beurteilung der Werthaltigkeit von Finanzinstrumenten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden oder der available for sale Kategorie zugeordnet werden, basiert auf zukunftsbezogenen Annahmen.

- Dem Ansatz der aktiven latenten Steuern liegt die Annahme zu Grunde, dass in Zukunft ausreichend steuerliche Einkünfte erwirtschaftet werden, um die bestehenden Verlustvorträge zu verwerten; ggf. werden keine aktiven latenten Steuern angesetzt.
- Für die Bewertung der bestehenden Sozialkapitalverpflichtungen werden Annahmen für Zinssatz, Pensionsantrittsalter, Lebenserwartung und künftige Bezugserhöhungen verwendet.
- Die Bewertung der Rückstellungen erfolgt auf Basis von Kostenschätzungen von Vertragspartnern, Erfahrungswerten und finanzmathematischen Berechnungsmethoden.
- Zu den in der Bilanz nicht erfassten Verpflichtungen und Wertminderungen auf Grund von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Haftungsverhältnissen werden regelmäßig Einschätzungen vorgenommen, ob eine bilanzielle Erfassung im Abschluss zu erfolgen hat.

Sofern Schätzungen in größerem Umfang erforderlich waren, werden die getroffenen Annahmen bei der Erläuterung der entsprechenden Position dargestellt. Die tatsächlichen Werte können von den getroffenen Annahmen und Schätzungen abweichen, wenn sich die Rahmenbedingungen entgegen den Erwartungen zum Bilanzstichtag entwickeln. Änderungen werden zum Zeitpunkt einer besseren Kenntnis erfolgswirksam berücksichtigt und die Prämissen entsprechend angepasst.

d) Konsolidierungsgrundsätze

Grundlage des vorliegenden Konzernabschlusses bilden nach IFRS erstellte Einzelabschlüsse aller vollkonsolidierten Unternehmen. Im Rahmen der Bewertung at equity wurden die Wertansätze in den lokalen Abschlüssen assoziierter Unternehmen an die konzerneinheitlichen Rechnungslegungsgrundsätze angepasst, sofern die Auswirkungen auf den Konzernabschluss wesentlich waren.

Die im Wege der Vollkonsolidierung und nach der Equity Methode einbezogenen Jahresabschlüsse wurden auf Basis des Bilanzstichtages zum 31. Dezember 2015 erstellt.

Unternehmenszusammenschlüsse ab dem 31. März 2004 werden gemäß IFRS 3 nach der Erwerbsmethode bilanziert. Dabei werden alle zum Erwerbszeitpunkt identifizierbaren Vermögenswerte, Schulden und Eventualschulden zu ihren beizulegenden Zeitwerten angesetzt. Übersteigen die Anschaffungskosten den anteiligen Zeitwert des Nettovermögens, wird ein Geschäfts- oder Firmenwert aktiviert. Die full goodwill Methode wird nicht angewendet. Der Firmenwert wird nicht planmäßig abgeschrieben, sondern wird gemäß IAS 36 einmal jährlich auf Wertminderung überprüft. Passive Unterschiedsbeträge sind gemäß IFRS 3 nach einer erneuten Überprüfung sofort erfolgswirksam zu erfassen. Anpassungen von bedingten Kaufpreisbestandteilen, die zum Zeitpunkt des Erwerbs als Verbindlichkeit ausgewiesen werden, werden erfolgswirksam erfasst. Transaktionen, bei denen der Konzern weiterhin die Beherrschung behält, werden erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst.

Sofern Unternehmen, die von der VBW direkt oder indirekt beherrscht werden, für die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns wesentlich sind, werden sie im Konzernabschluss vollkonsolidiert. Unternehmen mit einem Kapitalanteil zwischen 20 % und 50 % ohne Beherrschungsvertrag werden nach der Equity Methode in den Konzernabschluss einbezogen, sofern sie für die Darstellung nicht von untergeordneter Bedeutung sind.

Ausleihungen und andere Forderungen, Rückstellungen und Verbindlichkeiten sowie Eventualforderungen und -verbindlichkeiten aus Beziehungen zwischen den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen sowie entsprechende Rechnungsabgrenzungsposten wurden im Zuge der Schuldenkonsolidierung aufgerechnet. Erträge und Aufwendungen zwischen Konzernunternehmen werden im Zuge der Aufwands- und Ertragskonsolidierung, Zwischenergebnisse im Wege der Zwischenergebniselementierung eliminiert.

e) Währungsumrechnung

Gemäß IAS 21 werden auf Fremdwährung lautende monetäre Vermögenswerte und Schulden, nicht monetäre zum fair value bewertete Positionen sowie noch nicht abgewickelte Kassageschäfte zum Devisen-Kassa-Mittelkurs, noch nicht abgewickelte Termingeschäfte zum Devisen-Termin-Mittelkurs des Bilanzstichtages umgerechnet. Nicht monetäre Vermögenswerte und Schulden, die mit fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert werden, werden mit dem Anschaffungskurs angesetzt.

Die Umrechnung von Einzelabschlüssen ausländischer Tochterunternehmen in fremden Währungen erfolgt nach der modifizierten Stichtagskursmethode gemäß IAS 21 für die Bilanz mit dem Devisen-Kassa-Mittelkurs zum Bilanzstichtag und für das Eigenkapital mit den historischen Kursen. Differenzen, die sich aus dieser Umrechnung ergeben, werden erfolgsneutral in der Währungsrücklage verrechnet. Firmenwerte und aufgedeckte stille Reserven und Lasten aus der Erstkonsolidierung von ausländischen Tochterunternehmen, die vor dem 1. Jänner 2005 entstanden sind, werden mit den historischen Wechselkursen umgerechnet. Alle Firmenwerte und aufgedeckte stille Reserven und Lasten von Unternehmenszusammenschlüssen nach dem 1. Jänner 2005 werden mit dem Devisen-Kassa-Mittelkurs zum Bilanzstichtag umgerechnet.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung werden die durchschnittlichen Devisen-Kassa-Mittelkurse, berechnet auf Basis von Monatsultimoständen, für das Geschäftsjahr herangezogen. Währungsdifferenzen zwischen dem Stichtagskurs in der Bilanz und dem Durchschnittskurs in der Gewinn- und Verlustrechnung werden ergebnisneutral mit dem Eigenkapital in der Währungsrücklage verrechnet.

f) Zinsüberschuss

Zinserträge und Zinsaufwendungen werden periodengerecht abgegrenzt und in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Laufende oder einmalige zinsähnliche Erträge und Aufwendungen wie Kreditprovisionen, Überziehungsprovisionen oder Bearbeitungsgebühren werden im Zinsüberschuss nach der Effektivzinsmethode erfasst. Agien und Disagien werden mit Hilfe der Effektivzinsmethode über die Laufzeit des Finanzinstrumentes verteilt und im Zinsüberschuss dargestellt.

Der sich aus der Berechnung der Risikovorsorge ergebende Barwerteffekt wird im Zinsergebnis dargestellt.

Der Zinsüberschuss setzt sich zusammen aus:

- Zinsen und ähnlichen Erträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften (inklusive Barwerteffekt aus den Risikovorsorgen)
- Zinsen und ähnlichen Erträgen aus festverzinslichen Wertpapieren
- Erträgen aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren
- Erträgen aus verbundenen nicht konsolidierten Unternehmen und sonstigen Beteiligungen
- Mieterträgen aus investment property Vermögenswerten
- Zinsen und ähnlichen Aufwendungen von Einlagen
- Zinsen und ähnlichen Aufwendungen von verbrieften Verbindlichkeiten und Nachrangkapital
- Zinskomponenten von Derivaten des Bankbuches

Die Zinserträge und Zinsaufwendungen aus Handelsaktiva und -passiva werden im Handelsergebnis dargestellt.

Die Bewertungs- und Veräußerungsergebnisse von Wertpapieren, Aktien und Beteiligungen werden im Ergebnis aus Finanzinvestitionen ausgewiesen.

g) Risikovorsorge

In der Position Risikovorsorge für das Kreditgeschäft werden die Bildung und Auflösung von Einzelwertberichtigungen und Portfoliowertberichtigungen (siehe Kapitel 3m)) erfasst. Direkt abgeschriebene Forderungen und die Eingänge aus bereits

abgeschriebenen Forderungen werden ebenfalls in dieser Position dargestellt. Weiters erfolgt hier auch der Ausweis der Dotierung und Auflösung von Risikorückstellungen.

h) Provisionsüberschuss

Im Provisionsüberschuss werden alle Erträge und Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der Erbringung von Dienstleistungen entstehen, periodengerecht dargestellt.

i) Handelsergebnis

Im Handelsergebnis werden alle realisierten und unrealisierten Ergebnisse aus im Handelsbestand (Handelsaktiva und Handlpassiva) gehaltenen Wertpapieren, Devisen und Derivaten erfasst. Diese umfassen nicht nur die Ergebnisse aus Marktwertänderungen, sondern auch alle Zinserträge, Dividenden und Refinanzierungsaufwendungen von Handelsaktiva.

Ergebnisse aus der täglichen Bewertung von Positionen in Fremdwährungen werden ebenfalls im Handelsergebnis dargestellt.

j) Verwaltungsaufwand

Der Verwaltungsaufwand enthält alle Aufwendungen im Zusammenhang mit der Geschäftstätigkeit der in den Abschluss einbezogenen Unternehmen.

Dem Personalaufwand werden Löhne und Gehälter, gesetzliche und freiwillige Sozialaufwendungen, Zahlungen an die Pensionskasse und Mitarbeitervorsorgekasse sowie alle Aufwendungen für Abfertigungen und Pensionen zugeordnet.

Im Sachaufwand sind alle Aufwendungen für Geschäftsräume, Kommunikation, Werbung und Marketing, Rechtsberatung und sonstige Beratung, Schulungen sowie der EDV-Aufwand enthalten.

Weiters werden im Verwaltungsaufwand die Abschreibungen auf immaterielles und materielles Anlagevermögen – außer die Wertminderungen von Firmenwerten – dargestellt.

k) Sonstiges betriebliches Ergebnis

In dieser Position werden neben dem Ergebnis aus der Bewertung bzw. dem Rückkauf von finanziellen Verbindlichkeiten, den Wertminderungen von Firmenwerten, den Bewertungen von IFRS 5 Veräußerungsgruppen und dem Entkonsolidierungsergebnis aus dem Abgang von Tochterunternehmen alle übrigen sonstigen betrieblichen Ergebnisse erfasst.

l) Ergebnis aus Finanzinvestitionen

Im Ergebnis aus Finanzinvestitionen werden alle realisierten und unrealisierten Ergebnisse von Finanzinvestitionen at fair value through profit or loss und aller Derivate im Bankbuch dargestellt. Die Ergebnisse aus Zinsen und Dividenden werden im Zinsüberschuss erfasst.

Weiters werden hier die Veräußerungsergebnisse aller verbrieften Finanzinvestitionen der Kategorien available for sale (inklusive Beteiligungen), loans & receivables und held to maturity erfasst. Die Bewertungsergebnisse, wenn sie aus Gründen einer wesentlichen oder dauerhaften Wertminderung (impairment) resultieren, werden ebenfalls in dieser Position dargestellt. Wertaufholungen bei Fremdkapitalinstrumenten werden bei nachträglichem Wegfall des Wertminderungsgrundes bis zu den fortgeführten Anschaffungskosten ergebniswirksam in dieser Position erfasst.

Ergebnisse aus der täglichen Bewertung von Fremdwährungen werden im Handelsergebnis dargestellt.

m) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten

Erfassung

Ein finanzieller Vermögenswert oder eine finanzielle Verbindlichkeit wird dann in der Bilanz erfasst, wenn der Konzern Vertragspartei zu den vertraglichen Regelungen des Finanzinstrumentes wird und infolgedessen das Recht auf Empfang oder die rechtliche Verpflichtung zur Zahlung von flüssigen Mitteln hat. Ein Finanzinstrument gilt mit Handelsdatum als zu- oder abgegangen. Am Handelsdatum orientieren sich der erstmalige Ansatz in der Bilanz, die Bewertung in der Gewinn- und Verlustrechnung und die Bilanzierung des Abganges eines Finanzinstrumentes.

Ausbuchung

Die Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswertes erfolgt zum Zeitpunkt des Verlustes der vertraglichen Rechte an cash flows. Eine finanzielle Verbindlichkeit wird dann ausgebucht, wenn diese getilgt ist.

Der Konzern wickelt Transaktionen ab, bei denen finanzielle Vermögenswerte übertragen werden, aber entweder Risiken oder Chancen, die mit dem Eigentum des Vermögenswertes verbunden sind, im Konzern verbleiben. Werden alle oder die wesentlichsten Risiken und Chancen im Konzern behalten, dann wird der finanzielle Vermögenswert nicht ausgebucht, sondern weiterhin in der Bilanz erfasst. Solche Transaktionen sind z.B. Wertpapierleihe und Pensionsgeschäfte.

Saldierungen

Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden nur dann miteinander verrechnet, wenn der Konzern ein vertragliches Recht darauf hat und wenn der Konzern die verrechnete Verbindlichkeit auf einer Nettobasis tilgt oder gleichzeitig mit der Realisierung der Forderung die Verbindlichkeit begleicht.

Erträge und Aufwendungen werden nur dann netto dargestellt, wenn das von den Rechnungslegungsstandards erlaubt ist oder wenn die Gewinne und Verluste aus einer Gruppe gleichartiger Transaktionen, wie z.B. die Handelsaktivitäten des Konzerns, entstehen.

Fortgeführte Anschaffungskosten

Die fortgeführten Anschaffungskosten von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten sind jener Betrag, der sich aus den ursprünglichen Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von Tilgungsbeträgen, der Verteilung von Agien oder Disagien nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit sowie von Wertberichtigungen oder Abschreibungen auf Grund von Wertminderungen oder Uneinbringlichkeit ergibt.

Fair value Bewertung

Der fair value ist der Preis, der in einem geordneten Geschäftsvorfall zwischen Marktteilnehmern am Bemessungsstichtag für den Verkauf eines Vermögenswertes eingenommen bzw. für die Übertragung einer Schuld gezahlt werden würde.

Für die Berechnung der fair values wird die folgende fair value Hierarchie herangezogen, die die Bedeutung der einzelnen Parameter widerspiegelt.

Level 1: Ein auf einem aktiven Markt notierter Preis für identische Instrumente. Ein Markt wird als aktiv angesehen, wenn notierte Preise leicht und regelmäßig erhältlich sind und diese Preise aktuelle und regelmäßig auftretende Markttransaktionen wie unter unabhängigen Dritten darstellen.

Level 2: Bewertungsmethoden, die auf beobachtbaren Daten beruhen – entweder direkt als Preise oder indirekt abgeleitet von Preisen. Zu den Bewertungsmethoden gehören die Verwendung der jüngsten Geschäftsvorfälle zwischen sachverständigen, vertragswilligen und unabhängigen Geschäftspartnern sowie der Vergleich mit dem aktuellen beizulegenden Zeitwert eines anderen, im Wesentlichen identischen Finanzinstrumentes. Bei der Analyse von diskontierten cash flows sowie Optionspreismodellen werden alle wesentlichen Parameter direkt oder indirekt von beobachtbaren Marktdaten ab-

geleitet. Dabei werden alle Faktoren berücksichtigt, die Marktteilnehmer bei einer Preisfeststellung beachten würden. Die Bewertung ist mit anerkannten wirtschaftlichen Methoden für die Preisfindung von Finanzinstrumenten konsistent. Alle für diese Berechnungsmethoden angewandten Schätzungen spiegeln angemessene Markterwartungen wider und beachten alle Risikofaktoren, die normalerweise in Finanzinstrumenten enthalten sind.

Level 3: Bewertungsmethoden, die zum Großteil nicht am Markt beobachtbare Parameter verwenden. Diese Parameter haben einen wesentlichen Effekt auf die Ermittlung des fair values. In dieser Kategorie werden auch Instrumente ausgewiesen, bei denen die Bewertung durch Anpassung von nicht beobachtbaren Inputfaktoren erfolgt, sofern diese Anpassung erheblich ist.

Die Bewertungsmethoden werden periodisch neu ausgerichtet und auf Validität überprüft, indem Preise von beobachtbaren aktuellen Markttransaktionen oder Preise, die auf verfügbaren, beobachtbaren Marktdaten beruhen, für dasselbe Finanzinstrument verwendet werden.

Wertminderungen

Quartalsweise findet ein Prozess für die Bewertung der Kreditforderungen mit dem Auftrag an die für das Risiko zuständige Organisationseinheiten statt, auf Basis aktueller Entwicklungen einen Vorschlag für den Kreditrisikovorsorgebedarf zu machen. Eine Wertminderung liegt vor, wenn nach dem erstmaligen Ansatz eines Finanzinstrumentes objektive Hinweise auf ein Ereignis vorliegen, das Auswirkungen auf die zukünftigen Zahlungsströme aus dem Finanzinstrument hat und deren Auswirkung verlässlich geschätzt werden kann.

Objektive Hinweise für das Auftreten von Wertminderungen sind z.B. finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners; Umschuldung einer Forderung zu Konditionen, die ansonsten nicht gewährt werden; Indikationen, dass der Schuldner in Insolvenz geht; das Verschwinden eines Wertpapiers von einem aktiven Markt und andere beobachtbare Daten im Zusammenhang mit einer Gruppe von finanziellen Vermögenswerten wie Veränderungen im Zahlungsstand von Kreditnehmern oder wirtschaftliche Bedingungen, die mit den Ausfällen der Gruppe korrelieren.

Für die Berechnung des Vorsorgebedarfes werden zuerst die Vermögenswerte einzeln auf objektive Hinweise auf Wertminderung untersucht. Alle wesentlichen (signifikanten) Vermögenswerte werden auf Basis der erwarteten cash flows bewertet. Finanzielle Vermögenswerte, die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, werden einer gemeinsamen Bewertung unterzogen. Dabei werden sie in Gruppen mit vergleichbaren Risikoprofilen zusammengefasst. Alle Vermögenswerte, bei denen kein objektiver Hinweis auf Wertminderung vorliegt, werden im Rahmen der Portfoliowertberichtigung für Wertminderungen, die bereits aufgetreten, aber noch nicht entdeckt wurden, wertberichtigt.

Gemäß den Vorgaben im Konzern-Kreditrisikohandbuch werden Kunden mit einem internen Rating von 4C bis 4E (watchlist loans) und alle anderen Kunden, bei denen sonstige Hinweise ausfallsbedrohender Art bestehen, d.h. dass die vertragskonforme Rückführung gefährdet erscheint, einer intensiveren Prüfung unterzogen. Für un- oder teilbesicherte Engagements wird ein entsprechender Risikovorsorgebedarf erfasst. Bei non performing loans (Ratingklasse 5A – 5E) wird die Angemessenheit der Höhe der Risikovorsorge überprüft.

Der Betrag der Wertminderungen für Vermögenswerte, die mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, wird aus der Differenz zwischen dem Buchwert und dem Barwert der zukünftigen Zahlungsströme unter Berücksichtigung von Sicherheiten, abgezinst mit dem Effektivzinssatz des Vermögenswertes, ermittelt. Der Abwertungsbetrag wird in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Fällt zu einem späteren Zeitpunkt der Grund der Wertminderungen weg, wird der Betrag über die Gewinn- und Verlustrechnung wieder zugeschrieben. Bei nicht verbrieften Forderungen wird der Betrag der Risikovorsorge auf einem eigenen Konto dargestellt. Verbrieft Forderungen werden direkt ab- bzw. zugeschrieben. Bei nicht verbrieften Forderungen erfolgt eine Direktabschreibung dann, wenn der Vermögenswert ausgebucht wird und keine ausreichende Risikovorsorge bis zum Zeitpunkt der Ausbuchung gebildet war.

Die Berechnung der Portfoliowertberichtigung erfolgt für homogene Portfolien. Bei der Berechnung der Höhe dieser Wertberichtigung werden folgende Parameter berücksichtigt:

- die historischen Verluste aus Forderungsausfällen
- die für die Folgeperiode geschätzten Ausfälle
- die geschätzte Zeitdauer zwischen Eintritt eines Ausfalls und Identifizierung des Ausfalls (loss identification period: 30 – 360 Tage)
- die Erfahrung des Managements, ob die aus den historischen Zeitreihen hergeleitete Schätzung der Höhe der Ausfälle größer oder kleiner als die voraussichtlichen Ausfälle in der aktuellen Periode ist.

Bei available for sale Vermögenswerten wird bei Vorliegen einer Wertminderung diese sofort als Abschreibung in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Die bisher in der available for sale Rücklage erfassten Beträge werden ebenfalls in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert. Fällt der Wertminderungsgrund weg, werden abgeschriebene Beträge bei Fremdkapitalinstrumenten wieder erfolgswirksam zugeschrieben. Bei Eigenkapitalinstrumenten erfolgt die Zuschreibung erfolgsneutral unter Beachtung von latenten Steuern im sonstigen Ergebnis.

At fair value through profit or loss Designierung

Es wird von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, Finanzinstrumente unwiderruflich als at fair value through profit or loss zu designieren. Eine Zuordnung zu dieser Kategorie erfolgt, wenn eine der drei folgenden Bedingungen erfüllt ist:

- Gruppen von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten werden nach einer dokumentierten Risikomanagementstrategie und Investitionsstrategie auf fair value Basis gemanagt.
- Durch den fair value Ansatz wird eine Inkonsistenz bei der Bewertung von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten nachweislich verhindert.
- Ein Finanzinstrument enthält ein eingebettetes Derivat, das grundsätzlich getrennt vom Rahmenvertrag zum fair value anzusetzen wäre.

Bei finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten im Bankbuch, die der Kategorie at fair value through profit or loss zugeordnet werden, werden Zinsen, Dividenden sowie damit im Zusammenhang stehende Provisionserträge und -aufwendungen in den jeweiligen Positionen in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Das Ergebnis aus der Bewertung zum fair value wird getrennt davon im Ergebnis aus Finanzinvestitionen gezeigt.

Im Kapitel 37) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten wird für jede Klasse von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der Betrag, der der Kategorie at fair value through profit or loss zugeordnet wurde, dargestellt. Die Beschreibung über die Gründe der Designierung ist bei den Notes zu den einzelnen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten enthalten.

Derivate

Derivate werden grundsätzlich mit ihrem Marktwert ergebniswirksam bewertet.

Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts wird auch auf credit value adjustments (CVA) bzw. debt value adjustments (DVA) Bedacht genommen. Dem Kontrahentenrisiko für Marktwerte aus unbesicherten Derivaten wird mittels CVA bzw. DVA - als Näherungsfunktion des potenziellen zukünftigen Verlustes in Bezug auf das Kontrahentenausfallsrisiko - Rechnung getragen. Das expected future exposure (EFE) wird hierbei mittels Monte Carlo Simulation ermittelt. Da für diese Kontrahenten keine am Markt beobachtbaren Credit Spreads zur Verfügung stehen, basieren die Ausfallwahrscheinlichkeiten der Kontrahenten auf internen Ratings des Konzerns.

Die Marktwertänderungen von Derivaten, die für einen fair value hedge verwendet werden, werden sofort in der Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus Finanzinvestitionen erfasst. Die Marktwertänderung des Grundgeschäftes, die aus

dem gesicherten Risiko resultiert, wird ebenfalls im Ergebnis aus Finanzinvestitionen erfasst, unabhängig ihrer Zuordnung zu den einzelnen Kategorien gemäß IAS 39. Fair value hedges werden für die Absicherung von Zinsänderungsrisiken bzw. Fremdwährungsrisiken aus festverzinslichen Finanzinvestitionen und -verbindlichkeiten, Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten sowie strukturierten Emissionen verwendet.

Bei einem cash flow hedge wird die Marktwertänderung des Derivates direkt im sonstigen Ergebnis unter Berücksichtigung von latenten Steuern in der hedging Rücklage erfasst. Der ineffektive Teil der Sicherungsbeziehung wird in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Die Bewertung des Grundgeschäftes erfolgt je nach dessen Zuordnung in die einzelnen Kategorien. Cash flow hedges werden zur Zeit im Konzern nicht verwendet.

Eingebettete abspaltungspflichtige Derivate werden unabhängig von dem Finanzinstrument, in das sie eingegliedert sind, bewertet, es sei denn, das strukturierte Investment wurde in die Kategorie at fair value through profit or loss designiert.

Eigene Eigenkapital- und Schuldinstrumente

Eigene Eigenkapitalinstrumente werden mit den Anschaffungskosten bewertet und passivseitig vom Eigenkapital abgesetzt. Rückgekaufte eigene Emissionen werden passivseitig mit dem Rückzahlungsbetrag von den Emissionen abgesetzt. Die Differenz zwischen dem Rückzahlungsbetrag und den Anschaffungskosten wird erfolgswirksam im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

n) Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden

Forderungen sind nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmaren Zahlungen, die nicht an einem aktiven Markt notieren und nicht verbrieft sind.

Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden werden mit den Bruttobeträgen vor Abzug von Wertberichtigungen inklusive abgegrenzter Zinsen angesetzt. Der Gesamtbetrag der Risikovorsorgen wird, sofern sich dieser auf bilanzielle Forderungen bezieht, offen als Kürzungsbetrag auf der Aktivseite der Bilanz nach den Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden ausgewiesen. Die Risikovorsorge für außerbilanzielle Geschäfte ist in der Position Rückstellungen enthalten.

Der erstmalige Ansatz der Forderungen erfolgt mit dem Marktwert zuzüglich aller direkt zurechenbaren Transaktionskosten. Die Folgebewertung erfolgt mit den fortgeführten Anschaffungskosten unter Verwendung der Effektivzinsmethode, außer die Forderungen wurden in die Kategorie at fair value through profit or loss designiert.

o) Risikovorsorge

Für die besonderen Risiken des Bankgeschäftes werden Einzelwertberichtigungen und Portfoliowertberichtigungen gebildet. Für weitere Details verweisen wir auf das Kapitel 3)m) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten.

p) Handelsaktiva und -passiva

In der Position Handelsaktiva werden alle finanziellen Vermögenswerte ausgewiesen, die mit einer kurzfristigen Wiederveräußerungsabsicht erworben wurden, oder die Bestandteil eines Portfolios mit kurzfristiger Gewinnerzielungsabsicht sind. Die Position Handelspassiva umfasst alle negativen Marktwerte von derivativen Finanzinstrumenten, die dem Handel dienen. In dieser Position werden keine finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten ausgewiesen, die in die Kategorie at fair value through profit or loss designiert wurden.

Sowohl der erstmalige Ansatz als auch die Folgebewertung erfolgt mit Marktwerten. Die Transaktionskosten werden sofort erfolgswirksam erfasst. Alle Marktwertveränderungen sowie alle dem Handelsbestand zurechenbaren Zinserträge, Dividenderträge und Refinanzierungskosten werden im Handelsergebnis dargestellt.

q) Finanzinvestitionen

Unter den Finanzinvestitionen werden alle verbrieften Schuld- und Eigenkapitalinstrumente, sofern sie nicht unter den Anteilen und Beteiligungen erfasst werden, ausgewiesen. Der erstmalige Ansatz der Finanzinvestitionen erfolgt mit den Marktwerten zuzüglich direkt zurechenbarer Transaktionskosten. Die Folgebewertung ist abhängig von der Zuordnung der finanziellen Vermögenswerte zu den Kategorien at fair value through profit or loss, available for sale, loans & receivables und held to maturity.

Available for sale

In diese Kategorie werden alle Finanzinstrumente zugeordnet, die nicht in die Kategorie at fair value through profit or loss, loans & receivables oder held to maturity eingeordnet werden. Auf Grund des fehlenden Fälligkeitstermines werden hier auch alle Eigenkapitalinstrumente eingeordnet, sofern sie nicht der Kategorie at fair value through profit or loss zugeordnet wurden. Nicht börsnotierte Aktien, deren Marktwert nicht verlässlich ermittelt werden kann, werden zu Anschaffungskosten abzüglich etwaiger Wertminderungen bewertet. Alle anderen available for sale Vermögenswerte werden zu Marktwerten bewertet. Die Marktwertänderungen werden direkt im Eigenkapital erfasst, bis die Finanzinvestition verkauft oder wertberichtigt wird und der Bewertungsbetrag aus dem Eigenkapital in die Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht wird. Bei Finanzinstrumenten mit festen und bestimmbareren Zahlungen wird zusätzlich die Differenz zwischen Anschaffungskosten inklusive Transaktionskosten und Rückzahlungsbetrag erfolgswirksam nach der Effektivzinsmethode amortisiert. Somit wird nur die Differenz zwischen den fortgeführten Anschaffungskosten und dem fair value in die available for sale Rücklage eingestellt.

Loans & receivables

In die Kategorie loans & receivables werden alle verbrieften Finanzinvestitionen mit festen und bestimmbareren Zahlungen klassifiziert, die nicht an einem aktiven Markt notiert sind und die das Unternehmen nicht sofort oder in naher Zukunft veräußern möchte. Die Bewertung erfolgt mit den fortgeführten Anschaffungskosten unter Beachtung der Effektivzinsmethode.

Held to maturity

Es werden Finanzinstrumente in diese Kategorie gewidmet, wenn die Absicht und die Fähigkeit besteht, diese Finanzinstrumente bis zur Fälligkeit zu halten und wenn diese Finanzinstrumente bestimmte oder bestimmbarere Zahlungen und einen Fälligkeitstermin aufweisen.

Die Bewertung erfolgt mit den fortgeführten Anschaffungskosten unter Beachtung der Effektivzinsmethode. Jeder Verkauf oder jede Umwidmung eines wesentlichen Teiles aus dieser Kategorie, der nicht nahe beim Tilgungszeitpunkt liegt oder einem einmaligen isolierten Sachverhalt zuzurechnen ist, der sich der Kontrolle des Unternehmens entzieht und von diesem praktisch nicht vorhergesehen werden konnte, führt zu einer Umwidmung aller held to maturity Finanzinvestitionen in die available for sale Kategorie für die folgenden zwei Geschäftsjahre. Im Geschäftsjahr 2015 kam es zu keinen Umwidmungen bzw. Verkäufen eines wesentlichen Teils aus dieser Kategorie.

r) Investment property Vermögenswerte

Sämtliche Grundstücke und Gebäude, die die Definition von investment properties gemäß IAS 40 erfüllen, werden mit dem Marktwert bilanziert. Die jährliche Bewertung erfolgt im Wesentlichen nach dem Standard der RICS (Royal Institution of Chartered Surveyors). RICS definiert den Marktwert (Verkehrswert) als geschätzten Betrag, zu dem eine Immobilie zum Bewertungsstichtag zwischen einem verkaufsbereiten Verkäufer und einem kaufbereiten Erwerber nach angemessenem Vermarktungszeitraum in einer Transaktion im gewöhnlichen Geschäftsverkehr verkauft werden könnte, wobei jede Partei mit Sachkenntnis, Umsicht und ohne Zwang handelt. Die Berechnungen sind kapitalwertorientierte Ertragswertrechnungen, die in der überwiegenden Anzahl der Fälle anhand der discounted cash flow Methode auf Basis aktueller Mietzinslisten samt Mietauslaufprofil unter Zugrundelegung von Annahmen über Marktentwicklungen und Zinssätzen erstellt werden. Die verwendeten Renditen werden vom Bewerter definiert und spiegeln die aktuelle Marktsituation und die Vor- und Nach-

teile des jeweiligen Objektes wider. Für Grundstücke auf welchen keine Entwicklungen in näherer Zukunft erwartet werden, werden auch Vergleichswertverfahren angewendet. Dabei werden Transaktionspreise von ähnlichen Objekten zugrundegelegt, die in der jüngsten Zeit auf dem offenen Markt veräußert wurden. Diese Verkaufspreise werden unter Einbezug entsprechender Vergleichsobjekte analysiert und im Hinblick auf Differenzen mit dem bewerteten Objekt auf der Grundlage von Vergleichselementen wie beispielsweise Größe, Aufteilung, Standort oder Widmung angepasst.

Das Immobilien Portfolio wird ausschließlich von externen Gutachtern bewertet. Die Auswahl von Gutachtern wird unter anderem aufgrund ausgewiesener professioneller Qualifikation und Erfahrung hinsichtlich der jeweiligen Standorte und Kategorien der bewerteten Objekte vorgenommen. In Österreich wurden Gutachten von IMMO-CONTRACT Maklerges.m.b.H. eingeholt. Das Entgelt für den externen Gutachter ist ein fixer Betrag und hängt nicht vom festgestellten Marktwert des bewerteten Objektes ab.

Da für die Bewertung der investment property Vermögenswerte Parameter herangezogen werden, welche nicht auf Marktdaten basieren, erfolgt die Einstufung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien in Level 3 der fair value Kategorie. Die bewertungsrelevanten Annahmen und Parameter werden zu jedem Bewertungsstichtag aktualisiert, was zu erheblichen Wertschwankungen der Wertansätze führen kann.

Die Mietverhältnisse bestehen gegenüber gewerblichen und privaten Bestandsnehmern und sind aufgrund des vielfältigen Bestands unterschiedlich. In der Regel haben die Mietverhältnisse eine längerfristige Laufzeit bis zu 10 Jahren und sind mit Kauttionen besichert. Es werden marktübliche Indexanpassungen berücksichtigt, umsatzabhängige Mieten bestehen nicht. Für einige Objekte wurden Kaufoptionen eingeräumt.

Die Mieterträge werden linear entsprechend der Vertragslaufzeit erfolgswirksam vereinnahmt und in den Erträgen aus Zinsen und ähnlichen Erträgen dargestellt.

s) Beteiligungen

Es werden Tochterunternehmen gegründet und Beteiligungen aus strategischen Gründen und als Finanzbeteiligungen erworben. Bei den strategischen Beteiligungen handelt es sich um Gesellschaften, die die Geschäftsfelder abdecken und um Gesellschaften, die geschäftsunterstützend wirken.

Unternehmen, auf die ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt wird, werden nach der Equity Methode bewertet. Alle übrigen Beteiligungen werden mit dem ihnen beizulegenden Wert angesetzt. Die Ermittlung des beizulegenden Werts erfolgt durch Bezugnahme auf Marktpreise auf aktiven Märkten oder, soweit keine aktiven Märkte bestehen, anhand von Bewertungsverfahren. Zu den Bewertungsverfahren gehören insbesondere discounted cash flow Verfahren und Multiplikatorverfahren. Soweit discounted cash flow Verfahren zur Anwendung gelangen, beruhen die verwendeten Abzinsungssätze auf jeweils aktuellen Empfehlungen des Fachsenats der österreichischen Kammer der Wirtschaftstreuhänder sowie internationalen Finanzinformationsdienstleistungsunternehmen und liegen im Geschäftsjahr 2015 bei 9,0 %. Die bei der Berechnung verwendete Marktrisikoprämie liegt bei 6,75 %, die herangezogenen Beta-Werte bei 1,1. Zusätzliche Länderrisiken waren nicht zu berücksichtigen. Da im Vorjahr keine Beteiligungen mit dem Marktwert bewertet waren, werden keine Vergleichszahlen zu den Parametern angegeben. Ergänzend werden Verfahren angewendet, bei denen beizulegende Werte durch Anpassung beobachtbarer Marktdaten ähnlicher Finanzinstrumente ermittelt werden. Jene Beteiligungen, bei denen der beizulegende Wert nicht zuverlässig bestimmbar ist, sind zu Anschaffungskosten angesetzt. Bei Wertminderungen werden entsprechende Abwertungen vorgenommen. Fällt der Grund der Wertminderung weg, erfolgt die Zuschreibung erfolgsneutral unter Beachtung von latenten Steuern direkt im Eigenkapital.

t) Immaterielles und materielles Anlagevermögen

Der Ausweis der immateriellen Vermögenswerte erfolgt mit den jeweiligen Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen bzw. um Wertminderungen. Diese Position umfasst vor allem entgeltlich erworbene Firmenwerte, Kundenbeziehungen und Software.

Ein Geschäfts- oder Firmenwert wird nicht linear abgeschrieben, sondern stattdessen gemäß IAS 36 einmal jährlich auf Wertminderung geprüft oder, falls Ereignisse oder veränderte Umstände darauf hinweisen, dass eine Wertminderung stattgefunden haben könnte, auch häufiger. Dieser impairment Test wird für die jeweiligen cash generating units (CGUs), welchen Firmenwerte zugerechnet sind, durchgeführt. Der Wertminderungsbedarf der CGU wird durch Gegenüberstellung des Buchwertes mit deren erzielbarem Betrag ermittelt. Sofern der erzielbare Betrag den Buchwert unterschreitet, ist in Höhe dieser Differenz ein Wertminderungsaufwand zu erfassen. Eine Wertaufholung von Wertminderungen von Firmenwerten ist in der Folgeperiode unzulässig. Die Bewertung der Sachanlagen erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, die – soweit es sich um abnutzbare Vermögenswerte handelt – um planmäßige lineare Abschreibungen entsprechend der erwarteten Nutzungsdauer vermindert werden.

Bei dauerhaften Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen, bei Wegfall dieses Abschreibungsgrundes werden Zuschreibungen bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten durchgeführt.

Die Nutzungsdauer entspricht dem tatsächlichen Nutzungsverbleiß und beträgt für:

Betriebs- und Geschäftsausstattung (Möbel)	max. 10 Jahre
EDV-Hardware (inkl. Rechenmaschinen, etc.)	max. 5 Jahre
EDV-Software	max. 4 Jahre
Fahrzeuge	max. 5 Jahre
Kundenbeziehungen	max. 20 Jahre
Tresoranlagen, Panzerschränke	max. 20 Jahre
Gebäude, Umbauten	max. 50 Jahre
Mietrechte	max. Laufzeit des Mietrechtes

u) Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen

In diesen Positionen werden sowohl die laufenden als auch die latenten Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen ausgewiesen.

Gemäß IAS 12 wird die latente Steuerabgrenzung nach der bilanzorientierten Verbindlichkeitsmethode ermittelt. Dabei wird eine Steuerabgrenzung auf alle temporären Unterschiede zwischen dem steuerlichen Wertansatz eines Vermögenswertes oder Schuldpostens und dem Wertansatz im IFRS Abschluss gebildet. Die Berechnung der latenten Steuern in den einzelnen einbezogenen Unternehmen erfolgt mit den zum Bilanzstichtag gültigen oder bereits angekündigten landesspezifischen Steuersätzen. Eine Aufrechnung von latenten Steueransprüchen mit latenten Steuerverpflichtungen wird je Unternehmen vorgenommen.

Aktive latente Steuern unter anderem auf noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge werden dann bilanziert, wenn es wahrscheinlich ist, dass in derselben Gesellschaft in Zukunft ausreichend zu versteuernde Gewinne vorhanden sein werden bzw. wenn in ausreichendem Umfang steuerpflichtige temporäre Differenzen vorhanden sind. Der Beurteilungszeitraum beträgt bis zu 4 Jahre. Aktive latente Steuern auf Verlustvorträge oder andere Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten, deren Verwertbarkeit nicht ausreichend gesichert ist, werden wertberichtigt. Eine Abzinsung für latente Steuern wird nicht vorgenommen.

v) Sonstige Aktiva

Zur periodenrichtigen Darstellung von Erträgen und Aufwendungen werden Rechnungsabgrenzungsposten gebildet, die gemeinsam mit sonstigen Vermögenswerten in dieser Position ausgewiesen werden. Im Falle von Wertminderungen werden Wertberichtigungen gebildet. Darüber hinaus enthält diese Position auch alle positiven Marktwerte aus Derivaten des

Bankbuches, die mit dem Marktwert bewertet werden. Die Marktwertänderungen werden – mit Ausnahme von Derivaten für cash flow hedges, die direkt im sonstigen Ergebnis erfasst werden – im Ergebnis aus Finanzinvestitionen gezeigt.

w) Verbindlichkeiten

Der erstmalige Ansatz der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie der verbrieften Verbindlichkeiten erfolgt mit dem Marktwert zuzüglich aller direkt zurechenbaren Transaktionskosten. Die Folgebewertung erfolgt mit den fortgeführten Anschaffungskosten unter Verwendung der Effektivzinsmethode, außer diese Verbindlichkeiten wurden der Kategorie at fair value through profit or loss zugeordnet.

x) Sozialkapital

Bei beitragsorientierten Plänen (defined contribution plans) stellen die Beiträge an den Fonds einen Aufwand der laufenden Periode dar. Ungleichmäßig verteilte Beitragszahlungen werden periodengerecht abgegrenzt.

Der VBW Konzern hat einzelnen Mitarbeitern leistungsorientierte Pläne (defined benefit plans) für die Höhe der späteren Versorgungsleistung zugesagt. Diese Pläne sind teilweise unfunded, d.h. die zur Bedeckung benötigten Mittel verbleiben im Unternehmen, die Bildung der Rückstellung erfolgt im VBW Konzern. Die Finanzierung dieser Pläne erfolgt ausschließlich durch den Konzern, Arbeitnehmer müssen keine Beiträge zu den Plänen leisten. Im VBW Konzern wurden in den Vorjahren Pensionsansprüche von Mitarbeitern auf eine Pensionskasse übertragen, die als ausgelagertes Vermögen – Planvermögen – dargestellt ist. Außergewöhnliche, unternehmens- oder planspezifische Risiken bzw. erhebliche Risikokonzentration sind keine zu erblicken.

Die Pensionskasse hat für jene Teile der Pensionsverpflichtungen, die auf sie ausgelagert sind, einen Asset-Risikomanagement-Prozess (ARM-Prozess) eingerichtet.

In der VICTORIA-VOLKSBANKEN Pensionskassen AG wird das Risiko auf der Ebene einer Veranlagungs- und Risikogemeinschaft (VRG) durch die Risikoindikatoren Value-at-Risk (VaR) und Shortfall-Risk (SFR) berechnet. Dadurch werden maximale Verlustwahrscheinlichkeiten unter üblichen Marktbedingungen quantifiziert. Zudem werden zwecks Berücksichtigung selten auftretender extremer Marktbewegungen Szenarioanalysen durchgeführt. Die Risikoindikatoren VaR und SFR sind die Kernfaktoren zur Steuerung des Risikos auf VRG Ebene. Festgelegte Limite von VaR- und SFR-Werten unter Berücksichtigung von, bei negativen Marktentwicklungen in Kraft tretenden, Absicherungsmaßnahmen bilden dabei den Rahmen für die Veranlagung.

Die Pensionskasse erfüllt im eigenen Bereich die Vorgaben der Risikomanagementverordnung der Finanzmarktaufsicht (FMA) und berichtet regelmäßig darüber an den Aufsichtsrat. Hinsichtlich der passivseitigen Verpflichtungen werden die biometrischen Risiken in der VRG regelmäßig überprüft, um langfristige Abweichungen zu den verwendeten Rechnungsgrundlagen rechtzeitig zu erkennen und durch eine entsprechende Anpassung der Tafeln zu vermeiden. Gleiches gilt für die Bewertung jener Verpflichtungen, die nicht ausgelagert wurden. Diesbezüglich gibt es kein spezifisches ALM-Management, da bei direkten Leistungszusagen (Pensionen, Abfertigungen und Jubiläumsgeldverpflichtungen) keine Bedeckung dieser Rückstellungen mit direkt zuordenbaren Aktiva vorliegt. Im Rahmen einer Sensitivitätsanalyse werden jedoch Schwankungsbandbreiten, die aus Schwankungen der einbezogenen Parameter resultieren, ermittelt und überwacht, um die Auswirkungen allfälliger Schwankungen auf die Aktivseite der Bilanz rechtzeitig abschätzen zu können.

Für die Pensions- und Abfertigungsverpflichtungen werden gemäß Anwartschaftsbarwertverfahren nach den allgemein anerkannten Regeln der Versicherungsmathematik der Barwert der Gesamtverpflichtung sowie die in der Periode hinzuverdienten Ansprüche ermittelt. Bei der Abfertigungsverpflichtung werden sowohl ein Ausscheiden wegen des Erreichens der Altersgrenze als auch wegen Berufsunfähigkeit, Invalidität oder Ableben sowie die Hinterbliebenenanwartschaft berücksichtigt.

Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden direkt im sonstigen Ergebnis erfasst. Ein nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand wird im Zeitpunkt der Planänderung sofort erfolgswirksam erfasst. Alle Aufwendungen und Erträge in Zusammenhang mit leistungsorientierten Plänen werden im Personalaufwand erfasst.

Parameter zur Berechnung der Sozialkapitalverpflichtungen

	2015	2014	2013
Zinssatz Pensionsrückstellung	1,50 %	1,60 %	3,00 %
Zinssatz Abfertigungsrückstellung	2,00 %	2,00 %	3,00 %
Zinssatz Jubiläumsrückstellung	2,00 %	1,80 %	3,00 %
Zinssatz Planvermögen	1,50 %		
Künftige Gehaltssteigerungen	3,00 %	3,00 %	3,50 %
Künftige Pensionssteigerungen	2,00 %	2,00 %	2,00 %
Fluktuationsabschläge	keine	keine	keine

Als Rechnungsgrundlagen werden die biometrischen Grundwerte der aktuellsten österreichischen Pensionsversicherungstafel AVÖ 2008-P – Rechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung – Pagler&Pagler, Angestelltenbestand verwendet.

Bei der Berechnung wird generell auf die derzeit gültigen Alterspensionsgrenzen abgestellt und vorausgesetzt, dass die Mitarbeiter das aktive Dienstverhältnis in der Regel mit 65 Jahren bei Männern und 60 Jahren bei Frauen beenden werden. Allfällige Übergangsregelungen werden vernachlässigt.

Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen beinhaltet anspruchsberechtigte Dienstnehmer, die am Bewertungsstichtag in einem aktiven Dienstverhältnis standen, sowie Bezieher laufender Pensionen. Die Ansprüche sind in Sonderverträgen bzw. Statuten genannt, rechtsverbindlich und unwiderruflich zugesagt.

y) Rückstellungen

Rückstellungen werden gebildet, wenn aus einem vergangenen Ereignis eine gegenwärtige Verpflichtung entstanden und es wahrscheinlich ist, dass zur Erfüllung der Verpflichtung ein Abfluss von Ressourcen erforderlich ist. Sie werden in Höhe der wahrscheinlichsten voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet. Dabei werden Kostenschätzungen von Vertragspartnern, Erfahrungswerte und finanzmathematische Berechnungsmethoden verwendet. Liegt nur eine mögliche Verpflichtung vor und kommt es wahrscheinlich zu keinem Vermögensabfluss bzw. ist keine zuverlässige Schätzung der Verpflichtung möglich, so wird eine Eventualverpflichtung ausgewiesen. Eine Abzinsung wird für die Risikorückstellungen vorgenommen.

In den Risikorückstellungen werden Kreditrisikovorsorgen für Eventualverbindlichkeiten (insbesondere Finanzgarantien) ausgewiesen. Die anderen Rückstellungen enthalten Vorsorgen für Rechtsstreitigkeiten und Restrukturierungen. Die Dotierung und Auflösung von Risikorückstellungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung in den Risikovorsorgen erfasst. Die Dotierung und Auflösung der Restrukturierungsrückstellung erfolgt in der Position Restrukturierungsaufwand, während die Aufwendungen und Erträge aller anderen Rückstellungen vorwiegend im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst sind.

z) Sonstige Passiva

Zur periodenrichtigen Darstellung von Erträgen und Aufwendungen werden Rechnungsabgrenzungsposten gebildet, die gemeinsam mit sonstigen Verbindlichkeiten in dieser Position ausgewiesen werden. Darüber hinaus enthält diese Position auch alle negativen Marktwerte aus Derivaten des Bankbuches, die mit den Marktwerten angesetzt werden. Die Marktwertänderungen werden – mit Ausnahme von Derivaten für cash flow hedges, die direkt mit dem Eigenkapital verrechnet werden – im Ergebnis aus Finanzinvestitionen gezeigt.

aa) Nachrangkapital

Der erstmalige Ansatz des Nachrangkapitals erfolgt mit dem Marktwert zuzüglich aller direkt zurechenbaren Transaktionskosten. Die Folgebewertung erfolgt mit den fortgeführten Anschaffungskosten unter Verwendung der Effektivzinsmethode, außer diese Verbindlichkeiten wurden der Kategorie at fair value through profit or loss zugeordnet.

Verbriefte oder unverbriefte finanzielle Verbindlichkeiten werden dann dem Nachrangkapital zugeordnet, wenn die Verbindlichkeit im Falle der Liquidation oder des Konkurses des Unternehmens erst nach den Verbindlichkeiten der anderen nicht nachrangigen Gläubiger befriedigt werden muss.

Ergänzungskapital beinhaltet in den Vertragsbedingungen zusätzlich zur Nachrangigkeit auch eine ergebnisabhängige Zinszahlung. Zinsen dürfen nur soweit ausbezahlt werden, soweit sie im Jahresüberschuss vor Rücklagenbewegung des emittierenden Unternehmens gedeckt sind. Weiters nehmen Ergänzungskapitalanteile auch am Verlust teil. Der Rückzahlungsbetrag wird durch laufende Verluste gemindert. Eine Tilgung zum Nominale kann erst dann wieder erfolgen, wenn die evidenzmäßig erfassten Verluste durch Gewinne aufgefüllt werden.

bb) Eigenkapital

Als Eigenkapital werden jene emittierte Finanzinstrumente ausgewiesen, die keine vertragliche Verpflichtung beinhalten, flüssige Mittel oder einen anderen finanziellen Vermögenswert an ein anderes Unternehmen abzugeben oder finanzielle Vermögenswerte oder finanzielle Verbindlichkeiten mit einem anderen Unternehmen zu potenziell nachteiligen Bedingungen für den Emittenten auszutauschen.

Das Kapitalmanagement erfolgt auf Basis des aufsichtsrechtlichen Kapitals. Für Details verweisen wir auf Kapitel ee) Eigenmittel und Kapitel 49)c) Risikostrategie und interner Kapitaladäquanzprozess.

cc) Kapitalrücklagen

Im Falle von Kapitalrücklagen werden gemäß IAS 32 die Transaktionskosten einer Eigenkapitaltransaktion unter Berücksichtigung von latenten Steuern abgesetzt, sofern es sich dabei um zusätzliche, der Eigenkapitaltransaktion direkt zurechenbare Kosten handelt. Weiters wird hier auch der Unterschied zwischen Nominale und Rückkaufswert von eigenen Aktien abgesetzt, sofern er in den Kapitalrücklagen Deckung findet. Sind nicht genügend Kapitalrücklagen vorhanden, wird der Betrag von den Gewinnrücklagen abgesetzt.

dd) Gewinnrücklagen

In den Gewinnrücklagen werden alle gesetzlichen, satzungsmäßigen und freien Gewinnrücklagen i.e.S., die Haftrücklage gemäß § 57 Abs 5 BWG, die un versteuerten Rücklagen und alle sonstigen nicht ausgeschütteten Gewinne dargestellt.

ee) Eigenmittel

Das Unternehmen unterliegt externen Kapitalanforderungen, die auf der CRD IV und der CRR der Europäischen Union beruhen (Basel III). Die darin festgelegten Regeln für Kapitalquoten sind die zentrale Steuerungsgröße im Konzern. Mit diesen Quoten wird das aufsichtsrechtliche Kapital ins Verhältnis zu Kredit-, Markt- und operationellem Risiko gesetzt. Demgemäß orientiert sich die risk/return-Steuerung des Konzerns an einem Geschäft bzw. letztlich an dem einer organisatorischen Einheit zugeordneten Kapital und dem daraus zu erwirtschaftenden Ertrag unter Beachtung der entsprechenden Risikogesichtspunkte.

Das Kreditrisiko wird ermittelt, indem bilanzielle und außerbilanzielle Engagements entsprechend ihrem relativen Risikogehalt mit dem einem Kontrahenten zuzuordnenden Risikogewicht multipliziert werden. Die Verfahren zur Ermittlung der risikorelevanten Parameter (Obligo, Risikogewicht) orientieren sich an regulatorisch vorgegebenen Prozentsätzen (Standardansatz). Hinzu kommt ein Eigenkapitalbedarf für die Anpassung der Kreditbewertung bei Derivatgeschäften, der sich aus regulatorisch vorgegebenen Werten ableitet und im Besonderen das Kontrahentenrisiko aus dem Derivatgeschäft

abbildet. Die Marktrisikokomponente des Konzerns wird ebenfalls nach dem Standardansatz gerechnet. Das Erfordernis für das operationelle Risiko ergibt sich aus der Multiplikation der Betriebserträge mit den für die jeweiligen Geschäftsfelder gültigen Prozentsätzen.

Das aufsichtsrechtliche Kapital ist in folgende drei Bestandteile aufgeteilt:

- Hartes Kernkapital – Common Equity Tier I (CET1)
- Zusätzliches Kernkapital – Additional Tier I (AT1)
- Ergänzungskapital – Tier II (T2)

Die ersten beiden Komponenten bilden zusammen das Tier I-Kapital.

Das CET1 besteht aus dem Aktien- und Partizipationskapital, das die Anforderungen der CRR erfüllt. Diese sind: Bilanzierung und gesonderte Offenlegung als Eigenkapital, keine zeitliche Befristung, volle Verlusttragung, Verringerung nur durch Liquidation oder Rückzahlung ohne besondere Anreizmechanismen, keine Ausschüttungspflichten und Ausschüttungen sind nicht an das Nominale gekoppelt. Für bestehendes Partizipationskapital, das die Kriterien von CET1 nicht erfüllt, gelten Übergangsbestimmungen, sodass bis zum Jahr 2021 jedes Jahr 10 Prozentpunkte weniger angerechnet werden; ab dem Jahr 2022 kann dieses Kapital nicht mehr angerechnet werden. Weiters werden Kapital- und Gewinnrücklagen und sonstige Rücklagen sowie jene Minderheitenanteile, die zur Abdeckung des regulatorischen Kapitalerfordernisses dienen, dem CET1 zugerechnet. Wesentliche Abzugsposten bilden immaterielle Vermögenswerte und Firmenwerte, aktive latente Steuern und Beteiligungen an anderen Kreditinstituten.

T2 bildet sich aus langfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten.

Die Mindesteigenmittelquote (Summe aus Tier I und II) beträgt 8 %. Als Mindestvorschrift für Kernkapital gilt 4,5 % CET1 und 6,0 % Tier I. Diese aufsichtsrechtlich relevanten Grenzen wurden im VBW Konzern in der gesamten Berichtsperiode eingehalten und übererfüllt.

Ab 2016 muss zusätzlich in Jahresschritten bis 2019 ein Kapitalerhaltungspuffer von 2,5 Prozentpunkten aufgebaut werden, der aus CET1-Kapitalia bestehen muss. Für 2016 beträgt der vorgeschriebene Kapitalerhaltungspuffer 0,625 %.

Mit Wirkung ab 1. Jänner 2016 hat die FMA einigen österreichischen Kreditinstituten mittels der Kapitalpuffer-Verordnung individuell einen sich aufbauenden zusätzlichen Systemrisikopuffer vorgeschrieben. Dabei handelt es sich um einen Kapitalpuffer, der Risiken aus der starken Verflechtung von Kreditinstituten abfedern soll. Die VBW ist von dieser Vorschrift nicht umfasst.

Weiters wurde mit der Kapitalpuffer-Verordnung neben dem Systemrisikopuffer auch der antizyklische Kapitalpuffer von der FMA geregelt. Dieser Puffer soll dem Entstehen von Kreditblasen entgegenwirken und ist derzeit mit 0,0 Prozentpunkten für Forderungen in Österreich festgelegt. Die Angemessenheit dieses Puffers wird zukünftig quartalsweise vom Finanzmarktstabilitätsgremium evaluiert.

Aus dem JRAD-Verfahren, einem von den Aufsichtsbehörden tourlich durchgeführten Verfahren zur Einschätzung der Kapitaladäquanz eines Institutes, können sich regulatorisch höhere Quoten ergeben. Da die Bewilligung des neuen Kreditinstitute-Verbundes gemäß § 30a BWG mit der VBW als ZO von der EZB mit Beschluss vom 2. Juli 2015 erfolgte, liegt derzeit noch keine Vorschrift einer neuen SREP Ratio für den neu bewilligten Verbund vor.

Die Darstellung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel des Konzerns erfolgt im Kapitel 37) Eigenmittel.

ff) Treuhandgeschäfte

Geschäfte, in denen ein in den Abschluss einbezogenes Unternehmen als Treuhänder oder in anderer treuhändischer Funktion agiert und somit Vermögenswerte auf fremde Rechnung verwaltet oder platziert, werden nicht in der Bilanz ausgewiesen. Provisionszahlungen aus diesen Geschäften werden im Provisionsüberschuss dargestellt.

gg) Pensionsgeschäfte

Im Rahmen echter Pensionsgeschäfte werden Vermögenswerte an einen Vertragspartner verkauft und gleichzeitig vereinbart, diese an einem bestimmten Termin zu einem vereinbarten Kurs zurückzukaufen. Die Vermögenswerte verbleiben, da keine Chancen und Risiken mit übertragen werden, in der Bilanz und werden nach den Regeln der jeweiligen Bilanzposten bewertet. Gleichzeitig wird eine Verpflichtung in Höhe der erhaltenen Zahlung passiviert.

hh) Eventualverpflichtungen

Unter den Eventualverpflichtungen werden mögliche Verpflichtungen ausgewiesen, bei denen es wahrscheinlich zu keinem Vermögensabfluss kommen wird oder bei denen keine zuverlässige Schätzung der Verpflichtung möglich ist. Für Akzente und Indossamentverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln werden im Rahmen der Risikorückstellungen Vorsorgen gebildet, wenn es voraussichtlich zu Inanspruchnahmen kommen wird.

Verpflichtungen aus Finanzgarantien werden erfasst, sobald der Konzern Vertragspartei wird, d.h. im Zeitpunkt der Annahme des Garantieangebots. Der erstmalige Ansatz der Finanzgarantien erfolgt mit dem fair value. Grundsätzlich entspricht der fair value dem Wert der vereinbarten Prämie.

Unter den sonstigen Eventualverpflichtungen werden die Haftsummenzuschläge bei Beteiligungen an Genossenschaften ausgewiesen.

Im Rahmen der Folgebewertung wird regelmäßig überprüft, ob eine bilanzielle Erfassung im Abschluss erforderlich ist.

ii) Geldflussrechnung

Die Ermittlung der Geldflussrechnung erfolgt nach der indirekten Methode. Hierbei wird der netto cash flow aus operativer Geschäftstätigkeit ausgehend vom Jahresergebnis nach Steuern und vor Fremdanteilen ermittelt, wobei zunächst diejenigen Aufwendungen zugerechnet und Erträge abgezogen werden, die im Geschäftsjahr nicht zahlungswirksam waren. Weiters werden alle Aufwendungen und Erträge eliminiert, die zwar zahlungswirksam waren, jedoch nicht der operativen Geschäftstätigkeit zugeordnet werden. Diese Zahlungen werden bei den cash flows aus Investitionstätigkeit oder Finanzierungstätigkeit erfasst. Die in der Geldflussrechnung gesondert dargestellten Zins-, Dividenden- und Steuerzahlungen betreffen ausschließlich das operative Geschäft.

Dem cash flow aus Investitionstätigkeit werden cash flows aus langfristigen Vermögenswerten wie held to maturity Wertpapiere, Beteiligungen und Anlagevermögen zugeordnet. Im cash flow aus Finanzierungstätigkeit sind alle Zahlungsströme der Eigentümer sowie Veränderungen im Nachrangkapital und den Minderheitenanteilen erfasst. Als Zahlungsmittelbestand wurde die Barreserve definiert, die neben dem Kassenbestand die Guthaben bei Zentralnotenbanken umfasst. Diese Guthaben setzen sich aus der gesetzlich zu haltenden Mindestreserve und kurzfristigen Veranlagungen bei verschiedenen Notenbanken zusammen.

4) Zinsüberschuss

EUR Tsd.	2015	2014
Zinsen und ähnliche Erträge	110.254	87.029
Zinsen und ähnliche Erträge aus	105.468	84.391
Barreserve	-1.157	0
Kredit- und Geldmarktgeschäften mit Kreditinstituten	4.054	15.392
Kredit- und Geldmarktgeschäften mit Kunden	81.009	63.013
Festverzinslichen Wertpapieren	3.310	4.650
Derivaten des Bankbuches	18.253	1.336
Laufende Erträge aus	1.663	2.272
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	1.325	1.689
Sonstigen verbundenen Unternehmen	0	351
Sonstigen Beteiligungen	338	232
Erträge von operating lease Verträgen und investment property	3.123	367
Mieterträge investment property	3.123	367
Zinsen und ähnliche Aufwendungen aus	-40.191	-28.362
Einlagen von Kreditinstituten (inkl. Zentralbanken)	-12.783	-1.634
Einlagen von Kunden	-16.939	-22.360
Verbrieften Verbindlichkeiten	-1.082	-227
Nachrangkapital	-553	-580
Derivaten des Bankbuches	-8.833	-3.561
Zinsüberschuss	70.062	58.667

Darstellung des Zinsüberschusses nach IAS 39 Kategorien:

EUR Tsd.	2015	2014
Zinsen und ähnliche Erträge	110.254	87.029
Zinsen und ähnliche Erträge aus	105.468	84.391
Derivaten des Bankbuches	18.253	1.336
Finanziellen Vermögenswerten nicht at fair value through profit or loss	87.216	83.054
Finanzielle Vermögenswerte available for sale	2.649	4.650
Finanzielle Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten	83.909	78.405
Hievon Barwerteffekt aus Risikovorsorge	814	0
Finanzielle Vermögenswerte held to maturity	658	0
Laufende Erträge aus	1.663	2.272
Finanziellen Vermögenswerten available for sale	1.663	2.272
Erträge von operating lease Verträgen und investment property	3.123	367
Zinsen und ähnliche Aufwendungen aus	-40.191	-28.362
Derivaten des Bankbuches	-8.833	-3.561
Finanzverbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten	-31.358	-24.801
Zinsüberschuss	70.062	58.667

Aufgrund der Zinsentwicklung am Geldmarkt mit negativen Referenzzätzen wurden im Geschäftsjahr 2015 Zinserträge in Höhe von EUR 9.458 Tsd. und Zinsaufwendungen von EUR -2.490 Tsd. realisiert. Der Ausweis erfolgt für den negativen Zinsertrag bei der Barreserve in den Zinserträgen, alle anderen Ergebnisse aus negativen Zinsen kürzen nicht die jeweilige Zinsposition sondern werden brutto ausgewiesen.

Hauptverantwortlich für die negativen Zinssätze ist einerseits die Senkung des Einlagesatzes bei der Europäischen Zentralbank (Strafzins) in Höhe von EUR -1.204 Tsd. und andererseits im Wesentlichen CHF/EUR Swapgeschäfte.

5) Risikovorsorge

EUR Tsd.	2015	2014
Zuführung zu Risikovorsorgen	-15.392	-7.733
Auflösung von Risikovorsorgen	25.682	20.453
Zuführung zu Risikorückstellungen	-2.920	-667
Auflösung von Risikorückstellungen	2.320	421
Direktabschreibungen von Forderungen	-7.964	-1.289
Erträge aus dem Eingang von abgeschriebenem Forderungen	12.033	102
Risikovorsorge	13.758	11.287

6) Provisionsüberschuss

EUR Tsd.	2015	2014
Provisionserträge	45.184	30.137
aus dem Kreditgeschäft	5.466	5.015
aus dem Wertpapiergeschäft	18.307	8.476
aus dem Girogeschäft und Zahlungsverkehr	16.825	12.851
aus dem Devisen-, Sorten-, und Edelmetallgeschäft	895	1.560
aus dem sonstigen Dienstleistungsgeschäft	3.692	2.236
Provisionsaufwendungen	-15.123	-2.602
aus dem Kreditgeschäft	-3.456	-461
aus dem Wertpapiergeschäft	-9.555	-675
aus dem Girogeschäft und Zahlungsverkehr	-1.825	-1.304
aus dem Devisen, Sorten-, und Edelmetallgeschäft	-15	-5
aus dem sonstigen Dienstleistungsgeschäft	-272	-157
Provisionsüberschuss	30.060	27.535

In den Provisionserträgen sind keine Erträge und in den Provisionsaufwendungen keine Aufwendungen aus at fair value through profit or loss gewidmeten Finanzinvestitionen enthalten.

Für die Verwaltung von Treuhandverträgen wurden Provisionserträge in Höhe von EUR 0 Tsd. (2014: EUR 0 Tsd.) im Provisionsüberschuss erfasst.

7) Handelsergebnis

EUR Tsd.	2015	2014
Aktienbezogene Geschäfte	41	0
Währungsbezogene Geschäfte	2.539	0
Zinsbezogene Geschäfte	4.500	0
Handelsergebnis	7.080	0

8) Verwaltungsaufwand

EUR Tsd.	2015	2014
Personalaufwand	-64.369	-39.716
Löhne und Gehälter	-47.933	-29.161
Gesetzlich vorgeschriebener Sozialaufwand	-12.503	-8.032
Freiwilliger Sozialaufwand	-1.136	-763
Aufwand für Altersvorsorge	-938	-444
Dotierung Abfertigungs- und Pensionsrückstellung	-1.859	-1.314
Sachaufwand	-49.490	-26.276
Abschreibungen auf Anlagevermögen	-8.300	-3.579
planmäßig (-)	-8.300	-3.579
außerplanmäßig (-)	0	0
Verwaltungsaufwand	-122.159	-69.571

Im Personalaufwand sind Aufwendungen für beitragsorientierte Versorgungspläne und Mitarbeiterversorgungskassen in Höhe von EUR 1.978 Tsd. (2014: EUR 703 Tsd.) enthalten.

Im Verwaltungsaufwand sind Aufwendungen für die Verwaltung von investment property Vermögenswerte in Höhe von EUR 10 Tsd. (2014: EUR 0 Tsd.) ausgewiesen.

Die auf das Geschäftsjahr entfallenden Aufwendungen für den Konzernabschlussprüfer KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfung und Steuerberatungsgesellschaft betragen in Summe EUR 1.597 Tsd. (2014: EUR 0 Tsd.). Davon entfallen EUR 1.597 Tsd. (2014: EUR 0 Tsd.) auf die Prüfung des Konzernabschlusses sowie von Abschlüssen einzelner verbundener Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen.

Angaben über Bezüge von Organen

EUR Tsd.	2015	2014
Gesamtbezüge		
Mitglieder des Aufsichtsrates	57	104
Vorstandsmitglieder	1.244	856
Frühere Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstandes sowie ihre Hinterbliebenen	352	204
Aufwendungen für Abfertigungen und Pensionen Vorstandsmitglieder		
Vorstandsmitglieder	900	332
hier von für beitragsorientierte Versorgungspläne	69	22

Die Vorstände beziehen keine erfolgs- oder leistungsabhängigen Vergütungen. Die Gesamtbezüge der Vorstandsmitglieder setzen sich aus einem fixen Grundgehalt und sonstigen Bezügen (z.B. Sachbezüge) zusammen. Für die Vorstandsmitglieder existiert weder ein Stock-Option-Programm noch ein Aktienübertragungsprogramm.

Grundsätze der Altersversorgung und deren Voraussetzungen:

Die Altersversorgung ist bei allen Vorstandsmitgliedern beitragsorientiert gestaltet. Der Pensionskassen-Kollektivvertrag für gewerbliche Kreditgenossenschaften wurde für die Vorstandsmitglieder anwendbar gemacht. Teilnahmeberechtigt sind alle in einem aufrechten Vertrags- und Mandatsverhältnis stehenden Vorstandsmitglieder der VBW.

Grundsätze für Anwartschaften und Ansprüche des Vorstandes im Falle der Beendigung der Funktion:

Drei Vorstandsmitglieder unterliegen dem System der Abfertigung Neu und ein Vorstandsmitglied unterliegt dem System Abfertigung Alt. Zusätzlich besteht eine D&O-Versicherung (Directors und Officers Versicherung).

Anzahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter

	Durchschnittlich beschäftigte Mitarbeiter		Mitarbeiteranzahl zum Ultimo	
	2015	2014	31.12.2015	31.12.2014
Inland	815	583	1.130	671
Mitarbeiter gesamt	815	583	1.130	671

9) Sonstiges betriebliches Ergebnis

EUR Tsd.	2015	2014
Sonstige betriebliche Erträge	57.710	7.149
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-40.840	-375
Sonstige Steuern	-1.078	-1.477
Sonstiges betriebliches Ergebnis	15.792	5.297

In den sonstigen betrieblichen Erträgen ist der Gewinn aus Unternehmenserwerben in Höhe von EUR 23.545 Tsd. (2014: EUR 2.413 Tsd.) enthalten. In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist die Übernahme der durch das Ausscheiden der ÖVAG aus dem Volksbanken-Verbund entstandenen Verluste in Höhe von EUR -16.679 Tsd. erfasst. Dabei handelt es sich um die Aufteilung der im Volksbanken-Verbund entstandenen Verluste aus ÖVAG Schuldverschreibungen, die per 4. Juli 2015 auf den Marktwert erfolgswirksam abgewertet werden mussten.

Die übrigen Beträge in den sonstigen betrieblichen Erträgen und sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Wesentlichen die Kostenverrechnungen an die Verbundmitglieder, die aus der Übernahme der ZO Funktion resultieren und zum Anstieg in diesen Positionen beitragen.

10) Ergebnis aus Finanzinvestitionen

EUR Tsd.	2015	2014
Ergebnis aus fair value hedges	-221	0
Bewertung Grundgeschäfte	-4.711	0
Forderungen Kreditinstitute und Kunden	-1.667	0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	965	0
Verbindlichkeiten Kreditinstitute und Kunden	-78	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	-3.930	0
Bewertung Derivate	4.490	0
Ergebnis aus sonstigen Derivaten Bankbuch	5.916	-3.377
währungsbezogen	-2.229	-121
zinsbezogen	-860	-3.142
kreditbezogen	-613	-113
sonstige	9.619	0
Ergebnis aus available for sale Finanzinvestitionen (inklusive Beteiligungen)	-2.638	7.951
realisierte Gewinne / Verluste	725	12.679
Zuschreibungen	143	0
Abschreibungen (impairments)	-3.505	-4.728
Ergebnis aus operating lease and investment property Vermögenswerten sowie sonstigen Finanzinvestitionen	5.453	526
realisierte Gewinne / Verluste	0	982
Wertveränderungen investment property	5.453	-456
Ergebnis aus Finanzinvestitionen	8.510	5.100

Im Geschäftsjahr 2015 wurden aus der available for sale Rücklage EUR 718 Tsd. (2014: EUR 12.679 Tsd.) in die Gewinn- und Verlustrechnung gebucht.

EUR Tsd.	2015	2014
Ergebnis aus Finanzinvestitionen, die erfolgswirksam zum fair value bewertet werden	11.148	-3.832
Finanzinvestitionen at fair value through profit or loss	0	0
Fair value hedges	-221	0
Sonstige Derivate Bankbuch	5.916	-3.377
Investment property Vermögenswerte	5.453	-456
Ergebnis aus Finanzinvestitionen, die nicht zum fair value bewertet werden und Ergebnis aus Finanzinvestitionen, die nicht erfolgswirksam zum fair value bewertet werden	-2.638	8.933
Realisierte Gewinne / Verluste	724	13.661
Available for sale Finanzinvestitionen	725	12.679
Loans & receivables Finanzinvestitionen	0	0
Held to maturity Finanzinvestitionen	0	0
Operating lease Vermögenswerte und sonstige Finanzinvestitionen	0	982
Zuschreibungen	143	0
Available for sale Finanzinvestitionen	143	0
Loans & receivables Finanzinvestitionen	0	0
Abschreibungen (impairments)	-3.505	-4.728
Available for sale Finanzinvestitionen	-3.505	-4.728
Ergebnis aus Finanzinvestitionen	8.510	5.100

11) Steuern vom Einkommen

EUR Tsd.	2015	2014
Laufende Steuern vom Einkommen	1.907	-942
Latente Steuern vom Einkommen	13.049	-7.945
Steuern vom Einkommen der laufenden Periode	14.957	-8.887
Steuern vom Einkommen aus Vorperioden fortgeführter Geschäftsbereich	-2.167	77
Steuern vom Einkommen aus Vorperioden	-2.167	77
Steuern vom Einkommen	12.789	-8.810

Die folgende Überleitungsrechnung zeigt den Zusammenhang zwischen errechnetem und ausgewiesenem Steueraufwand

EUR Tsd.	2015	2014
Jahresergebnis vor Steuern - fortgeführter Geschäftsbereich	16.252	38.316
Jahresergebnis vor Steuern - Gesamt	16.252	38.316
Errechneter Steueraufwand 25 %	4.063	9.579
Steuereffekte		
aus steuerbefreiten Beteiligungserträgen	-90	-155
aus Investitionsbegünstigungen	87	27
aus sonstigen steuerbefreiten Erträgen	0	-5
aus Beteiligungsbewertungen	-663	0
aus nicht zu versteuernden Bewertungsergebnissen	-5.886	-603
aus Wiederansatz von aktiven latenten Steuern	-12.389	0
aus sonstigen Unterschieden	-78	44
Ausgewiesene Ertragsteuern	-14.957	8.887
Effektive Steuerquote - fortgeführter Geschäftsbereich	-92,03 %	23,19 %
Effektive Steuerquote - inklusive aufgegebenem Geschäftsbereich	-92,03 %	23,19 %

Durch den Wideransatz von aktiven latenten Steuern insbesondere auf steuerliche Verlustvorträge weichen die effektiven Steuerquoten stark vom gesetzlichen Steuersatz in Österreich ab.

EUR Tsd.	2015			2014		
	Ergebnis vor Steuern	Ertragsteuern	Ergebnis nach Steuern	Ergebnis vor Steuern	Ertragsteuern	Ergebnis nach Steuern
Neubewertung der Verpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen (IAS 19)	2.898	-724	2.173	-2.263	566	-1.697
Available for sale Rücklage	15.548	-3.887	11.661	476	-136	340
Veränderung latenter Steuern auf unbesteuerter Rücklage	0	78	78	0	27	27
Veränderung aus Unternehmen bewertet at equity	308	-77	231	0	0	0
Summe sonstiges Ergebnis	18.753	-4.610	14.143	-1.787	457	-1.330

Angaben zur Konzernbilanz

12) Barreserve

EUR Tsd.	31.12.2015	31.12.2014	1.1.2014
Kassenbestand	32.882	31.057	32.432
Guthaben bei Zentralnotenbanken	1.247.387	0	0
Barreserve	1.280.269	31.057	32.432

13) Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute in Höhe von EUR 2.794.241 Tsd. (2014: EUR 780.424 Tsd., 2013: EUR 1.176.519 Tsd.) sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2015	31.12.2014	1.1.2014
täglich fällig	426.343	773.964	1.043.851
bis 3 Monate	794.941	451	85.337
bis 1 Jahr	148.754	4.388	30.334
bis 5 Jahre	1.388.334	393	10.647
über 5 Jahre	35.869	1.228	6.349
Forderungen an Kreditinstitute	2.794.241	780.424	1.176.519

Weitere Angaben zu den Fristigkeiten sind in Note 49) d) Kreditrisiko enthalten.

14) Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden in Höhe von EUR 3.722.212 Tsd. (2014: EUR 2.454.254 Tsd., 2013: EUR 2.325.733 Tsd.) sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2015	31.12.2014	1.1.2014
täglich fällig	115.872	60.620	65.084
bis 3 Monate	164.166	104.622	94.688
bis 1 Jahr	442.556	249.016	223.462
bis 5 Jahre	1.108.868	659.559	574.670
über 5 Jahre	1.890.750	1.380.438	1.367.828
Forderungen an Kunden	3.722.212	2.454.254	2.325.733

Weitere Angaben zu den Fristigkeiten sind in Note 49) d) Kreditrisiko enthalten.

15) Risikovorsorge

EUR Tsd.	Einzelwert- berichtigung Kreditinstitute	Einzelwert- berichtigung Kunden	Portfolio- wertberichtigung	Gesamt
Stand am 1.1.2014	0	80.142	4.794	84.936
Veränderung im Konsolidierungskreis	0	21.240	283	21.523
Verbrauch	0	-58.537	0	-58.537
Auflösung	0	-19.464	-989	-20.453
Zuführung	0	7.733	0	7.733
Stand am 31.12.2014	0	31.114	4.088	35.202
Veränderung im Konsolidierungskreis	0	62.414	3.175	65.590
Währungsumrechnung	0	132	28	159
Umgliederungen	0	-250	0	-250
Barwerteffekt	0	-814	0	-814
Verbrauch	0	-20.814	0	-20.814
Auflösung	0	-24.837	-845	-25.682
Zuführung	0	15.010	382	15.392
Stand am 31.12.2015	0	61.954	6.828	68.782

In den Forderungen an Kunden sind zinslos gestellte Forderungen in Höhe von EUR 99.149 Tsd. (2014: EUR 50.603 Tsd., 2013: EUR 137.195 Tsd.) enthalten. Die darauf entfallende Zinszuschreibung ist in der Zuführung im Ausmaß von EUR 0 Tsd. (2014: EUR 54 Tsd., 2013: EUR 188 Tsd.) enthalten. In der Zeile Umgliederungen sind Umgruppierungen zu sonstigen Aktiva enthalten. Die Portfoliowertberichtigungen betreffen zur Gänze Forderungen an Kunden.

16) Handelsaktiva

EUR Tsd.	31.12.2015	31.12.2014	1.1.2014
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	7.479	0	0
Positive Marktwerte aus derivativen Geschäften	164.807	0	0
währungsbezogene Geschäfte	710	0	0
zinsbezogene Geschäfte	164.097	0	0
Handelsaktiva	172.286	0	0

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2015	31.12.2014	1.1.2014
bis 3 Monate	305	0	0
bis 5 Jahre	1.737	0	0
über 5 Jahre	5.437	0	0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	7.479	0	0

Die Gesellschaft führt seit Übernahme der ZO Funktionen ein Handelsbuch. Das Volumen des Handelsbuches beträgt zum 31. Dezember 2015 EUR 5.682.617 Tsd.

17) Finanzinvestitionen

EUR Tsd.	31.12.2015	31.12.2014	1.1.2014
Finanzinvestitionen available for sale	1.637.976	85.711	281.337
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.584.288	60.340	192.178
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	53.688	25.372	89.159
Finanzinvestitionen loans & receivables	414	0	0
Finanzinvestitionen held to maturity	79.518	0	0
Finanzinvestitionen	1.717.908	85.711	281.337

In der Position Finanzinvestitionen held to maturity sind Zinsabgrenzungen in Höhe von EUR 1.383 Tsd. (2014: EUR 0 Tsd., 2013: EUR 0 Tsd.) berücksichtigt.

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2015	31.12.2014	1.1.2014
bis 3 Monate	21.027	617	25.307
bis 1 Jahr	50.459	5.933	6.042
bis 5 Jahre	642.479	17.517	160.828
über 5 Jahre	950.254	36.273	0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.664.220	60.340	192.178

Wertpapieraufgliederung gemäß BWG

EUR Tsd.	31.12.2015	31.12.2014	1.1.2014
Börsennotierte Wertpapiere	1.645.977	69.321	197.624
Festverzinsliche Wertpapiere	1.635.441	58.860	192.178
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	10.536	10.461	5.447
Dem Anlagevermögen gewidmete Wertpapiere	1.574.538	85.711	281.337
Rediskontfähige Wertpapiere	1.534.546	45.134	191.091

In der Position dem Anlagevermögen gewidmete Wertpapiere werden alle Wertpapiere erfasst, die der Konzern beabsichtigt länger als ein Jahr im Bestand zu haben.

18) Investment property Vermögenswerte

EUR Tsd.	Investment properties
Anschaffungswerte 1.1.2014	9.626
Veränderungen im Konsolidierungskreis	7.207
Zugänge inklusive Umbuchungen	804
Abgänge inklusive Umbuchungen	-3.786
Anschaffungswerte 31.12.2014	13.851
Veränderungen im Konsolidierungskreis	21.703
Zugänge inklusive Umbuchungen	946
Abgänge inklusive Umbuchungen	-1.502
Anschaffungswerte 31.12.2015	34.998

EUR Tsd.	Investment properties
2014	
Anschaffungswerte 31.12.2014	13.851
Kumulierte Ab- und Zuschreibung	-71
Buchwert 31.12.2014	13.780
Abschreibungen des Geschäftsjahres	-1.426
Zuschreibungen des Geschäftsjahres	971
Buchwert 1.1.2014	10.475

2015	
Anschaffungswerte 31.12.2015	34.998
Kumulierte Ab- und Zuschreibung	854
Buchwert 31.12.2015	35.852
Abschreibungen des Geschäftsjahres	-330
Zuschreibungen des Geschäftsjahres	5.784

Die in der oben abgebildeten Tabelle dargestellten Bewertungen sind in der Position Ergebnis aus Finanzinvestitionen erfasst. Von diesen Bewertungen betrifft ein Betrag von EUR 150 Tsd. (2014: EUR -456 Tsd., 2013: EUR 0 Tsd.) die zum Bilanzstichtag im Bestand befindlichen investment property Vermögenswerte.

Im Geschäftsjahr 2015 gingen bei den investment property Vermögenswerten Buchwerte in Höhe von EUR 6.851 Tsd. (2014: EUR 3.535 Tsd., 2013: EUR 0 Tsd.) ab.

Unter investment properties werden 27 bereits fertiggestellte Objekte (2014: 18, 2013: 16) mit Buchwerten von EUR 23.872 Tsd. (2014: EUR 11.520 Tsd., 2013: EUR 7.729 Tsd.), (2013: zwei im Bau befindliche Objekte mit einem Buchwert in Höhe von EUR 2.746 Tsd.) sowie unbebaute Grundstücke mit einem Buchwert in Höhe von EUR 11.980 Tsd.

(2014: EUR 2.260 Tsd., 2013: EUR 0 Tsd.) ausgewiesen, die in Österreich stehen. Die unbebauten Grundstücke wurden zum Berichtsstichtag mit dem fair value bewertet.

In die Bewertung der investment property Vermögenswerte werden Parameter herangezogen, die nicht auf Marktdaten basieren, daher erfolgt die Einstufung der als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien in Level 3 der fair value Kategorie.

Die nicht beobachtbaren Inputfaktoren werden von den unabhängigen externen Gutachtern zur Verfügung gestellt und reflektieren die aktuelle Markteinschätzung unter Berücksichtigung der spezifischen Merkmale jedes einzelnen Objekts. Im Folgenden werden die wesentlichen Inputparameter dargestellt, wobei zwischen fertiggestellten Objekten und unbebauten Grundstücken unterschieden wird. Für jeden einzelnen Inputparameter wird jeweils der niedrigste Wert (Minimum), der höchste Wert (Maximum) und der mit dem Buchwert gewichtete Durchschnittswert (Durchschnitt) dargestellt. Der Durchschnittswert in der Zeile Buchwert entspricht dem durchschnittlichen Wert je Objekt. Die Parameterausprägungen beziehen sich daher in aller Regel nicht auf ein und dieselbe Immobilie.

Fertiggestellte Objekte

	2015			2014		
	Minimum	Maximum	Durchschnitt	Minimum	Maximum	Durchschnitt
Buchwert in EUR Tsd.	40	3.850	884	70	3.850	640
Vermietbare Fläche in m ²	30	48.263	2.774	40	22.979	1.794
Vermietungsgrad	0 %	100 %	92 %	0 %	100 %	84 %
Diskontierungszinssatz	1,50 %	7,00 %	4,70 %	3,50 %	7,00 %	4,66 %

Sensitivitätenanalyse

EUR Tsd. 31.12.2015	Buchwertveränderung bei	
	Erhöhung der Annahme	Minderung der Annahme
Diskontierungszinssatz (0,25 % Veränderung)	-1.207	1.342
Diskontierungszinssatz (0,50 % Veränderung)	-2.297	2.845
31.12.2014		
Diskontierungszinssatz (0,25 % Veränderung)	-586	653
Diskontierungszinssatz (0,50 % Veränderung)	-1.116	1.384

Unbebaute Grundstücke

	2015			2014		
	Minimum	Maximum	Durchschnitt	Minimum	Maximum	Durchschnitt
Buchwert in EUR Tsd.	20	2.840	922	200	680	452
Grundstücksgröße in m ²	540	41.847	13.708	1.086	41.847	12.770
Wert pro m ² in EUR	5	626	244	5	626	242

Sensitivitätenanalyse

EUR Tsd. 31.12.2015	Buchwertveränderung bei	
	Erhöhung der Annahme	Minderung der Annahme
Grundstückswert (10 % Veränderung)	1.198	-1.198
Grundstückswert (5 % Veränderung)	599	-599
31.12.2014		
Grundstückswert (10 % Veränderung)	226	-226
Grundstückswert (5 % Veränderung)	113	-113

Der Konzern hat sich bei investment property Vermögenswerten, die von Dritten refinanziert werden, diesen gegenüber zur Instandhaltung der Projekte verpflichtet. Ansonsten bestehen keine weiteren Verpflichtungen investment property Vermögenswerte zu kaufen, zu erstellen, zu entwickeln oder zu erhalten.

19) Anteile an at equity bewerteten Unternehmen

EUR Tsd.	Assoziierte Unternehmen
Buchwert 01.01.2014	0
Buchwert 31.12.2014	0
Veränderungen im Konsolidierungskreis	25.901
Anteiliges Gesamtergebnis	-1.485
Abschreibung	-4.815
Buchwert 31.12.2015	19.601

Assoziierte Unternehmen

Die VBW hält Anteile an folgenden assoziierten Unternehmen. An der Volksbank Gewerbe- und Handelsbank Kärnten eGen (GEHA) und an der IMMO-Bank Aktiengesellschaft (IMMO-Bank).

An der GEHA mit Sitz in Klagenfurt hält die VBW 31,85 %. Der Hauptgeschäftszweck der Gesellschaft ist der Betrieb des Bankgeschäfts sowie das bankmäßige Vermittlungs- und Dienstleistungsgeschäft.

An der IMMO-Bank mit Sitz in Wien hält die VBW 22,87 %. Der Hauptgeschäftszweck der Gesellschaft ist die Finanzierung von Wohnbaugenossenschaften und großvolumigen Wohnbauten, wobei die Refinanzierung über Wohnbauanleihen erfolgt.

Die GEHA und die IMMO-Bank werden ab dem 4. Juli 2015 at equity in den Konzernabschluss einbezogen.

Im Folgenden werden die Finanzinformationen für alle Gesellschaften gemeinsam dargestellt, da keine Gesellschaft aufgrund der, der VBW zurechenbaren anteiligen Finanzinformationen, als wesentlich eingestuft wird.

Zusatzinformationen zu den assoziierten Unternehmen

EUR Tsd.	Übrige Unternehmen 2015
Aktiva	
Barreserve	5.111
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	469.444
Forderungen an Kunden (brutto)	1.639.155
Risikovorsorge	-11.063
Finanzinvestitionen	21.415
Sonstige Aktiva	88.582
Summe Aktiva	2.212.645
hievon kurzfristige Aktiva	739.624
Passiva	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	508.376
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	845.386
Verbriefte Verbindlichkeiten	624.263
Nachrangkapital	46.926
Sonstige Passiva	34.302
Eigenkapital	153.392
Summe Passiva	2.212.645
hievon kurzfristige Verbindlichkeiten	1.152.526
Gesamtergebnisrechnung	
Zinsen und ähnliche Erträge	41.046
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-8.451
Zinsüberschuss	32.595
Risikovorsorge	-14.695
Jahresergebnis vor Steuern	-6.061
Steuern vom Einkommen	220
Jahresergebnis nach Steuern	-5.841
Sonstiges Ergebnis	762
Gesamtergebnis	-5.079

Nicht erfasster anteiliger Verlust

EUR Tsd.	2015
Anteiliger Verlust der Periode	0
Anteilige Veränderung sonstiges Ergebnis der Periode	0
Kumulierter Verlust zum Stichtag	0
Kumuliertes sonstiges Ergebnis zum Stichtag	0

Überleitungsrechnung

EUR Tsd.	2015
Eigenkapital	153.392
Anteilsquote	n.a.
Anteiliges Eigenkapital	41.343
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen	-4.815
Nicht erfasster anteiliger Verlust	0
Bewertungen Vorjahre	-16.926
Umgliederungen Buchwert	0
Buchwert 31.12.2015	19.601

In der Überleitungsrechnung wird vom anteiligen Eigenkapital auf den Buchwert übergeleitet. Da die Übrigen Unternehmen zusammengefasst sind, kann die Anteilsquote nicht angegeben werden. In der Zeile Bewertungen Vorjahre ist die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert aus der Einbringung des ZO Teilbetriebes enthalten.

Aufgrund von gesetzlichen Regelungen im Genossenschaftsgesetz (GenG) erhält die VBW im Falle der Kündigung (nicht bei Liquidation oder Veräußerung) des Geschäftsanteils an der GEHA nur die Einlage zurück. Eine etwaige Dividende der GEHA und der IMMO-Bank ist insoweit limitiert, als die bankaufsichtlichen Regelungen zu berücksichtigen sind und das Eigenkapital einen bestimmten Betrag nicht unterschreiten darf.

20) Anteile und Beteiligungen

EUR Tsd.	31.12.2015	31.12.2014	1.1.2014
Anteile an verbundenen nicht konsolidierten Unternehmen	579	8.724	6.734
Anteile an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.616	93	0
Sonstige Beteiligungen	28.496	11.638	12.353
Anteile und Beteiligungen	31.691	20.455	19.088

Eine Liste der verbundenen nicht konsolidierten Unternehmen findet sich in Kapitel 52). Bei den Anteilen und Beteiligungen wurden im Geschäftsjahr Beteiligungen mit einem Buchwert von EUR 290 Tsd. (2014: EUR 1 Tsd., 2013: EUR 0 Tsd.) veräußert. Das Ergebnis aus diesen Veräußerungen belief sich auf EUR 7 Tsd. (2014: EUR 0 Tsd., 2013: EUR 0 Tsd.) und wird in der Position Ergebnis aus Finanzinvestitionen dargestellt.

Anteile und Beteiligungen von Unternehmen, deren Zeitwert nicht verlässlich ermittelt werden kann, sind mit den Anschaffungskosten abzüglich etwaiger Wertminderungen bewertet. Anteile und Beteiligungen mit einem Buchwert in Höhe von EUR 22.859 Tsd. (2014: EUR 0 Tsd., 2013: EUR 0 Tsd.) sind mit dem Marktwert bewertet.

21) Immaterielles Anlagevermögen

EUR Tsd.	Software	Firmenwerte	Sonstiges	Gesamt
Anschaffungswerte 1.1.2014	1.407	0	0	1.407
Veränderungen im Konsolidierungskreis	62	0	0	62
Zugänge inklusive Umbuchungen	1	0	0	1
Abgänge inklusive Umbuchungen	-105	0	0	-105
Anschaffungswerte 31.12.2014	1.365	0	0	1.365
Veränderungen im Konsolidierungskreis	28.797	3.570	28.597	60.964
Zugänge inklusive Umbuchungen	875	0	0	875
Abgänge inklusive Umbuchungen	-5.916	0	0	-5.916
Anschaffungswerte 31.12.2015	25.122	3.570	28.597	57.288

EUR Tsd.	Software Firmenwerte	Sonstiges	Gesamt	
2014				
Anschaffungswerte 31.12.2014	1.365	0	0	1.365
Kumulierte Ab- und Zuschreibung	-1.355	0	0	-1.355
Buchwert 31.12.2014	10	0	0	10
Hievon mit unbeschränkter Nutzungsdauer	0	0	0	0
Hievon mit beschränkter Nutzungsdauer	10	0	0	10
Planmäßige Abschreibung des Geschäftsjahres	-22	0	0	-22
Buchwert 1.1.2014	30	0	0	30
2015				
Anschaffungswerte 31.12.2015	25.122	3.570	28.597	57.288
Kumulierte Ab- und Zuschreibung	-20.622	0	-721	-21.342
Buchwert 31.12.2015	4.500	3.570	27.876	35.946
Hievon mit unbeschränkter Nutzungsdauer	0	3.570	0	3.570
Hievon mit beschränkter Nutzungsdauer	4.500	0	27.876	32.376
Planmäßige Abschreibung des Geschäftsjahres	-2.630	0	-721	-3.351

Zusammensetzung der Firmenwerte

EUR Tsd.	Buchwert 31.12.2015	Abschreibung 2015	Buchwert 31.12.2014	Abschreibung 2014
Segment Retail	3.570	0	0	0
Gesamt	3.570	0	0	0

Der im Geschäftsjahr 2015 bestehende Firmenwert im Segment Retail betrifft den Firmenwert aus der Einbringung der VB Ost.

Der Firmenwert wurde gemäß IAS 36 einer Überprüfung der Werthaltigkeit unterzogen. Die Überprüfung wird jährlich im vierten Quartal basierend auf der jeweiligen Langzeitplanung durchgeführt. Die Überprüfung des Firmenwertes im Segment Retail wurde auf Basis der Langzeitplanung 2016 bis 2020 des Profit-Centers RD Ost, die der zugeordneten CGU entspricht, durchgeführt. Dieser Planung lagen Erfahrungswerte der Vergangenheit sowie bestmögliche Einschätzungen des Managements über die zukünftige Entwicklung zugrunde. Um die Überprüfung der Wesentlichkeit durchzuführen, wurden die Netto-Zahlungsmittelzuflüsse über die Planungsperiode hinaus geschätzt, indem eine konstante Wachstumsrate von 2,7 % für die Folgejahre fortgeschrieben wurde. Der Nutzwert der CGU wurde mit einem discounted cash flow Verfahren ermittelt. Der verwendete Diskontierungszinssatz betrug 6,98 %. Der Vergleich des ermittelten Nutzwertes mit dem Buchwert ergab keinen Abwertungsbedarf. Eine Erhöhung des Diskontierungszinssatzes auf 7,40 % und eine Reduktion des Wachstumsfaktors auf 2,0 % führen ebenfalls zu keinem Wertberichtigungsbedarf.

22) Sachanlagen

EUR Tsd.	Grundstücke und Gebäude	EDV- Ausstattung	Betriebs- und Geschäftsaus- stattung	Sonstiges	Gesamt
Anschaffungswerte 1.1.2014	59.121	2.785	22.211	1.320	85.437
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	369	1.415	3.652	5.436
Zugänge inklusive Umbuchungen	4.062	140	1.576	612	6.390
Abgänge inklusive Umbuchungen	-498	-990	-942	-711	-3.141
Anschaffungswerte 31.12.2014	62.686	2.304	24.260	4.872	94.121
Veränderungen im Konsolidierungskreis	79.012	6.362	28.255	3.148	116.777
Zugänge inklusive Umbuchungen	21.547	196	2.247	0	23.991
Abgänge inklusive Umbuchungen	-2.339	-2.565	-16.716	-8.020	-29.640
Anschaffungswerte 31.12.2015	160.906	6.298	38.045	0	205.249

EUR Tsd.	Grundstücke und Gebäude	EDV- Ausstattung	Betriebs- und Geschäftsaus- stattung	Sonstiges	Gesamt
2014					
Anschaffungswerte 31.12.2014	62.686	2.304	24.260	4.872	94.121
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen	-30.675	-1.953	-19.146	-1.549	-53.323
Buchwert 31.12.2014	32.011	351	5.113	3.323	40.798
Planmäßige Abschreibung des Geschäftsjahres	-1.574	-310	-1.456	-218	-3.557
Buchwert 1.1.2014	29.799	514	5.045	743	36.101

2015					
Anschaffungswerte 31.12.2015	160.906	6.298	38.045	0	205.249
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen	-50.644	-5.888	-28.138	0	-84.670
Buchwert 31.12.2015	110.263	410	9.907	0	120.579
Planmäßige Abschreibungen des Geschäftsjahres	-3.427	-466	-1.057	0	-4.950

23) Ertragsteueransprüche und Ertragsteuerverpflichtungen

EUR Tsd.	31.12.2015		31.12.2014		1.1.2014	
	Ertragsteuer- ansprüche	Ertragsteuer- verpflichtungen	Ertragsteuer- ansprüche	Ertragsteuer- verpflichtungen	Ertragsteuer- ansprüche	Ertragsteuer- verpflichtungen
Laufende Ertragsteuer	4.133	200	0	0	5.065	0
Latente Ertragsteuer	26.329	7.731	6.099	6.098	2.844	0
Ertragsteuer Gesamt	30.462	7.932	6.099	6.098	7.909	0

Die folgende Darstellung zeigt, aus welchen Abweichungen zwischen dem Bilanzansatz nach Steuerrecht und IFRS latente Ertragsteueransprüche und Ertragsteuerverpflichtungen entstehen.

EUR Tsd.	2015		2014		Nettoabweichung 2015		
	Ertragsteueransprüche	Ertragsteuerverpflichtungen	Ertragsteueransprüche	Ertragsteuerverpflichtungen	Gesamt	Über Gewinn- und Verlustrechnung	Über sonstiges Ergebnis
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	0	5.192	0	0	-5.192	1.984	0
Forderungen an Kunden inklusive Risikovorsorge	20.344	8.776	5.463	7.592	13.697	-3.467	0
Handelsaktiva	208	0	0	0	208	-146	0
Finanzinvestitionen	0	75.351	0	1.187	-74.164	-574	-2.374
Investment property Vermögenswerte	0	1.871	0	533	-1.339	2.582	0
Anteile und Beteiligungen	5.092	6.992	2.964	241	-4.623	648	-1.513
Immaterielles Anlagevermögen und Sachanlagen	270	10.919	0	0	-10.649	-2.485	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	143	0	0	0	143	616	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	41	0	0	0	41	-450	0
Verbriefte Verbindlichkeiten und Nachrangkapital	29.264	2	0	0	29.262	-3.711	0
Handelspassiva	0	349	0	0	-349	478	0
Pensions-, Abfertigungs-, und sonstige Rückstellungen	6.662	2.669	3.799	-402	-208	-2.501	-724
Sonstige Aktiva und sonstige Passiva	87.179	31.880	2.565	0	52.734	8.578	0
Übrige Bilanzpositionen	0	6.537	0	6.589	51	1.359	78
Verlustvorräte	19.933	0	949	0	18.984	10.138	0
Latente Steuern vor Verrechnung	169.137	150.539	15.741	15.740	18.597	13.049	-4.533
Verrechnung zwischen aktiven und passiven latenten Steuern	-142.807	-142.807	-9.642	-9.642	0	0	0
Ausgewiesene latente Steuern	26.329	7.731	6.099	6.098	18.597	13.049	-4.533

EUR Tsd.	2014		2013		Nettoabweichung 2014		
	Ertragsteueransprüche	Ertragsteuerverpflichtungen	Ertragsteueransprüche	Ertragsteuerverpflichtungen	Gesamt	Über Gewinn- und Verlustrechnung	Über sonstiges Ergebnis
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	0	0	221	0	-221	-288	0
Forderungen an Kunden inklusive Risikovorsorge	5.463	7.592	2.403	4.487	-45	-2.484	0
Finanzinvestitionen	0	1.187	0	460	-727	-592	-136
Investment property Vermögenswerte	0	533	0	217	-316	-316	0
Anteile und Beteiligungen	2.964	241	4.250	0	-1.527	-2.328	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0	0	0	0	-144	0
Pensions-, Abfertigungs-, und sonstige Rückstellungen	3.799	-402	3.169	191	1.223	657	566
Sonstige Aktiva und sonstige Passiva	2.565	0	2.330	84	319	2	0
Übrige Bilanzpositionen	0	6.589	0	6.120	-469	-496	27
Verlustvorräte	949	0	2.029	0	-1.080	-1.957	0
Latente Steuern vor Verrechnung	15.741	15.740	14.402	11.558	-2.843	-7.945	457
Verrechnung zwischen aktiven und passiven latenten Steuern	-9.642	-9.642	-11.558	-11.558	0	0	0
Ausgewiesene latente Steuern	6.099	6.098	2.844	0	-2.843	-7.945	457

Der Restbetrag aus der Nettoabweichung im Jahresvergleich, der sich weder in der Gewinn- und Verlustrechnung noch im sonstigen Ergebnis widerspiegelt, ist vor allem auf Änderungen des Konsolidierungskreises zurückzuführen.

Die Verrechnung zwischen latenten Ertragsteueransprüchen und -verpflichtungen erfolgt jeweils nur im gleichen Unternehmen.

Für die Prüfung der Verwertung der steuerlichen Verlustvorträge, sowie der Werthaltigkeit anderer aktiver latenter Steuern, wurde ein Zeitraum von bis zu 4 Jahren entsprechend der Konzernsteuerplanung zu Grunde gelegt.

Im Geschäftsjahr 2015 wurden aktive latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge und andere aktive latente Steuern in Höhe von EUR 0 Tsd. (Steuerbemessungsgrundlage) (2014: EUR 0 Tsd., 2013: EUR 0 Tsd.) wertberichtigt sowie aktive latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge und andere aktive latente Steuern in Höhe von EUR 0 Tsd. (2014: EUR 0 Tsd., 2013: EUR 0 Tsd.) nicht angesetzt, weil nach Einschätzung des Managements die Verwertbarkeit dieser aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge und andere aktiven latenten Steuern in einem angemessenen Zeitraum (bis zu 4 Jahre) unwahrscheinlich ist. Somit wurden auf steuerliche Verlustvorträge in Höhe von EUR 360.324 Tsd. (2014: EUR 14.234 Tsd., 2013: EUR 0 Tsd.) keine latenten Steuern gebildet. Von diesen steuerlichen Verlustvorträgen sind EUR 360.324 Tsd. (2014: EUR 14.234 Tsd., 2013: EUR 0 Tsd.) unbeschränkt vortragsfähig und betreffen vor allem die VBW selbst. Der Anstieg der nicht angesetzten Verlustvorträge im Geschäftsjahr 2015 resultiert ausschließlich aus Unternehmenserwerben.

24) Sonstige Aktiva

EUR Tsd.	31.12.2015	31.12.2014	1.1.2014
Rechnungsabgrenzungsposten	1.211	2.397	791
Sonstige Forderungen und Vermögenswerte	24.068	10.852	8.629
Positive Marktwerte der Derivate im Bankbuch	100.186	1.724	1.893
Sonstige Aktiva	125.466	14.973	11.313

In der nachfolgenden Tabelle sind die in der Position sonstige Aktiva enthaltenen Marktwerte der Derivate dargestellt, die für das hedge accounting herangezogen werden.

EUR Tsd.	31.12.2015 Fair value hedge	31.12.2014 Fair value hedge	1.1.2014 Fair value hedge
Zinsbezogene Geschäfte	64.241	0	0
Positive Marktwerte Derivate	64.241	0	0

25) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

EUR Tsd.	31.12.2015	31.12.2014	1.1.2014
Zentralbanken	78.054	0	0
Sonstige Kreditinstitute	3.993.244	75.156	304.542
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.071.299	75.156	304.542

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2015	31.12.2014	1.1.2014
täglich fällig	3.548.946	19.682	29.514
bis 3 Monate	267.207	20.792	110.777
bis 1 Jahr	120.608	758	29.011
bis 5 Jahre	94.354	32.733	134.559
über 5 Jahre	40.184	1.191	680
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.071.299	75.156	304.542

Die Angaben zu den Fristigkeiten der zukünftigen cash flows sind in Note 33) Zahlungsströme Verbindlichkeiten angeführt.

26) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

EUR Tsd.	31.12.2015	31.12.2014	1.1.2014
Bewertet mit fortgeführten Anschaffungskosten	3.992.500	3.063.804	3.233.274
Spareinlagen	1.622.678	1.471.891	1.463.007
Sonstige Einlagen	2.369.822	1.591.913	1.770.267
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.992.500	3.063.804	3.233.274

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2015	31.12.2014	1.1.2014
täglich fällig	2.738.002	1.745.616	1.795.239
bis 3 Monate	309.702	316.679	373.516
bis 1 Jahr	522.807	438.214	538.205
bis 5 Jahre	380.594	530.258	509.582
über 5 Jahre	41.395	33.037	16.731
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.992.500	3.063.804	3.233.274

Die Angaben zu den Fristigkeiten der zukünftigen cash flows sind in Note 33) Zahlungsströme Verbindlichkeiten angeführt.

27) Verbriefte Verbindlichkeiten

EUR Tsd.	31.12.2015	31.12.2014	1.1.2014
Anleihen	798.362	0	0
Kassenobligationen	0	0	37.173
Verbriefte Verbindlichkeiten	798.362	0	37.173

Die verbrieften Verbindlichkeiten sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2015	31.12.2014	1.1.2014
bis 3 Monate	3.149	0	1.150
bis 1 Jahr	35.706	0	36.023
bis 5 Jahre	172.579	0	0
über 5 Jahre	586.929	0	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	798.362	0	37.173

Die Angaben zu den Fristigkeiten der zukünftigen cash flows sind in Note 33) Zahlungsströme Verbindlichkeiten angeführt.

28) Handelspassiva

EUR Tsd.	31.12.2015	31.12.2014	1.1.2014
Negative Marktwerte aus derivativen Geschäften			
währungsbezogene Geschäfte	15.320	0	0
zinsbezogene Geschäfte	432.040	0	0
Handelspassiva	447.361	0	0

29) Rückstellungen

EUR Tsd.	Risiko- rückstellungen	Andere Rückstellungen	Gesamt
Stand am 1.1.2014	518	7.991	8.509
Veränderung im Konsolidierungskreis	292	40	332
Verbrauch	0	-932	-932
Auflösung	-421	-2.418	-2.839
Zuführung	667	2.317	2.984
Stand am 31.12.2014	1.057	6.998	8.055
Veränderung im Konsolidierungskreis	4.709	14.535	19.245
Umgliederungen	-137	558	421
Barwerteffekt	5	0	5
Verbrauch	-2	-1.873	-1.875
Auflösung	-2.320	-880	-3.200
Zuführung	2.920	3.878	6.799
Stand am 31.12.2015	6.233	23.216	29.449

Die gebildeten Risikorückstellungen betreffen Vorsorgen für außerbilanzielle Transaktionen, insbesondere Haftungen und Garantien. Dabei handelt es sich überwiegend um langfristige Rückstellungen. Die Fristigkeiten dieser Rückstellungen sind in Note 42) Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken enthalten.

In der Position andere Rückstellungen wird für Verpflichtungen vorgesorgt, die wahrscheinlich in Zukunft zu einem Mittelabfluss führen werden. Die Restrukturierungsrückstellung erfüllt die Kriterien gemäß IAS 37.10 und beträgt zum Bilanzstichtag EUR 13.082 Tsd. (2014: EUR 0 Tsd., 2013: EUR 0 Tsd.). Da ein Großteil der Restrukturierungsmaßnahmen bis Ende 2017 umgesetzt sein soll, handelt es sich überwiegend um eine langfristige Rückstellung. Weitere Vorsorgen wurden für schwebende Rechtsverfahren in Höhe von EUR 5.478 Tsd. (2014: EUR 6.565 Tsd., 2013: EUR 5.875 Tsd.) gebildet.

Bei der Höhe der Rückstellungen handelt es sich um eine bestmögliche Schätzung der erwarteten Abflüsse von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen zum Bilanzstichtag, unter Berücksichtigung der Risiken und Unsicherheiten, welche zur Erfüllung der Verpflichtung zu erwarten sind. Risiken und Unsicherheiten wurden bei der Schätzung berücksichtigt.

30) Sozialkapital

EUR Tsd.	Pensionsrück- stellung	Abfertigungs- rückstellung	Jubiläums- rückstellung	Summe Sozialkapital
Barwert 1.1.2014	6.074	12.455	1.879	20.408
Veränderung im Konsolidierungskreis	365	1.006	156	1.527
Dienstzeitaufwand	0	404	95	500
Zinsaufwand	71	228	35	334
Zahlungen	-611	-809	-33	-1.453
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	765	1.498	-5	2.259
Barwert 31.12.2014	6.664	14.782	2.128	23.575
Veränderung im Konsolidierungskreis	2.092	19.330	2.868	24.289
Dienstzeitaufwand	57	1.175	254	1.486
Zinsaufwand	122	503	67	692
Zahlungen	-643	-1.069	-213	-1.925
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	238	-3.135	-426	-3.324
Barwert 31.12.2015	8.530	31.586	4.677	44.793

Barwert des Planvermögens

EUR Tsd.	Pensions- rückstellung
Barwert des Planvermögens 1.1.2014	0
Veränderung im Konsolidierungskreis	0
Ertrag aus dem Planvermögen	0
Beiträge zum Planvermögen	0
Auszahlungen	0
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	0
Barwert des Planvermögens 31.12.2014	0
Veränderung im Konsolidierungskreis	723
Ertrag aus dem Planvermögen	144
Beiträge zum Planvermögen	-19
Auszahlungen	15
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	0
Barwert des Planvermögens 31.12.2015	862

Die Pensionsrückstellung wird saldiert mit dem Barwert des Planvermögens in dieser Position ausgewiesen.

Die zu erwartenden Beitragszahlungen an das Planvermögen für das Jahr 2015 beziffern sich auf EUR 0 Tsd.

EUR Tsd.	Pensions- rückstellung	Abfertigungs- rückstellung	Jubiläums- rückstellung	Summe Sozialkapital
1.1.2014				
Sozialkapitalverpflichtung	6.074	12.455	1.879	20.408
Barwert des Planvermögens	0	0	0	0
Bilanzierte Nettoschuld	6.074	12.455	1.879	20.408
31.12.2014				
Sozialkapitalverpflichtung	6.664	14.782	2.128	23.575
Barwert des Planvermögens	0	0	0	0
Bilanzierte Nettoschuld	6.664	14.782	2.128	23.575
31.12.2015				
Sozialkapitalverpflichtung	8.530	31.586	4.677	44.793
Barwert des Planvermögens	-862	0	0	-862
Bilanzierte Nettoschuld	7.668	31.586	4.677	43.931

Historische Information

EUR Tsd.	2015	2014	2013	2012	2011
Barwert der Verpflichtungen	44.793	23.575	20.408	9.162	8.862
Barwert des Planvermögens	862	0	0	0	0

Zusammensetzung Planvermögen

EUR Tsd.	31.12.2015		
	Planvermögen - notiert	Planvermögen - unnotiert	Planvermögen - gesamt
Anleihen Gebietskörperschaften	399	4	402
Anleihen Kreditinstitute	76	4	80
Anleihen Sonstige	28	17	44
Aktien EU Länder	119	0	119
Aktien USA und Japan	65	0	65
Aktien Sonstige	39	0	39
Derivate	0	60	60
Immobilien	0	19	19
Kassenbestand	0	35	35
Gesamt	725	137	862

In der Spalte Planvermögen - notiert werden alle Vermögenswerte im Planvermögen dargestellt, die einen an einem aktiven Markt notierten Marktpreis haben.

Sensitivitätenanalyse

Bei Konstanzhaltung der anderen Annahmen hätten bei vernünftiger Betrachtungsweise am Abschlussstichtag möglich gewesene Veränderungen bei einer der maßgeblichen versicherungsmathematischen Annahmen die leistungsorientierte Verpflichtung mit den nachstehenden Beträgen beeinflusst.

EUR Tsd.	Barwertveränderung bei	
	Erhöhung der Annahme	Minderung der Annahme
1.1.2014		
Abzinsungssatz (0,75 % Veränderung)	-848	969
Zukünftige Lohn- und Gehaltssteigerungen (0,50 % Veränderung)	444	-379
Zukünftige Pensionserhöhungen (0,25 % Veränderung)	50	-48
Zukünftige Sterblichkeit (1 Jahr Veränderung)	122	-119
31.12.2014		
Abzinsungssatz (0,75 % Veränderung)	-1.747	1.984
Zukünftige Lohn- und Gehaltssteigerungen (0,50 % Veränderung)	1.099	-1.013
Zukünftige Pensionserhöhungen (0,25 % Veränderung)	144	-138
Zukünftige Sterblichkeit (1 Jahr Veränderung)	395	-384
31.12.2015		
Abzinsungssatz (0,75 % Veränderung)	-2.810	4.528
Zukünftige Lohn- und Gehaltssteigerungen (0,50 % Veränderung)	2.936	-1.528
Zukünftige Pensionserhöhungen (0,25 % Veränderung)	831	414
Zukünftige Sterblichkeit (1 Jahr Veränderung)	479	-465

Zum 31. Dezember 2015 lag die gewichtete durchschnittliche Laufzeit der leistungsorientierten Verpflichtungen bei den Pensionen bei 13,6 Jahren (2014: 10,6 Jahre, 2013: 11,0 Jahre) und bei der Abfertigung bei 11,8 Jahren (2014: 12,4 Jahre, 2013: 14,0 Jahre).

Obwohl die Analyse die vollständige Verteilung der nach dem Plan erwarteten cash flows nicht berücksichtigt, liefert sie einen Näherungswert für die Sensitivität der dargestellten Annahmen.

31) Sonstige Passiva

EUR Tsd.	31.12.2015	31.12.2014	1.1.2014
Rechnungsabgrenzungsposten	248	193	4
Sonstige Verbindlichkeiten	41.477	7.882	11.864
Negative Marktwerte der Derivate im Bankbuch	171.074	10.923	7.376
Sonstige Passiva	212.799	18.998	19.244

In der nachfolgenden Tabelle sind die in der Position sonstige Passiva enthaltenen negativen Marktwerte der Derivate dargestellt, die für das hedge accounting herangezogen werden.

EUR Tsd.	31.12.2015	31.12.2014	1.1.2014
	Fair value hedge	Fair value hedge	Fair value hedge
Währungsbezogene Geschäfte	31.355	0	0
Zinsbezogene Geschäfte	25.543	0	0
Negative Marktwerte Derivate	56.897	0	0

32) Nachrangkapital

EUR Tsd.	31.12.2015	31.12.2014	1.1.2014
Nachrangige Verbindlichkeiten	10.443	10.350	13.659
Ergänzungskapital	7.231	7.239	7.076
Nachrangkapital	17.674	17.589	20.735

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2015	31.12.2014	1.1.2014
bis 1 Jahr	0	0	3.979
bis 5 Jahre	13.265	13.277	12.318
über 5 Jahre	4.409	4.312	4.438
Nachrangkapital	17.674	17.589	20.735

33) Zahlungsströme Verbindlichkeiten

Darstellung der zukünftigen cash flows der Verbindlichkeiten gegliedert nach ihrer vertraglichen Fälligkeit.

EUR Tsd.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	Verbriefte Verbindlichkeiten	Nachrangkapital	Handels-Derivate im passiva	Bankbuch
31.12.2015						
Buchwert	4.071.299	3.992.500	798.362	17.674	447.361	171.074
Zahlungsabflüsse gesamt	4.131.499	4.032.087	1.992.814	19.983	449.141	141.645
bis 3 Monate	3.818.131	3.063.483	3.162	0	0	0
bis 1 Jahr	124.244	536.296	65.857	494	2.708	1.202
bis 5 Jahre	107.676	390.580	648.965	14.541	74.737	125.489
über 5 Jahre	81.448	41.728	1.274.829	4.948	371.696	14.954

Die Zahlungsströme der Eventualverbindlichkeiten werden in Kapitel 42) Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken dargestellt. In der Spalte Handelspassiva sind nur derivative Instrumente enthalten.

Da sich aufgrund der Einbringung des ZO Teilbetriebes im Geschäftsjahr 2015 die Struktur der Verbindlichkeiten stark verändert hat und daher die Vergleichbarkeit mit den Geschäftsjahren 2014 und 2013 nicht gegeben ist und da der Aufwand für die rückwirkende Ermittlung der Vergleichszahlen unverhältnismäßig hoch wäre, wurde auf die Angabe der Vergleichszahlen verzichtet.

34) Eigenkapital

Das Grundkapital der VBW beträgt vor Abzug der eigenen Aktien am 31.12.2015 EUR 107.477 Tsd. Es setzt sich aus folgenden Stückaktien zusammen:

	EUR Tsd.
1.146.424 Stückaktien	107.477

Mit Hauptversammlungsbeschluss vom 29. Mai 2015 wurde die verhältnismäßige Spaltung zur Aufnahme des ZO Teilbetriebes im Wege der Gesamtrechtsnachfolge beschlossen. Zur Durchführung der Spaltung wurde in der selben Hauptversammlung eine Kapitalerhöhung um 23.400 Stückaktien im Wert von EUR 2.194 Tsd. beschlossen. Die Abspaltung zur Aufnahme wurde am 4. Juli 2015 im Firmenbuch eingetragen.

Weiters wurde in der Hauptversammlung vom 29. Mai 2015 eine weitere Kapitalerhöhung um EUR 35.441 Tsd. beschlossen.

Mit Einbringungs- und Sacheinlagevertrag vom 7. August 2015 brachte die Volksbank Ost registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung ihr Unternehmen, den Bankbetrieb Ost (VB Ost) als Sacheinlage gegen Gewährung von 118.459 neuen Stückaktien im Wert von EUR 11.106 Tsd. ein. Diese Kapitalerhöhung wurde in der Hauptversammlung vom 7. August 2015 beschlossen. Die Eintragung im Firmenbuch erfolgte am 3. November 2015.

Ebenfalls mit Einbringungs- und Sacheinlagevertrag vom 7. August 2015, brachte die Volksbank Obersdorf – Wolkersdorf - Deutsch-Wagram eGen ihr Unternehmen, den Bankbetrieb Obersdorf – Wolkersdorf - Deutsch-Wagram (VB OWD) gegen Gewährung von 24.350 Stückaktien im Wert von EUR 2.283 Tsd. ein. Diese Kapitalerhöhung wurde in der Hauptversammlung vom 7. August 2015 beschlossen. Die Eintragung im Firmenbuch erfolgte am 3. November 2015.

Entwicklung des gezeichneten Kapitals

In Stück	Aktien	PS
Im Umlauf befindliche Aktien und Partizipationsscheine am 01.01.2014	583.893	17.744
Einbringung Gärtnerbank	18.287	0
Im Umlauf befindliche Aktien und Partizipationsscheine am 31.12.2014	602.180	17.744
Kapitalerhöhung	378.035	0
Einbringung ZO Teilbetrieb	23.400	-11.000
Einbringung VB Ost	118.459	260
Einbringung VB OWD	24.350	0
Im Umlauf befindliche Aktien und Partizipationsscheine am 31.12.2015	1.146.424	7.004

7.004 Stück (2014: 17.744 Stück; 2013: 17.744 Stück) der im Umlauf befindlichen und der gesamten Partizipationsscheine weisen ein Nominale von EUR 1 Tsd. je Partizipationsschein auf. Durch die Einbringung des ZO Teilbetriebes ging Partizipationskapital in Höhe von EUR 11.000 Tsd. unter, das bis zur Einbringung durch die ÖVAG an der VBW gehalten wurde.

Dividendenzahlung

EUR Tsd.	2015	2014
Dividende stimmberechtigtes Kapital	6.515	6.320
Dividende nicht stimmberechtigtes Kapital	273	286
Gesamt	6.788	6.606

Im Geschäftsjahr 2016 ist eine Schüttung auf nicht stimmberechtigtes Kapital in Höhe von EUR 100 Tsd. geplant.

Gesamtkapitalrentabilität

Die Gesamtkapitalrentabilität beträgt für das Geschäftsjahr 0,29 % (2014: 0,86 %) und errechnet sich als Quotient zwischen Ergebnis nach Steuern und Bilanzsumme zum Bilanzstichtag.

Nicht beherrschende Anteile

Gesellschaftsname	Minderheitenanteil	
	2015	Teilkonzern
VB Services für Banken Ges.m.b.H.; Wien	1,11 %	Übrige Unternehmen
Verwaltungsgenossenschaft der IMMO-BANK eG; Wien	11,15 %	Übrige Unternehmen
VOBA Vermietungs- und Verpachtungsges.m.b.H.; Baden	1,00 %	Übrige Unternehmen
VVG Vermietung von Wirtschaftsgütern Gesellschaft m.b.H.; Wien	0,005 %	Übrige Unternehmen

In der folgenden Tabelle werden die Finanzinformationen der Gesellschaften, da sie unwesentlich sind, insgesamt dargestellt.

Zusatzinformation nicht beherrschende Anteile

EUR Tsd.	Übrige Unternehmen 2015
Aktiva	
Barreserve	0
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	20.822
Forderungen an Kunden (brutto)	15
Risikovorsorge (-)	0
Finanzinvestitionen	680
Sonstige Aktiva	15.492
Bilanzsumme	37.010
Passiva	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7
Verbriefte Verbindlichkeiten	0
Nachrangkapital	0
Sonstige Passiva	14.382
Eigenkapital	22.617
Passiva Gesamt	37.010
Gesamtergebnisrechnung	
Zinsen und ähnliche Erträge	540
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0
Zinsüberschuss	540
Risikovorsorge	-1
Jahresergebnis vor Steuern	1.907
Steuern vom Einkommen	-54
Jahresergebnis nach Steuern	1.853
Sonstiges Ergebnis	3
Gesamtergebnis	1.856

35) Eigenmittel

Die gemäß CRR ermittelten Eigenmittel der VBW Kreditinstitutsguppe zeigen folgende Zusammensetzung:

EUR Tsd.	31.12.2015
Eingezahlte Kapitalinstrumente (abzüglich eigener Anteile)	236.432
Rücklagen	163.988
Anpassungen aufgrund von Übergangsbestimmungen	4.903
Minderheiten	1.591
Abzugs- und Korrekturposten	-60.116
Übergangsanpassungen am harten Kernkapital	12.448
Hartes Kernkapital (CET1)	359.246
Zusätzliches Kernkapital und zum zusätzlichen Kernkapital zählende, von Tochterunternehmen begebene Instrumente	0
Abzugs- und Korrekturposten	21.567
Übergangsanpassungen am zusätzlichen Kernkapital	-21.567
Zusätzliches Kernkapital (AT1)	0
Kernkapital (T1=CET1+AT1)	359.246
Ergänzungskapital und zum Ergänzungskapital zählende von Tochterunternehmen begebene Instrumente	12.109
Abzugs- und Korrekturposten	-1.700
Übergangsanpassungen am Ergänzungskapital	0
Ergänzungskapital (T2)	10.409
Eigenmittel	369.655
Harte Kernkapitalquote ¹⁾	12,47 %
Kernkapitalquote ¹⁾	12,47 %
Eigenmittelquote ¹⁾	12,83 %

¹⁾ bezogen auf das Gesamtrisiko

Die risikogewichteten Beträge gemäß CRR setzen sich wie folgt zusammen:

EUR Tsd.	31.12.2015
Risikogewichtete Beträge - Kreditrisiko	2.025.354
Gesamtrisikobetrag für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken	188.413
Gesamtrisikobetrag operationelle Risiken (OpR)	576.920
Gesamtrisikobetrag aufgrund Anpassungen der Kreditbewertung (CVA)	90.030
Gesamtrisikobetrag	2.880.717

Da erst mit Einbringung des ZO Teilbetriebes am 4. Juli 2015 eine gesetzliche Verpflichtung zur Ermittlung von Eigenmitteln der VBW Kreditinstitutsguppe entstanden ist, werden keine Vergleichszahlen angegeben.

Emissionen des Konzerns, die entweder in Tier I oder Tier II Kapital enthalten sind

Name	Ausweis IFRS	Rückzahlungsdatum	Bedingungen	Nominale in EUR Tsd.
CET1				
Partizipationsschein 2006	Eigenkapital unbefristet		Durchschnittlicher 3M Euribor + 130 Bp	260
Partizipationsschein 2006	Eigenkapital unbefristet		Durchschnittlicher 3M Euribor + 130 Bp	6.744
Tier II Emission				
Nachrangkapital 02/17	Nachrangkapital	27.02.2017	12 M Euribor + 50 Bp, max. 6,00 % p.a.	4.938
Nachrangkapital 08/18	Nachrangkapital	25.08.2018	3 M Euribor + 25 Bp, max. 6,00 % p.a.	4.905
Nachrangkapital 12/22	Nachrangkapital	01.12.2022	3,50% p.a.	600
Ergänzungskapital 12/22	Nachrangkapital	01.12.2022	12 M Euribor + 62,5 Bp, max. 7,00 % p.a., mind. 4,00 % p.a.	3.809
Ergänzungskapital 06/18	Nachrangkapital	16.06.2018	3 M Euribor + 50 Bp, nicht negativ	2.630
Ergänzungskapital 07/19	Nachrangkapital	16.07.2019	Durchschnittlicher 3 M Euribor + 35 Bp, nicht negativ	792

Der Konsolidierungskreis nach IFRS weicht vom Konsolidierungskreis nach CRR ab, da nach IFRS auch branchenfremde sonstige Unternehmen einbezogen werden. Nach CRR werden Gesellschaften der Finanzbranche, die einer Beherrschung unterliegen bzw. wo eine Kapitalmehrheit vorliegt, vollkonsolidiert. Institute, Finanzinstitute und Anbieter von Nebendienstleistungen, die der Beherrschung unterliegen, aber für die Darstellung der Kreditinstitutsgruppe gemäß Artikel 19 (1) CRR nicht wesentlich sind, werden von den Eigenmitteln abgezogen. Bei gemeinsamer Leitung von Tochterunternehmen mit Fremdgegesellschaftern wird eine Quotenkonsolidierung vorgenommen. Anteile an Unternehmen der Finanzbranche mit einem Anteil zwischen 10 % und 50 %, bei denen keine gemeinsame Leitung gegeben ist, werden ebenfalls von den Eigenmitteln abgezogen, sofern sie nicht freiwillig anteilmäßig einbezogen werden. Beteiligungen an Unternehmen der Finanzbranche zu weniger als 10 % werden im Rahmen der Anrechenbarkeit gemäß Artikel 46 CRR von den Eigenmitteln abgezogen. Alle anderen Beteiligungen werden zu ihren Buchwerten in die Bemessungsgrundlage einbezogen.

Alle Kreditinstitute, die einer Beherrschung unterliegen oder bei denen eine Kapitalmehrheit vorliegt, werden in den Konsolidierungskreis nach CRR einbezogen.

Im Geschäftsjahr 2015 gab es keine substanziellen, praktischen oder rechtlichen Hindernisse bezüglich der Übertragung von Eigenmitteln oder der Rückzahlung von Verbindlichkeiten zwischen dem übergeordneten Institut und den ihm nachgeordneten Instituten.

36) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten

Die nachfolgende Tabelle stellt die finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in den einzelnen Kategorien und ihre fair values dar.

EUR Tsd.	Held for trading	At fair value through profit or loss	Held to maturity	Available for sale	Fortgeführte Anschaffungskosten	Buchwert gesamt	Fair value
31.12.2015							
Barreserve	0	0	0	0	1.280.269	1.280.269	1.280.269
Forderungen an Kreditinstitute (KI)	0	0	0	0	2.794.241	2.794.241	
Forderungen an KI abzüglich EWB	0	0	0	0	2.794.241	2.794.241	2.794.594
Forderungen an Kunden (KU)	0	0	0	0	3.722.212	3.722.212	
EWB zu Forderungen an KU	0	0	0	0	-61.954	-61.954	
Forderungen an KU abzüglich EWB	0	0	0	0	3.660.259	3.660.259	3.515.807
Handelsaktiva	172.286	0	0	0	0	172.286	172.286
Finanzinvestitionen	0	0	79.518	1.637.976	414	1.717.908	1.718.505
Beteiligungen	0	0	0	31.691	0	31.691	31.691
Derivative Instrumente Bankbuch	100.186	0	0	0	0	100.186	100.186
Finanzielle Vermögenswerte gesamt	272.472	0	79.518	1.669.667	7.735.183	9.756.840	9.613.338
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	0	0	4.071.299	4.071.299	4.077.102
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0	0	0	3.992.500	3.992.500	3.981.281
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	0	0	798.362	798.362	805.277
Handelsspassiva	447.361	0	0	0	0	447.361	447.361
Derivative Instrumente Bankbuch	171.074	0	0	0	0	171.074	171.074
Nachrangkapital	0	0	0	0	17.674	17.674	14.284
Finanzielle Verbindlichkeiten gesamt	618.435	0	0	0	8.879.835	9.498.269	9.496.378

EWB = Einzelwertberichtigung

EUR Tsd.	Held for trading	At fair value through profit or loss	Held to maturity	Available for sale	Fortgeführte Anschaffungskosten	Buchwert gesamt	Fair value
31.12.2014							
Barreserve	0	0	0	0	31.057	31.057	31.057
Forderungen an Kreditinstitute (KI)	0	0	0	0	780.424	780.424	
Forderungen an KI abzüglich EWB	0	0	0	0	780.424	780.424	780.373
Forderungen an Kunden (KU)	0	0	0	0	2.454.254	2.454.254	
EWB zu Forderungen an KU	0	0	0	0	-31.114	-31.114	
Forderungen an KU abzüglich EWB	0	0	0	0	2.423.140	2.423.140	2.431.887
Handelsaktiva	0	0	0	0	0	0	0
Finanzinvestitionen	0	0	0	85.711	0	85.711	85.711
Beteiligungen	0	0	0	20.455	0	20.455	20.455
Derivative Instrumente Bankbuch	1.724	0	0	0	0	1.724	1.724
Finanzielle Vermögenswerte gesamt	1.724	0	0	106.166	3.234.621	3.342.512	3.351.208
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	0	0	75.156	75.156	75.076
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0	0	0	3.063.804	3.063.804	3.063.611
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	0	0	0	0	0
Handelsspassiva	0	0	0	0	0	0	0
Derivative Instrumente Bankbuch	10.923	0	0	0	0	10.923	10.923
Nachrangkapital	0	0	0	0	17.589	17.589	18.465
Finanzielle Verbindlichkeiten gesamt	10.923	0	0	0	3.156.549	3.167.472	3.168.075

EUR Tsd.	Held for trading	At fair value through profit or loss	Held to maturity	Available for sale	Fortgeführte Anschaffungskosten	Buchwert gesamt	Fair value
1.1.2014							
Barreserve	0	0	0	0	32.432	32.432	
Forderungen an Kreditinstitute (KI)	0	0	0	0	1.176.519	1.176.519	
Forderungen an KI abzüglich EWB	0	0	0	0	1.176.519	1.176.519	
Forderungen an Kunden (KU)	0	0	0	0	2.335.345	2.335.345	
EWB zu Forderungen an KU	0	0	0	0	-80.142	-80.142	
Forderungen an KU abzüglich EWB	0	0	0	0	2.255.204	2.255.204	
Handelsaktiva	0	0	0	0	0	0	
Finanzinvestitionen	0	0	0	281.337	0	281.337	
Beteiligungen	0	0	0	19.088	0	19.088	
Derivative Instrumente Bankbuch	1.893	0	0	0	0	1.893	
Finanzielle Vermögenswerte gesamt	1.893	0	0	300.424	3.464.154	3.766.472	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	0	0	304.542	304.542	
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0	0	0	3.233.274	3.233.274	
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	0	0	37.173	37.173	
Handelsspassiva	0	0	0	0	0	0	
Derivative Instrumente Bankbuch	7.376	0	0	0	0	7.376	
Nachrangkapital	0	0	0	0	20.735	20.735	
Finanzielle Verbindlichkeiten gesamt	7.376	0	0	0	3.595.724	3.603.100	

Da in 2013 die fair values der finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten nicht verlässlich ermittelt werden konnten, wurde auf die Darstellung verzichtet.

In den Finanzinvestitionen sind held to maturity Wertpapiere und Wertpapiere der Kategorie loans & receivables mit einem Buchwert von EUR 0 Tsd. (2014: EUR 0 Tsd., 2013: EUR 0 Tsd.) enthalten, die mit EUR 0 Tsd. (2014: EUR 0 Tsd., 2013: EUR 0 Tsd.) über dem Marktwert bewertet sind, da kein objektiver Hinweis auf Wertminderung vorliegt.

Finanzinvestitionen available for sale in Höhe von EUR 31.733 Tsd. (2014: EUR 0 Tsd., 2013: EUR 0 Tsd.) und Anteile und Beteiligungen in Höhe von EUR 8.832 Tsd. (2014: EUR 20.455 Tsd., 2013: EUR 19.088 Tsd.) sind mit Anschaffungskosten bewertet, da deren beizulegender Zeitwert nicht verlässlich ermittelt werden kann. Im Geschäftsjahr 2015 wurden mit Anschaffungskosten bewertete Instrumente mit einem Buchwert in Höhe von EUR 290 Tsd. (2014: EUR 1 Tsd., 2013: EUR 0 Tsd.) veräußert. Dabei wurde ein Ergebnis von EUR 7 Tsd. (2014: EUR 0 Tsd., 2013: EUR 0 Tsd.) realisiert. Der beizulegende Zeitwert ist nicht verlässlich ermittelbar, da für diese Titel kein aktiver Markt besteht und eine angemessene Einschätzung der Wahrscheinlichkeit hinsichtlich des Eintritts unterschiedlicher Zeitwertschätzungen nicht möglich ist. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Vermögenswerte, die im Verbund begeben wurden.

Einige Finanzinvestitionen und -verbindlichkeiten sind Kategorien zugeordnet, in denen sie nicht erfolgswirksam mit dem fair value bewertet werden. Sie sind aber Grundgeschäfte zu fair value hedges bezüglich des Zinsrisikos und des Währungsrisikos. Daher werden diese Finanzinstrumente bezüglich des gehedgten Zinssatzes und des gehedgten Währungsrisikos bewertet.

Buchwerte der Grundgeschäfte zu fair value hedges

EUR Tsd.	Zinsrisiko		Währungsrisiko	
	Available for sale	Fortgeführte Anschaffungskosten	Available for sale	Fortgeführte Anschaffungskosten
31.12.2015				
Forderungen an Kreditinstitute	0	0	0	0
Forderungen an Kunden	0	27.112	0	80.199
Finanzinvestitionen	1.177.846	0	45.360	0
Finanzielle Vermögenswerte	1.177.846	27.112	45.360	80.199
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	17.386	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0	0	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	661.148	0	0
Nachrangkapital	0	0	0	0
Finanzielle Verbindlichkeiten	0	678.534	0	0

Die nachfolgende Tabelle ordnet alle zum fair value bewerteten finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten den verschiedenen fair value Hierarchien zu.

EUR Tsd.	Level 1	Level 2	Level 3	Gesamt
31.12.2015				
Handelsaktiva	0	172.286	0	172.286
Finanzinvestitionen	1.508.739	97.503	0	1.606.242
Available for sale	1.508.739	97.503	0	1.606.242
Anteile und Beteiligungen	0	17.331	5.528	22.859
Derivative Instrumente Bankbuch	0	100.186	0	100.186
Gesamt	1.508.739	387.306	5.528	1.901.573
Handelsspassiva	0	447.361	0	447.361
Derivative Instrumente Bankbuch	0	171.074	0	171.074
Gesamt	0	618.435	0	618.435
31.12.2014				
Finanzinvestitionen	69.321	16.390	0	85.711
Available for sale	69.321	16.390	0	85.711
Derivative Instrumente Bankbuch	0	1.724	0	1.724
Gesamt	69.321	18.115	0	87.436
Derivative Instrumente Bankbuch	0	10.923	0	10.923
Gesamt	0	10.923	0	10.923
1.1.2014				
Finanzinvestitionen	197.624	83.712	0	281.337
Available for sale	197.624	83.712	0	281.337
Derivative Instrumente Bankbuch	0	1.893	0	1.893
Gesamt	197.624	85.605	0	283.229
Derivative Instrumente Bankbuch	0	7.376	0	7.376
Gesamt	0	7.376	0	7.376

Finanzinvestitionen available for sale in Höhe von EUR 31.733 Tsd. (2014: EUR 0 Tsd., 2013: EUR 0 Tsd.) und Anteile und Beteiligungen in Höhe von EUR 8.832 Tsd. (2014: EUR 20.455 Tsd., 2013: EUR 19.088 Tsd.) sind mit Anschaffungskosten bewertet, da deren beizulegender Zeitwert nicht verlässlich ermittelt werden kann.

Für die Beschreibung der Bewertungsverfahren für Anteile und Beteiligungen verweisen wir auf die Ausführungen in Kapitel 3)s) Beteiligungen.

Bei der Berechnung der Marktwerte für Level 2 Finanzinvestitionen verwendet die VBW keine nicht auf beobachtbaren Marktdaten basierenden Bewertungskurse. Systemseitig angelieferte Kursinformationen werden bei nicht aktiv gehandelten Positionen auf Basis sekundär verfügbarer Marktdaten oder auf aktiven Märkten zustande gekommener Transaktionen in vergleichbaren Produkten überprüft und bei Bedarf an diese angepasst. Level 2 Inputfaktoren sind vor allem Zinsraten

inklusive dazugehöriger Zinsvolatilitäten, FX Swap Points, Währungs-, Aktien- und Indexkurse inklusive dazugehöriger Volatilitäten und Credit Spreads, die täglich direkt von Brokern bezogen werden. Anpassungen im Rahmen einer Marktbewertung erfolgen durch lineare Interpolationen der direkt bezogenen Brokerdaten. Die verwendeten Inputfaktoren durchlaufen eine tägliche Qualitätssicherung und werden im Bewertungssystem historisiert.

Im Jahr 2015 konnten Finanzinstrumente mit einem Buchwert von EUR 17 Tsd. (2014: EUR 0 Tsd., 2013: EUR 0 Tsd.), die zum 31. Dezember 2014 noch mit Level 2 Marktwerten bewertet wurden, in Level 1 Finanzinstrumente umgegliedert werden, weil die Handelsaktivität in den Märkten bei diesen Instrumenten gestiegen ist. Demgegenüber stehen Umgliederungen von Level 1 in Level 2 in Höhe von EUR 15.477 Tsd. (2014: EUR 0 Tsd., 2013: EUR 0 Tsd.) aufgrund rückläufiger Handelsaktivität in den Märkten.

Darstellung der Entwicklung der Level 3 Marktwerte von finanziellen Vermögenswerten

EUR Tsd.	Anteile und Beteiligungen
Stand 1.1.2014	0
Stand 31.12.2014	0
Veränderung im Konsolidierungskreis	6.636
Währungsumrechnung	0
Umwidmung in Level 3	0
Zugänge	0
Abgänge	0
Bewertung	0
über die Gewinn- Verlustrechnung	0
über sonstiges Ergebnis	-1.108
Umgliederung	0
Stand 31.12.2015	5.528

Die in der oben abgebildeten Tabelle dargestellten Bewertungen sind in der Position Ergebnis aus Finanzinvestitionen (Gewinn- und Verlustrechnung) bzw. in der available for sale Rücklage (Sonstiges Ergebnis) erfasst. Von den Bewertungen, die über die Gewinn- und Verlustrechnung erfasst sind, betrifft ein Betrag von EUR 0 Tsd. (2014: EUR 0 Tsd., 2013: EUR 0 Tsd.) die zum Bilanzstichtag im Bestand befindlichen finanziellen Vermögenswerte.

Für die Sensitivitätsanalysen für die Marktwerte Level 3 bei der Position Anteile und Beteiligungen erfolgt die Ermittlung werterhöhender und wertmindernder Effekte bei alternativen Bewertungsszenarien durch Variation von Ertragsschätzungen von 20 %. Dabei ergibt sich bei einer Erhöhung der Ertragsschätzung eine Veränderung der Marktwerte in Höhe von EUR 979 Tsd. und bei einer Verminderung der Ertragsschätzung eine Veränderung in Höhe von EUR -979 Tsd.

Die Entwicklung von Sensitivitätsanalysen für die fair values von investment property (IAS 40) sind in Note 18) Investment property Vermögenswerte dargestellt.

Für Finanzinstrumente, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, wird der beizulegende Zeitwert nur für die Zwecke der Anhangsangabe berechnet und hat keinen Einfluss auf die Konzernbilanz und die Konzerngesamtergebnisrechnung. Die nachfolgende Tabelle ordnet die Marktwerte aller nicht zum fair value bewerteten finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten den verschiedenen fair value Hierarchien zu.

EUR Tsd.	Level 1	Level 2	Level 3	Gesamt FV	Buchwerte 31.12.2015
31.12.2015					
Barreserve	0	1.280.269	0	1.280.269	1.280.269
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	0	0	0	0	2.794.241
Forderungen an Kreditinstitute abzüglich Einzelwertberichtigung	0	0	2.794.594	2.794.594	2.794.241
Forderungen an Kunden (brutto)	0	0	0	0	3.722.212
Einzelwertberichtigung zu Forderungen an Kunden	0	0	0	0	-61.954
Forderungen an Kunden abzüglich Einzelwertberichtigung	0	0	3.515.807	3.515.807	3.660.259
Festverzinsliche Wertpapiere loans & receivables	0	414	0	414	414
Festverzinsliche Wertpapiere held to maturity	80.115	0	0	80.115	79.518
Finanzinvestitionen	80.115	414	0	80.529	79.932
Finanzielle Vermögenswerte gesamt	80.115	1.280.683	6.310.401	7.671.199	7.814.701
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	4.077.102	4.077.102	4.071.299
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0	3.981.281	3.981.281	3.992.500
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	805.277	805.277	798.362
Nachrangkapital	0	0	14.284	14.284	17.674
Finanzielle Verbindlichkeiten gesamt	0	0	8.877.944	8.877.944	8.879.835

EUR Tsd.	Level 1	Level 2	Level 3	Gesamt FV	Buchwerte 31.12.2014
31.12.2014					
Barreserve	0	31.057	0	31.057	31.057
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	0	0	0	0	780.424
Forderungen an Kreditinstitute abzüglich Einzelwertberichtigung	0	0	780.373	780.373	780.424
Forderungen an Kunden (brutto)	0	0	0	0	2.454.254
Einzelwertberichtigung zu Forderungen an Kunden	0	0	0	0	-31.114
Forderungen an Kunden abzüglich Einzelwertberichtigung	0	0	2.431.887	2.431.887	2.423.140
Festverzinsliche Wertpapiere loans & receivables	0	0	0	0	0
Festverzinsliche Wertpapiere held to maturity	0	0	0	0	0
Finanzinvestitionen	0	0	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte gesamt	0	31.057	3.212.260	3.243.318	3.234.621
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	75.076	75.076	75.156
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0	3.063.611	3.063.611	3.063.804
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	0	0	0
Nachrangkapital	0	0	18.465	18.465	17.589
Finanzielle Verbindlichkeiten gesamt	0	0	3.157.153	3.157.153	3.156.549

Da in 2013 die fair values der finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten nicht verlässlich ermittelt werden konnten, wurde auf die Darstellung verzichtet.

Für Finanzinstrumente, welche überwiegend kurzfristig sind, stellt der Buchwert eine angemessene Schätzung des fair values dar.

Für langfristige Finanzinstrumente erfolgt die Berechnung des beizulegenden Zeitwerts durch Abzinsung der vertraglichen Zahlungsströme. Für Aktiva werden Zinssätze verwendet, die für Aktiva mit ähnlichen Restlaufzeiten und Ausfallrisiken (insbesondere geschätzte Ausfälle bei Forderungen aus dem Kreditgeschäft) hätten erzielt werden können. Im Fall der Passiva werden Zinssätze zugrunde gelegt, mit denen entsprechende Verbindlichkeiten mit ähnlichen Restlaufzeiten am Bilanzstichtag aufgenommen oder emittiert hätten werden können.

Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts

Die zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente werden den drei Kategorien der IFRS fair value Hierarchie zugeordnet.

Level 1 – Mit notierten Preisen in aktiven Märkten bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert direkt von Preisen an aktiven, liquiden Märkten abgeleitet werden kann und bei denen das im Markt beobachtbare Finanzinstrument repräsentativ für das im Bestand des Konzerns zu bewertende Finanzinstrument ist.

Level 2 – Mit Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert aus gleichartigen, an aktiven Märkten gehandelten Finanzinstrumenten oder mittels Bewertungsverfahren, deren Eingangsparameter beobachtbar sind, ermittelt werden kann.

Level 3 – Mit Bewertungsverfahren auf Basis nicht beobachtbarer Parameter bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert nicht aus am Markt beobachtbaren Daten ermittelt werden kann. Die Finanzinstrumente dieser Kategorie weisen eine Wertkomponente auf, die nicht beobachtbar ist und die einen wesentlichen Einfluss auf den beizulegenden Zeitwert hat.

37) Derivate

Derivative Finanzinstrumente

2015 EUR Tsd.	Nominale			Summe	Marktwerte 31.12.2015
	bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre		
Zinsbezogene Geschäfte	523.623	1.424.551	2.994.639	4.942.813	-228.053
Caps & Floors	355.953	431.400	592.735	1.380.088	-644
Interest Rate Swaps	157.669	932.251	2.381.904	3.471.825	-222.909
Swaptions	10.000	60.900	20.000	90.900	-4.500
Währungsbezogene Geschäfte	1.372.766	1.727.545	236.599	3.336.911	-128.879
Cross Currency Swaps	367.397	1.720.046	236.599	2.324.042	-128.879
FX Swaps	965.422	5.571	0	970.992	0
Devisentermingeschäfte	39.947	1.929	0	41.876	0
Kreditbezogene Geschäfte	20.000	9.185	0	29.185	48
Sonstige Geschäfte	18.463	19.607	472.412	510.483	3.443
Optionen	18.463	19.607	472.412	510.483	3.443
Gesamt	1.934.852	3.180.889	3.703.651	8.819.391	-353.442

2014 EUR Tsd.	Nominale			Summe	Marktwerte 31.12.2014
	bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre		
Zinsbezogene Geschäfte	5.329	101.977	110.053	217.360	-9.076
Caps & Floors	329	10.642	30.576	41.548	-487
Interest Rate Swaps	5.000	91.335	79.477	175.812	-8.589
Swaptions	0	0	0	0	0
Währungsbezogene Geschäfte	227.752	0	0	227.752	-123
Cross Currency Swaps	0	0	0	0	0
FX Swaps	225.192	0	0	225.192	-123
Devisentermingeschäfte	2.561	0	0	2.561	0
Kreditbezogene Geschäfte	0	0	0	0	0
Sonstige Geschäfte	0	0	0	0	0
Optionen	0	0	0	0	0
Gesamt	233.081	101.977	110.053	445.112	-9.198

2013 EUR Tsd.	Nominale			Summe	Marktwerte 1.1.2014
	bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre		
Zinsbezogene Geschäfte	29.746	99.410	127.067	256.223	-5.682
Caps & Floors	9.087	7.436	37.634	54.156	141
Forward Rate Agreements	0	0	0	0	0
Futures - zinsbezogen	0	0	0	0	0
Interest Rate Swaps	20.659	91.974	89.434	202.067	-5.823
Swaptions	0	0	0	0	0
Währungsbezogene Geschäfte	50.592	0	0	50.592	85
Cross Currency Swaps	0	0	0	0	0
Devisen Optionen	0	0	0	0	0
FX Swaps	50.088	0	0	50.088	85
Devisentermingeschäfte	504	0	0	504	0
Kreditbezogene Geschäfte	21.000	0	0	21.000	0
Sonstige Geschäfte	0	0	0	0	0
Optionen	0	0	0	0	0
Gesamt	101.338	99.410	127.067	327.815	-5.597

Alle derivativen Finanzinstrumente sind – ausgenommen Futures – OTC-Produkte.

38) Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in Fremdwahrung

Der Gesamtbetrag der Vermögenswerte in Fremdwahrung belief sich am Bilanzstichtag auf EUR 3.926.200 Tsd. (2014: EUR 270.258 Tsd., 2013: EUR 335.164 Tsd.), jener der Verbindlichkeiten auf EUR 3.988.819 Tsd. (2014: EUR 63.193 Tsd., 2013: EUR 294.430 Tsd.).

39) Treuhandgeschäfte

EUR Tsd.	31.12.2015	31.12.2014	1.1.2014
Treuhandvermögen			
Forderungen an Kunden	108.777	361	415
Treuhandverbindlichkeiten			
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	108.777	361	415

40) Nachrangige Vermögenswerte

EUR Tsd.	31.12.2015	31.12.2014	1.1.2014
Forderungen an Kunden	791	0	0

41) Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten

EUR Tsd.	31.12.2015	31.12.2014	1.1.2014
Als Sicherheiten übertragene Vermögenswerte			
Forderungen an Kreditinstitute	12.380	13.280	0
Forderungen an Kunden	78.479	101.743	96.259
Finanzinvestitionen	2.500	0	0
Verpflichtungen, für die Vermögenswerte übertragen wurden			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	93.359	115.023	96.259

Im Rahmen von Unternehmensrefinanzierungen durch die Oesterreichische Kontrollbank (OeKB) werden Kundenforderungen in Höhe von EUR 78 Mio. als Sicherheiten gestellt. Diese Forderungen sind durch Ausfallgarantien des Bundes, durch Privatversicherungen und Wechselbürgschaften garantiert. Die OeKB kann diese Kundenforderungen bei vertragskonformer Leistung des Konzerns nicht weiterverpfänden oder veräußern.

Für Kredite der IMMO-Bank an in den Konzernabschluss einbezogene Tochterunternehmen wurden von der VBW Sicherheiten in Höhe von EUR 12 Mio. (2014: EUR 13 Mio.) gestellt.

Im Rahmen für Sicherstellungen von EZB Refinanzierungen der ÖVAG wurden im Geschäftsjahr 2014 EUR 102 Mio. (2013: EUR 96 Mio.) Forderungen an Kunden als Sicherheiten gestellt.

Die restlichen Kundenforderungen werden im Rahmen von Refinanzierungen durch die KfW Bankengruppe als Sicherheiten gestellt. Die Modalitäten sind dieselben wie bei der OeKB.

42) Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken

EUR Tsd.	31.12.2015	31.12.2014	1.1.2014
Eventualverbindlichkeiten			
Akzeptierte und Indossamentverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln	0	0	0
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Haftungen	418.216	112.882	135.010
Verbindlichkeiten aus Bestellung von Sicherheiten	0	115.023	0
Sonstiges (Haftsumme)	60.147	0	0
Kreditrisiken			
Verbindlichkeiten aus unechten Pensionsgeschäften	0	0	0
Kreditrisiken aus noch nicht in Anspruch genommenen Kreditzusagen	7.804.174	325.302	330.196
Sonstiges	0	0	0

Darstellung der zukünftigen cash flows der Eventualverbindlichkeiten nach ihrer vertraglichen Fälligkeit und bei den Garantien auch nach der erwarteten Fälligkeit.

EUR Tsd.	Kredit- zusagen	Garantien - vertraglich vereinbart	Garantien erwartet
31.12.2015			
Buchwert	7.804.174	418.216	0
Zahlungsabflüsse gesamt	8.159.674	451.047	6.233
bis 3 Monate	2.447.902	451.047	623
bis 1 Jahr	5.711.772	0	2.493
bis 5 Jahre	0	0	3.116

Da sich aufgrund der Einbringung des ZO Teilbetriebes im Geschäftsjahr 2015 die Struktur der Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken stark verändert hat und daher die Vergleichbarkeit mit den Geschäftsjahren 2014 und 2013 nicht gegeben ist und da der Aufwand für die rückwirkende Ermittlung der Vergleichszahlen unverhältnismäßig hoch wäre, wurde auf die Angabe der Vergleichszahlen verzichtet.

Bei den Kreditrisiken wurde bei der Darstellung der vertraglichen Laufzeit auf das Ende abgestellt. Bei der Darstellung der vertraglich vereinbarten Garantien wird die erste vertragliche Möglichkeit der vollen Inanspruchnahme dargestellt, während in der Spalte der erwarteten Garantien die vom Management in den verschiedenen Laufzeiten erwartete Inanspruchnahme angegeben wird.

Für Finanzgarantien, bei denen es nach Einschätzung des Managements zu einem Zahlungsabfluss kommen wird, wurde in Höhe des wahrscheinlichen Zahlungsabflusses unter Berücksichtigung von eventuell vorhandenen Sicherheiten eine Vorsorge in den Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken in Höhe von EUR 6.233 Tsd. gebildet.

43) Pensionsgeschäfte und andere übertragene Vermögenswerte

Zum Bilanzstichtag 31.12.2015, 31.12.2014 und 31.12.2013 bestanden keine Rücknahmeverpflichtungen aus echten Pensionsgeschäften (Repurchase Agreements) als Pensionsgeber.

Es werden in der Bilanz keine weiteren finanziellen Vermögenswerte ausgewiesen, bei denen die wesentlichen Chancen und Risiken zurückbehalten wurden.

44) Angaben über Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen

EUR Tsd.	Gegenüber verbundenen nicht konsoli- dierten Unter- nehmen	Gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungs- verhältnis besteht	Gegenüber assoziierten Unternehmen	Gegenüber Unternehmen, die als Aktionär signifikanten Einfluss auf die Konzernmutter haben
31.12.2015				
Forderungen an Kreditinstitute	0	0	300.610	0
Forderungen an Kunden	440	9.863	0	0
Schuldverschreibungen	0	0	6.775	765.655
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	109.055	333.452	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.387	13.957	0	0
Geschäftsvorfälle	4.054	188.229	450.105	0
31.12.2014				
Forderungen an Kunden	2.045	1	0	0
Schuldverschreibungen	0	0	0	3.467
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.752	205	0	0
Geschäftsvorfälle	3.815	41	0	0
01.01.2014				
Forderungen an Kunden	30	0	0	0
Schuldverschreibungen	0	0	0	5.555
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.363	0	0	0
Geschäftsvorfälle	1.823	0	0	0

Der Betrag der Geschäftsvorfälle stellt den Durchschnittsbestand der Forderungen und Verbindlichkeiten an Kreditinstitute und an Kunden dar und berechnet sich aus dem jeweiligen Stand an den Quartalsstichtagen im Berichtszeitraum, der Vorzeichen unabhängig aufgerechnet wird.

Verrechnungspreise zwischen dem VBW Konzern und nahestehenden Unternehmen orientieren sich an den marktüblichen Gegebenheiten. Zum Bilanzstichtag bestehen wie im Vorjahr keine sonstigen Verpflichtungen des VBW Konzerns für nicht konsolidierte Tochtergesellschaften oder assoziierte Unternehmen.

Die Republik Österreich übt als Aktionär signifikanten Einfluss auf den VBW Konzern aus.

Im Geschäftsjahr gewährte Kredite und Vorschüsse an Mitglieder des Aufsichtsrates

EUR Tsd.	31.12.2015	31.12.2014	1.1.2014
Aushaftender Gesamtbetrag	5	43	331
Geleistete Rückzahlungen	27	52	41
Zinszahlungen	0	0	0

Als Mitglieder des Managements in Schlüsselpositionen gelten im VBW Konzern die Mitglieder des Vorstandes sowie die Mitglieder des Aufsichtsrates des Mutterunternehmens. Die Darstellung zu den Bezügen der Schlüsselpersonen ist in Note 8) Verwaltungsaufwand enthalten. Es wurden keine weiteren Verträge mit Schlüsselpersonen abgeschlossen.

Zum 31.12.2015 sind in den Forderungen an Kreditinstitute/Kunden Verrechnungen mit Sektorinstituten in Höhe von EUR 2.307.310 Tsd. (2014: EUR 0 Tsd., 2013: EUR 0 Tsd.) und in den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten/Kunden Verrechnungen in Höhe von EUR 3.742.698 Tsd. (2014: EUR 0 Tsd., 2013: EUR 0 Tsd.) enthalten.

45) Angaben zum Hypothekendarlehenbankgeschäft gem. Pfandbriefgesetz einschließlich fundierter Bankschuldverschreibungen

EUR Tsd.	Deckungsdarlehen	Deckungserfordernis Verbriefte Verbindlichkeiten	Überdeckung
31.12.2015			
Bankschuldverschreibungen	1.708.421	1.466.250	242.171
Gesamt	1.708.421	1.466.250	242.171
31.12.2014			
Bankschuldverschreibungen	0	0	0
Gesamt	0	0	0
1.1.2014			
Bankschuldverschreibungen	0	0	0
Gesamt	0	0	0

Im Deckungserfordernis für verbrieftete Verbindlichkeiten wurde die sichernde Überdeckung in Höhe von 2 % vom Nennwert der in Umlauf befindlichen Pfandbriefe und der in Umlauf befindlichen Bankschuldverschreibungen berücksichtigt.

46) Vertriebsstellen

	31.12.2015	31.12.2014
Inland	64	57
Ausland	0	0
Vertriebsstellen gesamt	64	57

47) Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

In der Hauptversammlung vom 17. März 2016 wurde die Änderung der Verbundverträge 2014 beschlossen. Neben Änderungen des Verbundvertrags 2014 und des Zusammenarbeitsvertrags erfolgte unter anderen auch die Einrichtung eines Leistungsfonds (Treuhandfonds) bei der ZO. Damit ist nun geregelt, dass die ZO künftig alleine für die Sanierungen im Verbund zuständig ist und der Gemeinschaftsfonds wird durch den Leistungsfonds ersetzt.

Der positive Ausblick auf das Volksbanken-Verbund Langfristemittentenrating spiegelt die fortschreitende Konsolidierung der Verbundmitglieder und die hohe Wahrscheinlichkeit einer Höherstufung um bis zu zwei Ratingstufen wider, sobald sich das Risiko der Umsetzung der Konsolidierung ausreichend verringert hat. Andererseits besteht ein Herabstufungs-Risiko für das Viability- und Langfristemittentenrating im Falle einer Nichterreicherung der notwendigen Kosteneinsparungen aus der Restrukturierung, aus einem wesentlichen Abschwung der österreichischen Wirtschaft oder dass es dem Volksbanken-Verbund nicht möglich ist, die Rückzahlung an die Republik gemäß dem Rückzahlungsplan zu leisten. Derzeit werden diese Risiken jedoch nicht erwartet.

In der Aufsichtsratssitzung vom 31. März 2016 wurde das neue Filialkonzept genehmigt.

48) Segmentberichterstattung

Im Geschäftsjahr 2015 wurde die Segmentdarstellung neu aufgesetzt. Der Konzern der VB Wien hat zwei Geschäftssegmente – Retail und Zentralorganisation (ZO), die den strategischen Geschäftsfeldern entsprechen. Diese Geschäftsfelder erfüllen unterschiedliche Aufgaben und werden gemäß der internen Management- und Berichtsstruktur unterschiedlich gesteuert. Diese Steuerung setzt auf der Darstellung einer Geschäftseinheit als Profit-Center auf, was bedeutet, dass alle Ergebnisse einer Geschäftseinheit zugerechnet werden, unabhängig davon, ob diese in der Geschäftseinheit als eigene Rechtseinheit selbst oder in der Konzernmutter erwirtschaftet werden.

Für jedes Geschäftsfeld wird an den Vorstand und die Managementebene Bericht erstattet. Basis der Berichterstattung sind die Einzelabschlüsse der VBW und der Tochtergesellschaften. Die Zinsergebnisse der Profit-Center werden nach den Grundsätzen der Marktzinsmethode errechnet. Die Verrechnungspreise für Veranlagungen und Refinanzierungen zwischen Unternehmenseinheiten entsprechen marktüblichen Gegebenheiten. Die Kosten werden nach Schlüsseln der anteiligen Leistungserbringung auf die Geschäftsfelder aufgeteilt. Konzernprojektkosten werden ebenfalls den Geschäftsfeldern zugeordnet.

Retail

Das Segment Retail umfasst die Versorgung von Privatkunden, KMU sowie Kommerz-Kunden mit den banküblichen Dienstleistungen im Bereich Veranlagung und Finanzierung sowie Services im Bereich Wertpapier Beratung und Veranlagung, Zahlungsverkehr, Vermittlung von Versicherungsprodukten und Valuten- und Devisengeschäft.

Die Services werden typischerweise über die Kanäle Filialen sowie Internet bzw. Direktvertrieb erbracht. Dementsprechend sind in diesem Segment die Ergebnisse der Filialen bzw. Kommerz-Kunden-Profit-Center abgebildet.

ZO

Das Segment ZO umfasst die Aktivitäten des Spitzeninstituts sowie die Aufgaben der Zentralorganisation für den ganzen österreichischen Volksbanken-Verbund. Das Treasury ist primär für die Liquiditätsbeschaffung auf Geld- und Kapitalmärkten bzw. für den Liquiditätsausgleich innerhalb des Volksbanken-Verbundes verantwortlich. Weiters ist die Liquiditätssteuerung im Zusammenhang mit den regulatorischen Vorgaben über die Steuerung des Bankbuches im Bereich Liquidität und Zinsänderungsrisiko ein wesentlicher Bestandteil im Bereich der Aufgaben der VBW als Spitzeninstitut und ZO.

Zu den Profit-Centern gehört zusätzlich der Bereich Konsortialfinanzierung inklusive Groß-Wohnbau, wo die VBW als Syndizierungspartner für größere Kreditengagements von Kommerz-Kunden der Volksbanken ihre Dienstleistungen zur Verfügung stellt. Ebenfalls hier erfasst sind die Ergebnisse der VB Services für Banken GmbH, welche ihre Dienstleistungen im Bereich Zahlungsverkehr und Wertpapier-Abwicklung den Volksbanken zur Verfügung stellt.

Schließlich werden alle übrigen Aktivitäten abgebildet, die zur Steuerung des Volksbanken-Verbundes dienen, welche die VBW als Zentralorganisation im Sinne der CRR bzw. des BWG leistet.

Konsolidierung

Die Konsolidierungssachverhalte werden getrennt von den übrigen Aktivitäten in der Spalte Konsolidierung ausgewiesen. Die Positionen enthalten Beträge aus Konsolidierungen, die nicht innerhalb eines Segments durchgeführt werden.

Da die ZO Funktion erst mit der Einbringung vom 4. Juli 2015 erworben wurde, sind die Vergleichszahlen alle dem Segment Retail zugeordnet.

a) Segmentberichterstattung nach Geschäftsfeldern

EUR Tsd.	Retail	ZO	Konsolidierung	Gesamt
Zinsüberschuss				
1-12/2015	60.423	11.111	-1.472	70.062
1-12/2014	58.667	0	0	58.667
Risikovorsorge				
1-12/2015	14.942	-1.183	0	13.758
1-12/2014	11.287	0	0	11.287
Provisionsüberschuss				
1-12/2015	32.160	-2.148	48	30.060
1-12/2014	27.535	0	0	27.535
Handelsergebnis				
1-12/2015	922	6.258	-100	7.080
1-12/2014	0	0	0	0
Verwaltungsaufwand				
1-12/2015	-82.521	-57.643	18.004	-122.159
1-12/2014	-69.571	0	0	-69.571
Restrukturierungsaufwand				
1-12/2015	0	-321	0	-321
1-12/2014	0	0	0	0
Sonstiges betriebliches Ergebnis				
1-12/2015	-17.102	49.375	-16.481	15.792
1-12/2014	5.297	0	0	5.297
Ergebnis aus Finanzinvestitionen				
1-12/2015	9.770	-1.260	0	8.510
1-12/2014	5.100	0	0	5.100
Ergebnis aus Unternehmen bewertet at equity				
1-12/2015	0	-6.531	0	-6.531
1-12/2014	0	0	0	0
Jahresergebnis vor Steuern				
1-12/2015	18.594	-2.342	0	16.252
1-12/2014	38.316	0	0	38.316
Steuern vom Einkommen				
1-12/2015	10.438	2.352	0	12.789
1-12/2014	-8.810	0	0	-8.810
Jahresergebnis nach Steuern				
1-12/2015	29.031	10	0	29.041
1-12/2014	29.506	0	0	29.506
Bilanzsumme				
31.12.2015	3.643.487	7.201.284	-827.039	10.017.732
31.12.2014	3.412.360	0	0	3.412.360
Forderungen an Kunden				
31.12.2015	3.025.194	697.018	0	3.722.212
31.12.2014	2.454.254	0	0	2.454.254
Anteile an at equity bewerteten Unternehmen				
31.12.2015	0	19.601	0	19.601
31.12.2014	0	0	0	0
Verbindlichkeiten Kunden				
31.12.2015	3.255.742	736.758	0	3.992.500
31.12.2014	3.063.804	0	0	3.063.804
Verbriefte Verbindlichkeiten inklusive Nachrangkapital				
31.12.2015	25.391	790.645	0	816.036
31.12.2014	17.589	0	0	17.589

49) Risikobericht

Allgemein

Die Übernahme und professionelle Steuerung der mit den Geschäftsaktivitäten verbundenen Risiken ist eine Kernfunktion jeder Bank. Die VBW erfüllt die zentrale Aufgabe der Implementierung und Betreuung der Prozesse und Methoden zur Identifikation, Steuerung, Messung und Überwachung aller bankbetrieblichen Risiken sowohl auf VBW Konzernebene als auch als Zentralorganisation des Kreditinstitute-Verbundes gemäß § 30a BWG mit den Primärinstituten. Der Steuerungsfokus und damit auch das Reporting liegt hierbei auf Verbundebene inklusive VBW Konzern als Bestandteil des Verbundes.

Dazu werden basierend auf verbundweit und somit auch konzernweit gültigen risikopolitischen Grundsätzen die folgenden unterschiedlichen Risiken im Rahmen der jährlich vom Vorstand vorgegebenen Risikostrategie adressiert:

- Kreditrisiken (Ausfall-, Kontrahentenausfall-, Kreditkonzentrations-, Tilgungsträger-, Transfer-, Migrations-, Makroökonomisches-Risiko, Risiko aus FX-Krediten)
- Marktrisiko (Marktrisiko Handelsbuch, FX-Risiko offener Devisenpositionen, Zinsänderungs- und Credit Spread Risiko)
- Beteiligungsrisiko (Ausfall-, Abwertungs- und FX-Risiko)
- Operationelles Risiko
- Strukturelles Liquiditätsrisiko
- Sonstige Risiken (Strategisches Risiko, Reputations-, Eigenkapitalrisiko und Business Risk)

In ihrer Funktion als Zentralorganisation des Verbundes hat die VBW sicherzustellen, dass der Kreditinstitute-Verbund über Verwaltungs-, Rechnungs- und Kontrollverfahren für die Erfassung, Beurteilung, Steuerung und Überwachung der bankgeschäftlichen und bankbetrieblichen Risiken und der Vergütungspolitik und -praktiken (§ 39 Abs. 2 BWG) verfügt. Die dafür erforderlichen Weisungsrechte werden anhand der Generellen Weisung umgesetzt. Mit der Harmonisierung und Neuausrichtung der im Risikomanagement bisher in der VBW und den Volksbanken eingesetzten Methoden, Prozesse und Systeme wurde im Jahr 2012 gemäß dem Grundsatz „Ein Verbund – ein System“ begonnen.

Aktuelle Entwicklungen

Im Zuge der Neustrukturierung des Volksbanken-Verbundes und der Umwandlung der ÖVAG in eine Abbaugesellschaft wurde am 4. Juli 2015 durch eine Spaltung zur Aufnahme jener Teilbetrieb der ÖVAG, der der VBW die Übernahme und Erfüllung der Zentralorganisation- und Zentralinstituts Funktion in dem durch den Verbundvertrag 2014 gebildeten neuen Kreditinstitute-Verbund der Volksbanken ermöglicht, übertragen. Seit 4. Juli 2015 fungiert die VBW als Zentralorganisation und ist für die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Vorschriften des Volksbanken-Verbundes verantwortlich. Im Bereich des Risikomanagements und -controllings zählen hierzu insbesondere die Implementierung und Betreuung der Prozesse und Methoden zur Identifikation, Steuerung, Messung und Überwachung aller bankbetrieblichen Risiken.

In der VBW entstehen für die übernommenen Zentralorganisationsaufgaben Aufwände/Kosten bzw. Risiken, die solidarisch innerhalb des Verbundes auf alle Primärinstitute in den ökonomischen Sichten verteilt werden.

a) Risikomanagementstruktur und Risikopolitische Grundsätze

Risikomanagementstruktur

Der VBW Konzern hat alle erforderlichen organisatorischen Vorkehrungen getroffen, um dem Anspruch eines modernen Risikomanagements zu entsprechen, wie sie beispielsweise in den Mindeststandards an das Kreditgeschäft und in der Kreditinstitute-Risikomanagementverordnung – KI-RMV formuliert sind. Es gibt eine klare Trennung zwischen Markt und

Risikobeurteilung, -messung und -kontrolle. Diese Aufgaben werden zur Vermeidung von Interessenkonflikten von unterschiedlichen Organisationseinheiten wahrgenommen.

Im Ressort Generaldirektion von Direktor DI Gerald Fleischmann ist im Bereich Risikocontrolling das strategische Risikomanagement der VBW und des Verbundes konzentriert. Neben dem Risikocontrolling sind des Weiteren die Bereiche Verbundstrategie, Organisation/IT sowie Personalmanagement in diesem Ressort angesiedelt. Die operativen Risikomanagementaktivitäten sind im Ressort Marktfolge bei Direktor Josef Preissl konzentriert. Dieses umfasst unter anderem die Bereiche Risiko Retail/KMU, Risikomanagement Verbund sowie Sanierungsmanagement.

Risikopolitische Grundsätze

Die risikopolitischen Grundsätze umfassen die innerhalb des VBW Konzerns als Teil des Volksbanken-Verbundes gültigen Normen im Umgang mit Risiken und werden zusammen mit dem Risikoappetit vom ZO-Vorstand festgelegt. Ein verbund- und konzernweit einheitliches Verständnis zum Risikomanagement ist die Basis für die Entwicklung eines Risikobewusstseins und einer Risikokultur im Unternehmen.

Generelle Weisung Risikomanagement

Die Zentralorganisation hat zur Erfüllung ihrer Steuerungsfunktion generelle Weisungen gegenüber den dem Volksbanken-Verbund zugeordneten Kreditinstituten erlassen. Die Generelle Weisung Risikomanagement (GW RM) und die nachgelagerten Handbücher regeln verbund- und konzernweit verbindlich das Risikomanagement. Dies umfasst die bestehenden Prozesse und Methoden zur Steuerung, Messung und Überwachung der Risiken im Verbund und Konzern.

Ziel der GW RM ist es, allgemeine und verbundweit konsistente Rahmenbedingungen und Grundsätze für die Messung und den Umgang mit Risiken sowie die Ausgestaltung von Prozessen und organisatorischen Strukturen verständlich und nachvollziehbar zu dokumentieren. Die GW RM bildet die Grundlage für die Operationalisierung der Risikostrategie und setzt dabei, ausgehend von den jeweiligen Geschäftsschwerpunkten, die grundsätzlichen Risikoziele und Limite, an denen sich Geschäftsentscheidungen orientieren müssen, fest. Die GW RM gilt für alle Mitglieder des Kreditinstituts-Verbundes gemäß § 30a BWG.

Die Vorstände und Geschäftsführer aller Verbundmitglieder haben im Rahmen ihrer allgemeinen Sorgfaltspflicht im Interesse der Gesellschaften ausnahmslos und uneingeschränkt dafür Sorge zu tragen, dass die GW RM im jeweiligen Unternehmen formal und faktisch Geltung erlangt. Geltung erlangt GW RM entweder durch gänzliche Inkraftsetzung im Bereich der Gesellschaft oder durch Übernahme der Inhalte der GW RM in ein eigenes Risikohandbuch der Gesellschaft. Jegliche Abweichungen und Sonderregelungen zu der GW RM sind nur in Ausnahmefällen erlaubt und vorab mit der Organisationseinheit OPRISK und Risikogovernance (OE 632) in der VBW als ZO abzustimmen und zu dokumentieren.

Klare Organisationsstrukturen: Besonderes Augenmerk wird auf die Trennung von Risikoübernahme (risk-taking) einerseits und die Risikoberechnung sowie die Vorgabe der Risikonormen andererseits (Risikocontrolling/Risikomanagement) gelegt. Eine Funktionstrennung innerhalb des VBW Konzerns stellt die Vermeidung von Interessenskonflikten sicher.

Systeme und Methoden: Einheitliche Risikomessmethoden sind die Basis zur Vergleichbarkeit und Aggregation der Risiken im VBW Konzern. Sie sind zudem ein wichtiges Element in der konzerninternen Entwicklung effizienter Limitstrukturen und der Berechnung von Limitausnutzungen. Auf einheitliche Risikomanagementsysteme wird auch in Hinblick auf Kosteneffizienz und Ressourcenschonung großes Augenmerk gelegt. Notfallplanungen stellen die erforderliche Verfügbarkeit der Systeme sicher.

Limitwesen: Grundsätzlich unterliegen im VBW Konzern alle mess- und steuerbaren Risiken einer Limitstruktur, die einer permanenten operativen Überwachung unterliegt. Es gilt der Grundsatz: Kein Risiko ohne Limit. Risiken, für die bisher in der Theorie keine hinreichend genauen Messmethodiken und -instrumente zur Verfügung stehen, werden entweder auf Grund regulatorischer Eigenmittelerfordernisse, konservativer Berechnungsmethoden unter Berücksichtigung von Stress-

annahmen, oder in Form von Sicherheitspuffern in die Überlegungen einbezogen, wobei in diesen Fällen das Vorsichtsprinzip zur Anwendung kommt.

Risikoreporting: Ein zeitnahe, regelmäßiges und umfassendes Risikoreporting ist unter anderem in Form eines Risikoberichts implementiert. Dieser ist wichtiger Bestandteil für die Identifikation, Messung, Steuerung und Überwachung des Risikos innerhalb des Konzerns. Er wird quartalsweise erstellt und deckt alle relevanten Risikoarten ab. Der Risikobericht informiert den Vorstand periodisch über die Entwicklung der Risikotragfähigkeit und der Risikosituation des Konzerns und umfasst im Schwerpunkt die quantitative Darstellung der steuerungsrelevanten Informationen zu den adressierten Risikokategorien, ergänzt durch kurze Lageeinschätzungen und gegebenenfalls weitere qualitative Informationen. Bei der Erstellung des Reports wird besonderes Augenmerk auf die Datenqualität gelegt, um aussagekräftige Ergebnisse zu gewährleisten.

Prozesse: Grundlage des Risikomanagements sind funktionierende Prozesse. Die Entwicklung und die Integration dieser Prozesse in die täglichen Geschäftsabläufe ist daher zentrale Aufgabe des Risikomanagements im VBW Konzern.

Einführung neuer Produkte: Eine einheitliche Vorgangsweise für die Einführung neuer Produkte ist im VBW Konzern implementiert. Neben der adäquaten Erfassung aller Risiken, dem korrekten Eingang in das Controlling und die Bilanzierung steht hier die Abbildung in den zentralen Systemen des Konzerns im Vordergrund. Einheitliche aussagekräftige Risikoreports und ein korrektes externes Meldewesen werden dadurch gewährleistet.

Ein effizienter systemunterstützter Genehmigungsprozess für Treasury Produkte ist implementiert und wird kontinuierlich verbessert und weiterentwickelt. Die korrekte Abbildung sämtlicher Risiken in den Risikomanagementsystemen steht hierbei im Vordergrund. Besonderes Augenmerk wird auf das Vorhandensein einer unabhängigen Bewertungsmöglichkeit gelegt. Dies gilt auch für geschlossene Positionen. Somit werden die gesetzlichen Vorgaben zur Darstellung des Kontrahentenausfallrisikos und die Anforderungen des Collateral Managements erfüllt.

Backtesting: Da Schätzungen der Größen Probability of Default (PD), Loss given Default (LGD), Exposure at Default (EAD) und Credit Conversion Factor (CCF) sowie Value at Risk (VaR) immer auf Vergangenheitswerten aufbauen, muss ihre Akkuranz tourlich mittels Rückvergleichen (Backtesting) validiert werden. Backtestingreports werden jedenfalls für das Kredit- und das Marktrisiko erstellt. Die Frequenz des Reportings hängt von der Risikoart ab, erfolgt aber zumindest jährlich. Das Ergebnis wird zeitnah dem Vorstand zur Kenntnis gebracht. Alarmierende Ergebnisse (z.B. eine statistisch gesehen zu hohe Anzahl an Ausreißern) führen umgehend zu einer Analyse der Berechnungsmethoden oder der Modelle.

Stresstesting: Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiken werden regelmäßig risikoartenspezifischen Stresstests unterzogen, wobei die Krisenszenarien derart gestaltet werden, dass das Eintreten von sehr unwahrscheinlichen aber nicht unmöglichen Ereignissen simuliert wird. Anhand dieser Vorgehensweise können u.a. atypische tail losses (extreme Verluste) erkannt und analysiert werden – diese Methodik stellt insbesondere im Falle von fat tails eine hilfreiche Ergänzung zur VaR Methodik dar.

Neben diesen risikoartenspezifischen Stresstests und Sensitivitätsanalysen werden regelmäßig auch risikoartenübergreifende Stresstests durchgeführt. Dabei werden zuerst volkswirtschaftliche Krisenszenarien definiert und daraus die geänderten Risikoparameter für die einzelnen Risikokategorien und Geschäftsfelder abgeleitet. Neben der Risikoseite werden auch die Effekte der Krisenszenarien auf die Risikodeckungsmassen ermittelt. In einer gestressten Risikotragfähigkeitsrechnung werden schließlich die verschiedenen Auswirkungen der Krisenszenarien auf die Risikotragfähigkeit zusammengefasst und analysiert. Zusätzlich werden auch Reverse-Stresstests und portfoliospezifische Stresstests durchgeführt.

b) Aufsichtsrechtliche Anforderungen

Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen werden in der VBW intern gemäß der Basel II/III Logik in drei Säulen geteilt. Säule 1 Mindestkapitalanforderungen regelt die Ermittlung der Mindestkapitalerfordernisse für Kreditrisiken, Marktrisiken sowie operationelle Risiken. Säule 2 Aufsichtsrechtliche Kontrolle definiert Mindestanforderungen an das Risikomanagement von Banken im Rahmen des sogenannten ICAAP (Internal Capital Adequacy Assessment Process – siehe auch Punkt c)). Säule 3 Offenlegung legt die Offenlegung für Marktteilnehmer fest.

Säule 1 Mindestkapitalanforderungen

Die Umsetzung der Säule 1 in der VBW als ZO des Verbundes verfolgt gemäß Vorstandsbeschluss nicht nur die Erfüllung der Mindestanforderungen, sondern unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit auch die Umsetzung interner Modelle, um damit die Risikomanagementsysteme für alle Risikoarten kontinuierlich zu verbessern. Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen gelten für die VBW als Einzelinstitut, den VBW Konzern sowie den Verbund gemäß § 30a BWG. Soweit im Folgenden quantitative Angaben in Bezug auf aufsichtsrechtliche Kennzahlen dargestellt werden, beziehen sich diese auf den VBW Konzern.

Sowohl beim Kreditrisiko als auch beim Marktrisiko und beim Operationellen Risiko kommen die jeweiligen regulatorischen Standardansätze zur Bestimmung der Mindestkapitalanforderungen zur Anwendung.

Säule 2 Internal Capital Adequacy Assessment Process

Der Internal Capital Adequacy Assessment Process (ICAAP) verpflichtet Banken, alle notwendigen Maßnahmen zu setzen, um jederzeit eine ausreichende Kapitalausstattung für die aktuellen und auch die zukünftig geplanten Geschäftsaktivitäten und die damit verbundenen Risiken zu gewährleisten. Dabei können bankintern entwickelte Methoden und Verfahren angewendet werden. Bei der Ausgestaltung der für die Umsetzung des ICAAP erforderlichen Strategien, Methoden und Systeme, spielt die Größe und Komplexität der Geschäftstätigkeit eine wesentliche Rolle (Proportionalitätsprinzip). Die Umsetzung des ICAAP wird unter Punkt c) näher erläutert.

Säule 3 Offenlegung

Den Anforderungen der Säule 3 wird durch die Veröffentlichung der qualitativen und quantitativen Offenlegungsvorschriften gemäß Verordnung der Finanzmarktaufsicht (FMA) zur Durchführung des Bankwesengesetzes betreffend der Veröffentlichungspflichten von Kreditinstituten (EU Verordnung Nr. 575 / 2013 Teil VIII Offenlegung) auf der institutseigenen Homepage unter Volksbanken-Verbund / Verbund-Offenlegung nachgekommen.

c) Risikostrategie und interner Kapitaladäquanzprozess

Für den VBW Konzern als Teil des Verbundes gemäß § 30a BWG gilt die Verbund-Risikostrategie welche – unter Berücksichtigung der Ergebnisse des ICAAP – jährlich durch den ZO-Vorstand neu bewertet und festgelegt wird. Sie bildet die Grundlage für einen verbund- und damit auch konzernweit einheitlichen Umgang mit Risiken. In der Risikostrategie werden allgemeine und verbund- und konzernweit konsistente Rahmenbedingungen und Grundsätze für das Risikomanagement sowie die Ausgestaltung entsprechender Prozesse und organisatorischer Strukturen verständlich und nachvollziehbar festgelegt und dokumentiert. Weiterentwicklungen in Bezug auf die angewandten Methoden zur Messung und Steuerung der Risiken fließen über den jährlichen Aktualisierungsprozess in die Risikostrategie ein.

Internationaler Best Practice folgend ist der ICAAP als revolvierender Steuerungskreislauf aufgesetzt. Dieser startet mit der Definition einer Risikostrategie, durchläuft dann den Prozess der Risikoidentifikation, -quantifizierung und -aggregation, und schließt mit der Bestimmung der Risikotragfähigkeit, der Kapitalallokation und Limitierung bis hin zur laufenden Risikoüberwachung. Die einzelnen Elemente des Kreislaufes werden mit unterschiedlicher Frequenz durchlaufen (täglich für die Risikomessung Marktrisiko Handelsbuch, monatlich für die Erstellung der Risikotragfähigkeitsrechnung, jährlich für Risikoinventur und Risikostrategie). Alle im Kreislauf beschriebenen Aktivitäten werden zumindest jährlich auf ihre Aktualität und ihre Angemessenheit hin geprüft und bei Bedarf an die aktuellen Rahmenbedingungen angepasst.

Auf Basis der Verbund-Geschäftsstrategie definiert der Verbund eine Risikostrategie, um konsistente Rahmenbedingungen und Grundsätze für ein einheitliches Verbund-Risikomanagement zu schaffen. Die Verbund-Risikostrategie gilt für den gesamten Verbund. Abgeleitet aus der Verbund-Risikostrategie definiert die VBW eine eigene Risikostrategie. Das Kernelement der Risikostrategie stellt ein integriertes Limitsystem und das Risk Appetite Statetment (RAS) dar, um die angemessene Ausrichtung der Risiko-, Kapital-, und Performanceziele sicherzustellen. Das auf Teilrisikoarten herunter gebrochene Limitsystem, sowie das RAS geben den Rahmen für jenes maximale Risiko vor, das der VBW Konzern bereit ist, für die Erreichung der strategischen Ziele einzugehen. Die RAS Kennzahlen werden mit einem Ziel-, einem Trigger- und einem Limitwert versehen und werden ebenso wie die Gesamtbanken- und Teilrisikolimits laufend überwacht. Damit wird sichergestellt, dass Abweichungen von der Risikostrategie rasch erkannt werden und zeitgerecht Maßnahmen zur Gegensteuerung eingeleitet werden können.

Die Risikoinventur verfolgt das Ziel, das Gefahrenpotential neuer eingegangener wesentlicher Risiken zu erheben und bestehende wesentliche Risiken zu bewerten. Die Ergebnisse der Risikoinventur werden zusammengefasst und für den Verbund sowie jedes zugeordnete Kreditinstitut und den VBW Konzern ausgewertet. Die Ergebnisse der Risikoinventur fließen in die Risikostrategie ein und bilden den Ausgangspunkt für die Risikotragfähigkeitsrechnung, da wesentliche Risikoarten in der Risikotragfähigkeitsrechnung zu berücksichtigen sind.

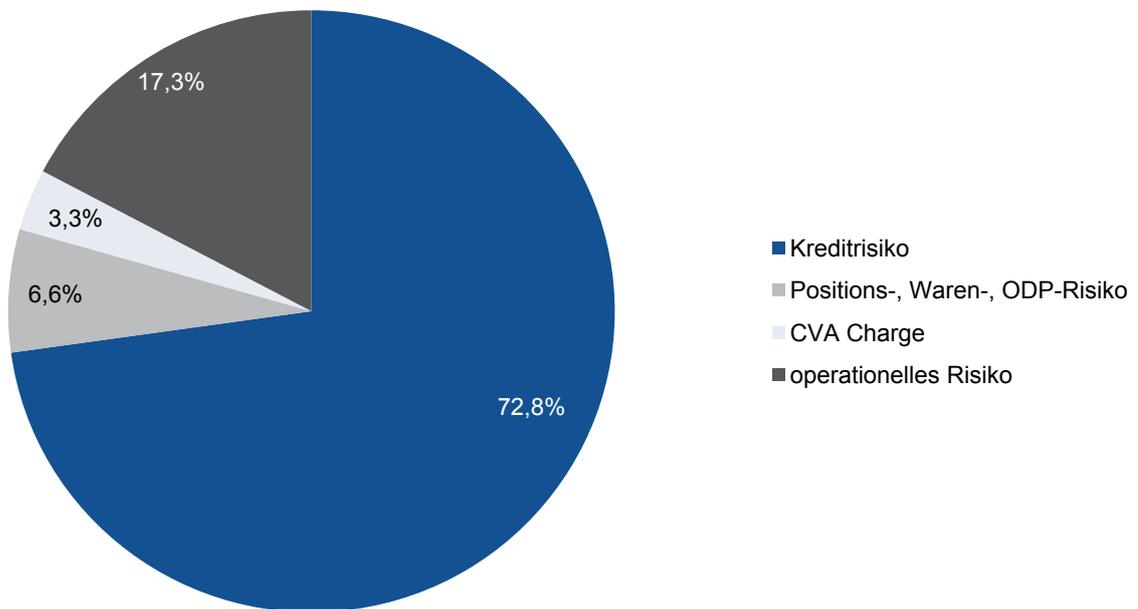
Die Risikotragfähigkeitsrechnung stellt die Basis der quantitativen Umsetzung des ICAAP dar. Mit ihr wird die jederzeit ausreichende Deckung der eingegangenen Risiken durch adäquate Risikodeckungsmassen nachgewiesen und auch für die Zukunft sichergestellt. Zu diesem Zweck werden auf der einen Seite alle relevanten Einzelrisiken aggregiert. Diesem Gesamtrisiko werden dann die vorhandenen und vorab definierten Risikodeckungsmassen gegenübergestellt und die Einhaltung der vom ZO-Vorstand beschlossenen verbundweit gültigen Gesamtbankrisikolimits und Einzelinstitutslimits auf monatlicher Basis überwacht und der Risikobericht erstellt.

Bei der Bestimmung der Risikotragfähigkeit können unterschiedliche Zielsetzungen verfolgt werden, die sich in drei Sichten widerspiegeln.

- Regulatorische Sicht (Einhaltung der regulatorischen Eigenmittelquoten)
- Ökonomische Liquidationssicht
- Ökonomische Going Concern Sicht

Die regulatorische Sicht vergleicht die Summe aller aufsichtsrechtlich mit Kapital zu unterlegenden Risiken nach vorgegebenen Risikomessmethoden und definierten Risikodeckungsmassen (basierend auf CRR/CRD IV und BWG). Die Sicherstellung der regulatorischen Risikotragfähigkeit stellt, da gesetzlich vorgegeben, eine Mindestanforderung dar.

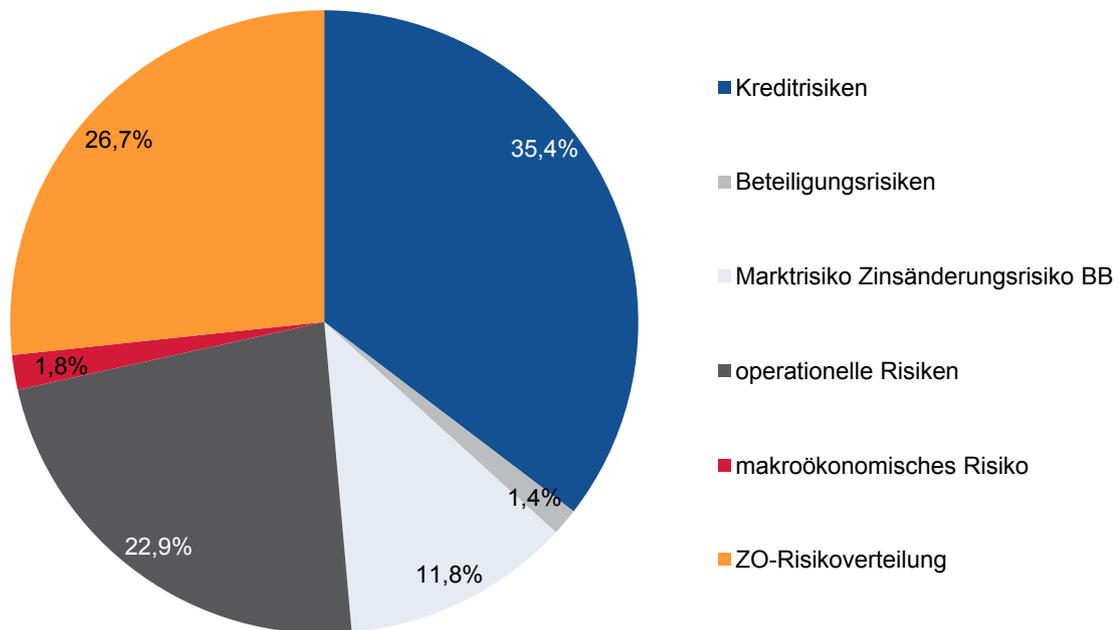
Per 31. Dezember 2015 ergibt sich für den VBW Konzern folgende Zusammensetzung der regulatorischen Gesamtrisikoposition:



In der ökonomischen Liquidationssicht steht die Sicherung der Gläubigeransprüche im Liquidationsfall im Vordergrund. Bei dieser Sichtweise werden die Risikodeckungsmassen auf Basis des internen Kapitals definiert. Dieses baut auf der regulatorischen Definition auf, umfasst aber noch zusätzliche Bestandteile wie z.B. den nicht testierten unterjährigen Jahresüberschuss/-fehlbetrag sowie stille Lasten/Reserven. Auch bei der Bestimmung der Gesamtrisikoposition wird auf interne Verfahren, in der Regel Value at Risk, abgestellt. Dabei wird nicht nur auf die regulatorisch mit Eigenmitteln zu unterlegenden Risiken abgestellt, sondern es werden alle im Rahmen der Risikoinventur als wesentlich erachteten und quantifizierbaren Risiken in die Betrachtung mit einbezogen.

Bei der Risikoquantifizierung in der Liquidationssicht wird ein vom Zielrating der Bank abgeleitetes Konfidenzniveau von 99,9 % mit einer Haltedauer von 1 Jahr verwendet.

Per 31. Dezember 2015 ergibt sich für den VBW Konzern folgende Zusammensetzung der Gesamtrisikoposition in der ökonomischen Liquidationssicht:



In der Going-Concern-Sicht soll der Fortbestand einer geordneten Geschäftstätigkeit sichergestellt werden. Die Going-Concern-Betrachtung stellt auf eine Deckung von Risiken durch kurzfristig verfügbares Kapital im täglichen Geschäft ab. Kleinere, mit hoher Wahrscheinlichkeit auftretende Risiken sollen verkraftet werden können, ohne den laufenden Geschäftsbetrieb zu gefährden. Als Risikodeckungsmasse werden daher im Wesentlichen nur stille Reserven/Lasten, der im laufenden Geschäftsjahr erzielte Jahresüberschuss/-fehlbetrag, der Plangewinn/Planverlust für die nächsten 12 Monate, sowie jenes Kapital, das die in der Risikostrategie festgesetzte Kapitalquote überschreitet, angesetzt. Bei der Risikoquantifizierung wird dafür auf ein moderates Konfidenzniveau von 95 % und eine Haltedauer von 1 Jahr abgestellt.

Die ökonomische Risikotragfähigkeitsrechnung wird als maßgebliche Sichtweise im Rahmen der Steuerung verstanden, da durch die Verbindung von Risikomessung und Ertragsrechnung die risikoadjustierte Ertragssteuerung ermöglicht wird. Standard-Performance-Messmethoden wie der Return on Equity (ROE) werden durch den aussagekräftigen, risikoadäquaten Return on Economic Capital (ROEC) ergänzt, wodurch Geschäftsbereiche in ihrer Performance vergleichbarer werden und damit die Grundlage für eine wertorientierte Banksteuerung gelegt wird.

d) Kreditrisiko

Unter Kreditrisiko werden folgende Risikosubarten zusammengefasst:

- das Ausfallrisiko
- das Kontrahentenausfallrisiko
- das Kreditkonzentrationsrisiko
- das Tilgungsträgerrisiko
- das Transferrisiko
- das Migrationsrisiko
- das Makroökonomische Risiko
- das Risiko aus FX-Krediten

Unter dem Ausfallrisiko werden mögliche Verluste verstanden, die durch den Ausfall von Geschäftspartnern, die Fremdkapitalnehmer des VBW Konzerns sind, entstehen können.

Unter Kontrahentenausfallrisiko (Counterparty-Risk) wird das Risiko verstanden, dass ein Geschäftspartner in einem unbesicherten - over the counter (OTC) - Derivategeschäft seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht oder nur eingeschränkt nachkommen kann und hierbei ein tatsächlicher Verlust, resultierend aus einem positiven Marktwert des Derivategeschäftes (Wiedereindeckungsrisiko), für den VBW Konzern eintritt.

Unter Kreditkonzentrationsrisiko wird jenes Risiko verstanden, dass auf Grund eines Ausfalls eines Kunden die gesamte Gruppe seiner wirtschaftlichen Verflechtungen ausfällt, obwohl diese Verbindung keinen zwingenden Ausfall der Gruppe nach sich ziehen würde.

Unter Tilgungsträgerisiko wird die Gefahr verstanden, dass ein Tilgungsträger, der angespart wird, um eine Forderung zu tilgen, nicht die gewünschte Performance zeigt und schließlich nicht ausreicht, die Forderung abzudecken. Diese Lücke zwischen erwartete Ansparvolumen und ausstehender Forderung bei Laufzeitende dient als Orientierung des potentiellen Verlusts.

Transferrisiko entsteht bei Forderungen, die über Staatsgrenzen hinweg bestehen. Im Falle eines Zahlungsaufschubs (Moratoriums) werden Geldflüsse aus einem Land unterbunden, obwohl der Kreditnehmer zahlungswillig und auch -fähig ist. Die Wahrscheinlichkeit dafür wird als zusätzlicher Aufschlag auf die Wahrscheinlichkeit der Zahlungsunfähigkeit modelliert.

Das Migrationsrisiko ist die Veränderung der Bonität eines Schuldners, ausgedrückt über die Veränderung der Ratingeinstufung und damit der Ausfallwahrscheinlichkeit. Hierbei sind Verluste noch nicht schlagend geworden, jedoch ist die Wahrscheinlichkeit signifikant gestiegen, dass sich daraus potentielle Ausfälle ergeben können.

Das makroökonomische Risiko ist das Risiko von Verlusten, die durch die Veränderung der allgemeinen Wirtschaftslage entstehen.

Das Risiko aus FX-Krediten entsteht auf Grund der Inkongruenz zwischen der Währung des Einkommens des Debtors und der Währung der Finanzierung. Im Fall, dass sich der Wechselkurs für den Kunden nachteilig entwickelt, steigt die monatliche Belastung für den Kunden, was zu zusätzlichen Ausfällen führen kann.

Organisation und Risikostrategie

In allen Einheiten des VBW Konzerns, die Kreditrisiko generieren, ist eine strenge Trennung von Vertriebs- und Risikomanagementeinheiten gegeben. Sämtliche Einzelfallentscheidungen werden unter strenger Beachtung des 4-Augen-Prinzips getroffen, wobei für die Zusammenarbeit zwischen den Risikomanagementeinheiten in den Tochtergesellschaften und dem Risikomanagement auf Konzernebene eindeutige Abläufe festgelegt wurden. Bei großvolumigen Geschäften sind Prozesse etabliert, durch die die Einbindung des operativen Konzernrisikomanagements und des Konzernvorstandes in die Risikoanalyse bzw. Kreditentscheidung sichergestellt werden. Eine wesentliche Rolle spielen dabei Limitsysteme, welche die Entscheidungskompetenzen der einzelnen Konzerneinheiten in einen Rahmen fassen.

Zur Messung und Steuerung des Kreditrisikos ist auch die Entwicklung von ausgereiften Modellen sowie von Systemen und Prozessen, die auf das bankindividuelle Portfolio zugeschnitten sind, notwendig. Dadurch soll einerseits die Kreditentscheidung strukturiert und verbessert werden, andererseits bilden diese Instrumente bzw. deren Ergebnisse auch die Grundlage für das Portfoliomanagement. Im Zuge der Implementierung dieser Systeme wurde im VBW Konzern insbesondere darauf geachtet, dass alle im Konzern eingesetzten Ratingsysteme eine vergleichbare Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default - PD) aufweisen und mit der VB Masterskala, die insgesamt 25 Ratingstufen umfasst, verbunden

sind. Das verwendete PD-Band ermöglicht nicht nur den Vergleich interner Ratings mit den Klassifizierungen externer Ratingagenturen, sondern vor allem den Vergleich der Bonitätseinstufung über Länder und Kundensegmente hinweg.

Kreditportfolio und Credit Value at Risk

Der Begriff ökonomisches Kapital bezeichnet das aus betriebswirtschaftlicher Sicht als Ergebnis einer Risikoschätzung notwendige Risikokapital. Dieses wird wie auch das regulatorische Kapital zur Abdeckung eines über den erwarteten Verlust hinausgehenden unerwarteten Verlustes gehalten. Die Berechnung des für das Kreditrisiko erforderlichen ökonomischen Kapitalbedarfes erfolgt über die Credit Value at Risk (CVaR) Methodik. Der VBW Konzern hat sich zu diesem Zweck für eine analytische Berechnungsmethode, basierend auf einem versicherungsmathematischen Ansatz, entschieden. Im Detail wird für die Modellierung der Kreditrisiken im Kreditportfolio ein weiterentwickeltes und den internen Erfordernissen angepasstes CreditRisk+ Modell herangezogen.

Der CVaR wird auf Konzernebene für folgende Aufgaben eingesetzt:

- Breakdown des CVaRs auf einzelne Geschäftsfelder und Kunden
- Erkennen von Portfoliokonzentrationen
- Analyse der Entwicklung des CVaR in Bestands- und Neugeschäft
- Analyse des marginalen Beitrags einzelner Kunden
- Identifikation der wesentlichen Treiber hinter CVaR Veränderungen (wie beispielsweise: Neugeschäft, Exposure at Default (EAD), Besicherung, Verlustquote, Ausfallsrate, Risikofaktor)

Der CVaR für das Kreditrisiko wird im Rahmen der Gesamtbanksteuerung auch noch für folgende Zwecke verwendet:

- Ermittlung des ökonomischen Kapitals
- Herstellen der Vergleichbarkeit der Risikosituation für unterschiedliche Risikoarten (z.B. Kreditrisiko und Marktrisiko)
- Grundlage für die Berechnung risikoadjustierter Erfolgskennzahlen (z.B. ROEC)
- Basis für Kapitalallokation
- Ermittlung der Kapitalkosten eines Kredits in der Vor- und Nachkalkulation

Die Ergebnisse des CVaR dienen dazu, zusätzliche Informationen für die Portfolioanalyse und -steuerung zu gewinnen. Ein entsprechender quartalsweiser Report wird erstellt.

Wichtigstes Ziel für den Einsatz der Kreditrisiko-Methoden und Instrumente ist die Verlustvermeidung durch Früherkennung von Risiken. Eine adäquate Steuerung erfolgt über Früherkennungssysteme.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrollingfunktion

Limitierung

Die Überwachung, Steuerung und Begrenzung des Risikos von Einzelengagements und von Klumpenrisiken erfolgt anhand folgender Limite:

- Kreditlimite für Gruppen verbundener Kunden (GvKs)
- Portfoliolimite

Im Volksbanken-Verbund wird die Gruppe verbundener Kunden (GvK) als Basis für Limite bei Neukreditvergaben herangezogen. Hinsichtlich der Limite wird zwischen den Vorgaben auf Ebene des Volksbanken-Verbundes und für die Fusionsgruppen bzw. Einzelinstitute unterschieden. Kreditlimite für GvK sind grundsätzlich Limite in Bezug auf:

- Staats- und staatsähnliche Risiken, inklusive Länder, Nationalbanken, Supranationale Organisationen (z.B. EU) und staatsgarantierte Risiken
- Banken und bankähnliche Risiken: Diese dienen in erster Linie für das Treasury-Geschäft der ZO sowie Bankbuchveranlagungen
- Unternehmen, sowie alle Kreditnehmer, die nicht zu den Gruppen Staaten oder Banken gehören, damit sind Retailkunden und Gemeinden für Kreditrisikolimitierungen wie Unternehmen zu behandeln.

Die Limite für das maximale Bruttogesamtobligo errechnen sich auf Basis von Prozentwerten an den jeweils anrechenbaren Eigenmitteln unter Berücksichtigung der Ratingstufen. Das maximale Blankoobligo errechnet sich als Prozentwert vom maximalen Gesamtobligo (wiederum gestaffelt nach Ratingklassen) unter Abzug von SK1 Sicherheiten. Sollten in einzelnen Geschäftsfeldern aufgrund der Besonderheiten Überschreitungen notwendig sein (z.B. bei Gemeinnützigen, Apotheken), müssen diese begründet und zur Genehmigung vorgelegt werden. Die Überprüfung der Limitierungen auf Einzelgeschäftsebene erfolgt kontinuierlich im operativen Risikomanagement der Teilinstitute und wird anhand zentraler Auswertungen durch die VBW in ihrer Rolle als Zentralorganisation überwacht.

Im Zusammenhang mit Portfoliolimitierungen werden derzeit im VBW Konzern hauptsächlich Länderrisikolimite verwendet, die das Transferrisiko limitieren sollen. Zielformportfolio des Volksbanken-Verbundes ist das Österreichgeschäft. Daher ist das Auslandsgeschäft durch ein Limit von 5 % beschränkt.

Konzentrationen

Die konzernweite Quantifizierung und Bewertung von Konzentrationen erfolgt einerseits über die monatlich erstellte CVaR-Berechnung und andererseits vierteljährlich im Zuge der Erstellung des Risikoberichtes und umfasst beispielhaft Konzentrationen auf Einzelkundenebene für Unternehmen, Banken und der öffentlichen Hand. Ergänzend gibt das Konzentrationsrisiko die Auswirkungen einer Konzernsicht anstatt der Einzelkundenbetrachtung wider.

Die Geschäftstätigkeit im VBW Konzern wird hauptsächlich von den ZO-Funktionen bestimmt, damit entstehen Konzentrationsrisiken in Bezug auf Refinanzierungen der Primärinstitute des Volksbanken-Verbundes.

Ratingsysteme

Konzernweit werden standardisierte Modelle zur Bonitätsbestimmung (die VB Ratingfamilie) und zur Bestimmung der Verlusthöhe im Ausfall angewendet. Die erwartete Ausfallwahrscheinlichkeit jedes Kunden wird über die VB Ratingfamilie geschätzt und über die VB Masterskala ausgedrückt. Das Konzept der VB Masterskala erlaubt es, Kreditnehmer über Regionen und Kundengruppen hinweg bonitätsmäßig zu vergleichen.

Die Ratingklassen der Ratingstufe 5 decken die konzernweit zur Anwendung kommenden Ausfallgründe für einen Kredit ab und werden auch zum Reporting nichtperformender Kredite (Non-performing loans, NPL) herangezogen. Als Problemkredite werden Kredite aus Teilen der Ratingstufe 4 sowie Kredite mit mehr als 60 Tagen Überfälligkeit definiert. Eine genaue Darstellung der Ratingmethoden ist in der aufsichtlichen Offenlegung auf der institutseigenen Homepage zu finden.

Forbearance

Aufgrund der EBA final draft ITS on supervisory reporting on forbearance and non-performing exposures sowie der Durchführungsverordnung (EU) 2015/227 der Kommission vom 9. Januar 2015 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die aufsichtlichen Meldungen der Institute gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 fallen alle Kredite und Schuldverschreibungen sowie gegebene widerrufliche und unwiderrufliche Kreditzusagen, Guthaben bei Zentralbanken sowie andere Sichteinlagen in sämtlichen Bewertungskategorien mit Ausnahme von held for trading Positionen unter den Anwendungsbereich des supervisory reporting on forbearance and non-performing exposures. Ebenfalls fallen die zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögensgegenstände und Veräußerungsgruppen gemäß IFRS 5 in den Anwen-

dungsbereich. Unter Forbearance werden Zugeständnisse verstanden, die der Kreditgeber dem Schuldner im Zusammenhang mit finanziellen Schwierigkeiten oder drohenden finanziellen Schwierigkeiten des Schuldners gewährt, ansonsten aber nicht gewähren würde. Forborne Kreditengagements werden den Kategorien performing forborne Kreditengagements und non-performing forborne Kreditengagements zugeordnet. Aus der Kategorisierung leiten sich die Regelungen für die anschließende Engagementsüberwachung (besondere Überwachungsvorschriften im Kreditinstitute-Verbund) und die Kriterien, welche zur Gesundung führen, ab.

Bezogen auf die Kundenkredite wurden für einen Gesamtbuchwert von insgesamt EUR 49.398 Tsd. Zugeständnisse aus wirtschaftlichen Gründen vereinbart. Dieser Betrag betrifft performing forborne Kreditengagements mit EUR 16.856 Tsd. und non-performing forborne Kreditengagements mit EUR 32.543 Tsd.; für die non-performing forborne Kreditengagements wurden Wertberichtigungen von EUR 8.762 Tsd. gebildet.

Die Entscheidung, wann ein Geschäft nicht mehr als forborne eingestuft wird, erfolgt anhand fest vorgegebener Kriterien, die kumulativ erfüllt sein müssen. Für Kunden der Intensivbetreuung wird die Entscheidung im Rahmen der tourlichen Überwachung getroffen, für Sanierungsfälle im Rahmen der laufenden Engagementüberwachung.

Kontrahentenausfallrisiko

Dem Kontrahentenrisiko für Marktwerte aus unbesicherten Derivaten wird mittels Credit Value Adjustments (CVA) bzw. Debt Value Adjustment (DVA) - als Näherungsfunktion des potenziellen zukünftigen Verlustes in Bezug auf das Kontrahentenausfallrisiko - Rechnung getragen. Das expected future exposure (EFE) wird hierbei mittels Monte Carlo Simulation ermittelt. Für jene Kontrahenten, für die keine am Markt beobachtbaren Credit Spreads verfügbar sind, basieren die Ausfallwahrscheinlichkeiten auf internen Ratings des Volksbanken-Verbundes.

Mit den wichtigsten Kontrahenten des VBW Konzerns bestehen rechtlich abgesicherte Nettingvereinbarungen, die sowohl für das interne Risikocontrolling als auch für die Berechnung der Eigenmittelerfordernisse Berücksichtigung finden. Der VBW Konzern verwendet kein internes Modell zur Berechnung des Kontrahentenausfallrisikos.

Die Höhe der Kontrahentenlimite (off-balance Limite) für Derivategeschäfte mit Banken und Finanzinstituten ist abhängig von folgenden Kriterien:

- interne Bonitätseinstufung
- Höhe der Eigenmittel des Kontrahenten
- Höhe der eigenen Eigenmittel
- Intensität der Geschäftsbeziehung mit dem Kontrahenten (strategisch wichtig, einige wenige Geschäfte, sporadisch)
- Bestehen rechtlich durchsetzbarer Netting Vereinbarungen

Die Laufzeiten der eingeräumten off-balance Limite werden unter Berücksichtigung der Kontrahentenausfallrisiken festgelegt.

Die Überwachung der nach unterschiedlichen Laufzeitbändern geführten Kontrahentenlimite für das Treasury wird in der Abteilung Markt- und Liquiditätsrisiko durchgeführt. Die Anrechnung von derivativen Geschäften an die off-balance Linien erfolgt nach dem Prinzip positiver Marktwert plus laufzeitabhängiges add-on bei Kontrahenten ohne rechtlich durchsetzbarer Nettingvereinbarung. Liegen gültige Nettingvereinbarungen vor, werden positive und negative Marktwerte genettet und etwaiges cash collateral berücksichtigt.

Bei institutionellen Kontrahenten ohne Netting richtet sich die Höhe der add-ons nach Artikel 274 CRR. Unter Anwendung des off-balance Nettings erfolgt die add-on Berechnung nach Artikel 298 CRR. Bei Nichtbanken kommen konservativere Aufschläge für das interne Risikomanagement zur Anwendung.

Ausnutzungs- und etwaige Überziehungsreports werden den betroffenen Kreditabteilungen sowie dem Treasury täglich zur Verfügung gestellt.

Collateral Management im Derivatehandel

Im Rahmen des internen Risikocontrollings findet für Geschäfte, die auf Basis von Rahmenverträgen (ISDA – International Swaps and Derivatives Association, österreichischer oder deutscher Rahmenvertrag) und Credit Support Annex (CSA)-Verträgen abgeschlossen wurden, ein täglicher Abgleich der Marktwerte der derivativen Geschäfte mit den Kontrahenten statt. Überschreiten die Marktwerte bestimmte vertraglich festgelegte Schwellenwerte, müssen diese Überhänge mit Collaterals abgedeckt werden. Repo-Geschäfte werden ebenso hinsichtlich der Höhe der Sicherheiten überprüft. Nach den abgestimmten Margin Calls erfolgt der Sicherheitentransfer meist in Form von Cash oder ausgewählten Staatsanleihen in Euro.

Kreditrisikoreporting

Das Kreditrisikoreporting erfolgt monatlich mit dem Zweck, stichtagsbezogen eine detaillierte Darstellung des bestehenden Kreditrisikos des VBW Konzerns und auch des Kreditinstituts-Verbundes gemäß § 30a BWG zu geben. Entsprechende Reports werden für den Konzern, die wesentlichen Konzerneinheiten und die wesentlichen Geschäftsfelder erstellt. Die Informationen fließen auch in die Kreditrisikoteile des Risikoberichts ein.

Die Berichte umfassen die quantitative Darstellung der steuerungsrelevanten Informationen zum Kreditrisiko, die durch eine kurze Lageeinschätzung und gegebenenfalls weitere qualitative Informationen ergänzt werden.

Folgende Analysen sind Bestandteil des monatlichen Reports:

- Portfolioverteilungen
- Neugeschäftsentwicklung
- Bonitätsverteilungen
- Non-performing loans
- Kreditrisikokonzentrationen
- Ländergruppenanalyse
- Kundensegmente (Kundensegmentsplit)
- Branchenverteilungen (Kommerz)
- Wesentliche CVaR Informationen

Diese Analysen werden nach verschiedenen Größen und Kennziffern dargestellt wie beispielsweise: Blankoexposure, Gesamtrahmen, erwarteter Verlust, gebildete Risikovorsorge, Standardrisikokosten, non-performing loans, CVaR. Die wichtigsten Kennzahlen zur Beschreibung der Kreditrisiken für die unterschiedlichen Geschäftsfelder zum Bilanzstichtag und im Vergleich zum Vorjahr werden in den folgenden Tabellen dargestellt und stellen Exzerpte aus dem Konzern-Risikoreport dar.

Darstellung der Forderungen an Kreditinstitute und Kunden aufgeteilt nach Kreditqualität und Zuordnung zu den einzelnen Risikokategorien

EUR Tsd.	Forderungen an Kreditinstitute und Kunden		
	31.12.2015	31.12.2014	1.1.2014
Buchwert brutto	6.516.454	3.234.678	3.505.699
Risikovorsorge	68.782	35.202	102.886
Buchwert netto	6.447.672	3.199.476	3.402.813
Einzelwertberichtigung			
Risikokategorie 1 (1A - 1E)	0	0	0
Risikokategorie 2 (2A - 2E)	0	0	209
Risikokategorie 3 (3A - 3E)	52	70	25.663
Risikokategorie 4 (4A - 4E)	91	449	24.185
Risikokategorie 5 (5A - 5E)	138.576	89.014	136.283
Risikokategorie 6 (NR)	0	1	831
Buchwert brutto	138.719	89.534	187.171
Risikovorsorge	61.954	31.114	102.886
Buchwert netto	76.766	58.420	84.285
> 90 Tage und <= 180 Tage überfällig aber nicht wertberichtigt			
Risikokategorie 1 (1A - 1E)	0	0	0
Risikokategorie 2 (2A - 2E)	0	0	0
Risikokategorie 3 (3A - 3E)	0	0	0
Risikokategorie 4 (4A - 4E)	0	0	0
Risikokategorie 5 (5A - 5E)	2.301	1.620	424
Risikokategorie 6 (NR)	0	0	0
Buchwert brutto	2.301	1.620	424
> 180 Tage und <= 365 Tage überfällig aber nicht wertberichtigt			
Risikokategorie 1 (1A - 1E)	0	0	0
Risikokategorie 2 (2A - 2E)	0	0	0
Risikokategorie 3 (3A - 3E)	0	0	0
Risikokategorie 4 (4A - 4E)	0	0	0
Risikokategorie 5 (5A - 5E)	4.550	3.157	2.121
Risikokategorie 6 (NR)	0	0	0
Buchwert brutto	4.550	3.157	2.121
> 365 Tage überfällig aber nicht wertberichtigt			
Risikokategorie 1 (1A - 1E)	0	0	0
Risikokategorie 2 (2A - 2E)	0	0	0
Risikokategorie 3 (3A - 3E)	0	0	0
Risikokategorie 4 (4A - 4E)	0	0	0
Risikokategorie 5 (5A - 5E)	14.631	6.792	4.402
Risikokategorie 6 (NR)	0	0	0
Buchwert brutto	14.631	6.792	4.402
Weder überfällig noch wertberichtigt			
Risikokategorie 1 (1A - 1E)	255.104	30.738	19.499
Risikokategorie 2 (2A - 2E)	726.122	929.191	1.401.617
Risikokategorie 3 (3A - 3E)	4.717.463	1.763.484	1.493.726
Risikokategorie 4 (4A - 4E)	629.765	393.965	319.693
Risikokategorie 5 (5A - 5E)	21.758	5.662	14.471
Risikokategorie 6 (NR)	6.041	10.536	62.576
Buchwert brutto	6.356.252	3.133.575	3.311.581
Portfoliowertberichtigung	6.828	4.088	0
Gesamt-Buchwert netto	6.447.672	3.199.476	3.402.813

Die Einteilung in die einzelnen Risikokategorien erfolgt nach den im Verbund geltenden internen Ratingstufen. Forderungen der Risikokategorie 1 weisen die höchste Bonität (niedrigste erwartete Ausfallsrate) auf, während Forderungen der Risikokategorie 4 die niedrigste Bonität aufweisen und Forderungen der Risikokategorie 5 ausgefallene Forderungen darstellen (non-performing loans, NPLs). Die Risikokategorie 6 (NR) fasst alle nicht ausgefallenen Forderungen zusammen, die keiner der anderen Risikokategorien 1 – 4 zugeordnet sind. Das sind vorwiegend kleine Exposures, die unterhalb der

Ratingpflicht liegen. Diese Kategorie umfasst Kunden unterschiedlichster lebender Ratings und ist im Gegensatz zu den anderen Risikokategorien keinem bestimmten Risiko zuzuordnen. Entsprechend erklärt sich auch die Verteilung der Risikovorsorgen. Zu beachten ist, dass der Buchwert brutto der einzelwertberechtigten Forderungen nicht der Summe der nicht ordnungsgemäß bedienten (NPLs) Forderungen entspricht. Verbessert sich bei einem ausgefallenen Kunden das Rating, wird der Kunde in eine bessere (performende) Ratingkategorie zugeordnet, die Wertberichtigung entsprechend vermindert und der Kunde nicht mehr als NPL geführt.

Die ausgefallenen Kredite oder NPLs werden der Risikokategorie 5 zugeordnet und nach Ausfallsgrund den einzelnen Ratingstufen zugeordnet. So stellt zum Beispiel die Ratingstufe 5A jene Kreditnehmer dar, die mehr als 90 Tage überfällig sind.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Verteilung der nicht performenden Kredite auf die Ausfallsratingstufen

EUR Tsd.	Forderungen an Kreditinstitute und Kunden					
	31.12.2015		31.12.2014		1.1.2014	
	Brutto	Netto	Brutto	Netto	Brutto	Netto
Einzelwertberichtigung						
Rating 5A	937	772	635	513	81	0
Rating 5B	23.086	14.480	18.404	14.739	42.825	18.811
Rating 5C	58.865	32.161	46.475	29.418	68.747	21.931
Rating 5D	36.798	18.213	16.998	8.711	21.117	7.648
Rating 5E	18.890	11.019	6.502	4.649	3.513	400
Gesamt	138.576	76.646	89.014	58.030	136.283	48.790
Mehr als 90 Tage überfällig aber nicht wertberichtigt						
Rating 5A	1.592	1.592	435	435	404	404
Rating 5B	3.178	3.178	3.417	3.417	1.592	1.592
Rating 5C	9.905	9.905	4.916	4.916	4.644	4.644
Rating 5D	2.941	2.941	1.135	1.135	301	301
Rating 5E	3.866	3.866	1.666	1.666	6	6
Gesamt	21.482	21.482	11.569	11.569	6.947	6.947
Weder überfällig noch wertberichtigt						
Rating 5A	265	265	412	412	1.693	1.693
Rating 5B	9.967	9.967	2.329	2.329	9.347	9.347
Rating 5C	9.318	9.318	2.235	2.235	2.606	2.606
Rating 5D	1.394	1.394	385	385	659	659
Rating 5E	814	814	301	301	166	166
Gesamt	21.758	21.758	5.662	5.662	14.471	14.471
Gesamt-Buchwert	181.816	119.886	106.244	75.260	157.701	70.208

Die nachfolgende Tabelle stellt die Brutto- und Nettobuchwerte der Forderungen nach ihrer jeweiligen Risikokategorie dar.

EUR Tsd.	Forderungen an Kreditinstitute und Kunden ¹⁾	
	Brutto	Netto
31.12.2015		
Risikokategorie 1 (1A - 1E)	255.104	255.104
Risikokategorie 2 (2A - 2E)	726.122	726.122
Risikokategorie 3 (3A - 3E)	4.717.514	4.717.501
Risikokategorie 4 (4A - 4E)	629.856	629.846
Risikokategorie 5 (5A - 5E)	181.816	119.886
Risikokategorie 6 (NR)	6.041	6.041
Gesamt	6.516.454	6.454.500
31.12.2014		
Risikokategorie 1 (1A - 1E)	30.738	30.738
Risikokategorie 2 (2A - 2E)	929.191	929.191
Risikokategorie 3 (3A - 3E)	1.763.554	1.763.496
Risikokategorie 4 (4A - 4E)	394.413	394.343
Risikokategorie 5 (5A - 5E)	106.244	75.260
Risikokategorie 6 (NR)	10.537	10.537
Gesamt	3.234.678	3.203.564
1.1.2014		
Risikokategorie 1 (1A - 1E)	19.499	19.499
Risikokategorie 2 (2A - 2E)	1.401.825	1.401.759
Risikokategorie 3 (3A - 3E)	1.519.389	1.512.158
Risikokategorie 4 (4A - 4E)	343.878	336.128
Risikokategorie 5 (5A - 5E)	157.701	70.208
Risikokategorie 6 (NR)	63.407	63.061
Gesamt	3.505.699	3.402.813

¹⁾Die Nettobuchwerte sind ohne Abzug der Portfoliowertberichtigung abgebildet.

Die Einzelwertberichtigungen in der Risikokategorie 5 decken in der Regel nicht den gesamten Bruttowert der aushaftenden Forderungen ab, da Sicherheiten berücksichtigt aber sonstige Vorsorgen (Portfoliovorsorgen) nicht berücksichtigt werden und es zudem im Bereich der Restrukturierungsfälle nicht immer zu einer vollständigen Wertberichtigung der ausgefallenen Forderung kommen muss (Going concern Überlegung bei der Bildung der Risikovorsorge).

Die nachfolgende Tabelle stellt den Anteil der ausgefallenen und nicht ausgefallenen Forderungen an den Gesamtforderungen dar.

EUR Tsd.	Forderungen gesamt		Forderungen im Ausfall		Forderungen Lebend	
	Aushaftung	Unbesichert	Unbesichert	Risiko- vorsorge	Unbesichert	Erwarteter Verlust
31.12.2015						
VB Wien	6.516.454	3.175.930	80.463	61.930	3.095.468	36.478
Gesamt	6.516.454	3.175.930	80.463	61.930	3.095.468	36.478
31.12.2014						
VB Wien	3.234.678	1.172.790	42.880	31.069	1.129.909	6.804
Gesamt	3.234.678	1.172.790	42.880	31.069	1.129.909	6.804
1.1.2014						
VB Wien	3.505.699	1.679.331	86.313	87.494	1.593.017	10.135
Gesamt	3.505.699	1.679.331	86.313	87.494	1.593.017	10.135

Der Ausfall folgt konzernweit der Definition in der CRR, die einen auf internen Ratings basierenden Ansatz bei der Eigenmittelberechnung zur Anwendung bringt. Den ausgefallenen Forderungen wird die Höhe der gebildeten Einzelwertberichtigungen gegenübergestellt und den performenden Forderungen ist der über das nächste Jahr erwartete Verlust gegenübergestellt. Der Expected Loss ergibt sich aus den internen Bonitätseinstufungen, der wirtschaftlichen Besicherungssituation und der daraus abgeleiteten erwarteten Verlusthöhe bei Ausfall. Im Allgemeinen kommt es bei den Forderungen im Ausfall zu Risikovorsorgen, die unter dem unbesicherten Obligo liegen, weil es neben den Vorsorgen aus

Einzelwertberichtigungen (EWB) auch noch pauschalierte EWBs und Portfoliovorsorgen gibt, die in obiger Aufstellung nicht enthalten sind.

Die nachfolgende Tabelle gibt den Gesamtrahmen der besicherten Forderungen nach den einzelnen Sicherheitenkategorien an.

EUR Tsd.	Forderungen an Kreditinstitute und Kunden		
	31.12.2015	31.12.2014	1.1.2014
Sicherheiten zu einzelwertberichtigten Forderungen			
Barreserve	1.394	1.013	2.878
Wertpapiere	712	367	2.536
Hypotheken	57.171	40.214	71.637
Garantien	1.776	1.504	2.923
Mobilien	292	64	144
Sonstige	5.588	3.566	8.810
Sicherheiten zu Forderungen, die mehr als 90 Tage überfällig aber nicht wertberichtigt sind			
Barreserve	305	165	15
Wertpapiere	8	42	15
Hypotheken	13.653	10.238	5.890
Garantien	107	465	223
Mobilien	15	25	0
Sonstige	688	634	395
Sicherheiten zu Forderungen, die weder überfällig noch wertberichtigt sind			
Barreserve	78.466	49.720	50.318
Wertpapiere	44.045	50.559	36.006
Hypotheken	2.580.944	1.792.124	1.538.135
Garantien	189.301	14.324	13.325
Mobilien	10.275	3.166	2.706
Sonstige	355.784	93.698	90.411
Wert der Sicherheiten gesamt	3.340.523	2.061.888	1.826.368

Die wichtigste Besicherungsform im Kreditgeschäft ist die Hypothek.

Die folgende Tabelle zeigt die Regionalverteilung bezogen auf die Ausnutzung und verteilt auf die Länder.

EUR Tsd.	EU Mittel- und Ost-europa						Gesamt
	Österreich	EWR inkl. Schweiz	Nicht EU Europa	USA und Kanada	Sonstige		
31.12.2015							
VB Wien	5.881.252	503.812	31.262	1.118	40.172	58.838	6.516.454
Gesamt	5.881.252	503.812	31.262	1.118	40.172	58.838	6.516.454
31.12.2014							
VB Wien	3.195.069	31.733	4.275	1.107	1.059	1.435	3.234.678
Gesamt	3.195.069	31.733	4.275	1.107	1.059	1.435	3.234.678
1.1.2014							
VB Wien	3.467.236	28.481	4.863	1.175	1.237	2.706	3.505.699
Gesamt	3.467.236	28.481	4.863	1.175	1.237	2.706	3.505.699

Die Verteilung des Forderungsportfolios auf die wesentlichen Regionen, die konzernintern zu Steuerungs Zwecken verwendet werden, zeigt keine Verschiebung in der regionalen Verteilung. Schon 2013 befand sich der größte Teil des Volumens in Österreich. 2014 verringerte sich das Volumen signifikant, die regionale Verteilung bleibt jedoch erhalten.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Verteilung des Portfolios nach Kundensegmenten.

EUR Tsd.	Öffentliche Hand	Banken	Corporates	Retail KMU	Retail Privat	Spezialfinanzierungen	Gesamt
31.12.2015							
VB Wien	101.796	2.707.011	1.785.505	589.971	1.269.273	62.898	6.516.454
Gesamt	101.796	2.707.011	1.785.505	589.971	1.269.273	62.898	6.516.454
31.12.2014							
VB Wien	15.098	779.777	993.083	487.415	949.987	9.318	3.234.678
Gesamt	15.098	779.777	993.083	487.415	949.987	9.318	3.234.678
01.01.2014							
VB Wien	16.682	1.178.548	881.435	448.886	973.312	6.835	3.505.699
Gesamt	16.682	1.178.548	881.435	448.886	973.312	6.835	3.505.699

Die Einteilung nach Kundensegmenten entspricht den im Bankwesengesetz definierten Kundengruppierungen.

Kreditsicherheiten

Verwendung von Kreditsicherheiten

Die Verwendung von Kreditsicherheiten sowie deren Management werden als bedeutender Bestandteil des Kreditrisikomanagements im VBW Konzern gesehen. Sie stellen neben der Kreditwürdigkeit des Kreditnehmers den wesentlichen Faktor für die Bestimmung des Kreditrisikos eines Engagements dar. Die primäre Bedeutung von Kreditsicherheiten liegt in der Vorsorge für nicht vorhersehbare Zukunftsrisiken des Kreditengagements und somit in der Begrenzung des Verlustrisikos eines Kreditengagements im Falle einer Insolvenz oder Restrukturierung.

Die im VBW Konzern zum Einsatz kommenden Sicherheitenarten und deren Behandlung werden umfassend in den Verbundhandbüchern Sicherheitenmanagement Teil I-IV und der Generellen Weisung Risikomanagement dargestellt. Dort erfolgt eine Kategorisierung sowohl nach rechtlichem Sicherungsgeschäft als auch nach der zugrunde liegenden Güterart.

Eine Schlüsselanforderung bei der Auswahl von Sicherheiten ist die in der Art gegebene Kongruenz mit der zu besichernden Kreditforderung. Werden für ein Kreditengagement Sicherheiten bestellt, sind diese nach verbindlichen Bewertungsregeln objektiv zu bewerten. Darüber hinaus bestehen klar definierte Richtlinien und Prozesse für die Bestellung, Verwaltung und Verwertung von Kreditsicherheiten. Jede Kreditsicherheit wird regelmäßig auf ihre Werthaltigkeit überprüft, wobei die Periodizität im Wesentlichen von der Sicherheitenart abhängt und einheitlich geregelt ist.

Bewertung von Kreditsicherheiten

Ausgangspunkt für die Berücksichtigung von Sicherheiten im Rahmen des Kreditvergabeprozesses ist jeweils der aktuelle Markt-, Verkehrs-, Nominal- oder Rückkaufswert. Auf diesen Wert werden in der Folge jeweils die korrespondierenden Abschläge im Rahmen der Credit Risk Mitigation angewendet. Die jeweilige Bewertung der unterschiedlichen Sicherungsarten erfolgt grundsätzlich auf Basis folgender Ausgangswerte:

Sicherheit	Ausgangswert
Finanzielle Sicherheit	Marktwert / Nominalwert
Immobilien-sicherheit	Marktwert / Verkehrswert
Sonstige Sicherheiten	Marktwert
Forderungen aus Lieferungen und Leistung	Nominalwert
Lebensversicherung	Rückkaufswert
Garantien	Nominalwert
Kreditderivate	Nominalwert

Die initiale Bewertungsmethode einer Kreditsicherheit wird gemeinsam mit dem Bewertungsergebnis für die laufende Überprüfung in geeigneter Weise dokumentiert.

Die wichtigsten Arten von Besicherungen

Kreditsicherheiten sollen mit der Art der zu besichernden Kreditforderung korrespondieren. Als solches sollen Investitionskredite grundsätzlich durch die zu finanzierenden Vermögenswerte besichert werden, sofern diese werthaltig sind und dem Sicherungsgeber auf Kreditlaufzeit zur Verfügung stehen. Bei der Auswahl von Kreditsicherheiten wird auf das Kosten-Nutzen-Verhältnis geachtet und somit auf vornehmlich werthaltige, wenig bearbeitungs- und kostenintensive sowie auf tatsächlich verwertbare Kreditsicherheiten zurückgegriffen. Aus diesem Grund werden Sachsicherheiten, wie beispielsweise Immobiliensicherheiten und finanzielle Sicherheiten, wie Bar- oder Wertpapiersicherheiten, eine bevorzugte Stellung eingeräumt.

Verteilung wirtschaftlicher Kreditsicherheiten im Portfolio des VBW Konzerns:

Sicherheiten EUR Tsd.	Angerechneter Wert		
	31.12.2015	31.12.2014	1.1.2014
Finanzielle Sicherheit	307.151	101.867	91.769
Immobiliensicherheiten	2.651.768	1.842.576	1.615.662
Sonstige Sicherheiten	12.107	3.860	3.218
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6.858	1.079	1.209
Lebensversicherungen	171.456	96.213	98.039
Garantien	191.183	16.293	16.471
Gesamt	3.340.523	2.061.888	1.826.368

Immobiliensicherheiten sind die mit Abstand wichtigste Sicherheitenart im VBW Konzern. Die ausgewiesenen Werte stellen den angerechneten Wert der Sicherheiten dar (nach Bewertung und Deckelung durch die Höhe der besicherten Forderung).

Die Anerkennungsfähigkeit einer persönlichen Sicherheit ist wesentlich von der Qualität des Sicherungsgebers abhängig und von seinem Naheverhältnis zum Kreditnehmer.

Nach dem durch die persönliche Sicherheit eingeräumten Recht werden im VBW Konzern die folgenden Haftungsinstrumente anerkannt:

Persönliche Sicherheiten

Abstrakte Garantien

Bürgen- und Zahlerhaftung (gemäß § 1357 ABGB)

Ausfallbürgschaft (gemäß § 1356 ABGB)

Wechselbürgschaft

Strenge Patronatserklärung

Verteilung persönlicher Sicherheiten im Portfolio des VBW Konzerns:

Persönliche Sicherheiten EUR Tsd.	Angerechneter Wert		
	31.12.2015	31.12.2014	1.1.2014
Abstrakte Garantie	191.183	16.293	16.471
Gesamt	191.183	16.293	16.471

Bei den persönlichen Sicherheiten kommt der abstrakten Garantie die größte Bedeutung zu. Persönliche Sicherheiten gemäß § 1356 und § 1346 ABGB werden nur angerechnet, wenn sie von staatlichen Stellen gewährt oder mit Rückhaftung staatlicher Stellen versehen sind. Die ausgewiesenen Werte stellen den angerechneten Wert der Sicherheiten dar (nach Bewertung und Deckelung durch die Höhe der besicherten Forderung).

e) Marktrisiko

Definition

Marktrisiko ist das Risiko, dass sich der Wert einer Vermögensposition aufgrund von Veränderungen im Preis/Kurs wertbestimmender Marktrisikofaktoren verändert. Der VBW Konzern unterscheidet folgende Untergruppen des Marktrisikos:

- Marktrisiko im Handelsbuch
- Zinsänderungsrisiko im Bankbuch
- Credit Spread Risiko
- Fremdwährungsrisiko ODP (offene Devisenpositionen)
- Optionsrisiko

Marktrisiko im Handelsbuch

Auf Basis der Geschäftsstrategie hat das Marktrisiko im Handelsbuch im VBW Konzern eine untergeordnete Bedeutung. Die Steuerung und Überwachung der Marktrisiken im Treasury des VBW Konzerns wird von der unabhängigen Abteilung Markt- und Liquiditätsrisiko wahrgenommen, die im Bereich Risikocontrolling angesiedelt ist. Neben der täglichen Risiko- und Ertragsdarstellung, der Vorgabe der Limitstruktur auf Basis des vom Vorstand zur Verfügung gestellten ökonomischen Kapitals zählen die Administration der Front-Office Systeme, das CSA Management, die Weiterentwicklung der Risikomesssysteme und die Überwachung der Marktrisiko- und Kontrahentenlimite zu den Hauptaufgaben der Abteilung.

Zinsänderungsrisiko im Bankbuch

Das Eingehen von Zinsänderungsrisiken ist ein normaler Bestandteil des Bankgeschäftes und stellt eine wichtige Einkommensquelle dar. Allerdings können übertriebene Zinsrisiken eine signifikante Bedrohung für die Ertrags- und Kapitallsituation darstellen. Dementsprechend ist ein wirkungsvolles Risikocontrolling, das das Zinsänderungsrisiko abgestimmt auf den Geschäftsumfang überwacht und begrenzt, wesentlich für die Erhaltung der Risikotragfähigkeit der Bank.

Die funktionale Trennung zwischen den Einheiten, welche Zinsänderungsrisiken eingehen und jenen, die diese Risiken überwachen, ist gegeben.

Das Asset-Liability Komitee (ALCO) ist das Koordinationsgremium für die Steuerung der ALM-Prozesse und wird auf Basis der Geschäftsordnung monatlich oder bei Bedarf auch kurzfristig abgehalten.

Das Asset-Liability-Management (ALM) ist verantwortlich für die Angemessenheit der ALM-Organisation, leitet die Sitzungen des ALCO und erarbeitet die für die Entscheidung relevanten Grundlagen und Auswertungen.

Die Abteilung Markt- und Liquiditätsrisiko ist für die Vorgabe der Risikomessmethoden und deren laufende Weiterentwicklung verantwortlich. Ebenso fällt die Erstellung von Auswertungen und Analysen, Vornahme von Parametereinstellung und die Limitüberwachung in ihren Zuständigkeitsbereich. Die erstellten Reports dienen dem ALCO als Entscheidungsgrundlage für die Steuerung.

Erklärtes Ziel des Zinsrisikomanagements ist es, alle wesentlichen Zinsänderungsrisiken aus Aktiva, Passiva und Außerbilanzpositionen des Bankbuches zu erfassen. Dafür ist es notwendig, sowohl den Einkommenseffekt als auch den Barwerteffekt von Zinsänderungen mit Simulationsszenarien in Form von statischen und dynamischen Reports, welche zusätzlich das Neugeschäft einbinden, zu analysieren.

Folgende Zinsrisiken im Bankbuch treten im VBW Konzern auf:

Zinsbindungsfristenrisiko (repricing risk):

Das Zinsbindungsfristenrisiko entsteht aufgrund zeitlicher Unterschiede in der Restlaufzeit (zinsfixe Instrumente) bzw. in der Laufzeit bis zum nächsten Zinsfestsetzungszeitpunkt (zinsvariable Instrumente) von Forderungen, Verbindlichkeiten und off-balance Positionen. Es äußert sich darin, dass Veränderungen der Zinsen zu Änderungen des aktuellen Barwertes und des zukünftigen Ertrages der Banken führen.

Zinskurvenrisiko (yield curve risk):

Das Zinskurvenrisiko ergibt sich aus nachteiligen Änderungen in einer Zinsstrukturkurve, wie beispielsweise eine Parallelverschiebung, eine Änderung der Steigung oder eine Änderung der Krümmung.

Zinsanpassungs-Basisrisiko (basis risk):

Das Basisrisiko resultiert in diesem Zusammenhang aus nicht perfekten Korrelationen eingemommener und aufgewendeter Zinsraten verschiedener Finanzinstrumente bei an sonst gleichen Merkmalsausprägungen wie z.B. gleiche Fristigkeiten.

Credit Spread Risiko

Der Credit Spread definiert sich als Aufschlag auf den risikolosen Zins, den der Käufer eines Wertpapiers als Risikoprämie dafür erhält, dass er nicht risikolos investiert. Der Credit Spread ergibt sich aus der Differenz des entsprechenden Zinssatzes (Referenzzinssatz) zum risikolosen Zinssatz. Das Credit Spread Risiko entsteht demnach aus den Schwankungen der Vermögensbarwerte aufgrund sich im Zeitablauf verändernder Credit Spreads.

Bei den für das Credit Spread Risiko relevanten Geschäften handelt es sich um Veranlagungen im Eigenbestand, ohne Forderungen an Kunden, mit langfristiger Behalteabsicht. Dies umfasst im Wesentlichen die Assetklassen Anleihen, Fonds, Kreditausfallversicherungen (CDS) sowie Schuldscheindarlehen.

Für diese Positionen des Strategischen Bankbuchs werden Risikokennzahlen für das Credit Spread Risiko berechnet. Die ermittelten Risikokennzahlen sind der Credit Spread Value-at-Risk (CS VaR) sowie Credit Spread Sensitivitäten.

Fremdwährungsrisiko ODP (offene Devisenpositionen)

Das Fremdwährungsrisiko ist das Risiko, dass sich die Werte offener Forderungen und Verbindlichkeiten in einer Fremdwährung durch Schwankungen der Wechselkurse ungünstig verändern.

Optionsrisiken (Explizites/Implizites Risiko von Optionalitäten)

Eine Option ist das Recht, aber nicht die Pflicht, des Optionsinhabers zu kaufen, zu verkaufen und in einer anderen Art die cash flows eines Finanzkontrakts zu verändern. Optionen können alleinstehend oder in andere Finanzinstrumente eingebettet sein.

Unter dem impliziten Risiko von Optionalitäten wird hier das Risiko aus in Forderungs-, Verbindlichkeits- und off-balance Positionen eingebetteten Optionen verstanden, wie beispielsweise Anleihen mit Kündigungsrecht.

Unter dem expliziten Risiko von Optionalitäten wird hier das Risiko aus alleinstehenden Optionen bezeichnet, wie beispielsweise Caps & Floors oder Swaptions.

Marktrisikoreporting

Marktrisikocontrolling im Handelsbuch

Kernstück der Risikoüberwachung stellt die tägliche Schätzung des möglichen Verlustes dar, welcher durch ungünstige Marktbewegungen entstehen kann. Diese Value at Risk Berechnungen werden im Risikomanagementsystem MUREX nach der Methode der historischen Simulation durchgeführt.

Bei der historischen Simulation werden jeweils auf die aktuelle Ausprägung der Risikofaktoren die historisch beobachteten Veränderungen aufgeschlagen. Dadurch erhält man hypothetische Ausprägungen der Marktrisikofaktoren, welche als Basis für die Ermittlung des Value at Risks dienen.

Im nächsten Schritt wird das aktuelle Portfolio mit den zuvor generierten Szenarien bewertet. Dadurch erhält man hypothetische Portfoliowerte, welche zur Berechnung der profit and loss-Verteilung herangezogen werden, indem die Differenzen zwischen hypothetisch künftigem und aktuell beobachtetem Portfoliowert gebildet werden. Der VaR resultiert durch Anwendung des entsprechenden Quantils auf die empirisch ermittelte profit and loss-Verteilung.

Die verwendete Zeitreihenlänge entspricht der gesetzlichen Mindestanforderung von einem Jahr, die Höhe des VaR resultiert aus dem 1 % Quantil der hypothetischen profit and loss-Verteilung.

Die folgende Tabelle zeigt den VaR (99 % Konfidenzniveau, Haltedauer 1 Tag) im Handelsbuch für das Jahr 2015, aufgeteilt nach Risikoarten:

31.12.2015	Zinsen	Währung	Volatilität	Gesamt
EUR Tsd.				
Handelsbuch	103	0	74	137

Die Plausibilität und Verlässlichkeit der VaR Kennzahlen wird durch Rückvergleiche (Backtesting) täglich überprüft. Dabei werden die prognostizierten Verluste ex post mit den tatsächlich eingetretenen Handelsergebnissen verglichen. Eine Ausnahme (Ausreißer) liegt dann vor, wenn ein negatives Handelsergebnis den vom Modell ermittelten potenziellen Risikobetrag übersteigt.

Die Rückvergleiche im VBW Konzern basieren auf hypothetischen Handelsergebnissen, bei denen von einem konstant gehaltenen Portfolio ausgegangen wird. Dabei wird am Folgetag eine Neubewertung des der VaR-Berechnung zugrunde liegenden Portfolios mit aktuellen Marktrisikofaktoren durchgeführt. Im Jahr 2015 kam es zu einem Backtesting Ausreißer.

Zentrales Element der Marktrisikosteuerung bildet eine vom Vorstand genehmigte Limitstruktur, welche die Risiko- und Treasurystrategie widerspiegelt.

Neben dem VaR werden zusätzlich noch eine Reihe weiterer Risikokennziffern täglich errechnet. Diese umfassen im Wesentlichen Zinssensitivitäten und Optionsrisikokennziffern (Delta, Gamma, Vega, Rho).

Volumenlimite für sämtliche Währungen begrenzen das Liquiditätsrisiko. Zusätzlich existieren noch Management-Action-Triggers und Stop-Loss-Limite. Es stehen die Frontoffice- und Risikomanagementsysteme MUREX und Bloomberg TOMS für das tägliche Risikocontrolling zur Verfügung. Als Unterstützung für die Bewertung von strukturierten Produkten wird zusätzlich der externe Preisrechner UnRisk verwendet.

Stresstesting

Da Ergebnisauswirkungen von Extremsituationen durch den VaR nicht abgedeckt werden können, werden monatlich bzw. anlassbezogen umfangreiche Stresstests über alle Portfolios des Handelsbuches durchgeführt.

Durch Krisentests erhält man einerseits eine Abschätzung, ob die Eigenmittel der Bank potenzielle große Verluste absorbieren können, andererseits können notwendige Maßnahmen ergriffen werden, mit denen die Bank ihr Risiko vermindern und ihr Eigenkapital erhalten kann.

Der VBW Konzern wendet unterschiedliche Methoden der Szenariengenerierung an, wobei diese in zwei Kategorien - portfoliounabhängige und portfolioabhängige Methoden - eingeteilt werden:

Portfoliounabhängige Szenarien, wie bspw. Parallelshifts, Kurvendrehungen oder auch Rekonstruktionen historischer Krisen werden bei jedem Krisentest unverändert auf das aktuelle Portfolio angewendet.

Portfolioabhängige Szenarien versuchen möglichst unvorteilhafte Auswirkungen für das aktuelle Portfolio zu finden. Im VBW Konzern werden solche Szenarien subjektiv und empirisch gesucht.

Bewertungen

Sämtliche Positionen des Handelsbuches werden im Frontoffice- und Risikomanagementsystemen MUREX geführt bzw. bewertet. MUREX verfügt über eine Realtime-Marktdatenanbindung, wodurch eine Bewertung mit aktuellen Marktpreisen gewährleistet wird. Produkte ohne direkte Preisquotierung werden über verschiedene Pricingmodelle unter Verwendung aktueller Marktparametern bewertet. Für die Bewertung komplexer Derivate steht der externe Preisrechner UnRisk zur Verfügung.

Durch die oben beschriebenen Systeme ist eine tägliche, unabhängige Bewertung der Handelsbuchpositionen sichergestellt.

Sämtliche Regeln und organisatorische Abläufe im Zusammenhang mit der Messung und Überwachung der Marktrisiken sind im Verbundhandbuch Marktrisiko ZO des VBW Konzerns zusammengefasst.

Zinsänderungsrisiko im Bankbuch

Das Risikocontrolling erfasst alle wesentlichen Formen der Zinsänderungsrisiken wie z.B. Basis- und Optionsrisiken. Alle zinssensitiven Positionen des VBW Konzerns werden einbezogen. Das Ziel des Risikocontrollings besteht darin, die Zinsänderungsrisiken der Bank innerhalb bestimmter, von der Bank selbst festgelegter Parameter zu halten.

Positionen mit unbestimmter Zinsbindung, dies sind vor allem die Bodensatzprodukte Spargelder und Giroeinlagen, aber auch Darlehen ohne Laufzeitende, werden mittels Fiktionen in die Risikomessung einbezogen. Die Annahmen wurden durch statistischer Analysen oder Erfahrungswerte ermittelt bzw. durch Expertenmeinungen gebildet. Die getroffenen Annahmen werden dokumentiert, stetig eingehalten und regelmäßig auf ihre Gültigkeit überprüft. Abweichungen, sofern sie sachlich gerechtfertigt sind, werden ebenso dokumentiert und angezeigt. Zur Approximation des Basisrisikos innerhalb der Gap Ablauf-Reports werden Produkte (Interest Rate Swaps, Bonds, Darlehen), deren Zinsbindung ungleich der Zinsanpassung und größer/gleich ein Jahr ist, über replizierende Fixzinsportfolios in die Laufzeitbänder gestellt. Dies sind jene Positionen mit einer Zinsbindung an die Sekundärmarktrendite (SMR) oder an einen Constant Maturity Swap (CMS).

Risikoreports

Ein wichtiger Baustein des Reportings ist der Gap Report, welcher auch die Basis für die Zinsrisikostatistik nach der Methode Zinsbindungsbilanz bildet. Zur Ermittlung der Gaps werden zinssensitive Produkte nach ihren Restlaufzeiten bzw. ihren Zinsfestsetzungszeitpunkten den entsprechenden Laufzeitbändern zugeordnet.

Zusätzlich wird ein Gap Report, welcher das Basisrisiko z.B. von Positionen, welche an die Sekundärmarktrendite gebunden sind, durch replizierende Fixzinsportfolios approximiert, erstellt.

Um weitere Kennzahlen zu erhalten werden zusätzlich Barwert Reports erstellt. Neben Parallelverschiebungen kommen auch Drehungen der Zinskurven zum Einsatz. Diese Szenarien und Stresstests werden regelmäßig auf ihre Gültigkeit geprüft und können ergänzt oder ersetzt werden.

Derzeit werden folgende Szenarien durchgeführt

Parallelverschiebung um +1 Bp, +10 Bp, +25 Bp und +50 Bp

Parallelverschiebung um –1 Bp, –10 Bp, –25 Bp und –50 Bp

Unter Stresstesting wird die Entwicklung von Szenarien für extreme Marktbedingungen verstanden. Zinsschocks, die zu außerordentlichen Verlusten des Institutes führen können, sind ein fixer Bestandteil der Stresstests im Risikocontrolling.

Derzeit werden folgende Stresstests durchgeführt

- Parallelverschiebung um +100 Bp und +200 Bp

- Parallelverschiebung um –100 Bp und –200 Bp

- Drehung / Geldmarkt +100 Bp

- Kapitalmarkt –100 Bp

- Im Rahmen des ICAAP werden halbjährlich Gesamtbank-Risikostresstests durchgeführt. Die angewandten Szenarien (milde und schwere Rezession) werden vorab festgelegt und überprüft.

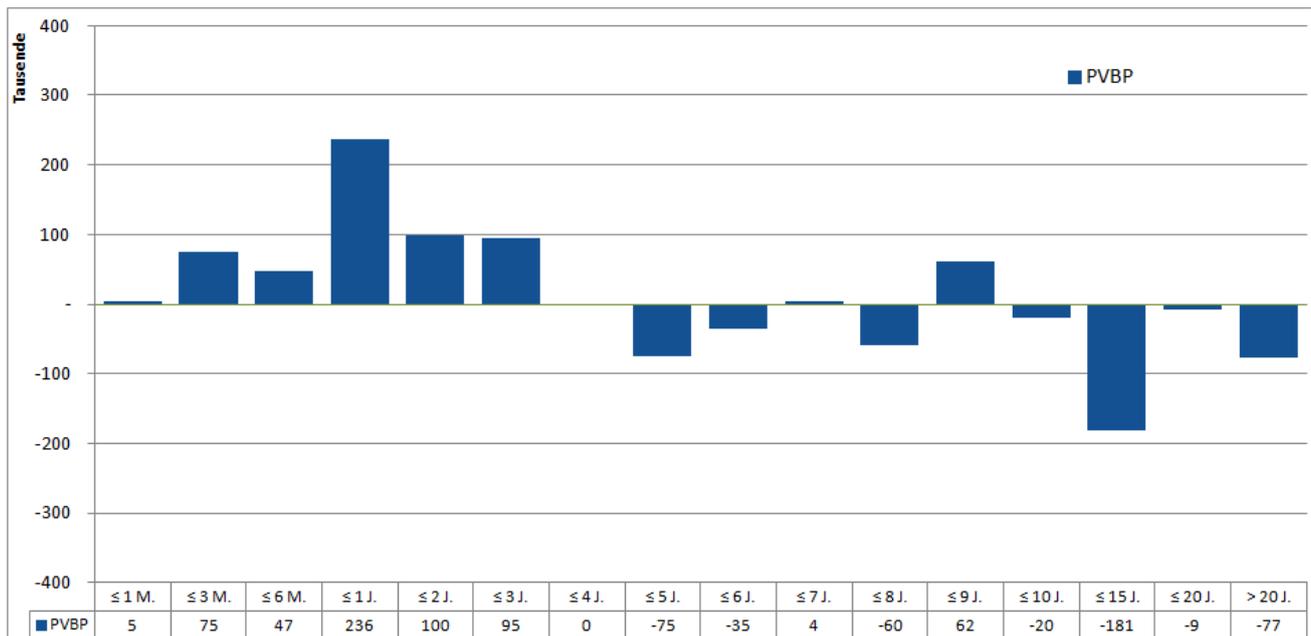
Im VBW Konzern erfolgt die Limitierung mittels Zinssensitivitätslimits (PVBPs) und Gapvolumenlimiten.

Das barwertige Zinsänderungsrisiko (aufsichtsrechtliche Betrachtung nach OeNB Standardverfahren) betrug per 31. Dezember 2015 im VBW Konzern 2,52 %.

Zum Ultimo stellen sich die Zinssensitivitäten (barwertiges Zinsänderungsrisiko) – Auswirkung der Verschiebung der Zinskurve um einen Basispunkt – des VBW Konzerns aufgliedert nach den wichtigsten Währungsräumen wie folgt dar:

Währung	31.12.2015
EUR Tsd.	
EUR	199
USD	1
CHF	-35
JPY	-1
GBP	0
Sonstige	2
Gesamt	166

In der folgenden Graphik ist das Zinsänderungsrisiko per 31.12.2015 anhand der Risikokennzahl PVBP dargestellt. Der Gesamt-PVBP betrug EUR 166 Tsd.:



in Tsd. EUR

Credit Spread Risiko

Besonderes Augenmerk wird dem Credit Spread Risiko im Strategischen Bankbuch (Strategische Bankbuchpositionen - SBBP) gewidmet. Dieses umfasst im Wesentlichen sämtliche im Eigenbestand befindlichen Anleihen, Fonds, Kreditausfallsversicherungen (Credit Default Swaps) und Schuldscheindarlehen. Für die Positionen des SBBP ist ein monatliches Reporting implementiert. Ein detaillierter Risikobericht wird im Rahmen des quartalsweisen Risikoreportings dem Vorstand zur Kenntnis gebracht. Dieser SBBP Risikobericht gliedert sich in einen Bestands- und in einen Risikoteil.

Das Bestandsreporting der SBBP beschreibt die Assets hinsichtlich ihrer Markt- und Buchwerte und stellt sie in Strukturanalysen nach unterschiedlichen Merkmalsausprägungen, wie z.B. Assetklassen, IFRS- und UGB-Treatments, Bonitäten, Sektoren oder Laufzeiten dar. Sämtliche Bestände sind für den jeweiligen Quartalsultimo dargestellt.

Portfoliostruktur nach IAS 39 Kategorien

EUR Tsd.	Bond	Syndicated loan & SSD	Fund & Equity	CLN	Gesamt
31.12.2015					
At fair value through profit or loss	0	0	0	0	0
Available for sale	1.570.073	0	40.673	0	1.610.745
Held to maturity und loans & receivables	69.747	74.596	0	0	144.343
Gesamt	1.639.819	74.596	40.673	0	1.755.088
31.12.2014					
At fair value through profit or loss	0	0	0	0	0
Available for sale	54.166	0	15.721	0	69.887
Held to maturity und loans & receivables	0	0	0	0	0
Gesamt	54.166	0	15.721	0	69.887
1.1.2014					
At fair value through profit or loss	0	0	0	0	0
Available for sale	7.305	0	78.789	1.000	87.094
Held to maturity und loans & receivables	0	0	0	0	0
Gesamt	7.305	0	78.789	1.000	87.094

Der bilanzielle Teil des Strategischen Bankbuchs entspricht dem kapitalmarktfähigen Teil der Finanzinvestitionen. Zuzüglich des außerbilanziellen Teils der Strategischen Bankbuchpositionen beinhalten die Werte im SBBP Reporting nur teilweise Zinsabgrenzungen. Im Strategischen Bankbuch werden gehaltenes Partizipationskapital, nicht kapitalmarktfähige Bonds sowie kurzlaufende Staatspapiere nicht erfasst, da diese mehr aus technischen oder regulatorischen Erfordernissen und weniger aus strategischen Überlegungen heraus gehalten werden.

Top 10 bilanzielle Exposures im öffentlichen Sektor

EUR Tsd.	Available for sale	Held to maturity und loans & receivables	Loans and receivables	Gesamt
31.12.2015				
Österreich	776.569	0	0	776.569
Italien	123.281	20.000	0	143.281
Polen	100.180	4.462	0	104.642
Schweiz	0	0	74.596	74.596
Tschechien	54.212	0	0	54.212
Belgien	45.959	4.983	0	50.942
Portugal	44.717	0	0	44.717
Spanien	40.728	0	0	40.728
Ungarn	32.034	0	0	32.034
Litauen	26.084	0	0	26.084
Gesamt	1.243.763	29.445	74.596	1.347.804
31.12.2014				
Österreich	3.132	0	0	3.132
Polen	2.064	0	0	2.064
Finnland	2.001	0	0	2.001
Tschechien	1.117	0	0	1.117
Niederlande	1.051	0	0	1.051
Gesamt	9.364	0	0	9.364
1.1.2014				
Österreich	5.250	0	0	5.250
Gesamt	5.250	0	0	5.250

Außerbilanzielles Exposure (CDS) im öffentlichen Sektor

EUR Tsd.	Verkaufte Sicherheit		Gekaufte Sicherheit		Gesamt Netto	
	Nominale	Marktwert	Nominale	Marktwert	Nominale	Marktwert
31.12.2015						
Ungarn	0	0	-29.185	12	-29.185	12
Gesamt	0	0	-29.185	12	-29.185	12
31.12.2014						
Gesamt	0	0	0	0	0	0
1.1.2014						
Gesamt	0	0	0	0	0	0

Das größte Exposure im öffentlichen Sektor besteht gegenüber dem Staat Österreich. Die europäischen Peripheriestaaten (Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien) machen ca. 13 % des Gesamtexposures der Strategischen Bankbuchpositionen aus. Hievon hält der VBW Konzern das größte Exposure gegenüber Italien gefolgt von Portugal und Spanien. Außerbilanzielles Exposure in Form von CDS besteht nur gegenüber Ungarn. Im Strategischen Bankbuch besteht kein Exposure gegenüber den Staaten Griechenland und Irland.

Portfolioverteilung nach Bonität

EUR Tsd.	31.12.2015	31.12.2014	1.1.2014
1A	1.090.485	39.549	14.532
1B-1C	182.344	2.630	1.941
1D-2A	60.258	4.591	45.443
2B-3A	418.729	19.698	25.178
3B-4E (NIG)	2.437	3.418	0
5A-5E (Default)	835	0	0
kein Rating	0	0	0
Gesamt	1.755.088	69.887	87.094

Portfolioverteilung nach Sektoren

EUR Tsd.	31.12.2015	31.12.2014	1.1.2014
Finanzsektor	307.249	33.157	3.055
Öffentlicher Sektor	1.387.208	9.364	5.250
Unternehmen	40.673	11.645	0
keine Sektorzuordnung	19.958	15.721	78.789
Gesamt	1.755.088	69.887	87.094

Die Portfolioverteilung nach Sektoren zeigt, dass der Großteil des Exposures im Strategischen Bankbuch gegenüber Schuldnern der öffentlichen Hand besteht. Fonds werden aufgrund ihrer möglicherweise in unterschiedlichen Sektoren befindlichen Einzelbestandteile in der Zeile keine Sektorzuordnung erfasst.

Die Berechnung des CS VaR basiert auf einer historischen Simulation. Der Umfang der zugrundeliegenden Marktindizes wurde im Bereich der Staaten um Einzelindizes erweitert. Der CS VaR findet Eingang in das Risikoreporting und die Risikolimitierung der SBBP sowie im Rahmen der Gesamtbankrisikosteuerung in die Risikotragfähigkeitsrechnung und den Gesamtbankrisikostresstest. Die monatliche Risikolimitierung der SBBP ist in die RTFR Limitierung integriert.

Für die Berechnung des Credit Spread Risikos im Strategischen Bankbuch wird das Portfolio anhand der Kriterien Währung, Bonität und Sektor in 30 Risikocluster gegliedert, wobei Titel, die dem Finanz- und dem Euro-Unternehmenssektor zugeordnet sind, noch eine Differenzierung gemäß Seniorität erfahren. Darüber hinaus werden für den Euro-Raum spezifische Covered-Risikoindizes verwendet und 15 europäische Staaten mit individuellen Risikoclustern abgebildet. Auf Basis entsprechender Marktindizes und einer risikolosen Zinskurve wird für jeden Cluster der systemische Credit Spread gemessen. Diese historisch auf Tagesbasis verfügbaren Daten werden ab dem Jahr 2009 für die Berechnung herangezogen. Basierend auf diesen werden die monatlichen Veränderungen im Credit Spread berechnet, woraus mittels einer historischen Simulation der CS VaR ermittelt wird.

Für die Darstellung des Credit Spread Risikos im Risikoreport wird der Value at Risk der Liquidationssicht (99,9 %-Konfidenzniveau, Haltedauer 1 Jahr) und der Going-Concern-Sicht (95 %-Konfidenzniveau, Haltedauer 1 Jahr, ausschließlich für available for sale und fair-value-for-profit-and-loss gewidmete Portfoliobestandteile) ausgewiesen. Als zweites Risikokonzept ist analog für die oben beschriebenen Risikocluster und -faktoren eine Sensitivitätsanalyse (normiert) auf Basis eines 10 Bp-Shifts implementiert und im Risikoreporting SBBP dargestellt.

Für den VBW Konzern ergeben sich folgende Risikokennzahlen:

EUR Tsd.	Credit Spread Value at Risk	10 Basispunkte-Shift
31.12.2015	197.874	-13.369
31.12.2014	3.806	-407
1.1.2014	3.030	-265

Neben dem Bestands- und Risikoreporting nimmt die Durchführung diverser Stresstests eine bedeutende Stellung im Risikocontrolling für die SBBP ein. Dabei sind für das Risikocontrolling die verbundweit einheitlichen Vorgaben aus dem

volkswirtschaftlichen Konzernresearch maßgeblich. Die Stresstests finden halbjährlich statt. Weiters werden drei historische Stress-Szenarien basierend auf historischen EBA-Stress-Szenarien (Rezession 2001, Subprime-Krise und Europäische Staatenkrise) berechnet, die ebenfalls im Risikoreporting abgebildet sind.

Alle hier beschriebenen Modelle sind im Risikocontrolling Gegenstand regelmäßiger Backtestings und werden in Zusammenarbeit mit anderen maßgeblichen Stellen laufend weiterentwickelt.

f) Operationelles Risiko

Definition

Der VBW Konzern definiert das Operationelle Risiko nach Kapitel 4 Abs. 52 CRR als die Gefahr von Verlusten, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen, Systemen oder von externen Ereignissen eintreten. Darüber hinaus wird auch das Rechtsrisiko im operationellen Risiko berücksichtigt.

Organisation und Risikostrategie

Im VBW Konzern ist das Linienmanagement für das Management der operationellen Risiken verantwortlich. Dieses wird dabei durch Experten aus den Bereichen operationelles Risiko und internes Kontrollsystem unterstützt. Ziel ist, die Optimierung von Prozessen um die Eintrittswahrscheinlichkeit von operationellen Risiken zu verringern und/oder die Auswirkung operationeller Schäden zu reduzieren. Weiters ermöglicht eine enge Zusammenarbeit mit dem Security-, Safety- und Versicherungsmanagement eine optimale und umfassende Steuerung operationeller Risiken.

Zur Analyse operationeller Risiken werden sowohl quantitative als auch qualitative Methoden verwendet. Quantitative Methoden umfassen beispielsweise die Durchführung von Stresstest bzw. die Analyse von Risikoberichten. Bei signifikanter Häufung von Schäden in einzelnen Geschäftsbereichen erfolgen qualitative Risikoanalysen.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrollingfunktion

Abgeleitet aus der Risikostrategie gelten im VBW Konzern folgende Grundsätze und Prinzipien im OpRisk Management:

- Als oberstes Ziel für den gesamten OpRisk Managementprozess wird die Optimierung von Prozessen zur Verringerung der Eintrittswahrscheinlichkeit und/oder der Auswirkung operationeller Schäden festgeschrieben.
- Die Ereignisdokumentation erfolgt vollständig und angemessen verständlich in einer elektronischen Plattform, um sachverständigen Dritten die Möglichkeit zu geben, Nutzen daraus zu ziehen. Seit 2004 werden operationelle Ereignisse konzernweit in einheitlicher Form erfasst. Die daraus resultierende Transparenz über eingetretene Ereignisse ermöglicht eine aus der Historie abgeleitete Risikobewertung.
- Die Methoden, Systeme und Prozesse im OpRisk Management müssen unter Einhaltung von Konzernvorgaben, dem Proportionalitätsprinzip folgend, an das jeweilige Institut angepasst werden.
- Die Angemessenheit der Risiko-Steuerungs- und Überwachungsmaßnahmen sowie weiterer risikominimierender Maßnahmen wird laufend, zumindest jedoch jährlich, bewertet und an den Vorstand berichtet. Maßnahmen zur Risikosteuerung umfassen beispielsweise Bewusstseinsbildungsmaßnahmen/Schulungen, die Sicherstellung von Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität der Kunden- und Unternehmensdaten sowie die betriebliche Notfallplanung aber auch insbesondere die angemessene Trennung von Verantwortlichkeiten sowie die Beachtung des 4-Augenprinzips als Steuerungsmaßnahmen. Operationelle (Rest-) Risiken die nicht vermieden, vermindert oder transferiert werden, müssen formal und nachweislich durch die Geschäftsleitung akzeptiert werden.
- Die Effizienz des OpRisk Managements wird durch periodische und unabhängige Revisionsprüfungen bestätigt

Im VBW Konzern ist ein internes Kontrollsystem (IKS) nach dem international anerkannten COSO-Standard installiert. Es existieren detaillierte Beschreibungen der IKS-Abläufe und der Kontrollmaßnahmen. Die Verantwortlichkeiten und Rollen in Bezug auf das IKS sind klar definiert. Für das IKS erfolgt ein regelmäßiges Reporting. Kontrollaktivitäten werden doku-

mentiert und überprüft, die IKS-relevanten Risiken werden regelmäßig evaluiert und angepasst. Somit ist ein laufender Optimierungsprozess gewährleistet. Die Revision prüft in ihrer Funktion als unabhängige Überwachungsinstanz das interne Kontrollsystem. Geprüft werden die Wirksamkeit und Angemessenheit des IKS sowie die Einhaltung der Arbeitsanweisungen.

Ein Schwerpunkt 2015 lag in der Optimierung des OpRisk-Konzeptes im Volksbanken-Verbund nach § 30a BWG, um die Anforderungen des Standardansatzes verbundweit sicher zu stellen. Parallel dazu wurden Schulungen und Bewusstseinsmaßnahmen durchgeführt.

g) Liquiditätsrisiko

Definition

Unter Liquiditätsrisiko wird die Gefahr verstanden, Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt der Fälligkeit nicht nachkommen zu können bzw. die erforderliche Liquidität bei Bedarf nicht zu den erwarteten Konditionen beschaffen zu können. Die Steuerung des Liquiditätsrisikos erfolgt durch die Überwachung von Überhängen aus der Zuordnung von cash flows aller Aktiv- und Passivposten zu definierten Laufzeitbändern.

Organisation und Strategie

Den gesetzlichen Vorgaben, Trennung Markt und Marktfolge, entsprechend wird das Liquiditätsmanagement und -steuerung im Sinne einer ganzheitlichen ALM-Betrachtung im Bereich Treasury durchgeführt. Die Überwachung und Limitierung des Liquiditätsrisikos sowie die methodischen Vorgaben der Risikomessung werden vom Risikocontrolling wahrgenommen.

ALM Liquiditätsmanagement

Das ALM Liquiditätsmanagement umfasst die Teilbereiche Operatives Liquiditätsmanagement, Liquiditätssteuerung und -strategie und ist sowohl für die operative Liquiditätssteuerung, das kurzfristige Reporting als auch das langfristige, strategische Liquiditätsmanagement verantwortlich. Das Liquiditätsmanagement ist die zentrale Stelle im VBW Konzern und im Volksbanken-Verbund für alle Liquiditätsfragen. Dazu gehören im Besonderen das Pricing von Liquidität (Transferpricing), das konzern- und verbundweite zentrale Management von Collateral, die Festsetzung der Fundingstruktur, die Disposition der verfügbaren liquiden Mittel und die Verantwortung über die Einhaltung der Refinanzierungsstrategie.

Zusätzlich wird das Liquiditätsmanagement durch die Liquiditäts- und Fundingstrategie, das Liquiditätshandbuch und das Liquiditätsnotfallhandbuch dokumentiert.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrollingfunktion

Operatives Liquiditätsmanagement

Im operativen Liquiditätsmanagement werden unter Einsatz verschiedener implementierter Instrumentarien sowie Tools die Einhaltung der Vorgaben des Risikocontrollings der gesetzlichen Vorschriften, das tägliche Reporting sowie die Liquiditätsversorgung im kurzfristigen Bereich der VBW und des Volksbanken-Verbundes sichergestellt.

Das operative Liquiditätsmanagement umfasst folgende wesentliche Aufgaben:

- Im Cash-Management wird unterstützt durch ein real-time Cash-Management-System, das Settlement aller Transaktionen des Verbundes sowie Disposition der von der VBW unterhaltenen Bankverbindungen in allen Währungen sichergestellt. Ein Abgleich der cash flows aus dem Cash-Management und der täglichen Liquiditätsplanung wird intraday durchgeführt. Zu den weiteren Aufgaben des Cash-Managements zählen das Monitoring diverser Zahlungsverkehrsplattformen inkl. der TARGET II – Plattform.

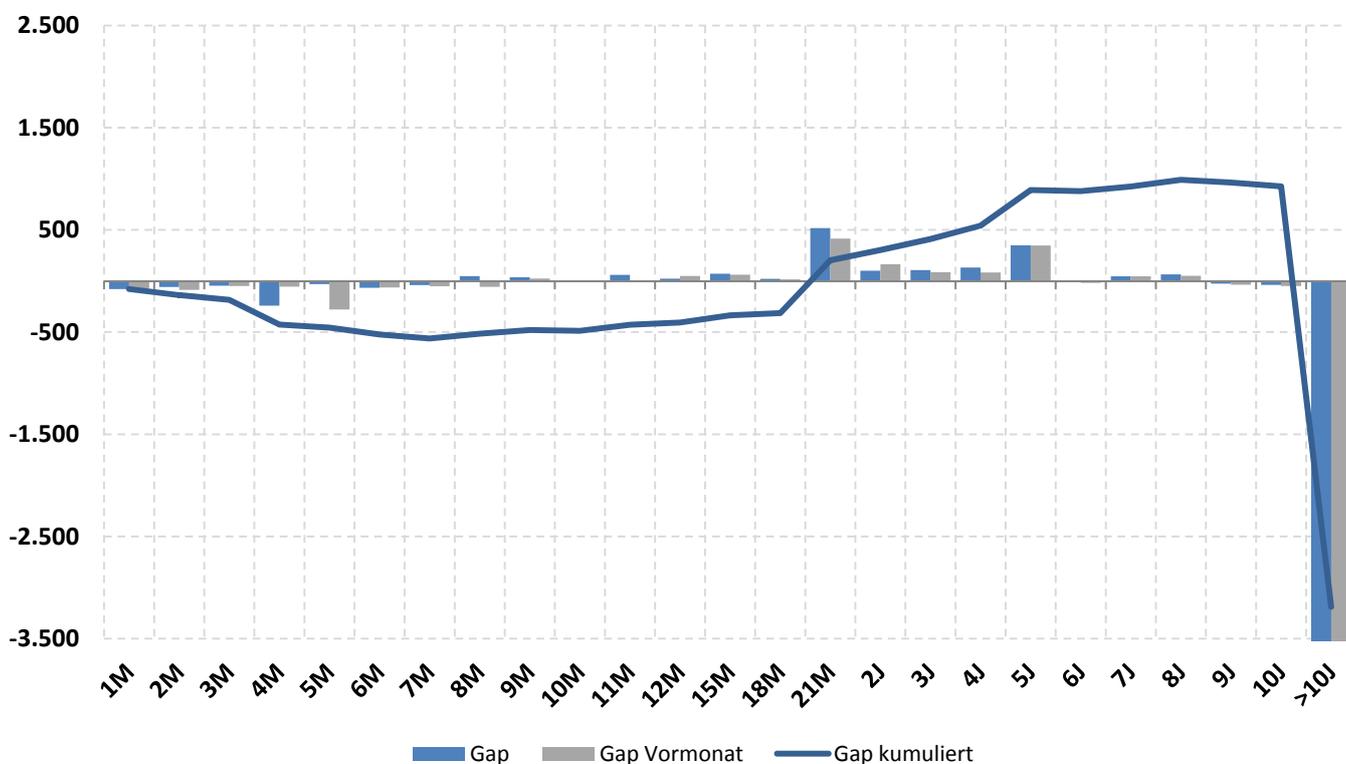
- Collateralmanagement ECB-fähiger Collaterals (eligible Bonds sowie Credit Claims) der VBW und des Verbundes und die Veranlassung/Nutzung der ECB Refinanzierungsmöglichkeiten ermöglicht, unter Berücksichtigung der Planungsdaten und Cash-Management-Erfordernisse sowie der regulatorischen Erfordernisse gemäß § 25 BWG, die optimale Nutzung des Sicherheitenbestandes.
- Eine tägliche Liquiditätsvorschau für die nächsten 31 Tage und wöchentlich für die nächsten 12 Monate für alle relevanten Währungen wird mittels eines Planungstools erstellt. Dieses Tool ermöglicht weiters eine Vorschau-rechnung unter Einbeziehung des Verbundes auf Basis von Netto cash flows auf Produktebene. Die tägliche Modellierung der cash flows wird auf Produktebene durchgeführt und beinhaltet markt-, instituts- und produktspezifische Gegebenheiten sowie eine tägliche Bewertung aller in Fremdwährung abgebildeten Positionen, um den Liquiditätsbedarf aus Währungsschwankungen abbilden zu können.
- Die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen des § 25 BWG und der CEBS-Leitlinien für die VBW und auf Verbundebene im Zusammenhang mit dem Management der ECB-Collaterals und der Überwachung der liquiden Mittel sind ein weiterer Bestandteil des operativen Liquiditätsmanagements.
- Das Monitoring der Refinanzierungspositionen des Verbundes in allen Währungen sowie das mit Genehmigung des § 30a BWG von der VBW in Kraft gesetzte Kontrollsystem Liquidität für die Verbundbanken – u.a. Liquiditätsmeldungen, Refinanzierungssteuerung, Collateralnutzung, Frühwarnsystem – sind ein weiterer Bestandteil des operativen Liquiditätsmanagements.
- Planung und Einhaltung der Mindestreservevorschriften (Erfüllung) für die VBW und den Volksbanken-Verbund unter Berücksichtigung der Liquiditätsplanung sowie das regelmäßige Reporting an den Vorstand ergänzen den Aufgabenbereich.

Liquiditätsrisikocontrolling

Risikoreports

Zur Darstellung des strukturellen Liquiditätsrisikos erstellt die Abteilung Markt- und Liquiditätsrisiko einen Liquidity Gap Report. Sowohl deterministische und stochastische Kapital cash flows wie auch Zins cash flows von on- und off-balance sheet Produkten werden dabei berücksichtigt. Die cash flows werden zunächst in ihrer Ursprungswährung berechnet bzw. modelliert und anschließend aggregiert und auf EURO umgerechnet. Mit der GAP-Methodik werden aus den kumulierten Zahlungsströmen Über- und Unterdeckungen identifiziert und analysiert. Der Report visualisiert die netto cash flows pro Laufzeitband, den kumulierten cash flow sowie den Liquidity Buffer. Der Liquidity Buffer entspricht dem Belehnwert der unbelasteten bei den Zentralbanken hinterlegten und akzeptierten Assets bzw. Collaterals sowie den Kassabestand und der Barreserve bei der OeNB.

Liquidity Gap Report VBW Konzern per 31. Dezember 2015 in EUR Mio.



Durch Addition von inflows und (negativen) outflows ergibt sich der Gap als Nettozahlungsfluss per Laufzeitband. Der Zeitpunkt, an dem zum ersten Mal ein negativer kumulierter Gap nicht mehr durch den Liquiditätspuffer (frei verfügbare Assets, die als strichlierte Linie dargestellt sind) ausgeglichen werden könnte, ist die Survival Period. Die Survival Period ist wie in der Abbildung dargestellt größer als 10 Jahre.

Neben dem Real Case Szenario werden zusätzlich Stress Szenarien gerechnet. Wie von CEBS vorgegeben handelt es sich dabei um einen Banken-, einen Markt- und einem kombinierten-Stress. Der Liquidity Buffer wird in diesen Fällen hinsichtlich seiner ausreichenden Deckung gestresst.

Die Limitierung des strukturellen Liquiditätsrisikos erfolgt im Real Case Szenario und in den Stress Szenarien mittels der Structural Survival Period und der Net Concentration Ratio. Die Structural Survival Period beschreibt jene Periode bis zu der das Institut fähig ist seine fälligen Auszahlungen durch Einzahlungen und den Liquidity Buffer zu bedienen. Zusätzliche Funding Maßnahmen sind hier nicht berücksichtigt und würden die Structural Survival Period verlängern. Die Net

Concentration Ratio ist der netto cash flow der cash in flows und cash out flows für ein bestimmtes Laufzeitband im Verhältnis zum Liquidity Buffer.

LCR & NSFR

Das Ziel der Liquidity Coverage Ratio (LCR) ist die Sicherstellung der kurzfristigen Zahlungsfähigkeit von Banken unter Stressbedingungen. Die Net Stable Funding Ratio (NSFR) zielt auf die strukturelle, mittel- bis langfristige Liquiditätsposition von Banken ab und soll die von Banken eingegangene Liquiditätsfristentransformation begrenzen.

Seit 31. März 2014 wird die LCR & NSFR an die Aufsicht gemeldet und ist integrierter Bestandteil in der Risikosteuerung und dem Risikoreporting.

Mit Stichtag 31. Dezember 2015 betrug die LCR in der VBW 101 %.

h) Beteiligungsrisiko

Unter Beteiligungsrisiko versteht der VBW Konzern das Risiko, dass eine gehaltene Beteiligung ausfällt oder an Wert verliert. Da dieses Risiko für den Konzern wesentlich ist, wird es quantifiziert und in der Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigt. Das Beteiligungsrisiko wird dazu in folgende Ausprägungen unterteilt:

- Ausfallrisiko von Beteiligungen
- Abwertungsrisiko von Beteiligungen
- FX-Risiko aus Beteiligungen

Das Ausfallrisiko von Beteiligungen wird über das Credit Value at Risk Modell berechnet und im Zuge des Kreditrisikoreportings auch berichtet (siehe Kapitel d) Kreditrisiko), wobei nicht nur klassische Beteiligungen sondern auch Kredite an diese Beteiligungen, die der IAS 24 Related Parties Definition entsprechen, in dieser Risikoart berücksichtigt werden.

Das Abwertungsrisiko von Beteiligungen wird mittels Abschlägen von den Buchwerten der Beteiligungen in der Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigt.

Das FX-Risiko aus Beteiligungen beschreibt das Risiko der Wertänderung konsolidierter Kernkapitalbestandteile in Nicht-EUR-Währungen aufgrund von Wechselkursschwankungen und wird mittels Value at Risk über das interne Marktrisiko-modell berechnet.

i) Sonstige Risiken

An sonstigen Risiken sieht sich der VBW Konzern dem strategischen Risiko, dem Reputationsrisiko, dem Eigenkapitalrisiko und dem Business-Risiko gegenüber.

Das strategische Risiko ist das Risiko einer negativen Auswirkung auf Kapital und Ertrag durch geschäftspolitische Entscheidungen oder mangelnde Anpassung an Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld.

Das Reputationsrisiko ist die Gefahr negativer Auswirkungen auf das Bankergebnis durch einen Reputationsverlust und einen damit verbundenen negativen Effekt auf die Stakeholder (Aufsicht, Eigentümer, Gläubiger, Mitarbeiter, Kunden).

Unter Eigenkapitalrisiko versteht der VBW Konzern die Gefahr einer unausgewogenen Zusammensetzung des bankinternen Eigenkapitals hinsichtlich Art und Größe der Bank oder Schwierigkeiten, zusätzliche Risikodeckungsmassen im Bedarfsfall schnell aufnehmen zu können.

Das Business Risk (Ertragsrisiko) ist das Risiko aus der Volatilität der Erträge und damit die Gefahr, die remanenten Fixkosten nicht mehr (vollständig) abdecken zu können.

Die sonstigen Risiken besitzen zwar keine wesentliche Bedeutung für den VBW Konzern, sind aber aufgrund der Geschäftstätigkeit immanent. Zur Steuerung der sonstigen Risiken sind vor allem organisatorische Maßnahmen implementiert.

Zur Abschirmung der sonstigen Risiken wird daher über das ökonomische Gesamtbankrisikolimit ein Kapitalpuffer definiert.

50) Vollkonsolidierte verbundene Unternehmen ¹⁾

<u>Gesellschaftsname; Sitz</u>	<u>GesArt*</u>	<u>Anteil am Kapital</u>	<u>Anteil am Stimmrecht</u>	<u>Nennkapital in EUR Tsd.</u>
3V-Immobilien Errichtungs-GmbH; Wien	HD	100,00 %	100,00 %	35
Gärtnerbank Immobilien GmbH; Wien	HD	100,00 %	100,00 %	35
GB IMMOBILIEN Verwaltungs- und Verwertungs-GmbH; Wien	HD	100,00 %	100,00 %	35
VB Rückzahlungsgesellschaft mbH; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	35
VB Services für Banken Ges.m.b.H.; Wien	HD	98,89 %	98,89 %	327
Verwaltungsgenossenschaft der IMMO-BANK eG; Wien	SO	88,85 %	88,85 %	3.915
VOBA Vermietungs- und Verpachtungsges.m.b.H.; Baden	HD	99,00 %	99,00 %	36
VVG Vermietung von Wirtschaftsgütern Gesellschaft m.b.H.; Wien	FI	100,00 %	100,00 %	872

¹⁾ bei allen vollkonsolidierten Unternehmen liegt Kontrolle vor.

51) Beteiligungsunternehmen bewertet at equity

<u>Gesellschaftsname; Sitz</u>	<u>GesArt*</u>	<u>Anteil am Kapital</u>	<u>Anteil am Stimmrecht</u>	<u>Nennkapital in EUR Tsd.</u>
IMMO-Bank Aktiengesellschaft; Wien	KI	22,87 %	22,87 %	11.835
Volksbank Gewerbe- und Handelsbank Kärnten eGen; Klagenfurt	KI	31,85 %	31,85 %	27.495

52) Nichtkonsolidierte verbundene Unternehmen

<u>Gesellschaftsname; Sitz</u>	<u>GesArt*</u>	<u>Anteil am Kapital</u>	<u>Anteil am Stimmrecht</u>	<u>Nennkapital in EUR Tsd.</u>
Immo-Contract Baden Maklergesellschaft m.b.H.; Baden	SO	100,00%	100,00%	175
UVB-Holding GmbH; Wien	SO	100,00%	100,00%	35
VB ManagementBeratung GmbH; Wien	SO	100,00%	100,00%	36
VBKA-Holding GmbH; Wien	SO	100,00%	100,00%	35
VOME Holding GmbH; Wien	HO	100,00%	100,00%	35

*Abkürzung GesArt

KI	Kreditinstitut
FI	Finanzinstitut
HD	bankbezogener Hilfsdienst
SO, HO	sonstige Unternehmen

BILANZEID

Erklärung aller gesetzlicher Vertreter

Wir bestätigen nach bestem Wissen, dass der im Einklang mit den maßgebenden Rechnungslegungsstandards aufgestellte Konzernabschluss ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt, dass der Konzernlagebericht den Geschäftsverlauf, das Geschäftsergebnis und die Lage des Konzerns so darstellt, dass ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns entsteht, und dass der Konzernlagebericht die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten beschreibt, denen der Konzern ausgesetzt ist.

Wien, 13. April 2016



DI Gerald FLEISCHMANN
Generaldirektor
Generalsekretariat, Organisation/IT,
Personalmanagement, Pressestelle, Risikocontrolling, Verbundstrategie



Dir. Josef PREISSEL
Generaldirektor-Stellvertreter
Compliance Office, Immobilientöchter, Integration/Operational Risk-Governance,
Recht, Revision, Risikomanagement Verbund, Risiko Retail/KMU,
Sanierungsmanagement, VB Services für Banken



Mag. Wolfgang SCHAUER
Vorstandsdirektor
Großkommerz, Marketing/Kommunikation,
Regionaldirektionen/Filialbetrieb, Treasury,
Vertriebsmanagement, Markt Service Center



Dr. Rainer BORNS
Vorstandsdirektor
Finanzen

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Bericht zum Konzernabschluss

Wir haben den beigefügten Konzernabschluss der

VOLKSBANK WIEN AG, Wien,

für das **Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2015 bis zum 31. Dezember 2015** unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Dieser Konzernabschluss umfasst die Konzernbilanz zum 31. Dezember 2015, die Konzerngesamtergebnisrechnung, die Konzerngeldflussrechnung und die Entwicklung des Konzerneigenkapitals für das am 31. Dezember 2015 endende Geschäftsjahr sowie den Konzernanhang.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Konzernabschluss und die Buchführung

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind für die Konzernbuchführung sowie für die Aufstellung eines Konzernabschlusses verantwortlich, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns in Übereinstimmung mit dem in Österreich anzuwendenden unternehmens- und bankrechtlichen Vorschriften sowie den International Financial Reporting Standards (IFRSs), wie sie in der EU anzuwenden sind, und den zusätzlichen Anforderungen der §§ 245a UGB sowie 59a BWG vermittelt. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung des Konzernabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von Bedeutung ist, damit dieser frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

Verantwortung des Konzernabschlussprüfers und Beschreibung von Art und Umfang der gesetzlichen Abschlussprüfung

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Konzernabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Standesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Konzernabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Konzernabschluss. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Konzernabschlussprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher Fehldarstellungen, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Konzernabschlussprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Konzernabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen des Konzerns abzugeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Konzernabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

Prüfungsurteil

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2015 sowie der Ertragslage des Konzerns und der Zahlungsströme des Konzerns für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2015 bis zum 31. Dezember 2015 in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRSs), wie sie in der EU anzuwenden sind und den sondergesetzlichen Bestimmungen.

Aussagen zum Konzernlagebericht

Der Konzernlagebericht ist auf Grund der gesetzlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Konzernabschluss in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben im Konzernlagebericht nicht eine falsche Vorstellung von der Lage des Konzerns erwecken. Der Bestätigungsvermerk hat auch eine Aussage darüber zu enthalten, ob der Konzernlagebericht mit dem Konzernabschluss in Einklang steht und ob die Angaben nach § 243a UGB zutreffen.

Der Konzernlagebericht steht nach unserer Beurteilung in Einklang mit dem Konzernabschluss. Die Angaben gemäß § 243a UGB sind zutreffend.

Wien, am 13. April 2016

KPMG Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

DDr. Martin Wagner
Wirtschaftsprüfer



Beschluss des Vorstandes

Der Vorstand des Österreichischen Genossenschaftsverbandes hat den vorliegenden Bericht der Prüfer über die Prüfung des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2015 einschließlich Konzernlagebericht der VOLKSBANK WIEN AG, Wien, zur Kenntnis genommen.

**Österreichischer
Genossenschaftsverband**
(Schulze-Delitzsch)

A handwritten signature in black ink, appearing to be a stylized 'H' or similar character, is written over the text of the Österreichischer Genossenschaftsverband.

EINZELABSCHLUSS VOLKSBANK WIEN AG

140	Bilanz zum 31. Dezember 2015
142	Gewinn- und Verlustrechnung
144	Anhang
170	Lagebericht
198	Bilanzzeit
199	Bestätigungsvermerk

Bilanz zum 31. Dezember 2015

Aktiva	31.12.2015		31.12.2014	
	EUR	EUR	TEUR	TEUR
1. Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken und Postgiroämtern		1.280.268.748,45		31.057
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere		983.272.680,98		10.533
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig	423.053.708,45		773.964	
b) sonstige Forderungen	2.358.442.178,03	2.781.495.886,48	6.662	780.626
4. Forderungen an Kunden		3.753.773.473,49		2.404.335
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) von öffentlichen Emittenten	6.949.921,24		0	
b) von anderen Emittenten	1.158.741.951,44	1.165.691.872,68	46.308	46.308
darunter: eigene Schuldverschreibungen EUR 807.590.049,08 (Vorjahr: TEUR 0)				
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		52.368.961,44		23.833
7. Beteiligungen		20.292.098,19		10.764
darunter: an Kreditinstituten EUR 10.716.991,06 (Vorjahr: TEUR 7.793)				
8. Anteile an verbundenen Unternehmen		25.720.010,52		6.804
darunter: an Kreditinstituten EUR 0,00 (Vorjahr: TEUR 0)				
9. Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens		4.435.650,30		10
10. Sachanlagen		64.056.036,72		51.287
darunter: Grundstücke und Bauten, die vom Kreditinstitut im Rahmen seiner eigenen Tätigkeit genutzt werden EUR 29.911.687,44 (Vorjahr: TEUR 25.360)				
11. Sonstige Vermögensgegenstände		482.524.698,42		11.701
12. Rechnungsabgrenzungsposten		5.252.733,11		8.152
darunter: Steuerabgrenzung gemäß § 198 UGB EUR 3.550.000,00 (Vorjahr: TEUR 5.754)				
SUMME DER AKTIVA		10.619.152.850,78		3.385.410
Posten unter der Bilanz				
1. Auslandsaktiva		1.274.047.806,08		74.861

Passiva	31.12.2015		31.12.2014	
	EUR	EUR	TEUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig	3.548.941.268,77		19.683	
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	509.398.825,75	4.058.340.094,52	55.474	75.157
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) täglich fällig	527.284.221,10		380.407	
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>1.095.393.752,32</u>		<u>1.089.053</u>	
	1.622.677.973,42		1.469.460	
b) sonstige Verbindlichkeiten				
aa) täglich fällig	2.223.219.266,03		1.362.778	
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>167.280.866,73</u>		<u>229.134</u>	
	2.390.500.132,76	4.013.178.106,18	1.591.912	3.061.372
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen	908.000.000,00		4.895	
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	549.975.000,00	1.457.975.000,00	0	4.895
4. Sonstige Verbindlichkeiten		620.136.571,15		6.430
5. Rechnungsabgrenzungsposten		9.158.081,05		193
6. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Abfertigungen	14.959.714,00		8.300	
b) Rückstellungen für Pensionen	6.583.666,81		5.436	
c) Steuerrückstellungen	200.000,00		0	
d) sonstig	92.774.556,57	114.517.937,38	14.597	28.333
6a. Fonds für allgemeine Bankrisiken		0,00		9.500
7. Ergänzungskapital gemäß Teil 2 Titel I Kapitel 4 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013		20.131.000,00		30.726
8. Gezeichnetes Kapital		107.477.250,00		56.454
9. Kapitalrücklagen				
gebundene		155.087.989,59		42.623
10. Gewinnrücklagen				
andere Rücklagen		25.089.409,61		25.061
11. Haftrücklage gemäß § 57 Abs 5 BWG		35.877.671,37		35.878
12. Bilanzgewinn		457.794,91		6.856
13. Unversteuerte Rücklagen				
a) Bewertungsreserve auf Grund von Sonderabschreibungen	1.700.003,75		1.877	
b) sonstige unversteuerte Rücklagen	25.941,27	1.725.945,02	55	1.932
SUMME DER PASSIVA		10.619.152.850,78		3.385.410
Posten unter der Bilanz				
1. Eventualverbindlichkeiten				
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten		485.227.822,54		227.904
2. Kreditrisiken		7.804.673.646,57		325.301
darunter: Verbindlichkeiten aus Pensionsgeschäften EUR 0,00 (Vorjahr: TEUR 0)				
3. Verbindlichkeiten aus Treuhandgeschäften		108.776.519,68		2.751
4. Anrechenbare Eigenmittel gem. Teil 2 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013		353.988.612,78		208.004
darunter: Ergänzungskapital gemäß Teil 2 Titel 1 Kapitel 4 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 EUR 23.492.738,17 (Vorjahr: TEUR 15.171)				
5. Eigenmittelanforderungen gemäß Art 92 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013		220.419.839,44		–
darunter: Eigenmittelanforderungen gemäß Art 92 Abs. 1				
lit a der Verordnung (EU) Nr. 575/2013		11,90 %		–
lit b der Verordnung (EU) Nr. 575/2013		11,90 %		–
lit c der Verordnung (EU) Nr. 575/2013		12,85 %		–
6. Auslandspassiva		178.217.944,19		62.967

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2015

	EUR	2015 EUR	TEUR	2014 TEUR
1. Zinsen und ähnliche Erträge		143.776.242,28		85.189
darunter: aus festverzinslichen Wertpapieren	13.973.612,74		4.358	
2. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-50.973.606,85		-29.884
I. NETTOZINSERTRAG		92.802.635,43		55.305
3. Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen				
a) Erträge aus Aktien, anderen Anteilsrechten und nicht festverzinslichen Wertpapieren	3.429.489,42		1.781	
b) Erträge aus Beteiligungen	1.321.527,78		311	
c) Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen	1.611.815,58	6.362.832,78	351	2.443
4. Provisionserträge		65.297.660,14		35.942
5. Provisionsaufwendungen		-25.997.428,32		-2.692
6. Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften		8.471.044,69		0
7. Sonstige betriebliche Erträge		113.292.649,80		2.232
II. BETRIEBSERTRÄGE		260.229.394,52		93.230
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	-67.365.497,08		-30.745	
bb) Aufwand für gesetzlich vorgeschriebene soziale Abgaben und vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-16.074.550,12		-8.361	
cc) sonstiger Sozialaufwand	-1.617.153,91		-774	
dd) Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-1.836.555,27		-1.113	
ee) Dotierung/Auflösung der Pensionsrückstellung	-749.468,52		312	
ff) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betrieblicheVorsorgekassen	1.487.141,64		-1.682	
	-86.156.083,26		-42.363	
b) sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)	-77.248.947,88	-163.405.031,14	-26.549	-68.912
9. Wertberichtigungen auf die in den Aktivposten 9 und 10 enthaltenen Vermögensgegenstände		-11.270.182,47		-4.882
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-71.418.142,90		-1.103
III. BETRIEBSAUFWENDUNGEN		-246.093.356,51		-74.897
IV. BETRIEBSERGEBNIS		14.136.038,01		18.333
11. Saldo aus Wertberichtigungen auf Forderungen und Zuführungen zu Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten sowie Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen und aus Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten		-753.497,36		-531
12. Saldo aus Wertberichtigungen und Erträge aus Wertberichtigungen auf Wertpapieren, die wie Finanzanlagen bewertet sind, sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen		-13.861.418,25		1.369
V. ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT (= ÜBERTRAG)		-478.877,60		19.171

	EUR	2015 EUR	TEUR	2014 TEUR
V. ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT				
(= ÜBERTRAG)		-478.877,60		19.171
13. Außerordentliche Erträge		9.500.000,00		2.850
darunter: Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	9.500.000,00		0	
14. Außerordentliche Aufwendungen		0,00		-6.737
darunter: Zuweisungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	0,00		-6.737	
15. Außerordentliches Ergebnis (Zwischensumme aus Posten 13 und 14)		9.500.000,00		-3.887
16. Steuern vom Einkommen und Ertrag		-2.421.726,12		-2.033
17. Sonstige Steuern, soweit nicht in Posten 16 auszuweisen		-2.182.341,39		-1.517
VI. JAHRESÜBERSCHUSS		4.417.054,89		11.734
18. Reinvermögensminderung durch Umgründung		-4.311.239,84		0
19. Rücklagenbewegung		284.386,29		-4.891
darunter: Dotierung der Haftrücklage	0,00		-5.029	
Auflösung der Haftrücklage	0,00		138	
VII. JAHRESGEWINN		390.201,34		6.843
20. Gewinnvortrag		67.593,57		13
VIII. BILANZGEWINN		457.794,91		6.856

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2015

Die Vergleichswerte des Vorjahres wurden auf volle Tausend Euro gerundet und sind im Anhang in Klammern angemerkt, in der Summenbildung sind daher Rundungsdifferenzen nicht auszuschließen. Die Vorjahreswerte sind auf Grund der Einbringung des abgespaltenen Teiles der Zentralorganisation (ZO) von der ehemaligen Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft und der Einbringung des Bankbetriebes der Volksbank Ost registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung und der Volksbank Obersdorf - Wolkersdorf - Deutsch-Wagram e. Gen. nicht aussagekräftig.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Allgemeine Grundsätze

Der Jahresabschluss der VOLKSBANK WIEN AG wurde vom Vorstand in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmens- und bankrechtlichen Vorschriften aufgestellt. Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, aufgestellt.

Allgemein

Um den wirtschaftlichen Herausforderungen in einem sich ändernden Marktumfeld einerseits und den steigenden regulatorischen Erfordernissen andererseits noch besser gerecht zu werden, haben die Primärinstitute des österreichischen Volksbankensektors durch Abschluss des Verbundvertrags 2012 einen Kreditinstitute-Verbund gemäß § 30a BWG im Jahr 2012 gebildet.

Zur Sicherstellung eines zukunftsfähigen Volksbanken-Verbundes mit dem Erhalt der Kernkompetenz als regional verwurzelter Finanzdienstleister, haben sich die Primärinstitute des österreichischen Volksbankensektors mit Grundsatzbeschluss vom Herbst 2014 entschlossen, eine strategische Neustrukturierung des Volksbanken-Verbundes vorzunehmen.

Kernelement der Neustrukturierung war zunächst die Spaltung der Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft in eine Abbaugesellschaft und die Übertragung ihrer Aufgaben als Zentralorganisation auf die Volksbank Wien-Baden AG (nunmehr VOLKSBANK WIEN AG) sowie der Abschluss des Verbundvertrags 2014. Die Übernahme des Teilbetriebs ZO aus der Spaltung erfolgte nach Eintragung im Firmenbuch mit 4.7.2015.

Weiteres Kernelement der Neustrukturierung ist die verpflichtende Herstellung einer Zielstruktur, bestehend aus acht Regionalbanken und zwei Spezialbanken, welche bis 31.12.2017 insbesondere durch Zusammenschlüsse von Primärinstituten umzusetzen ist. Mittelfristig soll diese Struktur zu einem kapitalmarktfähigen Volksbanken-Verbund führen.

Drittes Kernelement ist die vertragliche Hebung von maximal möglichen Synergien im Volksbanken-Verbund, insbesondere dadurch, dass bereits identifizierte Funktionen im Volksbanken-Verbund nur noch einmal verbundweit (und nicht mehr dezentral) erfüllt werden, sowie durch die Vereinfachung der Aufbau- und Ablauforganisation innerhalb des Volksbanken-Verbundes, all dies mit dem Ziel der verbundweiten Herstellung von zukunfts- und leistungsfähigen Regional-Volksbanken, um regional erfolgreicher und im Volksbanken-Verbund effizienter zu sein.

Die Mitglieder des Volksbanken-Verbundes haften untereinander unbeschränkt und es wurde vertraglich die anteilige Übernahme der Kosten und Risiken der ZO vereinbart. Die Bewilligung des Volksbanken-Verbundes als Kreditinstitute-Verbund gemäß § 30a BWG mit der VOLKSBANK WIEN AG als ZO (der „Volksbanken-Verbund“) erfolgte von der EZB mit Beschluss vom 2.7.2015 und wurde bis 30.6.2016 befristet. Es liegt daher noch keine Vorschreibung einer neuen SREP Ratio für den neu bewilligten Volksbanken-Verbund vor. Das Management der Bank geht von einer Verlängerung der Bewilligung aus. Dem Management der VOLKSBANK WIEN AG sind aktuell keine Sachverhalte bekannt, die auf eine Nichtverlängerung der Bewilligung bzw. Ablehnung einer Neugenehmigung schließen lassen.

Im Geschäftsjahr 2016 sind Fusionen der VOLKSBANK WIEN AG im Juli mit der Volksbank Weinviertel e.Gen. und der Volksbank Marchfeld e.Gen. und im November mit der Volksbank Südburgenland eG und der Volksbank Niederösterreich Süd eG geplant.

Die VOLKSBANK WIEN AG als Zentralorganisation iSd § 30a BWG ist Teil des Kreditinstitute-Verbundes (Haftungs- und Liquiditätsverbund).

Die aufsichtsrechtlichen Bestimmungen der Teile 2 bis 8 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 sowie § 39a BWG sind vom Volksbanken-Verbund auf Grundlage der konsolidierten Finanzlage zu erfüllen (§ 30a Abs. 7 BWG). Die VOLKSBANK WIEN AG hat weiterhin sämtliche aufsichtsrechtlichen Bestimmungen auf Einzelbasis zu erfüllen.

Mitte Mai 2015 erfolgte von Fitch ein Downgrade für den Volksbanken Verbund. Neben anderen österreichischen Banken wurde auch das Rating des Volksbankenverbundes einer Überprüfung im Hinblick auf die staatliche Unterstützung unterzogen. Dabei wurde das Rating von A auf BB herabgestuft. Die Ratingherabstufung hatte keine wesentlichen negativen Auswirkungen auf die Liquiditätssituation des Verbundes.

Ende August 2015 wurde der Volksbankenverbund von Fitch aufgrund des Ausscheidens der Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft aus dem Volksbanken-Verbund und der Neustrukturierung des Volksbanken-Verbundes neuerlich einem Rating unterzogen. Dabei wurde das Rating von BB- auf BB+ mit positivem Ausblick hinauf gesetzt.

Die Restrukturierungsvereinbarung 2015 zwischen u.a. der Republik Österreich („Bund“) und der VOLKSBANK WIEN AG, die durch eine Umsetzungsvereinbarung zwischen u.a. der VOLKSBANK WIEN AG, den Volksbanken sowie weiteren Aktionären der VOLKSBANK WIEN AG ergänzt wurde, regelt unter anderem eine Genussrechtsemission (das „Bundes-Genussrecht“) durch die VB Rückzahlungsgesellschaft mbH („VB RZG“), einer direkten Tochtergesellschaft der VOLKSBANK WIEN AG. Das Bundes-Genussrecht wurde zur Erfüllung jener Zusagen begeben, die gegenüber dem Bund zur Erlangung der beihilferechtlichen Genehmigung der Umstrukturierung durch die EU-Kommission abgegeben wurden.

Ausschüttungen der VB RZG auf das Bundes-Genussrecht liegen in der Disposition der VOLKSBANK WIEN AG als Alleingesellschafterin der VB RZG. Es besteht nach dem Bundes-Genussrecht kein Ergebnisanspruch. In diesem Zusammenhang wurde von Aktionären der VOLKSBANK WIEN AG Aktien an der VOLKSBANK WIEN AG (im Ausmaß von 25 % des Grundkapitals plus 1 Aktie) an den Bund ohne Gegenleistung übertragen. Die Übertragung der Aktien an den Bund erfolgte am 28. Jänner 2016. Der Bund ist verpflichtet, diese Aktien ohne Gegenleistung an die jeweiligen Aktionäre zurück zu übertragen, sobald die Summe der vom Bund erhaltenen Ausschüttungen auf das Bundes-Genussrecht und weiteren bestimmten anrechenbaren Beträgen einen bestimmten Betrag erreicht. Sollten die vom Bund zu bestimmten vertraglich fixierten Stichtagen erhaltenen Ausschüttungen auf das Bundes-Genussrecht unter Berücksichtigung bestimmter anrechenbarer Beträge (wie z.B. allfällige Ausschüttungen auf die vom Bund an der VOLKSBANK WIEN AG gehaltenen Aktien) bestimmte festgelegte Mindestsummen nicht erreichen (ein „Verfügungsfall“), ist der Bund berechtigt, über diese Aktien ohne weitere Gegenleistung frei zu verfügen und weitere Stammaktien der VOLKSBANK WIEN AG im Ausmaß von 8 % des Grundkapitals der VOLKSBANK WIEN AG ohne weitere Gegenleistung von Aktionären der VOLKSBANK WIEN AG einzufordern. Insgesamt können daher im Verfügungsfall bis zu 33 % plus 1 Aktie der Aktien an der VOLKSBANK WIEN AG in das (rechtliche und wirtschaftliche) Eigentum des Bundes übergehen und kann der Bund über diesen Aktienanteil frei verfügen (vorbehaltlich des eingeräumten Vorkaufsrechts). Für den Fall, dass das vom Bund eingeräumte Vorkaufsrecht durch einen von der VOLKSBANK WIEN AG namhaft gemachten Erwerber ausgeübt wird und neuerlich eine Mindestschwelle für die Summe der Ausschüttungen auf das Bundes-Genussrecht und der anrechenbaren Beträge verfehlt wird, haben sich Aktionäre der VOLKSBANK WIEN AG verpflichtet, dem Bund weitere Stammaktien der VOLKSBANK WIEN AG im Ausmaß der dem Bund zuvor übertragenen und von dem von der VOLKSBANK WIEN AG namhaft gemachten Käufer erworbenen Aktien der VOLKSBANK WIEN AG bei sofortiger freier Verfügungsbefugnis des Bundes zu übertragen.

Die VOLKSBANK WIEN AG hat gemäß ihrer vertraglichen Verpflichtungen gegenüber dem Bund bis 30. November eines jeden Jahres den Volksbanken einen Vorschlag für den von der VB RZG im folgenden Kalenderjahr auf das Bundesgenussrecht auszuschüttenden Gesamtbetrag und für den Gesamtbetrag der hierfür erforderlichen Beiträge der Primärbanken (Großmutterzuschüsse der Volksbanken und direkter Zuschuss der VOLKSBANK WIEN AG in die VB RZG) zu erstatten. Die VOLKSBANK WIEN AG wird gemäß dem Anteil ihres Retailsegments am Volksbanken-Verbund (Bilanzsumme UGB/BWG) belastet.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit eingehalten und bei der Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung beachtet und eine Fortführung des Unternehmens unterstellt.

Die Form der Gliederung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Dem Vorsichtsprinzip wurde Rechnung getragen, indem insbesondere nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen werden. Alle erkennbaren Risiken und drohende Verluste, die im Geschäftsjahr 2015 oder in einem früheren Geschäftsjahr entstanden sind, wurden soweit bekannt, berücksichtigt.

Die Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden wurden mit dem Nennwert angesetzt.

Für erkennbare Risiken bei Kreditnehmern wurden **Einzelwertberichtigungen** und Rückstellungen gebildet. Vom Wahlrecht des § 57 Abs. 1 BWG wurde wie im Vorjahr Gebrauch gemacht.

Die Fremdwährungsbeträge wurden zu den Devisen-Mittelkursen des Bilanzstichtages umgerechnet. Die Valutenbestände wurden zum Valuten-Mittelkurs umgerechnet.

Das Kriterium der Zuordnung zum **Anlagevermögen** ist die Absicht, ein Wertpapier dauerhaft im Bestand zu halten. Die dauernd dem Geschäftsbetrieb gewidmeten Wertpapiere wurden wie Anlagevermögen, die Wertpapiere des Umlaufvermögens nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Weiters wurde vom Wahlrecht gemäß § 204 Abs. 2 UGB bei nicht dauernder Wertminderung bei Finanzanlagen Gebrauch gemacht.

Für alle wesentlichen **Beteiligungen** der VOLKSBANK WIEN AG erfolgt jährlich eine Beurteilung der Bewertung. Bei Auftreten negativer Entwicklungen bei einer Gesellschaft oder von Beteiligungen einer Holding wird diese Beurteilung auch anlassbezogen durchgeführt. Der Wert einer Beteiligung wird dabei auf Basis der Planungszahlen der Beteiligung grundsätzlich mittels der Discounted Cash Flow Methode bzw. Discounted Earnings Methode ermittelt und dem aktuellen Buchwert gegenübergestellt. Der Diskontierungszinssatz wird auf Basis aktueller Vergleichsdaten festgelegt. Sollten nicht ausreichend Informationen für eine Discounted Cash Flow Bewertung verfügbar sein, werden auch andere Verfahren zur Überprüfung der Wertansätze herangezogen. Ein allfälliger negativer Unterschied wird gemäß den Bewertungsprinzipien nach UGB/BWG behandelt. Ist der Wert der Beteiligung nach einer vorgenommenen Abschreibung wieder höher, wird eine Zuschreibung auf den aktuellen Wert, jedoch maximal bis zur Höhe der historischen Anschaffungskosten vorgenommen.

Die Bewertung des **Sachanlagevermögens** (Grundstücke, Gebäude und Betriebs- und Geschäftsausstattung) erfolgte zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich der planmäßigen Abschreibungen. Die planmäßigen Abschreibungen werden linear vorgenommen. Die Abschreibungsdauer beträgt für Gebäude zwischen 10 und 66 Jahren, für die Betriebs- und Geschäftsausstattung zwischen 3 und 20 Jahren und für die immateriellen Vermögensgegenstände zwischen 2 und 5 Jahren. Außerplanmäßige Abschreibungen des Sachanlagevermögens werden aufgrund von voraussichtlicher dauernder Wertminderung vorgenommen.

Von den Zugängen in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres wird die volle Jahresabschreibung, von den Zugängen in der zweiten Hälfte wird die halbe Jahresabschreibung verrechnet. Geringwertige Vermögensgegenstände mit einem Einzelanschaffungswert bis EUR 400,00 werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben und im Anlagenspiegel als Zu- und Abgang erfasst.

Die **Verpflichtungen** aus dem Bankgeschäft werden mit dem Rückzahlungsbetrag am Bilanzstichtag angesetzt.

Die Mündelgeldspareinlagen betragen zum Bilanzstichtag EUR 8.556.488,94 (31.12.2014: TEUR 7.851). Der dafür gewidmete Deckungsstock besteht aus mündelsicheren Wertpapieren und beläuft sich auf EUR 11.353.258,82 (31.12.2014: TEUR 15.405).

Emissionskosten, Zuzählungsprovisionen und Agio- und Disagiobeträge für die **verbrieften Verbindlichkeiten** werden auf die Laufzeit der Schulden verteilt.

Seit dem Jahr 1996 besteht mit der VICTORIA-VOLKSBANKEN Pensionskassen AG ein Pensionskassenvertrag.

Bei den **Pensions-, Jubiläumsgeld- und Abfertigungsverpflichtungen** nach versicherungsmathematischen Grundsätzen wurde der Rechnungszinssatz von 2,25 % auf 2,00 % geändert. Im Jahr 2014 erfolgte in der Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft die Bewertung der Abfertigungs- und Pensionsverpflichtungen nach IAS19 (Projected Unit Credit Method). Durch die Einbringung der ZO in die VOLKSBANK WIEN AG wurde die Bewertung für den abgespaltenen Teil auf das Teilwertverfahren gemäß Fachgutachten des Instituts für Betriebswirtschaft, Steuerrecht und Organisation der Kammer der Wirtschaftstreuhänder (KFS/RL2) umgestellt. In Hinblick auf die ab 2016 anzuwendende AFRAC-Stellungnahme 27 „Personalarückstellungen (UGB)“ wurde bereits per 31.12.2015 der erwartete Ergebniseffekt von rd. 15 % vorweggenommen.

Die Abfertigungsrückstellungen wurden nach den allgemein anerkannten Regeln der Versicherungsmathematik mit Hilfe der prospektiven Teilwertmethode auf Basis eines Rechnungszinssatzes von 2 % berechnet, wobei mit einem voraussichtlichen Pensionsantrittsalter, von 60 Jahre für Frauen und 65 Jahre für Männer ausgegangen wird.

Die Auflösung der Abfertigungs-, Pensions- und Jubiläumsgeldrückstellung per Saldo in der Höhe von EUR 4.074.237,12 ist vorwiegend auf den Umstieg der Berechnung von IFRS für die ehemaligen Mitarbeiter der Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft auf UGB, das oben genannte Teilwertverfahren zurückzuführen. Die steuerlich zulässige Pensions-

rückstellung beträgt EUR 4.741.870,00 (31.12.2014: TEUR 4.249); der versteuerte Teil der Pensionsrückstellung beträgt EUR 1.841.796,81 (31.12.2014: TEUR 1.188).

Der Ansatz für die Sozialkapitalrückstellung wird gemäß Anwartschaftsbarwertverfahren nach den allgemein anerkannten Regeln der Versicherungsmathematik als Barwert der Gesamtverpflichtung sowie die in der Periode hinzuverdienten Ansprüche ermittelt. Bei den Abfertigungsverpflichtungen werden sowohl ein Ausscheiden wegen des Erreichens der Altersgrenze als auch wegen Invalidität oder Ableben sowie die Hinterbliebenenanwartschaft berücksichtigt.

Für die Bewertung der bestehenden Sozialkapitalverpflichtungen werden Annahmen für Zinssatz, Pensionsantrittsalter, Lebenserwartung und Bezugserhöhung verwendet. Diese Parameter stellen sich wie folgt dar:

	UGB 2015	UGB 2014
Rechnungszinssatz: Pensionen	2,00 %	2,25 %
Rechnungszinssatz: Abfertigungen	2,00 %	2,25 %

Das Ausscheiden bei Todesfall und Berufsunfähigkeit wurde berücksichtigt; weitere Fluktuationsabschläge wurden nicht vorgenommen.

Als Rechnungsgrundlage werden die biometrischen Grundwerte der aktuellsten österreichischen Pensionsversicherungstafeln „AVÖ 2008-P-Rechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung Pagler & Pagler, Angestelltenbestand“ verwendet. Bei der Berechnung wird generell auf die derzeit gültigen Alterspensionsgrenzen abgestellt und vorausgesetzt, dass die Mitarbeiter das aktive Dienstverhältnis in der Regel mit 65 Jahren bei Männern und 60 Jahren bei Frauen beenden werden. Allfällige Übergangsregelungen werden vernachlässigt. Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen beinhaltet anspruchsberechtigte Dienstnehmer, die am Bewertungsstichtag in einem aktiven Dienstverhältnis standen, sowie Bezieher laufender Pensionen. Die Ansprüche sind in Sonderverträgen bzw. Statuten genannt, rechtsverbindlich und unwiderruflich zugesagt.

Von der Gesellschaft wird eine Rückstellung für Jubiläumsgelder gebildet. Die Rückstellung wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit einem Rechnungszinssatz von 2,00 % (31.12.2014: 2,25 %) berechnet. Das Ausscheiden bei Todesfall und Berufsunfähigkeit wurde berücksichtigt; weitere Fluktuationsabschläge wurden nicht vorgenommen.

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2015 wurde erstmals für den Sozialplan eine Rückstellung gebildet.

Die sonstigen **Rückstellungen** wurden in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und der Höhe nach noch nicht feststehende Verbindlichkeiten.

Vom Wahlrecht gemäß § 198 Abs. 10 UGB wurde Gebrauch gemacht. Der in der Bilanz angesetzte aktivierbare Betrag an **aktiven latenten Steueransprüchen** der Gesellschaft beträgt zum 31.12.2015 insgesamt EUR 3.550.000,00 (31.12.2014: TEUR 5.755). Diese resultieren überwiegend aus dem Unterschiedsbetrag zwischen handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Wertansätzen bei Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen.

Die Nominale außerbilanzieller Geschäfte werden in den Posten unter der Bilanz ausgewiesen. Für diese werden bei drohender Inanspruchnahme Rückstellungen gebildet.

Bewertung und Bilanzierung von derivativen Finanzinstrumenten

Derivative Finanzinstrumente des Bankbuches

Für Zinsswaps erfolgt eine anteilige Zinsabgrenzung bis zum Bilanzstichtag.

Devisentermingeschäfte und Währungsswaps werden mit dem Devisenmittelkurs bewertet. Die Abgrenzung des Swapsatzes erfolgt aliquot über die Laufzeit.

Ausgleichszahlungen aus Forward Rate Agreements zur Absicherung des Bankbuches werden über die Laufzeit abgegrenzt.

Die Vorschriften gemäß AFRAC Stellungnahme „Die unternehmensrechtliche Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsinstrumenten“ vom September 2014 zur unternehmensrechtlichen Bilanzierung werden angewendet. Die Absicherung der Zinsrisiken erfolgt ausschließlich durch Micro-Hedges. Für negative Marktwerte von Derivaten wurden grundsätzlich Rückstellungen gebildet, sofern offene Positionen oder keine effektiven Hedgebeziehungen vorlagen.

Derivative Finanzinstrumente des Handelsbuches

Derivative Finanzinstrumente des Handelsbuches umfassen Handelspositionen von börsengehandelten Futures, Optionen, Zinsswaps, Forward Rate Agreements, Swaptions, Caps/Floors/Collars und Währungsoptionen. Die Bewertung erfolgt mit dem Marktwert und das Bewertungsergebnis wird erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Erläuterungen zu Bilanzposten

Gliederung der nicht täglich fälligen Forderungen an und Guthaben bei Kreditinstituten und Forderungen an Kunden:

Restlaufzeit	31.12.2015	31.12.2014
	EUR	TEUR
bis 3 Monate	955.663.382,61	105.075
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	577.840.753,02	255.729
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	2.515.506.838,91	664.893
mehr als 5 Jahre	1.959.514.719,62	1.314.923

Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:

	31.12.2015		31.12.2014	
	gegenüber verbundenen Unternehmen	gegenüber Beteiligungen	gegenüber verbundenen Unternehmen	gegenüber Beteiligungen
	EUR	EUR	TEUR	TEUR
Forderungen an Kreditinstitute	0,00	764.570.459,37	0	764.701
Forderungen an Kunden	45.816.392,76	54.470.187,15	2.045	1
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0,00	0,00	0	2.146
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0,00	1.924.765,94	0	0
	45.816.392,76	820.965.412,46	2.045	766.847

Aufgliederung der zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapiere, Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen der Bilanzposten 2, 5, 6, 7 und 8 in börsennotierte und nicht börsennotierte Wertpapiere:

	Börsennotiert EUR	Nicht börsennotiert EUR
Schuldtitle öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere	956.058.462,37	0,00
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.160.490.602,15	0,00
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	9.922.872,97	42.445.847,53
Beteiligungen	0,00	0,00
Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00

Per 31.12.2015 hält die VOLKSBANK WIEN AG eigenes Ergänzungskapital im Aktivbestand mit einem Buchwert von EUR 275.210,00 (31.12.2014: TEUR 288), eigene Nachrangkapitalien mit einem Buchwert von EUR 157.000,34 (31.12.2014: TEUR 250) sowie eigene Schuldverschreibungen mit einem Buchwert von EUR 807.112.000,00.(31.12.2014: TEUR 0).

Aufgliederung der zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapiere der Bilanzposten 2, 5 und 6 in Anlage- und Umlaufvermögen:

	Anlagevermögen EUR	Umlaufvermögen EUR (inkl. HB)
Schuldtitle öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere	836.216.786,77	119.841.675,60
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	352.798.698,15	807.691.904,00
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	9.824.561,40	98.311,57

Die Zuordnung zum Anlage- oder Umlaufvermögen erfolgt gemäß Festlegung im Asset Liability Committee.

Der Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten und dem höheren Marktwert der nicht dem Anlagevermögen (Umlaufvermögen ohne Handelsbuch) gewidmeten zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapiere beträgt zum 31.12.2015 EUR 17.966.370,39 (31.12.2014: TEUR 0).

Sonstige Angaben zu Wertpapieren

Die unterlassenen Zuschreibungen bei Wertpapieren des Umlaufvermögens belaufen sich auf EUR 278,45 (31.12.2014: TEUR 0). Das Ausmaß der potenziell künftigen steuerlichen Belastungen aus der unterlassenen Zuschreibung beträgt EUR 69,61 (31.12.2014: TEUR 0).

Der zeitanteilig über die Restlaufzeit abzuschreibende Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten und dem Tilgungsbetrag bei Wertpapieren des Anlagevermögens beträgt EUR 10.662.225,64 (31.12.2014: TEUR 1.923).

Der zeitanteilig über die Restlaufzeit zuzuschreibende Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten und dem Tilgungsbetrag bei Wertpapieren des Anlagevermögens beträgt EUR 18.952.278,71 (31.12.2014: TEUR 0).

Bei nachfolgenden Wertpapieren des Anlagevermögens, die über dem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen wurden, ist eine außerplanmäßige Abschreibung unterblieben, da von der Halteabsicht und einer vollständigen Bedienung – somit voller Werthaltigkeit – ausgegangen wird. Im Geschäftsjahr 2015 wurden wie im Geschäftsjahr 2014 kein Vertragsbruch bzw keine Zahlungsverzögerungen aufgrund erheblicher finanzieller Schwierigkeiten der Emittenten festgestellt.

	31.12.2015 Marktwert in EUR	31.12.2015 Buchwert in EUR	31.12.2015 Unterschiedsbetrag in EUR
Schuldtitle öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere	6.739.460,00	6.759.838,76	-20.378,76
Forderungen gegenüber Kreditinstituten	2.150.108,71	2.412.899,39	-262.790,68
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	78.980.212,50	79.683.811,82	-703.599,32
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	828.082,22	921.329,46	-93.247,24
	88.697.863,43	89.777.879,43	-1.080.016,00

	31.12.2014 Marktwert in EUR	31.12.2014 Buchwert in EUR	31.12.2014 Unterschiedsbetrag in EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	799.750,00	806.525,00	6.775,00
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	4.658,35	5.412,21	753,93
	804.408,28	811.937,21	7.528,93

Die von inaktiven Märkten betroffenen Wertpapier-Positionen sind Großteils dem Anlagevermögen gewidmet und werden periodisch hinsichtlich notwendiger außerplanmäßiger Abschreibungen untersucht.

Extern angelieferte Marktwerte werden laufend anhand verfügbarer Marktdaten auf ihre Plausibilität überprüft. Bei abweichenden Einschätzungen erfolgt eine Adaption der Marktbewertung durch Rückgriff auf bisher aufgetretene Geschäftsfälle, durch Vergleich mit den aktuellen beizulegenden Zeitwerten eines anderen im Wesentlichen identischen Finanzinstruments oder durch die Discounted Cash Flow Methode. Insgesamt sind derart adaptierte Marktwerte von untergeordneter Bedeutung.

Im Geschäftsjahr 2015 gab es wie im Vorjahr keine echten Pensionsgeschäfte.

Das Kreditinstitut führt seit 2015 ein Handelsbuch, welches bei der Fusion der Zentralorganisation von der Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft mit übernommen wurde. Diesem sind per 31.12.2015 Wertpapiere mit einem Marktwert von EUR 14.466.744,29 (31.12.2014: TEUR 0) und sonstige Finanzinstrumente mit einem Marktwert inklusive Zinsabgrenzung von EUR -284.529.949,67 (31.12.2014: TEUR 0) gewidmet.

Im Jahr 2015 wurden keine Wertpapiere vom Anlagevermögen ins Umlaufvermögen umgewidmet.

Vermögensgegenstände nachrangiger Art:

	31.12.2015 EUR	31.12.2014 TEUR
Forderungen an Kreditinstituten	4.444.409,98	0
Forderungen an Kunden	791.128,34	0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	251.762,17	800
	5.487.300,49	800

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Zusammensetzung der wesentlichen Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen:

Gesellschaftsname	Anteil %	Jahresabschluss	Gesamtes Eigenkapital TEUR	Jahreserfolg TEUR
VB Beteiligungsgenossenschaft Obersdorf-Wolkersdorf-Deutsch-Wagram eG, 2120 Obersdorf, Hauptstraße 57	30,54 %	31.12.2014	9.270	866
Volksbank Südburgenland eG, 7423 Pinkafeld, Marktplatz 3	20,71 %	31.12.2014	18.842	124
Volksbank Eferding - Grieskirchen registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung, 4070 Eferding, Schmiedstraße 12	24,98 %	31.12.2014	9.532	199
Volksbank Gewerbe- und Handelsbank Kärnten eGen, 9020 Klagenfurt am Wörthersee, Pernhartgasse 7	32,00 %	31.12.2014	45.704	-73
Wiener Landwirtschaftliche Siedlungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, 1220 Wien, Kagraner Platz 48	33,33 %	31.12.2014	216	0
ARZ Allgemeines Rechenzentrum GmbH, 6020 Innsbruck, Tschamlerstraße 2	25,99 %	31.12.2014	8.620	66
Volksbanken - Versicherungsdienst - Gesellschaft m.b.H., 1071 Wien, Lindengasse 5	23,01 %	31.12.2014	3.693	293
ARZ-Volksbanken Holding GmbH, 1090 Wien, Kolingasse 14-16	72,60 %	30.06.2015	237	0
Immo-Contract Baden Maklergesellschaft m.b.H., 2500 Baden bei Wien, Hauptplatz 9-13	100,00 %	31.12.2015	383	120
WVG Vermietung von Wirtschaftsgütern Gesellschaft m.b.H., 1010 Wien, Schottengasse 10	99,50 %	31.12.2014	1.620	41
UVB-Holding GmbH, 1090 Wien, Kolingasse 14-16	100,00 %	31.12.2014	19	-3
VOME Holding GmbH, 1090 Wien, Kolingasse 14-16	100,00 %	31.12.2014	427	80
Verwaltungsgenossenschaft der IMMO-BANK eG, 1016 Wien, Stadiongasse 10	88,86 %	30.06.2015	7.248	909
VB Services für Banken Ges.m.b.H., 1090 Wien, Kolingasse 14-16	98,89 %	31.12.2014	2.435	997
VB ManagementBeratung GmbH, 1090 Wien, Kolingasse 14-16	100,00 %	31.12.2014	464	102
VBKA-Holding GmbH, 1090 Wien, Kolingasse 14-16	100,00 %	31.12.2014	36	-2
3V-Immobilien Errichtungs-GmbH, 1090 Wien, Kolingasse 14-16	99,00 %	31.12.2014	8.410	-160
Gärtnerbank Immobilien GmbH, 1220 Wien, Kagraner Platz 48	99,00 %	31.12.2015	174	35
GB IMMOBILIEN Verwaltungs- und Verwertungs-GmbH, 1220 Wien, Kagraner Platz 48	99,00 %	31.12.2015	4.261	4.236
VOBA Vermietungs- und Verpachtungsges.m.b.H., 2500 Baden, Hauptplatz 9-13	99,00 %	31.12.2015	6.055	293
VB Rückzahlungsgesellschaft mbH, 1010 Wien, Schottengasse 10	100,00 %	Gründung 19.06.2015	35	nicht vorhanden

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Die VOLKSBANK WIEN AG ist seit 2010 Gruppenträger einer Unternehmensgruppe gemäß § 9 KStG. Zur Anwendung gelangt die Belastungsmethode, welche bei der Berechnung der Steuerumlage von der steuerlichen Selbstständigkeit des einzelnen Gruppenmitgliedes ausgeht. Des Weiteren ist die Steuerschuld der Gruppenmitglieder am 30. September des Folgejahres an die VOLKSBANK WIEN AG abzuführen, Steuerforderungen werden entweder in Gruppengewinnjahren von der VOLKSBANK WIEN AG vorgetragen, oder das Gruppenmitglied kann in Folgejahren seine Steuerforderungen gegen Steuerverbindlichkeiten gegenrechnen. Ein etwaiger Schlussausgleich von Steuerforderungen wird mit dem Barwert der (fiktiven) zukünftigen Steuerersparnis aus den noch nicht verrechneten Verlustvorträgen des jeweiligen Gruppenmitgliedes abgegolten. Die Diskontierung der Verlustvorträge erfolgt unter Zugrundelegung eines angemessenen Zinssatzes unter Anbindung an den 12-Monats-EURIBOR oder, sollte dieser nicht mehr verfügbar sein, eines vergleichbaren Referenzzinssatzes. Ab dem Geschäftsjahr 2015 sehen alle Gruppenumlagevereinbarungen auf Grund der bestehenden Verlustvorträge einen Umlagesatz von 6,25 % vor.

Zum 31.12.2015 beträgt die Anzahl der Gruppenmitglieder 8 (31.12.2014: 5). Im Geschäftsjahr 2015 gab es drei neue Zugänge zur Unternehmensgruppe gemäß § 9 KStG.

Mit nachfolgender Gesellschaft besteht ein zivilrechtlicher Ergebnisabführungsvertrag.

Die Tabelle enthält die Ergebnisübernahme:

	31.12.2015 EUR	31.12.2014 TEUR
VVG Vermietung von Wirtschaftsgütern Gesellschaft m.b.H.	11.815,58	41

Anlagevermögen

Die Grundwerte von bebauten und unbebauten Grundstücken betragen EUR 12.135.973,50 (31.12.2014: TEUR 10.564). Zur Entwicklung des Anlagevermögens verweisen wir auf Anlage 1.

Aufgliederung der Sonstigen Vermögensgegenstände:

	31.12.2015 EUR	31.12.2014 TEUR
Forderungen derivative Finanzinstrumente	458.453.233,13	0
Hilfskonten der Verwaltung	20.974.084,93	6.217
Hilfskonten des Bankgeschäftes	2.199.971,48	4.684
zur Sicherung von Forderungen erworbene Grundstücke und Gebäude	897.408,88	800
	482.524.698,42	11.701

Im Posten „Sonstige Vermögensgegenstände“ sind Erträge in Höhe von EUR 37.751.438,92 (31.12.2014: TEUR 0) enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden. Im Wesentlichen betrifft dies Zinsabgrenzungen.

In den sonstigen Vermögensgegenständen sind Posten mit Laufzeit von mehr als einem Jahr in Höhe von EUR 1.929.775,68 (31.12.2014: TEUR 1.609) enthalten.

Gliederung der nicht täglich fälligen Verpflichtungen gegenüber Kreditinstituten und Kunden:

Restlaufzeit	31.12.2015 EUR	31.12.2014 TEUR
bis 3 Monate	578.933.379,58	337.470
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	649.287.615,12	438.972
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	462.743.596,38	563.528
mehr als 5 Jahre	81.108.853,72	33.693

Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:

	31.12.2015		31.12.2014	
	gegenüber verbundenen Unternehmen EUR	gegenüber Beteiligungen EUR	gegenüber verbundenen Unternehmen TEUR	gegenüber Beteiligungen TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	2.221.909.685,26	0	56.439
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	19.319.546,86	19.413.074,81	4.752	212
Verbriefte Verbindlichkeiten	0,00	1.075.000,00	0	8
Nachrangige Verbindlichkeiten	0,00	100.000,00	0	100
	19.319.546,86	2.242.497.760,07	4.752	56.759

Aufgliederung der Sonstigen Verbindlichkeiten:

	31.12.2015 EUR	31.12.2014 TEUR
Verbindlichkeiten derivative Finanzinstrumente	570.753.091,89	0
Zinsabgrenzungen	36.881.318,63	154
Verbindlichkeiten aus Steuern und Abgaben	5.494.571,05	2.330
Sonstige Verbindlichkeiten	7.007.589,58	3.947
	620.136.571,15	6.430

Im Posten "Sonstige Verbindlichkeiten" sind wesentliche Aufwendungen in Höhe von EUR 79.090.861,35 (31.12.2014: TEUR 154) enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden. Diese bestehen hauptsächlich aus Zinsabgrenzungen.

In den sonstigen Verbindlichkeiten (ausgenommen Marktwerte derivativer Finanzinstrumente) sind Posten mit Laufzeit von weniger als einem Jahr in Höhe von EUR 90.592.972,83 (31.12.2014: TEUR 6.353) enthalten.

Rückstellungen für latente Steuern

Im Geschäftsjahr 2015 bestand wie im Vorjahr kein Erfordernis einer Rückstellungsdotierung für passive latente Steuern.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen umfassen Vorsorgen für folgende Verpflichtungen:

	31.12.2015 EUR	31.12.2014 TEUR
für drohende Verluste aus derivativen Finanzinstrumenten	26.513.313,46	0
für Redimensionierung (Sozialplan, Transformation)	12.108.167,24	0
für Verluste und Risiken aufgrund von Kreditgewährungen und -garantien	13.395.160,93	7.415
für ausstehende Eingangsrechnungen	7.159.057,01	63
für Jubiläumsgelder	4.336.340,44	1.707
für nicht konsumierte Urlaube	4.292.070,16	1.973
Ergebniseffekt Umstellung AFRAC	3.900.000,00	0
für sonstige Verpflichtungen	21.070.447,33	3.439
	92.774.556,57	14.597

In den sonstigen Verpflichtungen sind Vorsorgen in Höhe von EUR 10.040.000,00 (31.12.2014: TEUR 0) für den auf die VBW entfallenden Anteil der Beihilfenrückführung gemäß der Restrukturierungsvereinbarung 2014 enthalten.

Eigenkapital

Zum 31.12.2014 betrug das **Grundkapital** der VOLKSBANK WIEN AG EUR 56.454.375,00 und setzte sich aus 602.180 Stück Aktien zusammen.

Mit Hauptversammlungsbeschluss vom 29.5.2015 wurde die Spaltung zur Aufnahme eines Vermögensteiles der Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft (FN 116476p) und zwar des Zentralorganisation- und Zentralinstitut-Funktion Teilbetriebs gemäß Spaltungs- und Übernahmevertrag vom 1.6.2015 beschlossen.

Zur Durchführung dieser Abspaltung zur Aufnahme des Zentralorganisation- und Zentralinstitut-Funktion Teilbetriebs der Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft wurde mit Hauptversammlungsbeschluss vom 29.5.2015 beschlossen, das Grundkapital um EUR 2.193.750,00 zu erhöhen.

Ferner wurde mit Hauptversammlungsbeschluss vom 29.5.2015 eine weitere Kapitalerhöhung um EUR 35.440.781,25 beschlossen und diese durchgeführt.

Zum 4.7.2015 setzt sich das Grundkapital der VOLKSBANK WIEN AG EUR 94.088.906,25 aus 1.003.615 Stückaktien zusammen.

Mit Einbringungsvertrag und Sacheinlagevertrag vom 7.8.2015 wurde das bankgeschäftliche Unternehmen der Volksbank Ost registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung (FN 96052d) gemäß § 92 BWG im Wege der Gesamtrechtsnachfolge in die VOLKSBANK WIEN AG übernommen. In diesem Zusammenhang wurde mit Hauptversammlungsbeschluss vom 7.8.2015 eine Kapitalerhöhung um EUR 11.105.531,25 beschlossen und diese durchgeführt.

Mit Einbringungsvertrag und Sacheinlagevertrag vom 7.8.2015 wurde auch das bankgeschäftliche Unternehmen der Volksbank Obersdorf - Wolkersdorf - Deutsch-Wagram e. Gen. (FN 53552d) gemäß § 92 BWG im Wege der Gesamtrechtsnachfolge in die VOLKSBANK WIEN AG übernommen. Mit Hauptversammlungsbeschluss vom 7.8.2015 wurde in diesem Zusammenhang eine weitere Kapitalerhöhung um EUR 2.282.812,50 beschlossen und diese durchgeführt.

Zum 31.12.2015 beträgt das Grundkapital der VOLKSBANK WIEN AG EUR 107.477.250,00 und setzt sich aus 1.146.424 Stückaktien zusammen.

Am Grundkapital sind am 31.12.2015 die nachstehenden Aktionäre beteiligt:

	TEUR	%
Volksbanken	46.509	43,26
VB Wien Beteiligung eG	19.039	17,71
VB Baden Beteiligung e.Gen.	14.742	13,72
VB Ost Verwaltung eG	11.786	10,97
start:bausparkasse e.Gen.	3.934	3,66
IMMO-Bank Aktiengesellschaft	2.978	2,77
VB Beteiligungsgenossenschaft Obersdorf-Wolkersdorf-Deutsch-Wagram eG	2.371	2,21
Verwaltungsgenossenschaft Gärtnerbank e.Gen.	1.714	1,60
Streubesitz	4.404	4,10
Gesamt	107.477	100,00

Hafrücklage gemäß § 57 Abs. 5 BWG

Die Hafrücklage beträgt zum 31.12.2015 EUR 35.877.671,37 (31.12.2014: TEUR 35.878).

Begebenes Nachrang- und Ergänzungskapital

Die Bedingungen für das begebene Nachrang- und Ergänzungskapital stellen sich per 31.12.2015 wie folgt dar:

WP Kennnummer	Bezeichnung	Nominale Stand	Währung	Zinssatz Ende Dezember	Tilgung	Daueremission	Kündigungsrecht	Bedingung der Nachrangigkeit	Umwandlung in Kapital
QOXDBA000383	ERG.KAP.SCHV. 2007-2022	4.000.000	EUR	4 %	01.12.22	ja	Emittentin	Art. 63 ff CRR	keine
AT0000A09SS0	FRN ERGÄNZUNGSKAPITALANL. 2008-2018	2.735.000	EUR	0,46 %	16.06.18	ja	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
AT0000A05QZ7	VAR. ERG.KAP. SCHULDV. 2007-2019	792.000	EUR	kein Eintrag	16.07.19	ja	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
QOXDB4408833	€ 4.244.000,- Partizipations- schein-Emission 2006	6.744	STK	kein Eintrag	perpetual	nein	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
QOXDB4449050	4,25 % Nachrangkapital-Bank- schulverschreibung 2002-2017 mit variabler Verzinsung	5.000.000	EUR	3,00 %	27.02.17	ja	Emittentin	Art. 63 ff CRR	keine
QOXDBA032238	3,50 % Volksbank Wien-Baden AG Nachrangige Tier 2 Anleihe 2014-2022	600.000	EUR	3,50 %	01.12.22	nein	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
QOXDB9961364	3 % Variable Nachrangkapital - Bankschuldverschreibung 2003-2018	5.000.000	EUR	3,00 %	25.08.18	ja	Emittentin	Art. 63 ff CRR	keine
QOXDB4409005	€ 350.000,- Partizipations- schein-Emission 2006	260	STK	kein Eintrag	perpetual	nein	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine

Unversteuerte Rücklagen

Die Bewertungsreserve entwickelte sich im Geschäftsjahr wie folgt:

	Stand 1.1.2015	Zuführung durch Umgründung	Auflösung/ Verbrauch	Stand 31.12.2015
Wertpapiere des Anlagevermögens	331.226,99	0,00	0,00	331.226,99
Beteiligungen	8.717,17	0,00	0,00	8.717,17
Anteile an verbundenen Unternehmen	865.961,93	0,00	0,00	865.961,93
Sachanlagen	670.998,95	107.485,00	284.386,29	494.097,66
Gesamt	1.876.905,04	107.485,00	284.386,29	1.700.003,75

Darüber hinaus wurde der Bildungsfreibetrag in Höhe von EUR 28.625,77 aufgelöst, sodass sich insgesamt eine Auflösung der unversteuerten Rückstellung in Höhe von EUR 313.012,06 ergibt.

Infolge der Auflösung von im Vorjahr steuerfrei gebildeten Rücklagen wurde das Geschäftsjahr zusätzlich mit Ertragsteuern in Höhe von EUR 71.096,57 (31.12.2014: TEUR 27).

Zusammensetzung der Eventualverbindlichkeiten:

	31.12.2015	31.12.2014
	EUR	TEUR
Bürgschaften und Garantien	408.321.237,74	89.195
Bestellungen von Sicherheiten	13.280.100,00	115.023
Haftsummenzuschläge	61.936.447,83	22.898
Akkreditive	1.690.036,97	788
ab: Rückstellungen	-5.236.648,11	-765
	479.991.174,43	227.140

Zusammensetzung der Kreditrisiken:

	31.12.2015	31.12.2014
	EUR	TEUR
Kreditzusagen	7.804.673.646,57	325.302

Rechtsrisiken aus der Spaltung des Zentralorganisationsbetriebes in die VOLKSBANK WIEN AG

Die VOLKSBANK WIEN AG hat gemäß dem Spaltungs- und Übernahmevertrag vom 1.6.2015 (der „Spaltungsvertrag“) den Zentralorganisation- und Zentralinstitut-Funktion Teilbetrieb von der Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft (nunmehr immigon portfolioabbau ag, „immigon“) übernommen.

Im Nachgang zu dieser Spaltung wurden gegen die immigon Schadenersatzklagen erhoben. Die VOLKSBANK WIEN AG ist in diesen Verfahren auf Basis des § 15 Abs.1 SpaltG mitbeklagt; die Haftung der VOLKSBANK WIEN AG ist betraglich mit dem von ihr durch die Spaltung übernommenen Nettoaktivvermögen (im Sinne des § 15 Abs. 1 SpaltG) begrenzt. Die Summe der Streitwerte aus Klagen gemäß § 15 Abs. 1 SpaltG beträgt EUR 13.530.845,96.

Überdies wurden gegen die immigon und die VOLKSBANK WIEN AG Klagen auf Leistung von Sicherheit erhoben (§ 15 Abs. 2 SpaltG), in Summe für Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 94.785.177,40. Der Anspruch auf Sicherheitsleistung setzt eine Gefährdung der Erfüllung der jeweiligen Forderung durch die Spaltung voraus. Gestützt unter anderem auf Gutachten, die im Zuge der Spaltung etwa durch einen unabhängigen, gerichtlich bestellten sachverständigen Prüfer erstellt wurden, sieht die VOLKSBANK WIEN AG keine solche Gefährdung. Die VOLKSBANK WIEN AG haftet ab dem Zeitpunkt des jeweiligen gerichtlichen Verlangens auf Sicherheitsleistung für diese Verbindlichkeiten betraglich unbeschränkt als Gesamtschuldner, bis entweder die Sicherheit geleistet oder die Klage rechtskräftig abgewiesen wird (§ 15 Abs. 3 SpaltG).

Die Verpflichtungen, die den Schadenersatz- und Sicherstellungs-Klagen jeweils zugrunde liegen, sind im Spaltungsvertrag der immigon zugeordnet. Die VOLKSBANK WIEN AG hat gegenüber der immigon insbesondere im Spaltungsvertrag vereinbarte Schad- und Klagloshaltungsansprüche, wenn die VOLKSBANK WIEN AG selbst in Anspruch genommen werden sollte. Auf Basis des zum 30.9.2015 veröffentlichten Quartalsergebnisses der immigon geht die VOLKSBANK WIEN AG davon aus, dass die immigon in der Lage ist ihre Verbindlichkeiten bedienen zu können. Käme es dennoch zu einer wirtschaftlichen Belastung der VOLKSBANK WIEN AG, so würde sie diese nicht alleine tragen, sondern gemäß im Volksbanken-Verbund getroffener Vereinbarungen anteilig mit anderen Mitgliedern des Volksbanken-Verbundes.

Zusammensetzung der Verbindlichkeiten aus Treuhandgeschäften

Zum 31.12.2015 wurden unter dem Posten [Verbindlichkeiten aus Treuhandgeschäften](#) Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 108.776.519,68 (31.12.2014: TEUR 2.752) ausgewiesen.

Ergänzende Angaben

Aufstellung über die Vermögensgegenstände, die als Sicherheit für Verbindlichkeiten gestellt wurden:

	31.12.2015 EUR	31.12.2014 TEUR
Als Sicherheiten übertragene Vermögensgegenstände		
Forderungen an Kreditinstitute	13.280.100,00	13.280
Forderungen an Kunden	1.745.550.978,17	101.743
Schuldtitle öffentlicher Stellen, Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	43.849.751,98	0
	1.802.680.830,15	115.023
Für folgende Verpflichtungen wurden Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	80.979.423,93	101.743
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.708.421.306,22	0
Haftungen	13.280.100,00	13.280
	1.802.680.830,15	115.023

In den als Sicherheiten übertragenen Vermögensgegenständen ist der Deckungsstock für fundierte Bankschuldverschreibungen in Höhe von EUR 1.708.421.306,22 (31.12.2014: TEUR 1.476.644) enthalten.

Der Gesamtbetrag der **Verpflichtungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen** beträgt für das folgende Geschäftsjahr 8.734.494,04 (31.12.2014: TEUR 4.016), davon verbundene Unternehmen EUR 3.805.046,76 und für die folgenden fünf Geschäftsjahre EUR 42.282.960,20 (31.12.2014: TEUR 20.080), davon verbundene Unternehmen EUR 19.025.233,80 (31.12.2014: TEUR 0).

Im Jahr 2016 werden Forderungen aus Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren in Höhe von EUR 53.617.877,02 fällig (im Jahr 2014 für 2015: TEUR 6.959).

Begebene Schuldverschreibungen werden im Geschäftsjahr 2016 nicht fällig (im Jahr 2014 für 2015: TEUR 0).

Gesamtbetrag der Aktiva und Passiva, die auf Fremdwährungen lauten:

	31.12.2015 EUR	31.12.2014 TEUR
Fremdwährungs-Aktiva	1.590.738.013,99	283.217
Fremdwährungs-Passiva	235.296.242,57	76.062

Gesamtkapitalrentabilität

Gemäß § 64 Abs. 1 Z 19 BWG idF des BGBl I 2014/184 beträgt die Gesamtkapitalrentabilität 0,04 % (2014: 0,34 %). Als Gesamtkapitalrentabilität gemäß BWG ist der Quotient aus Jahresergebnis nach Steuern geteilt durch die Bilanzsumme zum Bilanzstichtag zu verstehen.

Eigenmittelanforderungen gemäß Art. 92 Abs. 1 lit. a bis c der Verordnung (EU) Nr. 575/2013

Durch die Übernahme der Funktion als Zentralorganisation gemäß § 30a BWG durch die VOLKSBANK WIEN AG unterliegt diese auf Einzelinstitutsebene den externen Kapitalanforderungen, die auf der CRD IV und der CRR der Europäischen Union beruhen (Basel III).

Gemäß Art. 92 CRR muss die VOLKSBANK WIEN AG zu jedem Zeitpunkt folgende Eigenmittelanforderungen erfüllen:

- eine harte Kernkapitalquote von 4,5 %,
- eine Kernkapitalquote von 6,0 % und
- eine Gesamtkapitalquote von 8,0 %.

Der Gesamtrisikobetrag gemäß Art. 92 Abs. 3 CRR beträgt EUR 2.755.247.993,11.

Die Kapitalquoten errechnen sich wie folgt:

- die harte Kernkapitalquote ergibt sich aus dem harten Kernkapital des Instituts, ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtrisikobetrags; folglich ergibt sich für die VOLKSBANK WIEN AG eine harte Kernkapitalquote in Höhe von 11,90 %,
- die Kernkapitalquote ergibt sich aus dem Kernkapital des Instituts, ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtrisikobetrags; folglich ergibt sich für die VOLKSBANK WIEN AG eine Kernkapitalquote in Höhe von 11,90 % und
- die Gesamtkapitalquote ergibt sich aus den Eigenmitteln des Instituts, ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtrisikobetrags; folglich ergibt sich für die VOLKSBANK WIEN AG eine Gesamtkapitalquote in Höhe von 12,85 %.

Die anrechenbaren Eigenmittel der VOLKSBANK WIEN AG gemäß Teil 2 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR) betragen per 31.12.2015 EUR 353.988.612,78 und stellen sich wie folgt dar:

	31.12.2015 EUR	31.12.2014 TEUR
Kernkapital (Tier 1)		
Hartes Kernkapital (Common Equity Tier 1)		
Grundkapital	107.477.250,00	56.454
Partizipationskapital Art. 484, 486 CRR	7.004.000,00	14.195
offene Rücklagen	217.781.015,59	105.492
Fonds für allgemeine Bankrisiken § 57 Abs. 3	0,00	9.500
Gewinnvortrag	67.593,57	0
	332.329.859,16	185.641
ab: Kürzungsposten		
Abzugsposten gem Art. 36 (1) lit b CRR		
immaterielle Vermögensgegenstände	-4.435.650,30	-10
	-4.435.650,30	-10
	327.894.208,86	185.632
Ergänzungskapital (Tier 2)		
Ergänzungskapital (Pos. 2.7)	20.131.000,00	30.726
Ergänzungskapital (Pos. 2.3)	2.601.665,75	3.652
Allgemeine Kreditrisikoanpassung		
(stille Reserven § 57(1) BWG)	16.070.754,88	6.200
PS als EK anrechenbar	0,00	3.549
	38.803.420,63	44.127
ab: Kürzungsposten		
Eigene Instrumente des Ergänzungskapital	-246.794,25	-403
Korrekturposten für nicht anrechenbares EK	-12.462.222,46	-21.352
	-12.709.016,71	-21.755
	26.094.403,92	22.372
Anrechenbare Eigenmittel gemäß Teil 2 CRR	353.988.612,78	208.004

Hinsichtlich der Aufstellung der konsolidierten anrechenbaren Eigenmittel verweisen wir auf den Konzernabschluss der VOLKSBANK WIEN AG.

Angaben gemäß § 237a UGB

Bankbuch

Die VOLKSBANK WIEN AG unterliegt bei Positionen des Bankbuches dem Risiko von Marktwertschwankungen aufgrund von Zins- und Währungsänderungen.

Als wesentliches Mittel zur ökonomischen Absicherung dieser Risiken und zur Steuerung der Bilanzstruktur bedient sich die VOLKSBANK WIEN AG derivativer Finanzinstrumente. Interest Rate Swaps werden als primäre Sicherungsinstrumente für eigene fix verzinsten Emissionen und zur Absicherung gegen Marktwertschwankungen von Veranlagungen in festverzinsliche Wertpapiere sowie Kundenforderungen verwendet.

Darüber hinaus dienen Cross Currency Swaps, Devisentermingeschäfte, Devisenswaps und in Ausnahmefällen Devisenoptionen zur ökonomischen Absicherung von Zins- und Währungsrisiken von Forderungen und Verbindlichkeiten an Kreditinstitute und Kunden sowie von Emissionen, die auf Fremdwährung lauten.

Die Sicherungsinstrumente im Bankbuch werden im Standardfall direkt mit dem Kontrahenten abgeschlossen, in wenigen Ausnahmefällen findet ein Transfer ins Handelsbuch statt.

Die VOLKSBANK WIEN AG wendet die Vorschriften der AFRAC Stellungnahme „Die unternehmensrechtliche Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsinstrumenten“ vom September 2014 zur Bilanzierung von Bewertungseinheiten an. Die gemäß dieser Stellungnahme gebildeten Bewertungseinheiten umfassen eigene fixverzinsliche Emissionen sowie Forderungen an und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstitute und Kunden. Als Sicherungsinstrumente werden in diesem Zusammenhang ausschließlich Interest Rate Swaps, Caps und Floors sowie Cross Currency Swaps eingesetzt. Die Sicherungsbeziehung wird auf die gesamte Laufzeit des Grundgeschäfts abgestellt.

Zur Messung der retrospektiven Effektivität der Bewertungseinheiten wird ausschließlich die Dollar Offset-Methode angewandt. Bei der Dollar-Offset-Methode werden die auf das abgesicherte Risiko zurückführenden Wertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft zueinander ins Verhältnis gesetzt.

Derivate des Bankbuches, die Sicherungszwecken dienen, werden zu Anschaffungskosten bewertet. Allfällige Prämien werden aktiviert bzw. passiviert und am Ende der Laufzeit erfolgswirksam ausgebucht. Zinsen werden zeitanteilig bilanziert. Für den negativen Überhang zwischen positiven und negativen Marktwerten wird eine entsprechende Vorsorge berücksichtigt.

Negative Marktwerte aus Derivaten des Bankbuches, die keiner Bewertungseinheit zuzuordnen sind, und ineffektive Teile aus Bewertungseinheiten werden mit ihrem negativen Marktwert abzüglich passivierter Prämien und Abgrenzungen rückgestellt.

Handelsbuch

Im Handelsbuch werden alle finanziellen Vermögenswerte ausgewiesen, die mit einer kurzfristigen Wiederveräußerungsabsicht erworben wurden.

In einer unabhängigen Abteilung des strategischen Risikomanagements ist die Steuerung und Überwachung der Marktrisiken der Handelsbereiche angesiedelt.

Die Bewertung und Bilanzierung der Finanzinstrumente im Handelsbuch erfolgt zum Marktwert.

Marktwertermittlung

Der Marktwert ist jener Betrag, zu dem ein Vermögenswert zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern getauscht oder eine Verpflichtung beglichen werden kann. Bei börsennotierten Finanzinstrumenten entspricht der Marktwert dem Kurswert. Wenn kein Kurswert vorhanden ist, werden die zukünftigen Cash-Flows eines Finanzinstruments mit der jeweiligen Zinskurve auf den Bewertungsstichtag diskontiert. Dabei werden international übliche finanzmathematische Verfahren zur Berechnung angewendet.

Die VOLKSBANK WIEN AG hat sämtliche Handelsbuchpositionen im Frontoffice- und Risikomanagementsystem MUREX abgebildet, welches direkt mit verschiedenen Preisinformationssystemen verbunden ist. Das bedeutet, dass die Marktpreise

für verschiedene Produkte in Echtzeit aktualisiert werden. Produkte, die keinen direkten Preis beziehen, werden durch Bewertungsmodelle unter Verwendung von Marktdaten (Marktrisikofaktoren) in dieser Standardsoftware bewertet. Strukturierte oder exotische Produkte, deren Modellpreise in der Standardsoftware nicht ermittelt werden können, werden in externen Preisrechnern bewertet, die regelmäßig neu mit auf am Markt liquide handelbare Produkte kalibriert werden.

Negativzinsen

Aufgrund der Zinsentwicklungen am Geldmarkt mit negativen Referenzsätzen wurden im Geschäftsjahr 2015 Zinserträge (negative Zinsaufwendungen) in Höhe von EUR 18.880.249,90 und Zinsaufwendungen (negative Zinserträge) in Höhe von EUR 3.896.331,27 realisiert. Die negativen Zinsaufwendungen wurden im Posten Zinsen und ähnliche Erträge aus sonstigen Aktiven und die negativen Zinserträge im Posten Zinsen und ähnliche Aufwendungen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen.

Diese Tabelle enthält Informationen über die derivativen Finanzinstrumente (Marktwerte inklusive Zinsabgrenzung):

GESAMT**31.12.2015**

TEUR	bis 1 Jahr	1-5 Jahre	über 5 Jahre	Nominale Summe
ZINSBEZOGENE GESCHÄFTE	523.623	1.424.551	2.994.639	4.942.813
Caps&Floors	355.953	431.400	592.735	1.380.088
FRA's	0	0	0	0
Zins Futures	0	0	0	0
IRS	157.669	932.251	2.381.904	3.471.825
Swaptions	10.000	60.900	20.000	90.900
WÄHRUNGSBEZOGENE GESCHÄFTE	1.372.766	1.727.545	236.599	3.336.911
Cross Currency Swaps	367.397	1.720.046	236.599	2.324.042
Devisen Optionen	0	0	0	0
Devisen Termin Geschäfte/FX SWAPS	1.005.369	7.500	0	1.012.868
KREDITBEZOGENE GESCHÄFTE	20.000	9.185	0	29.185
Credit Default Swaps Kaufpositionen	20.000	9.185	0	29.185
Credit Default Swaps Verkaufpositionen	0	0	0	0
SONSTIGE GESCHÄFTE	18.463	19.607	472.412	510.483
Index-, FX- u. Commodity Futures	0	0	461.037	461.037
Optionen	18.463	19.607	11.375	49.446
GESAMTSUMME	1.934.852	3.180.889	3.703.651	8.819.391
hievon intern				

HANDELSBUCH**31.12.2015**

TEUR	bis 1 Jahr	1-5 Jahre	über 5 Jahre	Nominale Summe
ZINSBEZOGENE GESCHÄFTE	485.954	1.302.860	2.531.306	4.320.119
Caps&Floors	355.953	431.400	592.735	1.380.088
FRA's	0	0	0	0
Zins Futures	0	0	0	0
IRS	120.001	810.560	1.918.571	2.849.131
Swaptions	10.000	60.900	20.000	90.900
WÄHRUNGSBEZOGENE GESCHÄFTE	0	15.295	14.870	30.165
Cross Currency Swaps	0	15.295	14.870	30.165
Devisen Optionen	0	0	0	0
Devisen Termin Geschäfte/FX SWAPS	0	0	0	0
SONSTIGE GESCHÄFTE	0	0	0	0
Index-, FX- u. Commodity Futures	0	0	0	0
Optionen	0	0	0	0
SUMME HANDELSBUCH	485.954	1.318.155	2.546.176	4.350.284
hievon intern				

BANKBUCH**31.12.2015**

TEUR	bis 1 Jahr	1-5 Jahre	über 5 Jahre	Nominale Summe
ZINSBEZOGENE GESCHÄFTE	37.669	121.691	463.334	622.694
Caps&Floors	0	0	0	0
FRA's	0	0	0	0
Zins Futures	0	0	0	0
IRS	37.669	121.691	463.334	622.694
Swaptions	0	0	0	0
WÄHRUNGSBEZOGENE GESCHÄFTE	1.372.766	1.712.250	221.729	3.306.745
Cross Currency Swaps	367.397	1.704.750	221.729	2.293.877
Devisen Optionen	0	0	0	0
Devisen Termin Geschäfte/FX SWAPS	1.005.369	7.500	0	1.012.868
KREDITBEZOGENE GESCHÄFTE	20.000	9.185	0	29.185
Credit Default Swaps Kaufpositionen	20.000	9.185	0	29.185
Credit Default Swaps Verkaufpositionen	0	0	0	0
SONSTIGE GESCHÄFTE	18.463	19.607	472.412	510.483
Index-, FX- u. Commodity Futures	0	0	461.037	461.037
Optionen	18.463	19.607	11.375	49.446
SUMME BANKBUCH	1.448.898	1.862.734	1.157.475	4.469.107
hievon intern				

					31.12.2014		
Marktwert 31.12.2015	davon Hedge 31.12.2015	Sonst. Ford. 31.12.2015	Sonstige Verb. 31.12.2015	Rückstellung 31.12.2015	Marktwert 31.12.2014	Sonst. Ford. 31.12.2014	Sonstige Verb. 31.12.2015
-220.820	-231.385	434.828	436.723	7.308	-9.076	450	647
-599	-558	2.953	3.110	48	-487	0	4
0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0
-215.721	-230.827	431.875	428.740	7.261	-8.589	450	644
-4.500	0	0	4.873	0	0	0	0
-129.173	-31.337	18.589	133.995	3.002	-95	0	0
-127.791	-31.337	18.290	132.552	2.290	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0
-1.381	0	299	1.442	711	-95	0	0
12	0	0	36	5	0	0	0
12	0	0	36	5	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0
3.443	0	5.023	0	16.198	0	0	0
-2.368	0	0	0	16.198	0	0	0
5.811	0	5.023	0	0	0	0	0
-346.537	-262.722	458.440	570.753	26.513	-9.171	450	647
		273.924	469			0	0
					31.12.2014		
Marktwert 31.12.2015	davon Hedge 31.12.2015	Sonst. Ford. 31.12.2015	Sonstige Verb. 31.12.2015	Rückstellung 31.12.2015	Marktwert 31.12.2014	Sonst. Ford. 31.12.2014	Sonstige Verb. 31.12.2014
-268.597	0	423.384	433.463	640	0	0	0
-599	0	2.948	3.110	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0
-263.499	0	420.437	425.853	640	0	0	0
-4.500	0	0	4.500	0	0	0	0
-15.933	0	15.264	15.932	0	0	0	0
-15.933	0	15.264	15.932	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0
-284.530	0	438.649	449.394	640	0	0	0
		273.792	0			0	0
					31.12.2014		
Marktwert 31.12.2015	davon Hedge 31.12.2015	Sonst. Ford. 31.12.2015	Sonstige Verb. 31.12.2015	Rückstellung 31.12.2015	Marktwert 31.12.2014	Sonst. Ford. 31.12.2014	Sonstige Verb. 31.12.2014
47.778	-231.385	11.444	3.260	6.668	-9.076	450	647
0	-558	5	0	48	-487	0	4
0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0
47.778	-230.827	11.439	2.887	6.621	-8.589	450	644
0	0	0	373	0	0	0	0
-113.240	-31.337	3.325	118.063	3.002	-95	0	0
-111.858	-31.337	3.025	116.621	2.290	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0
-1.381	0	299	1.442	711	-95	0	0
12	0	0	36	5	0	0	0
12	0	0	36	5	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0
3.443	0	5.023	0	16.198	0	0	0
-2.368	0	0	0	16.198	0	0	0
5.811	0	5.023	0	0	0	0	0
-62.007	-262.722	19.792	121.359	25.874	-9.171	450	647
		132	469			0	0

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

	2015 EUR	2014 TEUR
Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen	6.362.832,78	2.444
a) Erträge aus Aktien, anderen Anteilsrechten und nicht festverzinslichen Wertpapieren	3.429.489,42	1.781
b) Erträge aus Beteiligungen	1.321.527,78	311
c) Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen	1.611.815,58	351

Die sonstigen betrieblichen Erträge gliedern sich wie folgt:

	2015 EUR	2014 TEUR
Sonstige betriebliche Erträge		
Weiterverrechnete Personal- und Sachaufwendungen	72.945.431,67	187
Erträge derivative Finanzinstrumente	25.190.322,50	0
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	7.140.091,86	0
Erträge aus Vermietung und Verpachtung	2.110.437,11	1.644
Erträge aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen aus anderen Geschäften	1.541.501,49	349
	4.364.865,17	53
	113.292.649,80	2.233

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen gliedern sich wie folgt:

	2015 EUR	2014 TEUR
Sonstige betriebliche Aufwendungen		
Aufwendungen Finanzgarantie und Wertpapier-Tilgungen	20.090.838,49	0
Weiterverrechnete Aufwendungen	19.998.275,67	48
Tilgungsverluste Emissionen	13.987.040,84	0
Beiträge sektoraler Unterstützungseinrichtungen	3.697.899,75	679
Aufwendungen derivative Finanzinstrumente	1.911.085,18	0
andere Aufwendungen	11.733.002,97	377
	71.418.142,90	1.104

Die weiterverrechneten Aufwendungen enthalten vorwiegend weiterverrechnete Sachkosten, insbesondere für Verbundprojekte und Gemeinschaftswerbung. Die anderen Aufwendungen betreffen im wesentlichen EUR 2.300.000,00 die Dotation von Rückstellungen, EUR 6.177.429,19 Aufwendungen für den Einlagensicherungsfonds sowie EUR 1.053.668,02 Aufwendungen aus Schadensfälle.

Bewertungs- und Veräußerungsergebnis:

	2015 EUR	2014 TEUR
Bewertungs- und Veräußerungsergebnis	-14.614.915,61	839
Wertberichtigungen auf Forderungen und Zuführung zu Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken	-37.806.831,99	-13.073
Kreditgeschäft	-37.772.531,25	-13.073
Wertpapiere des Umlaufvermögens	-34.300,74	0
Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen und aus Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken	37.053.334,63	12.543
Kreditgeschäft	36.983.135,67	12.543
Wertpapiere des Umlaufvermögens	70.198,96	0
Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet sind, sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	-18.441.403,74	-9.830
Wertpapiere des Anlagevermögens	-5.306.406,69	-923
Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen	-13.134.997,05	-8.907
Erträge aus Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet sind, sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	4.579.985,49	11.199
Wertpapiere des Anlagevermögens	4.377.762,94	11.199
Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen	202.222,55	0

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag betreffen das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit. Der Steueraufwand in Höhe von EUR 2.421.726,12 (2014: TEUR 2.034) setzt sich im Wesentlichen aus einem Steueraufwand aus der laufenden Körperschaftsteuer in Höhe von EUR 524.543,00 (2014: TEUR 2.068), einem Steueraufwand aus der Auflösung der aktiven latenten Steuern in Höhe von EUR 2.204.852,75 (2014: TEUR 1.204) sowie aus einem Körperschaftsteuerertrag aus der laufenden Gruppenverrechnung in Höhe von EUR 396.014,59 (2014: TEUR 14) zusammen.

Sonstige Steuern, soweit nicht in Posten 15. auszuweisen

Im Posten sonstige Steuern in Höhe von EUR 2.182.341,39 (2014: TEUR 1.517) sind im Wesentlichen angefallene Bankabgabe gemäß Stabilitätsabgabegesetz mit einem Betrag von EUR 759.516,30 (2014: TEUR 1.290) und angefallene Gesellschaftsteuer mit einem Betrag von EUR 1.129.984,42 (2014: TEUR 0) enthalten.

Rücklagenbewegung

	2015			2014		
	EUR Dotierung (-)	EUR Auflösung (+)	EUR Gesamt	TEUR Dotierung (-)	TEUR Auflösung (+)	TEUR Gesamt
Gewinnrücklagen/freie Rücklagen	-28.625,77	0,00		-5.029	0	
Unversteuerte Rücklage	0,00	313.012,06		0	138	
	-28.625,77	313.012,06	284.386,29	-5.029	138	-4.891

Die Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten und Ergänzungskapital betragen EUR 498.887,97 (2014: TEUR 580).

In der Position Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen sind Erträge aus Abfertigungen in Höhe von EUR 2.058.410,58 (Aufwand 2014: TEUR -1.460) enthalten.

Im Geschäftsjahr fielen **Aufwendungen für die Prüfung des Jahresabschlusses** in Höhe von EUR 1.171.203,85 (2014: TEUR 250) an.

Die Position **außerordentliches Ergebnis** in Höhe von EUR 9.500.000,00 (2014: TEUR –3.887) umfasst Erträge aus den Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken in Höhe von EUR 9.500.000,00 (2014: TEUR 0).

Die bei der Einbringung des Bankbetriebs der Volksbank Ost registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung und der Volksbank Obersdorf – Wolkersdorf – Deutsch-Wagram e.Gen. in die VOLKSBANK WIEN AG entstandenen Unterschiedsbeträge zwischen Kapitalerhöhung und Einbringungskapital in Höhe von EUR 4.311.239,84 werden nach KFS/RL 25 Ziffer 97b) in der Gewinn- und Verlustrechnung in einer Sonderposition mit der Bezeichnung „Reinvermögensminderung durch Umgründung“ unmittelbar nach dem Posten „Jahresüberschuss/-fehlbetrag“ ausgewiesen.

Sonstige Angaben

Die VOLKSBANK WIEN AG als Zentralorganisation erstellt einen Konzernabschluss gemäß § 59 BWG und einen Verbundabschluss gemäß § 59a BWG. Die Offenlegung des Verbundabschlusses erfolgt von der VOLKSBANK WIEN AG mit Sitz in Wien beim Handelsgericht Wien.

Im Jahr 2015 waren durchschnittlich 981,70 (2014: 566,50) **Angestellte** und 8,20 (2014: 16,70) **Arbeiter** beschäftigt.

Die **Aufwendungen für Abfertigungen und Pensionen** betragen für aktive und ehemalige Vorstandsmitglieder EUR 899.976,86 (2014: TEUR 332).

Die Aufwendungen für Abfertigungen und Pensionen für Arbeitnehmer betragen EUR 198.905,29 (2014: TEUR 2.150).

Die Gesamtbezüge der im Geschäftsjahr aktiven Aufsichtsratsmitglieder belaufen sich auf EUR 56.703,03 (2014: TEUR 105) und der ehemaligen Aufsichtsratsmitglieder auf EUR 111.723,24 (2014: TEUR 6).

Die **Gesamtbezüge des Vorstandes** (ohne Lohnnebenkosten) betragen EUR 1.243.860,87 (2014: TEUR 855).

Die im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge (Pensionszahlungen) der früheren Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebenen betragen EUR 239.929,61 (2014: TEUR 197).

Im Geschäftsjahr wurden Kredite an den Vorstand in Höhe von EUR 2.171,92 (2014: TEUR 3) und an den Aufsichtsrat in Höhe von EUR 3.170,95 (2014: TEUR 40) gewährt. Kreditrückzahlungen durch den Vorstand erfolgten in Höhe von EUR 11.082,81 (2014: TEUR 28) und durch den Aufsichtsrat in Höhe von EUR 15.471,59 (2014: TEUR 24). Die Bedingungen betreffend Laufzeit und Besicherung sind marktkonform.

Organe

Vorstand:

[Dipl.-Ing. Gerald Fleischmann](#)
Generaldirektor ab 1.6.2015

[Josef Preissl](#)
Vorsitzender bis 31.5.2015
Generaldirektor-Stellvertreter
ab 1.6.2015

[Mag. Wolfgang Schauer](#)
Vorstandsdirektor ab 1.4.2015

[Mag. Dr. Rainer Borns](#)
Vorstandsdirektor ab 1.12.2015

[Erich Fuker](#)
Vorstandsdirektor bis 31.3.2015

[Wolfgang Layr](#)
Vorstandsdirektor bis 31.3.2015

Aufsichtsrat:

[Mag. Heribert Donnerbauer](#)
Donnerbauer & Hübner
Rechtsanwälte GmbH
Mitglied ab 6.8.2015
Vorsitzender ab 7.8.2015

[Prof. Mag. Dr. Leo W. Chini](#)
Honorarprofessor am Institut
für KMU-Management
Mitglied bis 7.8.2015
Vorsitzender von 4.3.2015 bis 7.8.2015

[Vorstandsdirektor
Mag. Martin Holzer](#)
Volksbank Landeck eG
1. Vorsitzender-Stellvertreter
ab 29.5.2015

[Vorstandsdirektor Dr. Rainer Kuhnle](#)
Volksbank Niederösterreich-AG
2. Vorsitzender-Stellvertreter
ab 7.8.2015

Staatskommissäre:

[Ministerialrat
Dipl.-Ing. Dietmar Mitteregger](#)
Staatskommissär

[Mag. Helga Ruhdorfer](#)
Staatskommissär-Stellvertreterin

Organe

Mitglieder des Aufsichtsrates:

Mag. Susanne Althaler

DONAU Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft mbH
Mitglied ab 6.8.2015

Vorstandsdirektor

KR Mag. Harald Berger

Volksbank Südburgenland eG
Mitglied bis 7.8.2015
Vorsitzender bis 19.2.2015

Prof. Mag. August Breininger

Stadtgemeinde Baden
Mitglied bis 29.5.2015

Mag. Karin Eger

Wiener Gebietskrankenkasse
Mitglied von 29.5.2015
bis 7.8.2015

Vorstandsdirektor Werner Foidl

Volksbank Kufstein-Kitzbühel eG
Mitglied bis 7.8.2015

Franz Gartner

Stadtgemeinde Traiskirchen
2. Vorsitzender-Stellvertreter
bis 7.8.2015

Vorstandsdirektor

Mag. Markus Hörmann

Volksbank Tirol Innsbruck-Schwaz AG

Mag. Dr. Alfons Klebl

Stadtgemeinde Traiskirchen
Mitglied bis 7.8.2015

Dr. Johannes Linhart

Selbständiger Konsulent
für Kapitalmarkt und Finanzen
Mitglied ab 6.8.2015

Vorstandsdirektor

Mag. Dr. Johannes Monsberger

Volksbank Steiermark Mitte AG
Mitglied bis 7.8.2015

Mag. Harald Nogrsek

Österreichisches Verkehrsbüro AG
Mitglied ab 6.8.2015

Vorstandsdirektor

Mag. Anton Pauschenwein

Volksbank Niederösterreich Süd eG
Mitglied bis 7.8.2015

Vorstandsdirektor Rudolf Riener

Volksbank Weinviertel
Mitglied bis 7.8.2015

Dr. Nina Rittmann-Müller

Rittmann KG, Steuerberatung
und Wirtschaftsprüfung
Mitglied bis 7.8.2015

Dr. Monika Wildner, LL.M. (NYU)

Selbständige Rechtsanwältin
Mitglied ab 6.8.2015

Direktor Otto Zeller, MBA

Volksbank Salzburg eG
1. Vorsitzender-Stellvertreter
bis 29.5.2015

Vom Betriebsrat delegiert:

Betriebsratsvorsitzender Hans Lang

Mitglied ab 21.7.2015

Dipl.-BW (FH) Hermann Ehinger

Mitglied ab 21.7.2015

Stefan Felbermayer

Mitglied bis 20.7.2015

Eva-Maria Kohout-Lintner

Mitglied bis 20.7.2015

Ingrid Laki

Mitglied bis 20.7.2015

Rainer Obermayer

Michaela Pokorny

Mitglied ab 21.7.2015

Christian Rudorfer

Mitglied bis 20.7.2015

Mag. Dr. Matthäus Thun-Hohenstein

Mitglied von 21.7.2015 bis 7.8.2015

Gerlinde Weilguni

Mitglied bis 7.8.2015

Manfred Worschischek

Der Vorstand



DI Gerald FLEISCHMANN
Generaldirektor
Generalsekretariat, Organisation/IT,
Personalmanagement, Pressestelle, Risikocontrolling, Verbundstrategie



Dir. Josef PREISSEL
Generaldirektor-Stellvertreter
Compliance Office, Immobilientöchter, Integration/Operational Risk-Governance,
Recht, Revision, Risikomanagement Verbund, Risiko Retail/KMU,
Sanierungsmanagement, VB Services für Banken



Mag. Wolfgang SCHAUER
Vorstandsdirektor
Großkommerz, Marketing/Kommunikation,
Regionaldirektionen/Filialbetrieb, Treasury,
Vertriebsmanagement, Markt Service Center



Dr. Rainer BORNS
Vorstandsdirektor
Finanzen

Die Offenlegung gemäß Artikel 431 CRR erfolgt im Internet auf der Homepage der VOLKSBANK WIEN AG unter www.volksbankwien.at

Wien, am 29. März 2016

Anlagenspiegel 2015**(§ 226 Abs. 1 UGB in Verbindung mit § 43 Abs. 1 BWG; alle Angaben in Euro)**

Anlagevermögen der Aktivpositionen	Ansch./ Herstellungskosten 1.1.2015	Zugänge im GJ	Zugänge durch Umgründung	Abgänge im GJ
2.a)Schuldtitel öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere	10.513.000,00	14.986.660,00	866.690.774,27	69.991.365,29
3. Forderungen an Kreditinstitute (Wertpapiere)	200.000,00	250.000,06	11.101.102,18	7.400.016,90
4. Forderungen an Kunden (Wertpapiere)	0,00	0,00	18.655.799,02	284.320,22
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	46.001.323,15	39.496.520,37	483.936.329,41	201.097.218,03
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	23.938.083,65	4.934.186,96	107.052.786,17	78.850.375,03
7. Beteiligungen	49.305.997,42	9.830,00	55.548.338,29	1.064.850,54
8. Anteile an verbundenen Unternehmen	6.853.620,79	15.912.897,92	89.011.412,61	4.360,37
9. Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	1.365.033,14	858.155,93	25.911.468,76	3.137.734,73
10. Sachanlagen	107.977.894,47	2.693.955,15	40.605.595,90	6.472.335,16
12. Sonstige Vermögensgegenstände	1.872,70	0,00	0,00	0,00
GESAMTSUMME	246.156.825,32	79.142.206,39	1.698.513.606,61	368.302.576,27

Umbuchungen im GJ	Ansch./ Herstellungskosten 31.12.2015	Zuschreibungen im GJ	kumulierte Abschreibungen	Buchwert 31.12.2015	Buchwert VJ in TEUR	Abschreibungen im GJ
14.100.000,00	836.299.068,98	0,00	82.282,21	836.216.786,77	10.401	0,00
195.878,65	4.346.963,99	0,00	0,00	4.346.963,99	200	0,00
0,00	18.371.478,80	0,00	0,00	18.371.478,80	0	0,00
-15.095.878,65	353.241.076,25	0,00	442.378,10	352.798.698,15	45.727	0,00
800.000,00	57.874.681,75	0,00	7.045.863,73	50.828.818,02	23.545	2.949.495,59
1.872,70	103.801.187,87	0,00	83.509.089,68	20.292.098,19	10.764	1.791.436,62
0,00	111.773.570,95	0,00	86.053.560,43	25.720.010,52	6.804	1.303.560,43
7.788,00	25.004.711,10	0,00	20.569.060,80	4.435.650,30	10	5.032.952,28
-7.788,00	144.797.322,36	0,00	80.741.285,64	64.056.036,72	51.287	6.237.230,19
-1.872,70	0,00	0,00	0,00	0,00	2	0,00
0,00	1.655.510.062,05	0,00	278.443.520,59	1.377.066.541,46	148.740	17.314.675,11

LAGEBERICHT

172 1 Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage

- 172 1.1 Geschäftsverlauf
 - 172 1.1.1 Geschäftsverlauf
 - 172 1.1.2 Wirtschaftliches Umfeld
 - 174 1.1.3 Erläuterungen zu Gewinn- und Verlustrechnung
 - 175 1.1.5 Erläuterungen zu Bilanz und Eigenmittel
- 176 1.2 Bericht über Zweigniederlassungen
- 176 1.3 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren
 - 176 1.3.1 Finanzielle Leistungsindikatoren
 - 177 1.3.2 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren
- 179 1.4 Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag

179 2 Bericht über die voraussichtliche Entwicklung und Risiken des Unternehmens

- 179 2.1 Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens
- 180 2.2 Wesentliche Risiken und Ungewissheiten
 - 180 2.2.1 Verbundvertrag
 - 180 2.2.2 Aufsichtsrechtliche Anforderungen
 - 181 2.2.3 Risikomanagementstruktur und Risikopolitische Grundsätze
 - 183 2.2.4 Risikostrategie und interner Kapitaladäquanzprozess
 - 186 2.2.5 Kreditrisiko
 - 189 2.2.6 Marktrisiko
 - 192 2.2.7 Operationelles Risiko
 - 193 2.2.8 Liquiditätsrisiko
 - 194 2.2.9 Beteiligungsrisiko
 - 194 2.2.10 Sonstige Risiken
- 195 2.3 Verwendung von Finanzinstrumenten

195 3 Bericht über Forschung und Entwicklung

195 4 Berichterstattung über wesentliche Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

- 196 4.1 Kontrollumfeld
- 196 4.2 Risikobeurteilung
- 196 4.3 Kontrollmaßnahmen
- 197 4.4 Information und Kommunikation
- 197 4.5 Überwachung

DER LAGEBERICHT

1 Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage

1.1 Geschäftsverlauf

1.1.1 Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2015 erfolgte die bis dato wesentlichste Umstrukturierung des österreichischen Volksbanken Verbundes. In der Hauptversammlung der VOLKSBANK WIEN AG (VB Wien, VBW) am 29. Mai 2015 wurde die Aufnahme der Zentralorganisationsfunktion der Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft (ÖVAG) beschlossen. Weiters wurde eine Kapitalerhöhung sowie der Spaltungs- und Übernahmevertrag genehmigt. Hinsichtlich der im Rahmen der Restrukturierungsvereinbarung 2015 übertragenen Aktien an der VBW verweisen wir auf die Ausführungen im Anhang. Somit konnte die ehemalige Zentralorganisation der ÖVAG im Rahmen einer Spaltung vom 4. Juli 2015 rückwirkend mit 1. Jänner 2015 auf die VB Wien übertragen und die Rest-ÖVAG als Abbaugesellschaft immigon portfolioabbau ag (immigon) gemäß § 162 BaSAG fortgeführt werden. Als aufsichtsrechtliche Voraussetzung waren sämtliche im Verbund gehaltenen Anleihen der immigon mittels einer Finanzgarantie abzusichern. Diese Finanzgarantie wurde mit der Deutsche Bank im Juni 2015 abgeschlossen. Die Kosten daraus sowie die Ergebnisse einer allfälligen Veräußerung wurden im Volksbanken-Verbund anteilig verteilt. Mit der Umwandlung der Rest-ÖVAG in eine Abbaugesellschaft einhergehend wurde der bisherige Verbund aufgelöst und ein neuer Verbund gebildet. Dieser wurde von der EZB mit Schreiben vom 2. Juli 2015 bis zum 30. Juni 2016 zeitlich befristet genehmigt. Die VB Wien ist seither die Zentralorganisation gemäß § 30a BWG des neuen österreichischen Volksbankenverbundes und übernimmt damit weitreichende Steuerungs- und Lenkungenfunktionen und ist u.a. auch für das verbundweite Risiko- und Liquiditätsmanagement zuständig.

Im Rahmen des verbundweiten Umstrukturierungsprozesses fusionieren die Volksbanken zu acht regionalen Anbietern von Bankdienstleistungen und zwei Spezialbanken. In der VB Wien wurden daher im November 2015 weitere Einbringungen von Bankbetrieben der Volksbank Ost registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung und der Volksbank Obersdorf - Wolkersdorf - Deutsch-Wagram e. Gen. durchgeführt.

Mitte Mai 2015 erfolgte von Fitch ein Downgrade für den Volksbanken Verbund. Neben anderen österreichischen Banken wurde auch das Rating des Volksbankenverbundes einer Überprüfung im Hinblick auf die staatliche Unterstützung unterzogen. Dabei wurde das Rating von A auf BB- herabgestuft. Die Ratingherabstufung hatte keine wesentlichen negativen Auswirkungen auf die Liquiditätssituation des Verbundes.

Ende August 2015 wurde der Volksbankenverbund von Fitch aufgrund des Ausscheidens der ÖVAG aus dem Volksbanken-Verbund und der Neustrukturierung des Volksbanken-Verbundes neuerlich einem Rating unterzogen. Dabei wurde das Rating von BB- auf BB+ mit positivem Ausblick hinaufgesetzt.

Die immigon hat in 2015 Rückkaufprogramme von Emissionen durchgeführt. Dabei wurden im Volksbanken-Verbund sämtliche Senior unsecured Emissionen vorzeitig zurückgegeben und die Finanzgarantie mit der Deutsche Bank aufgelöst.

1.1.2 Wirtschaftliches Umfeld

Das Jahr 2015 war von einer vergleichsweise robusten Entwicklung der Industrieländer gekennzeichnet, während sich viele Schwellenländer unterdurchschnittlich und teilweise auch negativ entwickelten.

Das österreichische Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs 2015 nach Berechnung des WIFO um 0,8 %. Alle Komponenten nahmen zu: Der private Konsum wuchs – unterstützt von realen Einkommenszuwächsen – um 0,4 %. Mit einem Plus von 1,1 % deutlich stärker gewachsen ist der staatliche Konsum. Nach drei Jahren realer Rückgänge haben auch die Investitionen

im Jahr 2015 wieder zugenommen. Vom Außenhandel kam ein signifikanter Wachstumsbeitrag – die Exporte sind mit 2,4 % deutlich stärker gewachsen als die Importe (+0,8 %). Die österreichische Arbeitslosenquote blieb allerdings trotz der wirtschaftlichen Erholung auf historisch gesehen erhöhtem Niveau. Nach Eurostat-Berechnung stieg sie – gegen den Trend in der Eurozone – von saisonbereinigten 5,6 % im Jänner auf 5,8 % im Dezember 2015, war im europäischen Vergleich damit aber noch immer recht gering. Laut Harmonisiertem Verbraucherpreisindex schwankte die Inflationsrate in Österreich im Laufe des Jahres zwischen 0,5 % und 1,1 %. Österreich gehörte damit zu den Ländern mit den höchsten Inflationsraten der Eurozone, die durchschnittlich eine um knapp einen Prozentpunkt niedrigere Inflationsrate verzeichnete. Einer der Hauptgründe der niedrigen Inflation war der rückläufige Ölpreis, der im Jahresverlauf um 35 % zurückging.

Die wirtschaftliche Entwicklung innerhalb Österreichs verzeichnete im ersten Halbjahr 2015 ein West-Ost-Gefälle. Die Bruttowertschöpfung wuchs in Salzburg, Vorarlberg, Tirol und Oberösterreich überdurchschnittlich, in den anderen Bundesländern – mit Ausnahme des Burgenlands – unterdurchschnittlich.

Die Wiener Wirtschaft litt unter der schwachen Entwicklung der Sektoren Information und Kommunikation sowie Bauwesen. Positiv war die Entwicklung hingegen bei den öffentlichen Dienstleistungen, im Grundstücks- und Wohnungswesen sowie im Tourismus. Trotz eines im gesamtösterreichischen Durchschnitt liegenden Beschäftigungszuwachses stieg die Arbeitslosenrate wegen des starken Anstiegs des Arbeitskräfteangebots überdurchschnittlich an.

In Niederösterreich entwickelte sich die für das Bundesland sehr wichtige Sachgüterproduktion schwach, öffentliche Dienstleistungen und das Grundstücks- und Wohnungswesen waren – wie im Rest Österreichs – robust. Die Entwicklung am Arbeitsmarkt war besser als im gesamtösterreichischen Durchschnitt.

Die Preise österreichischer Wohnimmobilien setzten in den ersten neun Monaten des Jahres ihren schon länger anhaltenden Aufwärtstrend fort. Im dritten Quartal lag der von der Oesterreichische Nationalbank ermittelte Wohnimmobilienpreisindex um 4,0 % über seinen Vorjahreswert, wobei die Immobilienpreise außerhalb Wiens (+4,3 %) etwas stärker gestiegen sind als in Wien (+3,4 %).

Der Tourismus entwickelte sich sowohl in der vergangenen Wintersaison als auch in der Sommersaison sehr gut. In der Wintersaison 2014/15 kam es zu einem Nächtigungszuwachs von 2,1 % (Ausländer: +2,5 %). In der Sommersaison sind österreichweit die Übernachtungen insgesamt um 3,3 %, die von Ausländern um 3,5 % gestiegen. Die insgesamt höchsten Zuwachsraten erzielte Wien, nur das Burgenland und Vorarlberg entwickelten sich relativ schwach. Die Entwicklung nach Herkunftsländern spiegelte teilweise die Wechselkursbewegungen des Euro wider: Überdurchschnittliche Zunahmen gab es unter anderem bei den Übernachtungen von Gästen aus der Schweiz und Liechtenstein (5,8 %), dem Vereinigten Königreich (5,5 %) und den USA (12,3 %), während die Übernachtungen aus Russland um 34 % einbrachen.

In der Eurozone dürfte die reale Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2015 laut Winterprognose der Europäischen Kommission 1,6 % betragen haben. Dies war der höchste Wert seit 2011. Die meisten Länder der Eurozonenperipherie setzten ihre Erholung fort – lediglich Griechenland und Finnland sind im vergangenen Jahr nicht gewachsen. Laut Winterprognose erzielten der private und öffentliche Konsum, die um 1,7 % bzw. um 1,4 % zunahmen, sowie die Investitionen (+2,3 %) positive Wachstumsbeiträge. Die Importe wuchsen zwar stärker als die Exporte, dennoch wurde ein Leistungsbilanzüberschuss in Höhe von 3,7 % des Bruttoinlandsprodukts erzielt. Die Arbeitslosenquote wies – von erhöhten Werten ausgehend – eine durchgehende Verbesserung auf. Nach Eurostat-Methode berechnet sank die Arbeitslosenquote von 11,2 % zu Jahresbeginn auf 10,4 % im Dezember.

Die Inflationsrate nahm leicht zu (von -0,6 % im Jänner auf +0,2 % im Dezember 2015). Sie lag jedoch weit unterhalb des Ziels der Europäische Zentralbank (EZB).

Die EZB hat ihren Hauptrefinanzierungssatz das gesamte Jahr über unverändert bei 0,05 % belassen. Der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität blieb bei 0,30 %. Der Einlagensatz wurde jedoch Anfang Dezember von -0,20 % auf -0,30 % gesenkt. Der Dreimonats-Euribor fiel das gesamte Jahr hindurch kontinuierlich und lag seit Mitte April durchgehend im negativen Bereich. Er fiel von 0,08 % zu Jahresbeginn auf -0,13 % zu Jahresende. Im März 2015 nahm die EZB ihr noch Ende 2014 beschlossenes erweitertes Anleihenkaufprogramm zur Inflationsunterstützung auf. Die Renditen der als sicher empfundenen Staatsanleihen fielen in diesem Zusammenhang zunächst auf historische Tiefstände, stiegen dann aber wieder an und beendeten das Jahr 2015 mit einem moderaten Plus. Die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe nahm in Österreich von 0,66 % auf 0,90 % zu, in Deutschland stieg sie von 0,50 % auf 0,63 %.

Unter anderem aufgrund der gegenläufigen Geldpolitik – die US-Notenbank hob 2015 ihren Leitzins erstmals seit neun Jahren wieder an – wertete der Euro zum US-Dollar im Jahresverlauf um rund 10 % ab. Auch zum Schweizer Franken wertete der Euro um insgesamt 10 % ab, nachdem die Schweizer Nationalbank am 15. Jänner 2015 ihre Kursuntergrenze von 1,20 aufgegeben hatte. Zwischenzeitlich war die Schweizer Währung allerdings sogar unter die Parität zum Euro gefallen. Auf den Aktienmärkten kam es 2015 erneut zu Kursgewinnen, obwohl im August ein starker Rückgang zu verzeichnen war.

Der ATX gewann im Jahresverlauf um 11 %, der EuroSTOXX50 um knapp 4 % an Wert.

1.1.3 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Kennzahlendarstellung für das Berichtsjahr 2015 ist unter Berücksichtigung der Abspaltung des Teilbetriebs der ÖVAG in die VBW und der Einbringung der Bankbetriebe der Volksbank Ost registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung und der Volksbank Obersdorf - Wolkersdorf - Deutsch-Wagram e. Gen. gemäß § 92 BWG zu sehen. Aufgrund der Fusionen ist ein Periodenvergleich mit den Kennzahlen des Vorjahres nur bedingt aussagekräftig.

Der **Nettozinsenertrag** beträgt im Geschäftsjahr EUR 92,8 Mio. In diesem Posten sind Zinserträge aus Kundenforderungen in Höhe von EUR 87,9 Mio. enthalten. Die Zinserträge aus Swap-Geschäften in Höhe von EUR 13,5 Mio. beinhalten vorwiegend Ausgleichszahlungen von Interest Rate Swaps für eigene Emissionen und Sparbriefe. Die Zinsen und ähnliche Aufwendungen für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten stiegen von EUR 1,9 Mio. um EUR 18,6 Mio. auf EUR 20,5 Mio. Der Großteil dieses Betrages entfällt mit EUR 15,4 Mio. auf Mitglieder des Volksbankenverbundes. Der Zinsaufwand für Verbindlichkeiten gegenüber Kunden weist trotz eines gestiegenen Volumens im Jahresvergleich einen Rückgang von EUR 27,0 Mio. auf EUR 19,8 Mio. auf. Dieser Rückgang ist auf das allgemein rückläufige Zinsniveau zurückzuführen.

Die **Erträge aus Aktien, anderen Anteilsrechten und festverzinslichen Wertpapieren** erhöhten sich im Jahresvergleich von EUR 1,8 Mio. auf EUR 3,4 Mio. Die Erträge sind fast zur Gänze den inländischen Wertpapieren in EUR zuzurechnen. Die Erträge aus Beteiligungen sowie Anteilen an verbundenen Unternehmen betragen 2015 insgesamt EUR 2,9 Mio. (2014: EUR 0,7 Mio.).

Die **Provisionserträge** betragen zum Jahresende EUR 65,3 Mio., hiervon entfallen EUR 27,8 Mio. auf das Wertpapiergeschäft, 21,4 Mio. auf den Zahlungsverkehr und EUR 10,8 Mio. auf das Kreditgeschäft. Die **Provisionsaufwendungen** betragen EUR 26,0 Mio., hiervon entfallen EUR 19,0 Mio. auf das Wertpapiergeschäft, EUR 4,4 Mio. auf das Kreditgeschäft und EUR 2,3 Mio. auf den Zahlungsverkehr. Der **Provisionssaldo** erhöhte sich damit von EUR 33,2 Mio. im Vorjahr auf EUR 39,3 Mio. per 31.12.2015.

Das **Ergebnis aus Finanzgeschäften** weist einen positiven Saldo von EUR 8,5 Mio. auf. Mit einem Ertrag von EUR 3,4 Mio. weist das Handels- und Bewertungsergebnis festverzinslicher Wertpapiere den größten Anteil unter diesem Posten auf. Im Finanzergebnis ist das Ergebnis aus Zinsderivaten mit EUR 1,9 Mio., das Bewertungsergebnis der Devisen mit EUR 1,7 Mio. und das Bewertungsergebnis aus Edelmetallen mit EUR 1,1 Mio. enthalten.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** in Höhe von EUR 113,3 Mio. enthalten größtenteils weiterverrechnete Erträge in Höhe von insgesamt EUR 72,9 Mio. Die Erlöse aus der Auflösung von Zinsswaps zu Emissionen betragen EUR 25,2 Mio. und resultieren vorwiegend aus der Auflösung eines mit der Rücknahme einer Anleihe verbundenen Hedgegeschäftes im vierten Quartal. Die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von EUR 7,1 Mio. beinhalten nicht mehr erforderliche Vorsorgen für negative Marktwerte aus FX- und Zinsderivaten.

In den **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** in Höhe von EUR 71,4 Mio. sind weiterverrechnete Aufwendungen in Höhe von EUR 20,2 Mio. enthalten. Die Aufwendungen für die mit der Deutsche Bank abgeschlossene Finanzgarantie belaufen sich auf EUR 20,1 Mio. Der Verlust aus der Rücknahme oben genannter Anleihe erhöht die sonstigen Aufwendungen um EUR 14,0 Mio.

Die **allgemeinen Verwaltungsaufwendungen** betragen insgesamt EUR 163,4 Mio. und setzen sich aus dem Personalaufwand in Höhe von EUR 86,2 Mio. und dem Sachaufwand in Höhe von EUR 77,2 Mio. zusammen. Im Sachaufwand sind Kosten für die elektronische Datenverarbeitung in Höhe von EUR 21,9 Mio. enthalten. Die Fusionskosten belaufen sich auf EUR 1,1 Mio.

Das **Betriebsergebnis** 2015 ist aufgrund der Umstrukturierung durch zahlreiche Sondereffekte belastet und liegt mit EUR 14,1 Mio. um EUR 4,2 Mio. unter jenem des Vorjahres.

Das **Bewertungs- und Veräußerungsergebnis** weist für das Geschäftsjahr 2015 einen negativen Saldo von EUR 14,6 Mio. auf. In diesem Ergebnis ist die Zuführung einer Wertberichtigung gemäß § 57 Abs. 1 BWG in Höhe von EUR 9,9 Mio. enthalten. Abwertungen von und Vorsorgen für Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen belasteten das Ergebnis mit EUR 13,1 Mio. Der negative Bewertungssaldo aus Zuführungen und Auflösungen für Wertberichtigungen und Rückstellungen für das Kreditgeschäft beträgt EUR 0,8 Mio.

Das negative Bewertungsergebnis trug somit wesentlich dazu bei, dass es zu einem negativen **Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit** in Höhe von EUR –0,5 Mio. kam, im Vergleich zu EUR 19,2 Mio. im Vorjahr.

Aufgrund der Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken weist das **außerordentliche Ergebnis** einen positiven Saldo in Höhe von EUR 9,5 Mio. auf.

Die VBW ist Gruppenträger einer Unternehmensgruppe gemäß § 9 KStG. Der **Körperschaftsteuerertrag** aus der laufenden Gruppenverrechnung 2015 beläuft sich auf EUR 0,4 Mio.

In den **sonstigen Steuern** in Höhe von EUR 2,2 Mio. (2014: EUR 1,5 Mio.) sind im Wesentlichen die Bankenabgabe gemäß Stabilitätsabgabegesetz in Höhe von EUR 0,8 Mio. (2014: EUR 1,3 Mio.) sowie die Gesellschaftssteuer in Höhe von EUR 1,1 Mio. für die durchgeführten Kapitalerhöhungen enthalten.

1.1.5 Erläuterungen zu Bilanz und Eigenmittel

Vor allem aufgrund der Abspaltung des Teilbetriebs der ÖVAG auf die VBW erhöhte sich die **Bilanzsumme** gegenüber dem Vorjahr erheblich von EUR 3,4 Mrd. auf EUR 10,6 Mrd. Durch die Übernahme der Zentralorganisationsfunktion für den Volksbankenverbund hat die VBW auch die Forderungen und Verbindlichkeiten mit den zugeordneten Kreditinstituten

des Volksbankenverbundes übernommen. Die Forderungen an Kreditinstitute erhöhten sich vorwiegend aus diesem Grund von EUR 0,8 Mrd. im Vorjahr auf EUR 2,8 Mrd. per 31.12.2015. Der zum Jahresende ausgewiesene Wert der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von EUR 4,1 Mrd. setzt sich fast zur Gänze aus abgespaltenen Verbindlichkeiten der ÖVAG zusammen. Der Vorjahreswert liegt bei nur rund EUR 0,1 Mrd.

Die **Kundenforderungen** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr von EUR 2,4 Mrd. auf EUR 3,8 Mrd. Diese Erhöhung ist zu einem erheblichen Teil auf die Einbringungen der Bankbetriebe der beiden Retailbanken und der Zentralorganisation im November 2015 zurückzuführen.

Die **Schuldtitle öffentlicher Stellen** erhöhten sich durch die Übernahme der Zentralorganisationsfunktion von EUR 10,5 Mio. auf EUR 983,3 Mio. und bestehen größtenteils aus inländischen Schuldtiteln in EUR.

In den **sonstigen Vermögensgegenständen**, die sich im Jahresverlauf von EUR 11,7 Mio. um EUR 470,8 Mio. auf EUR 482,5 Mio. erhöhten, sind überwiegend positive Marktwerte von Zinsabsicherungsgeschäften im Handelsbuch enthalten.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um EUR 0,9 Mrd. und betragen zum Jahresende EUR 4,0 Mrd. Die davon täglich fälligen Verbindlichkeiten in EUR betragen EUR 2,8 Mrd.

In den **sonstigen Verbindlichkeiten** in Höhe von EUR 620,1 Mio. sind vor allem Zahlungsverpflichtungen aus Interest Rate Swaps und anderen Zinsabsicherungsgeschäften enthalten.

Im Zusammenhang mit den im Geschäftsjahr erfolgten Fusionen und aufgrund der Übernahme der Zentralorganisationsfunktion wurden vier **Kapitalerhöhungen** durchgeführt. Das gezeichnete Kapital erhöhte sich dabei von EUR 56,5 Mio. im Vorjahr auf EUR 107,5 Mio., die Kapitalrücklagen weisen einen Anstieg von EUR 42,6 Mio. auf EUR 155,1 Mio. auf.

Gemäß Art 92 CRR muss die VBW zu jedem Zeitpunkt folgende **Eigenmittelanforderungen** erfüllen:

- a) eine harte Kernkapitalquote von 4,5 %,
- b) eine Kernkapitalquote von 6 % und
- c) eine Gesamtkapitalquote von 8,0 %.

Die **Bemessungsgrundlage** für die Eigenmittelanforderungen ist der Gesamtrisikobetrag, dieser beträgt zum Jahresende EUR 2,8 Mrd. Die Mindestanforderungen an die VB Wien in absoluten Beträgen sind ein hartes Kernkapital von EUR 124,0 Mio., ein Kernkapital von EUR 165,3 Mio. und ein Gesamtkapital von EUR 220,4 Mio. Die tatsächliche harte Kernkapitalquote beträgt 11,9 %, womit die Eigenmittelanforderungen um EUR 203,9 Mio. übererfüllt wurden. Die Kernkapitalquote entspricht der harten Kernkapitalquote von 11,9 % und wurde um EUR 162,6 Mio. übererfüllt. Die vorgegebene Gesamtkapitalquote wurde mit EUR 133,6 Mio. übererfüllt.

1.2 Bericht über Zweigniederlassungen

Die VB Wien verfügt über keine Zweigniederlassungen.

1.3 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

1.3.1 Finanzielle Leistungsindikatoren

Die bankrechtlichen **Eigenmittel** der VB Wien betragen zum 31.12.2015 EUR 354,0 Mio. (31.12.2014: EUR 208,0 Mio.) Die risikogewichteten Aktiva betragen zum Ultimo 2015 EUR

2,8 Mrd. und haben sich damit gegenüber dem Ultimo 2014 (EUR 1,4 Mrd.) annähernd verdoppelt. Die Erhöhung ist vorwiegend auf die Kapitalerhöhung im Zusammenhang mit der Aufnahme der Zentralorganisationsfunktion und den Fusionsbanken zurückzuführen.

Die vorhandenen Eigenmittel überschreiten das regulatorische Erfordernis um EUR 133,6 Mio.

- Die harte **Kernkapitalquote** sowie die Kernkapitalquote bezogen auf das Gesamtrisiko betragen jeweils 11,9 %. (31.12.2014: 13,3 %)
- Die **Gesamtkapitalquote** liegt bei 12,9 % (31.12.2014: 14,9 %)

Der **Ausleihungsgrad I** beträgt im Berichtsjahr 231,33 %. (2014: 163,62 %) Der Ausleihungsgrad I errechnet sich als Quotient zwischen Kundenforderungen und Spareinlagen.

Der **Ausleihungsgrad II** beträgt im Berichtsjahr 68,61 % (2014: 78,41 %). Der Ausleihungsgrad II errechnet sich als Quotient zwischen Kundenforderungen und der Summe von Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und verbrieften Verbindlichkeiten.

Die **Provisionsspanne** beträgt im Geschäftsjahr 0,37 % (2014: 0,98 %). Die Provisionsspanne errechnet sich als Quotient aus dem Saldo aus Provisionserträgen und Provisionsaufwendungen und der Bilanzsumme.

Die **Betriebsertragsspanne** beträgt im Geschäftsjahr 2,45 % (2014: 2,75 %). Die Betriebsertragsspanne errechnet sich als Quotient zwischen Betriebserträgen und Bilanzsumme.

Die **Betriebsaufwandsspanne** beträgt im Geschäftsjahr 2,32 % (2014: 2,21 %). Die Betriebsaufwandsspanne errechnet sich als Quotient zwischen Betriebsaufwendungen und Bilanzsumme.

1.3.2 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Human Resources

Der Bereich Human Resources war vor allem mit der Integration der Mitarbeiter/innen sowie mit der Begleitung der Reorganisationsmaßnahmen intensiv beschäftigt. Der begonnene Weg und die eingeleiteten Maßnahmen werden dabei auch im kommenden Jahr konsequent fortgesetzt. Gemeinsam mit dem Vorstand wurde ein umfassender Maßnahmenplan verabschiedet. Neben den laufenden Fusions- und Integrationsmaßnahmen wurde in enger Abstimmung mit der Volksbanken Akademie und Ausbildungsverantwortlichen des Hauses eine umfassende Neuausrichtung der Ausbildung unserer Mitarbeiter/innen initiiert.

Mit Stichtag 31.12.2015 beschäftigte die VB Wien 1.144 Mitarbeiter/innen (Vollzeitäquivalente, inkl. Tochtergesellschaften).

Wesentliche Organisations- und IT-Projekte

Der von der ÖVAG abgespaltene Aufgabenbereich der Zentralorganisation für den Volksbanken-Verbund wurde im Juli 2015 mit der VOLKSBANK WIEN-BADEN AG (heute VOLKSBANK WIEN AG) fusioniert. Die rechtlichen, personellen, prozessualen und IT-Aktivitäten wurden vom Bereich Organisation / IT in einem Projekt „Transformation“ abgewickelt. Dieses Projekt erstreckte sich über sämtliche Funktionen und Bereiche der Aufbau- und Ablauforganisation der ehemaligen ÖVAG und der VOLKSBANK WIEN AG. Dabei war unter anderem die Herausforderung, im vorgegebenen Zeitrahmen (rund neun Monate) eine Prozessharmonisierung, die Migration von Daten sowie die Implementierung verschiedenster Applikationen in der VOLKSBANK WIEN AG vorzunehmen.

Im November 2015 wurden zwei weitere Fusionen mit den Retailbanken Volksbank Ost registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung und Volksbank Obersdorf - Wolkersdorf - Deutsch-Wagram e. Gen. erfolgreich durchgeführt. Die Durchlaufzeit für diese Doppelfusion war äußerst kurz bemessen, da die Nacharbeiten der technischen Umsetzung des Projekts

„Transformation“ im Juli einen erheblichen Zeitaufwand darstellten und parallel zu den beiden Retailfusionen erledigt werden mussten. Darüber hinaus fielen auch organisatorische Nacharbeiten der Fusion in diesen Zeitraum, was sich als deutlich erschwerende Rahmenbedingung für das Retail-Fusionsprojekt herausgestellt hat. Die vom Bereich Organisation/IT gemanagte technische Fusion selbst umfasste die Zusammenführung der technischen Mandanten im Verbundrechenzentrum „Allgemeines Rechenzentrum GmbH“ (ARZ) und konnte an zwei Wochenenden erfolgreich durchgeführt werden. An den jeweiligen ersten Öffnungstagen nach der technischen Fusion wurden keine nennenswerten, kundenwirksamen Probleme verzeichnet. Alle Systeme wie z.B. Internetbanking, Selbstbedienungsgeräte, Kassen in den Filialen u.v.m., konnten plangemäß und problemlos in Betrieb genommen werden.

Das Projekt „Mustermandant“ verfolgt als Ziel, die Parameter und systemgestützten Prozesse des Kernbanksystems im Volksbankensektor zu vereinheitlichen. Damit werden einerseits Fusionen erleichtert und andererseits Synergien gehoben sowie Kosten gespart. Die einheitlichen Systemparameter sind bereits ausgerollt, ein einheitliches Produktangebot sowie einheitliche Pricingpakete sind in Ausarbeitung. Für die Betreuung und Wartung des Systems wurden ein eigener technischer Mandant und ein Betreuungsteam in der Zentralorganisation eingerichtet. Parameteränderungen können nun zentral für den gesamten Volksbankensektor vorgenommen werden. Für die oben genannten Fusionen war die Umstellung der Retailbanken auf den Mustermandanten eine verpflichtende und arbeitsvereinfachende Voraussetzung.

Das 2013 gestartete Projekt „Verbundweite IT-Konsolidierung“ hat die nachhaltige Reduktion von IT-Kosten im infrastrukturellen Bereich und der damit verbundenen IT-Prozesse der Verbundbanken zum Ziel. Die zwei wesentlichsten Elemente des Projekts sind die Vereinheitlichung des Daten-Netzwerkes (Netzwerk-Cloud), die bereits im ersten Halbjahr 2016 verbundweit umgesetzt sein wird sowie die Zentralisierung aller Server im ARZ (CeBrA Cloud), die bis Ende 2017 abgeschlossen sein wird. Neben der bereits messbaren Reduktion von Kosten bewirken die bereits getätigten Maßnahmen auch eine deutliche Reduktion von operationellen Risiken in den Hauptanstalten.

Das Umsetzungsprojekt „Electronic Banking Plattform - mobile Generation“ wurde 2015 mit dem Ziel der Schaffung eines modernen Online Bankings gestartet. Die neue Plattform wird im ersten Halbjahr 2016 in Einsatz gebracht und soll als Informations-, Kommunikations- und Transaktionskanal zwischen Bank und Kunde positioniert werden. Die Anwendung agiler Methoden ermöglicht die Bereitstellung laufend neuer Funktionen und somit eine kontinuierliche Anpassung an die Markt- und Kundenbedürfnisse sowie eine Entlastung der bankinternen Supporteinheiten.

Die österreichischen Banken verständigten sich 2012 auf die Errichtung einer Gemeinsamen Meldewesen-Plattform (GMP). Im Jahr 2015 wurden mit der Produktivsetzung des sog. Wertpapier-Cubes sowie des Kredit-Cubes auch von den Volksbanken in Zusammenarbeit mit dem ARZ die ersten beiden Meilensteine der GMP erfolgreich gemeistert. Stand beim Wertpapier-Cube das gesamte organisatorische, prozessuale und technische Setup im Vordergrund, waren es beim Kredit-Cube besonders inhaltliche und qualitätssichernde Maßnahmen, die sich durch den puren Umfang der Kreditdaten ergaben. Trotz gravierender Umwälzungen (Projekt „Transformation“) im Jahr 2015 hat der Volksbanken-Verbund ein Zusammenarbeitsmodell definiert und umgesetzt, das die Rollenverteilung zwischen Zentralorganisation und Primärbanken im Meldewesen regelt und Synergiepotentiale zwischen zentralen und dezentralen Prozessschritten bestmöglich hebt. Der Erfolg dieser Zusammenarbeit hat sich u.a. auch dadurch gezeigt, dass der Verbund als erste Bankengruppe in Österreich einen produktiven Wertpapier-Cube an die OeNB versendet hat.

Im Dezember 2015 wurde die Umsetzung der Anforderungen aus dem neuen Rechnungslegungsstandard IFRS 9 beauftragt. Aufgrund der hohen Relevanz für die Banken

erfolgt diese Umsetzung in einem im Jänner 2016 eigens aufgesetzten Projekt, das die Erstanwendung des Standards in 2018 sicherstellen soll.

Bei der Planung und Durchführung von Organisations- und IT-Projekten wird auf Umweltschutzbelange Rücksicht genommen.

1.4 Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag

In der Hauptversammlung vom 17. März 2016 wurde die Änderung der Verbundverträge 2014 beschlossen. Neben Änderungen des Verbundvertrags 2014 und des Zusammenarbeitsvertrags erfolgte u.a. auch die Einrichtung eines Leistungsfonds (Treuhandfonds) bei der Zentralorganisation. Damit ist nun geregelt, dass die Zentralorganisation künftig alleine für die Sanierungen im Verbund zuständig ist und der Gemeinschaftsfonds wird durch den Leistungsfonds ersetzt.

Der positive Ausblick auf das Volksbanken-Verbund Langfristemittentenrating spiegelt die fortschreitende Konsolidierung der Verbundmitglieder und die hohe Wahrscheinlichkeit einer Höherstufung um bis zu zwei Ratingstufen wider, sobald sich das Risiko der Umsetzung der Konsolidierung ausreichend verringert hat. Andererseits besteht ein Herabstufungs-Risiko für das Viability- und Langfristemittentenrating im Falle einer Nichterreicherung der notwendigen Kosteneinsparungen aus der Restrukturierung, aus einem wesentlichen Abschwung der österreichischen Wirtschaft oder dass es dem Volksbanken-Verbund nicht möglich ist, die Rückzahlung an die Republik gemäß dem Rückzahlungsplan zu leisten. Derzeit werden diese Risiken jedoch nicht erwartet.

2 Bericht über die voraussichtliche Entwicklung und die Risiken des Unternehmens

2.1 Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Wirtschaftliches Umfeld

Die ersten Wochen des Jahres waren von wachsenden globalen Konjunktursorgen gekennzeichnet. Schwache Wirtschaftsdaten aus China und der stark fallende Ölpreis führten zu erheblichen Kursrückgängen an den Aktienmärkten und fallenden Renditen der als sicher geltenden Staatsanleihen. Diese Turbulenzen sind in der im Dezember 2015 veröffentlichte Konjunkturprognose des WIFO natürlich noch nicht berücksichtigt, die vom WIFO erwartete österreichische BIP-Wachstumsrate von 1,7 % wird aber auch in der erst Anfang Februar vorgestellten Winterprognose der EU-Kommission für 2016 angenommen. Der private Konsum sollte 2016 von der Steuerreform profitieren und auch für die Investitionen wird von einer Belebung ausgegangen. Der schwächere Euro und die durch den neuerlich verbilligten Ölpreis sinkenden Importe dürften dazu beitragen, dass auch vom Außenhandel spürbare Wachstumsbeiträge kommen.

Auch für die Eurozone insgesamt wird mit einer Wachstumsrate von 1,7 % gerechnet – sowohl die Projektion der EZB vom Dezember 2015 als auch die Winterprognose der EU-Kommission gehen für 2016 von diesem Wert aus. Eine robuste internationale Nachfrage und der schwache Euro sollten das Wirtschaftswachstum in der Eurozone unterstützen. Hauptsächlich aufgrund des niedrigen Ölpreises dürfte die Teuerungsrate im Jahr 2016 aber weiterhin nicht an das Inflationsziel der Europäischen Zentralbank von knapp unter 2 % heranreichen. Die Europäische Kommission rechnet mit einer Inflationsrate in 2016 von lediglich 0,5 %. Eine weitere Lockerung der Geldpolitik ist daher möglich. Das Zinsniveau dürfte somit insgesamt niedrig bleiben, obwohl von der Ende 2015 begonnenen geldpolitischen Straffung in den USA ein gewisser Aufwärtstrend ausgehen kann. Dieser sollte sich bei den Kapitalmarktzinsen stärker auswirken als auf dem Geldmarkt.

Risiken für diesen Ausblick ergeben sich vor allem aus den laufenden geopolitischen Konflikten und der schwachen bzw. unterdurchschnittlichen Wirtschaftsentwicklung einiger großer Schwellenländer wie China, Brasilien und Russland, die zu (weiteren) Währungsabwertungen, erhöhter Finanzmarktvolatilität und negativen Auswirkungen auf die internationale Nachfrage führen können. Auch vermehrte Grenzkontrollen und Auffassungsunterschiede innerhalb der Europäischen Union können den Ausblick belasten.

Die Europäische Zentralbank hat am 10. März 2016 eine Reihe weiterer geldpolitischer Lockerungsmaßnahmen beschlossen. Der Einlagensatz wurde um 10 Basispunkte auf $-0,40\%$, der Hauptrefinanzierungssatz und der Spitzenrefinanzierungssatz um jeweils 5 Basispunkte auf 0% beziehungsweise $0,25\%$ gesenkt: Zudem wurde das Anleihenkaufprogramm auf 80 Mrd. EUR ausweitend und bis mindestens März 2017 verlängert. Auch Unternehmensanleihen mit Investmentgrade – nicht aber Bankanleihen – sind fortan für das Kaufprogramm zugelassen. Ab Juni 2016 werden vierteljährlich vier neue Gezielte Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte („TLTRO II“) mit vier Jahren Laufzeit stattfinden. Ihre Verzinsung wird dem Einlagensatz entsprechen, wenn der Teilnehmer seine Kreditvergabe um mindestens $2,5\%$ erhöht. Ansonsten kann die Verzinsung bis maximal zum Hauptrefinanzierungssatz reichen. Anders als bei früheren langfristigen Refinanzierungsgeschäften ist der Zinssatz nur an den Leitzins bei Abschluss des Geschäftes gebunden und von späteren Änderungen der Leitzinsen unabhängig. Für das laufende Jahr verschiebt sich vor allem am „kurzen Ende“ der Zinskurve das erwartbare Zinsniveau aufgrund der neuen EZB-Maßnahmen weiter nach unten.

Ausblick geplante Fusionen 2016

Die VB Wien plant die Bankbetriebe der Volksbank Marchfeld e.Gen. und der Volksbank Weinviertel e.Gen. im Juli 2016 sowie der Volksbank Niederösterreich Süd eG und der Volksbank Südburgenland eG im November 2016 aufzunehmen.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Nach der in 2015 erfolgreich abgeschlossenen Abspaltung der immigon portfolioabbau ag aus dem Verbund und der Übernahme der Zentralorganisationsfunktion durch die VBW liegt der Fokus der Bank auf dem Wachstum im Kundengeschäft. Einerseits soll die Bank durch die vier geplanten Fusionen und andererseits durch die Verstärkung des Kredit- und Provisionsgeschäfts wachsen. Letzteres wird auch unterstützt durch die neue Kooperationsvereinbarung mit der Union Investment Austria GmbH und der Neuausrichtung der Filialen. Ein Jahresergebnis im niedrigen zweistelligen Bereich soll dadurch, nach dem von Sondereffekten belasteten Ergebnis 2015, wieder erzielt werden.

2.2 Wesentliche Risiken und Ungewissheiten

2.2.1 Verbundvertrag

Die ehemalige Zentralorganisation der ÖVAG wurde im Rahmen einer Spaltung am 4. Juli 2015 rückwirkend mit 1. Jänner 2015 auf die VB Wien übertragen und die Rest-ÖVAG als Abbaugesellschaft gemäß § 162 BaSAG fortgeführt. Damit einhergehend wurde der bisherige Verbund aufgelöst und ein neuer Verbund gebildet. Die Genehmigung der EZB mit Schreiben vom 2. Juli 2015 erfolgte zeitlich befristet bis zum 30. Juni 2016. Dem Management der VB Wien sind aktuell keine Sachverhalte bekannt, die auf eine Nichtverlängerung schließen lassen.

2.2.2 Aufsichtsrechtliche Anforderungen

Von den Regulatoren wird auf europäischer und nationaler Ebene derzeit und in Zukunft die Erfüllung immer umfangreicherer Vorgaben gefordert. Dies belastet die Bank einerseits durch den enorm hohen Ressourceneinsatz mit Personal- sowie Projekt- und IT-Kosten

und andererseits durch höhere Kapitalanforderungen, die über das gesetzliche Mindest-erfordernis nach Basel III wesentlich hinausgehen.

Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen werden in der VBW intern gemäß der Basel II/ Basel III Logik in drei Säulen geteilt. Säule 1 Mindestkapitalanforderungen regelt die Ermittlung der Mindestkapitalerfordernisse für Kreditrisiken, Marktrisiken sowie operationelle Risiken. Säule 2 Aufsichtsrechtliche Kontrolle definiert Mindestanforderungen an das Risikomanagement von Banken im Rahmen des sogenannten ICAAP (Internal Capital Adequacy Assessment Process). Säule 3 Offenlegung legt die Offenlegung für Marktteilnehmer fest.

Säule 1 Mindestkapitalanforderungen

Die Umsetzung der Säule 1 in der VBW verfolgt gemäß Vorstandsbeschluss nicht nur die Erfüllung der Mindestanforderungen, sondern unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit auch die Umsetzung interner Modelle, um damit die Risikomanagementsysteme für alle Risikoarten kontinuierlich zu verbessern. Sowohl beim Kreditrisiko als auch beim Marktrisiko und beim Operationellen Risiko kommen die jeweiligen regulatorischen Standardansätze zur Bestimmung der Mindestkapitalanforderungen zur Anwendung.

Säule 2 Internal Capital Adequacy Assessment Process

Der Internal Capital Adequacy Assessment Process (ICAAP) verpflichtet Banken, alle notwendigen Maßnahmen zu setzen, um jederzeit eine ausreichende Kapitalausstattung für die aktuellen und auch die zukünftig geplanten Geschäftsaktivitäten und die damit verbundenen Risiken zu gewährleisten. Dabei können bankintern entwickelte Methoden und Verfahren angewendet werden. Bei der Ausgestaltung, der für die Umsetzung des ICAAP erforderlichen Strategien, Methoden und Systeme, spielt die Größe und Komplexität der Geschäftstätigkeit eine wesentliche Rolle (Proportionalitätsprinzip).

Säule 3 Offenlegung

Den Anforderungen der Säule 3 wird durch die Veröffentlichung der qualitativen und quantitativen Offenlegungsvorschriften gem. Verordnung der Finanzmarktaufsicht (FMA) zur Durchführung des Bankwesengesetzes betreffend der Veröffentlichungspflichten von Kreditinstituten (Offenlegungsverordnung – OffV) auf der institutseigenen Homepage www.volksbank.at unter Volksbanken Verbund / Verbund-Offenlegung nachgekommen.

2.2.3 Risikomanagementstruktur und Risikopolitische Grundsätze

Risikomanagementstruktur

Die VBW hat alle erforderlichen organisatorischen Vorkehrungen getroffen, um dem Anspruch eines modernen Risikomanagements zu entsprechen, wie sie beispielsweise in den Mindeststandards an das Kreditgeschäft und in der Kreditinstitute-Risikomanagementverordnung – KI-RMV formuliert sind. Es gibt eine klare Trennung zwischen Markt und Risikobeurteilung, -messung und -kontrolle. Diese Aufgaben werden zur Vermeidung von Interessenkonflikten von unterschiedlichen Organisationseinheiten wahrgenommen.

Im Ressort Generaldirektion von Dir. DI Gerald Fleischmann ist im Bereich Risikocontrolling das strategische Risikomanagement der VBW und des Verbundes konzentriert. Neben dem Risikocontrolling sind des Weiteren die Bereiche Verbundstrategie, Organisation/IT sowie Personalmanagement in diesem Ressort angesiedelt. Die operativen Risikomanagementaktivitäten sind im Ressort Marktfolge bei Dir. Josef Preissl konzentriert. Dieses umfasst unter anderem die Bereiche Risiko Retail/KMU, Risikomanagement Verbund sowie Sanierungsmanagement.

Risikopolitische Grundsätze

Die risikopolitischen Grundsätze umfassen die innerhalb der VBW als Teil des Volksbanken-Verbundes gültigen Normen im Umgang mit Risiken und werden zusammen mit dem

Risikoappetit vom Vorstand festgelegt. Ein verbundweit einheitliches Verständnis zum Risikomanagement ist die Basis für die Entwicklung eines Risikobewusstseins und einer Risikokultur im Unternehmen.

Generelle Weisung Risikomanagement

Die VBW hat zur Erfüllung ihrer Steuerungsfunktion generelle Weisungen gegenüber den dem Volksbanken-Verbund zugeordneten Kreditinstituten erlassen. Die „Generelle Weisung Risikomanagement (GW RM) und die nachgelagerten Handbücher regeln verbundweit verbindlich das Risikomanagement. Dies umfasst die bestehenden Prozesse und Methoden zur Steuerung, Messung und Überwachung der Risiken im Verbund und in der VBW.

Ziel der GW RM ist es, allgemeine und verbundweit konsistente Rahmenbedingungen und Grundsätze für die Messung und den Umgang mit Risiken sowie die Ausgestaltung von Prozessen und organisatorischen Strukturen verständlich und nachvollziehbar zu dokumentieren. Die GW RM bildet die Grundlage für die Operationalisierung der Risikostrategie und setzt dabei, ausgehend von den jeweiligen Geschäftsschwerpunkten, die grundsätzlichen Risikoziele und Limite, an denen sich Geschäftsentscheidungen orientieren müssen, fest. Die GW RM gilt für alle Mitglieder des Kreditinstituts-Verbundes gemäß § 30a BWG.

Die Vorstände und Geschäftsführer aller Verbundmitglieder haben im Rahmen ihrer allgemeinen Sorgfaltspflicht im Interesse der Gesellschaften ausnahmslos und uneingeschränkt dafür Sorge zu tragen, dass die GW RM im jeweiligen Unternehmen formal und faktisch Geltung erlangt. Geltung erlangt GW RM entweder durch gänzliche Inkraftsetzung im Bereich der Gesellschaft oder durch Übernahme der Inhalte der GW RM in ein eigenes Risikohandbuch der Gesellschaft. Jegliche Abweichungen und Sonderregelungen zu der GW RM sind nur in Ausnahmefällen erlaubt und vorab mit der Organisationseinheit „OPRISK und Risikogovernance“ (OE 632) in der VBW als ZO abzustimmen und zu dokumentieren.

Klare Organisationsstrukturen: Besonderes Augenmerk wird auf die Trennung von Risikoübernahme (risk-taking) einerseits und die Risikoberechnung sowie die Vorgabe der Risikonormen andererseits (Risikocontrolling/Risikomanagement) gelegt. Eine Funktionstrennung innerhalb der VBW stellt die Vermeidung von Interessenskonflikten sicher.

Systeme und Methoden: Einheitliche Risikomessmethoden sind die Basis zur Vergleichbarkeit und Aggregation der Risiken in der VBW. Sie sind zudem ein wichtiges Element in der internen Entwicklung effizienter Limitstrukturen und der Berechnung von Limitausnutzungen. Auf einheitliche Risikomanagementsysteme wird auch in Hinblick auf Kosteneffizienz und Ressourcenschonung großes Augenmerk gelegt. Notfallsplanungen stellen die erforderliche Verfügbarkeit der Systeme sicher.

Limitwesen: Grundsätzlich unterliegen in der VBW alle mess- und steuerbaren Risiken einer Limitstruktur, die einer permanenten operativen Überwachung unterliegt. Es gilt der Grundsatz: Kein Risiko ohne Limit. Risiken, für die bisher in der Theorie keine hinreichend genauen Messmethodiken und -instrumente zur Verfügung stehen, werden entweder auf Grund regulatorischer Eigenmittelerfordernisse, konservativer Berechnungsmethoden unter Berücksichtigung von Stressannahmen, oder in Form von Sicherheitspuffern in die Überlegungen einbezogen, wobei in diesen Fällen das Vorsichtsprinzip zur Anwendung kommt.

Risikoreporting: Ein zeitnahes, regelmäßiges und umfassendes Risikoreporting ist unter anderem in Form eines Risikoberichts implementiert. Dieser ist wichtiger Bestandteil für die Identifikation, Messung, Steuerung und Überwachung des Risikos innerhalb der VBW. Er wird quartalsweise erstellt und deckt alle relevanten Risikoarten ab. Der Risikobericht informiert den Vorstand periodisch über die Entwicklung der Risikotragfähigkeit und der Risikosituation der VBW und umfasst im Schwerpunkt die quantitative Darstellung der steuerungsrelevanten Informationen zu den adressierten Risikokategorien, ergänzt durch

kurze Lageeinschätzungen und gegebenenfalls weitere qualitative Informationen. Bei der Erstellung des Reports wird besonderes Augenmerk auf die Datenqualität gelegt, um aussagekräftige Ergebnisse zu gewährleisten.

Prozesse: Grundlage des Risikomanagements sind funktionierende Prozesse. Die Entwicklung und die Integration dieser Prozesse in die täglichen Geschäftsabläufe ist daher zentrale Aufgabe des Risikomanagements in der VBW.

Einführung neuer Produkte: In der VBW ist eine einheitliche Vorgangsweise für die Einführung neuer Produkte implementiert. Neben der adäquaten Erfassung aller Risiken, dem korrekten Eingang in das Controlling und die Bilanzierung steht hier die Abbildung in den zentralen Systemen der VBW im Vordergrund. Einheitliche aussagekräftige Risikoreports und ein korrektes externes Meldewesen werden dadurch gewährleistet.

Ein effizienter systemunterstützter Genehmigungsprozess für Treasury Produkte ist implementiert und wird kontinuierlich verbessert und weiterentwickelt. Die korrekte Abbildung sämtlicher Risiken in den Risikomanagementsystemen steht hierbei im Vordergrund. Besonderes Augenmerk wird auf das Vorhandensein einer unabhängigen Bewertungsmöglichkeit gelegt. Dies gilt auch für geschlossene Positionen. Somit werden die gesetzlichen Vorgaben zur Darstellung des Kontrahentenausfallrisikos und die Anforderungen des Collateral Managements erfüllt.

Backtesting: Da Schätzungen der Größen Probability of Default (PD), Loss given Default (LGD), Exposure at Default (EAD) und Credit Conversion Factor (CCF) sowie Value at Risk (VaR) immer auf Vergangenheitswerten aufbauen, muss ihre Akkuranz tourlich mittels Rückvergleichen (Backtesting) validiert werden. Backtestingreports werden jedenfalls für das Kredit- und das Marktrisiko erstellt. Die Frequenz des Reportings hängt von der Risikoart ab, erfolgt aber zumindest jährlich. Das Ergebnis wird zeitnah dem Vorstand zur Kenntnis gebracht. Alarmierende Ergebnisse (z.B. eine statistisch gesehen zu hohe Anzahl an Ausreißern) führen umgehend zu einer Analyse der Berechnungsmethoden oder der Modelle.

Stresstesting: Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiken werden regelmäßig risikoartenspezifischen Stresstests unterzogen, wobei die Krisenszenarien derart gestaltet werden, dass das Eintreten von sehr unwahrscheinlichen aber nicht unmöglichen Ereignissen simuliert wird. Anhand dieser Vorgehensweise können u.a. atypische tail losses (extreme Verluste) erkannt und analysiert werden – diese Methodik stellt insbesondere im Falle von fat tails eine hilfreiche Ergänzung zur VaR Methodik dar.

Neben diesen risikoartenspezifischen Stresstests und Sensitivitätsanalysen werden regelmäßig auch risikoartenübergreifende Stresstests durchgeführt. Dabei werden zuerst volkswirtschaftliche Krisenszenarien definiert und daraus die geänderten Risikoparameter für die einzelnen Risikokategorien und Geschäftsfelder abgeleitet. Neben der Risikoseite werden auch die Effekte der Krisenszenarien auf die Risikodeckungsmassen ermittelt. In einer gestressten Risikotragfähigkeitsrechnung werden schließlich die verschiedenen Auswirkungen der Krisenszenarien auf die Risikotragfähigkeit zusammengefasst und analysiert. Zusätzlich werden auch Reverse-Stresstests und portfoliospezifische Stresstests durchgeführt.

2.2.4 Risikostrategie und interner Kapitaladäquanzprozess

Für die VBW als Teil des Verbundes gemäß § 30a BWG gilt die Verbund-Risikostrategie welche – unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Internal Capital Adequacy Assessment Process (ICAAP) – jährlich durch den ZO-Vorstand neu bewertet und festgelegt wird. Sie bildet die Grundlage für einen verbundweit einheitlichen Umgang mit Risiken. In der Risikostrategie werden allgemeine und verbundweit konsistente Rahmenbedingungen und Grundsätze für das Risikomanagement sowie die Ausgestaltung entsprechender Prozesse und

organisatorischer Strukturen verständlich und nachvollziehbar festgelegt und dokumentiert. Weiterentwicklungen in Bezug auf die angewandten Methoden zur Messung und Steuerung der Risiken fließen über den jährlichen Aktualisierungsprozess in die Risikostrategie ein.

Internationaler Best Practice folgend ist der ICAAP als revolvierender Steuerungskreislauf aufgesetzt. Dieser startet mit der Definition einer Risikostrategie, durchläuft dann den Prozess der Risikoidentifikation, -quantifizierung und -aggregation, und schließt mit der Bestimmung der Risikotragfähigkeit, der Kapitalallokation und Limitierung bis hin zur laufenden Risikoüberwachung. Die einzelnen Elemente des Kreislaufes werden mit unterschiedlicher Frequenz durchlaufen (täglich für die Risikomessung Marktrisiko Handelsbuch, monatlich für die Erstellung der Risikotragfähigkeitsrechnung, jährlich für Risikoinventur und Risikostrategie). Alle im Kreislauf beschriebenen Aktivitäten werden zumindest jährlich auf ihre Aktualität und ihre Angemessenheit hin geprüft und bei Bedarf an die aktuellen Rahmenbedingungen angepasst.

Auf Basis der Verbund-Geschäftsstrategie definiert der Verbund eine Risikostrategie um konsistente Rahmenbedingungen und Grundsätze für ein einheitliches Verbund-Risiko-Management zu schaffen. Die Verbund Risikostrategie gilt für den gesamten Verbund. Abgeleitet aus der Verbund-Risikostrategie definiert die VBW eine eigene Risikostrategie. Das Kernelement der Risikostrategie stellt ein integriertes Limitsystem und das Risk Appetite Statetment (RAS) dar, um die angemessene Ausrichtung der Risiko-, Kapital-, und Performanceziele sicherzustellen. Das auf Teilrisikoarten herunter gebrochene Limitsystem, sowie das RAS geben den Rahmen für jenes maximale Risiko vor, dass die VBW bereit ist, für die Erreichung der strategischen Ziele einzugehen. Die RAS Kennzahlen werden mit einem Ziel-, einem Trigger- und einem Limitwert versehen und werden ebenso wie die Gesamtbanken- und Teilrisikolimits laufend überwacht. Damit wird sichergestellt, dass Abweichungen von der Risikostrategie rasch erkannt werden und zeitgerecht Maßnahmen zur Gegensteuerung eingeleitet werden können.

Die Risikoinventur verfolgt das Ziel, das Gefahrenpotential neuer eingegangener wesentlicher Risiken zu erheben und bestehende wesentliche Risiken zu bewerten. Die Ergebnisse der Risikoinventur werden zusammengefasst, und für den Verbund sowie jedes zugeordnete Kreditinstitut und die VBW ausgewertet. Die Ergebnisse der Risikoinventur fließen in die Risikostrategie ein und bilden den Ausgangspunkt für die Risikotragfähigkeitsrechnung, da wesentliche Risikoarten in der Risikotragfähigkeitsrechnung zu berücksichtigen sind.

Die Risikotragfähigkeitsrechnung stellt die Basis der quantitativen Umsetzung des ICAAP dar. Mit ihr wird die jederzeit ausreichende Deckung der eingegangenen Risiken durch adäquate Risikodeckungsmassen nachgewiesen und auch für die Zukunft sichergestellt. Zu diesem Zweck werden auf der einen Seite alle relevanten Einzelrisiken aggregiert. Diesem Gesamtrisiko werden dann die vorhandenen und vorab definierten Risikodeckungsmassen gegenübergestellt und die Einhaltung der vom ZO-Vorstand beschlossenen verbundweit gültigen Gesamtbankrisikolimits und Einzelinstitutslimits auf monatlicher Basis überwacht und der Risikobericht erstellt.

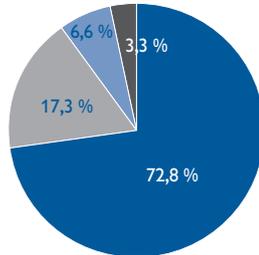
Bei der Bestimmung der Risikotragfähigkeit können unterschiedliche Zielsetzungen verfolgt werden, die sich in drei Sichtweisen widerspiegeln.

- Regulatorische Sicht (Einhaltung der regulatorischen Eigenmittelquoten)
- Ökonomische Liquidationssicht
- Ökonomische Going Concern Sicht

Die regulatorische Sicht vergleicht die Summe aller aufsichtsrechtlich mit Kapital zu unterlegenden Risiken nach vorgegebenen Risikomessmethoden und definierten Risikodeckungsmassen (basierend auf CRR/CRD IV, und BWG). Die Sicherstellung der regulatorischen Risikotragfähigkeit stellt, da gesetzlich vorgegeben, eine Mindestanforderung dar.

Per 31. Dezember 2015 ergibt sich für die VBW folgende Zusammensetzung der regulatorischen Gesamtrisikoposition:

- Kreditrisiko 72,8 %
- Positions-, Waren- und ODP-Risiko 6,6 %
- CVA Charge 3,3 %
- operationelles Risiko 17,3 %

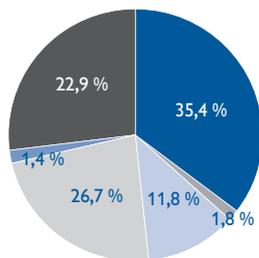


In der ökonomischen Liquidationssicht steht die Sicherung der Gläubigeransprüche im Liquidationsfall im Vordergrund. Bei dieser Sichtweise werden die Risikodeckungsmassen auf Basis des „internen“ Kapitals definiert. Dieses baut auf der regulatorischen Definition auf, umfasst aber noch zusätzliche Bestandteile wie z.B. den nicht testierten unterjährigen Jahresüberschuss/-fehlbetrag sowie stille Lasten/Reserven. Auch bei der Bestimmung der Gesamtrisikoposition wird auf „interne“ Verfahren, in der Regel Value at Risk, abgestellt. Dabei wird nicht nur auf die regulatorisch mit Eigenmitteln zu unterlegenden Risiken abgestellt, sondern es werden alle im Rahmen der Risikoinventur als wesentlich erachteten und quantifizierbaren Risiken in die Betrachtung mit einbezogen.

Bei der Risikoquantifizierung in der Liquidationssicht wird ein vom Zielrating der Bank abgeleitetes Konfidenzniveau von 99,9 % mit einer Haltedauer von 1 Jahr verwendet.

Per 31. Dezember 2015 ergibt sich für die VBW folgende Zusammensetzung der Gesamtrisikoposition in der ökonomischen Liquidationssicht:

- Kreditrisiken 35,4 %
- Beteiligungsrisiken 1,4 %
- Marktrisiko Zinsänderungsrisiko BB 11,8 %
- operationelle Risiken 22,9 %
- makroökonomisches Risiko 1,8 %
- ZO-Risikoverteilung 26,7 %



In der Going-Concern-Sicht soll der Fortbestand einer geordneten Geschäftstätigkeit sichergestellt werden. Die Going-Concern Betrachtung stellt auf eine Deckung von Risiken durch kurzfristig verfügbares Kapital im täglichen Geschäft ab. Kleinere, mit hoher Wahrscheinlichkeit auftretende Risiken sollen verkraftet werden können, ohne den laufenden Geschäftsbetrieb zu gefährden. Als Risikodeckungsmasse werden daher im Wesentlichen nur stille Reserven/Lasten, der im laufenden Geschäftsjahr erzielte Jahresüberschuss/-fehlbetrag, der Plangewinn/Planverlust für die nächsten 12 Monate, sowie jenes Kapital, dass die in der Risikostrategie festgesetzte Kapitalquote überschreitet angesetzt. Bei der Risikoquantifizierung wird dafür auf ein moderates Konfidenzniveau von 95 % und einer Haltedauer von 1 Jahr abgestellt.

Die ökonomische Risikotragfähigkeitsrechnung wird als maßgebliche Sichtweise im Rahmen der Steuerung verstanden, da durch die Verbindung von Risikomessung und Ertragsrechnung die risikoadjustierte Ertragssteuerung ermöglicht wird. Standard-Performance-Messmethoden wie der Return on Equity (ROE) werden durch den aussagekräftigen, risikoadäquaten Return on Economic Capital (ROEC) ergänzt, wodurch Geschäftsbereiche in ihrer Performance vergleichbarer werden und damit die Grundlage für eine wertorientierte Banksteuerung gelegt wird.

2.2.5 Kreditrisiko

Unter Kreditrisiko werden folgende Risikosubarten zusammengefasst:

- das Ausfallrisiko
- das Kontrahentenausfallrisiko
- das Kreditkonzentrationsrisiko
- das Tilgungsträgerrisiko
- das Transferrisiko
- das Migrationsrisiko
- das makroökonomische Risiko
- das Risiko aus FX Krediten

Unter dem Ausfallrisiko werden mögliche Verluste verstanden, die durch den Ausfall von Geschäftspartnern, die Fremdkapitalnehmer der VBW sind, entstehen können.

Unter Kontrahentenausfallrisiko (Counterparty-Risk) wird das Risiko verstanden, dass ein Geschäftspartner in einem unbesicherten - over the counter (OTC) - Derivategeschäft seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht oder nur eingeschränkt nachkommen kann und hierbei ein tatsächlicher Verlust, resultierend aus einem positiven Marktwert des Derivategeschäftes (Wiedereindeckungsrisiko), für die VBW eintritt.

Unter Kreditkonzentrationsrisiko wird jenes Risiko verstanden, dass auf Grund eines Ausfalls eines Kunden, die gesamte Gruppe seiner wirtschaftlichen Verflechtungen ausfällt, obwohl diese Verbindung keinen zwingenden Ausfall der Gruppe nach sich ziehen würde.

Unter Tilgungsträgerrisiko wird die Gefahr verstanden, dass ein Tilgungsträger der angespart wird, um eine Forderung zu tilgen, nicht die gewünschte Performance zeigt und schließlich nicht ausreicht, die Forderung abzudecken. Diese Lücke zwischen erwarteten Ansparvolumen und aushaftender Forderung bei Laufzeitende dient als Orientierung des potentiellen Verlustes.

Transferrisiko entsteht bei Forderungen, die über Staatsgrenzen hinweg bestehen. Im Falle eines Zahlungsaufschubs (Moratoriums) werden Geldflüsse aus einem Land unterbunden, obwohl der Kreditnehmer zahlungswillig und auch -fähig ist. Die Wahrscheinlichkeit dafür wird als zusätzlicher Aufschlag auf die Wahrscheinlichkeit der Zahlungsunfähigkeit modelliert.

Das Migrationsrisiko ist die Veränderung der Bonität eines Schuldners, ausgedrückt über die Veränderung der Ratingeinstufung und damit der Ausfallwahrscheinlichkeit. Hierbei sind Verluste noch nicht schlagend geworden jedoch ist die Wahrscheinlichkeit signifikant gestiegen, dass sich daraus potentiell Ausfälle ergeben können.

Das makroökonomische Risiko ist das Risiko von Verlusten, die durch die Veränderung der allgemeinen Wirtschaftslage entstehen. Das Risiko aus FX Krediten entsteht auf Grund der Inkongruenz zwischen der Währung des Einkommens des Debtors und der Währung der Finanzierung. In dem Fall, dass sich der Wechselkurs für den Kunden nachteilig entwickelt, steigt die monatliche Belastung für den Kunden, was zu zusätzlichen Ausfällen führen kann.

Kreditrisikoreporting

Das Kreditrisikoreporting erfolgt monatlich mit dem Zweck, stichtagsbezogen eine detaillierte Darstellung des bestehenden Kreditrisikos der VBW und auch des Kreditinstituts-Verbund gemäß §30a BWG zu geben. Entsprechende Reports werden für die VBW und die wesentlichen Geschäftsfelder erstellt. Die Informationen fließen auch in die Kreditrisikoteile des Risikoberichts ein.

Die Berichte umfassen die quantitative Darstellung der steuerungsrelevanten Informationen zum Kreditrisiko, die durch eine kurze Lageeinschätzung und gegebenenfalls weitere qualitative Informationen ergänzt werden.

Folgende Analysen sind Bestandteil des monatlichen Reports:

- Portfolioverteilungen
- Neugeschäftsentwicklung
- Bonitätsverteilungen
- Non-performing loans
- Kreditrisikokonzentrationen
- Ländergruppenanalyse
- Kundensegmente (Kundensegmentsplit)
- Branchenverteilungen (Kommerz)
- Wesentliche CVaR Informationen

Diese Analysen werden nach verschiedenen Größen und Kennziffern dargestellt wie beispielsweise: Blankoexposure, Gesamtrahmen, erwarteter Verlust, gebildete Risikovor-sorge, Standardrisikokosten, Non-performing Loans, CVaR.

Organisation und Risikostrategie

In allen Einheiten der VBW, die Kreditrisiko generieren, ist eine strenge Trennung von Vertriebs- und Risikomanagementeinheiten gegeben. Sämtliche Einzelfallentscheidungen werden unter strenger Beachtung des 4-Augen-Prinzips getroffen, wobei für die Zusammenarbeit zwischen den Risikomanagementeinheiten in den Tochtergesellschaften und dem Risikomanagement der VBW eindeutige Abläufe festgelegt wurden. Bei großvolumigen Geschäften sind Prozesse etabliert, durch die die Einbindung des operativen Risikomanagements und des Vorstandes in die Risikoanalyse bzw. Kreditentscheidung sichergestellt werden. Eine wesentliche Rolle spielen dabei Limitsysteme, welche die Entscheidungskompetenzen der einzelnen Einheiten in einen Rahmen fassen.

Zur Messung und Steuerung des Kreditrisikos ist auch die Entwicklung von ausgereiften Modellen sowie von Systemen und Prozessen, die auf das bankindividuelle Portfolio zugeschnitten sind, notwendig. Dadurch soll einerseits die Kreditentscheidung strukturiert und verbessert werden, andererseits bilden diese Instrumente bzw. deren Ergebnisse auch die Grundlage für das Portfoliomanagement. Im Zuge der Implementierung dieser Systeme wurde in der VBW insbesondere darauf geachtet, dass alle eingesetzten Ratingsysteme eine vergleichbare Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default - „PD“) aufweisen und mit der VB Masterskala, die insgesamt 25 Ratingstufen umfasst, verbunden sind. Das verwendete PD-Band ermöglicht nicht nur den Vergleich interner Ratings mit den Klassifizierungen externer Ratingagenturen, sondern vor allem den Vergleich der Bonitätseinstufung über Länder und Kundensegmente hinweg.

Kreditportfolio und Credit Value at Risk

Das Kreditrisiko wird über die Credit Value at Risk (CVaR) Methodik gemessen. Die VBW hat sich zu diesem Zweck für eine analytische Berechnungsmethode, basierend auf einem versicherungsmathematischen Ansatz, entschieden. Im Detail wird für die Modellierung der Kreditrisiken im Kreditportfolio ein weiterentwickeltes und den internen Erfordernissen angepasstes CreditRisk+ Modell herangezogen.

Der CVaR wird für folgende Aufgaben eingesetzt:

- Breakdown des CVaRs auf einzelne Geschäftsfelder und Kunden
- Erkennen von Portfoliokonzentrationen
- Analyse der Entwicklung des CVaR in Bestands- und Neugeschäft
- Analyse des marginalen Beitrags einzelner Kunden
- Identifikation der wesentlichen Treiber hinter CVaR Veränderungen (wie beispielsweise: Neugeschäft, Exposure at Default (EAD), Besicherung, Verlustquote, Ausfallsrate, Risikofaktor)

Der CVaR für das Kreditrisiko wird im Rahmen der Gesamtbanksteuerung auch noch für folgende Zwecke verwendet:

- Ermittlung des ökonomischen Kapitals
- Herstellen der Vergleichbarkeit der Risikosituation für unterschiedliche Risikoarten (z.B. Kreditrisiko und Marktrisiko)
- Grundlage für die Berechnung risikoadjustierter Erfolgskennzahlen (z.B. ROEC)
- Basis für Kapitalallokation
- Ermittlung der Kapitalkosten eines Kredits in der Vor- und Nachkalkulation

Die Ergebnisse des CVaR dienen dazu, zusätzliche Informationen für die Portfolioanalyse und -steuerung zu gewinnen. Ein entsprechender quartalsweiser Report wird erstellt.

Wichtigstes Ziel für den Einsatz der Kreditrisiko-Methoden und Instrumente ist die Verlustvermeidung durch Früherkennung von Risiken. Eine adäquate Steuerung erfolgt über Früherkennungssysteme.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrollingfunktion

Limitierung

Die Überwachung, Steuerung und Begrenzung des Risikos von Einzelengagements und von Klumpenrisiken erfolgt anhand folgender Limite:

- Kreditlimite für Gruppen verbundener Kunden (GvKs)
- Portfoliolimite

Im Volksbanken Verbund wird die Gruppe verbundener Kunden (GvK) als Basis für Limite bei Neukreditvergaben herangezogen. Hinsichtlich der Limite wird zwischen den Vorgaben auf Ebene des Volksbanken Verbundes und für die Fusionsgruppen bzw. Einzelinstitute unterschieden. Kreditlimite für GvK sind grundsätzlich Limite in Bezug auf

- Staats- und staatsähnliche Risiken, inklusive Länder, Nationalbanken, Supranationale Organisationen (z.B. EU) und staatsgarantierte Risiken
- Banken und bankähnliche Risiken: Diese dienen in erster Linie für das Treasury-Geschäft der ZO sowie Bankbuchveranlagungen
- Unternehmen, sowie alle Kreditnehmer, die nicht zu den Gruppen Staaten oder Banken gehören, damit sind Retailkunden und Gemeinden für Kreditrisikolimitierungen wie Unternehmen zu behandeln

Die Limite für das maximale Bruttogesamtobligo errechnen sich auf Basis von Prozentwerten an den jeweils anrechenbaren Eigenmitteln unter Berücksichtigung der Ratingstufen. Das maximale Blankoobligo errechnet sich als Prozentwert vom maximalen Gesamtobligo (wiederum gestaffelt nach Ratingklassen) unter Abzug von SK1 Sicherheiten. Sollten in einzelnen Geschäftsfeldern aufgrund der Besonderheiten Überschreitungen notwendig sein (z.B. bei Gemeinnützigen, Apotheken) müssen diese begründet und zur Genehmigung vorgelegt werden. Die Überprüfung der Limitierungen auf Einzelgeschäftsebene erfolgt kontinuierlich im operativen Risikomanagement der Teilinstitute und wird anhand zentraler Auswertungen durch die VBW in ihrer Rolle als Zentralorganisation überwacht.

Im Zusammenhang mit Portfoliolimitierungen werden derzeit in der VBW hauptsächlich Länderrisikolimite verwendet, die das Transferrisiko limitieren sollen. Zielformportfolio des Volksbanken Verbunds ist das Österreichgeschäft. Daher ist das Auslandsgeschäft durch ein Limit von 5 % beschränkt.

Konzentrationen

Die Quantifizierung und Bewertung von Konzentrationen erfolgt einerseits über die monatlich erstellte CVaR-Berechnung und andererseits vierteljährlich im Zuge der Erstellung des Risikoberichtes und umfasst beispielhaft Konzentrationen auf Einzelkundenebene für Unternehmen, Banken und der öffentlichen Hand.

Ratingsysteme

In der VBW werden standardisierte Modelle zur Bonitätsbestimmung (die VB Ratingfamilie) und zur Bestimmung der Verlusthöhe im Ausfall angewendet. Die erwartete Ausfallswahrscheinlichkeit jedes Kunden wird über die VB Ratingfamilie geschätzt und über die VB Masterskala ausgedrückt. Das Konzept der VB Masterskala erlaubt es, Kreditnehmer über Regionen und Kundengruppen hinweg bonitätsmäßig zu vergleichen.

Die Ratingklassen der Ratingstufe 5 decken die zur Anwendung kommenden Ausfallgründe für einen Kredit ab und werden auch zum Reporting nichtperformender Kredite (Non-performing loans, NPL) herangezogen. Als Problemkredite werden Kredite aus Teilen der Ratingstufe 4 sowie Kredite mit mehr als 60 Tagen Überfälligkeit definiert. Eine genaue Darstellung der Ratingmethoden ist in der aufsichtlichen Offenlegung auf der institutseigenen Homepage zu finden.

Kontrahentenausfallrisiko

Dem Kontrahentenrisiko für Marktwerte aus unbesicherten Derivaten wird mittels Credit Value Adjustments (CVA) bzw. Debt Value Adjustment (DVA) – als Näherungsfunktion des potenziellen zukünftigen Verlustes in Bezug auf das Kontrahentenausfallrisiko – Rechnung getragen. Das Expected future exposure (EFE) wird hierbei mittels Monte Carlo Simulation ermittelt. Für jene Kontrahenten, für die keine am Markt beobachtbaren Credit Spreads verfügbar sind basieren die Ausfallswahrscheinlichkeiten auf internen Ratings des Volksbanken Verbundes.

Mit den wichtigsten Kontrahenten der VBW bestehen rechtlich abgesicherte Nettingvereinbarungen, die sowohl für das interne Risikocontrolling als auch für die Berechnung der Eigenmittelerfordernisse Berücksichtigung finden. Die VBW verwendet kein internes Modell zur Berechnung des Kontrahentenausfallrisikos.

2.2.6 Marktrisiko

Definition

Marktrisiko ist das Risiko, dass sich der Wert einer Vermögensposition aufgrund von Veränderungen im Preis/Kurs wertbestimmender Marktrisikofaktoren verändert. Die VBW unterscheidet folgende Untergruppen des Marktrisikos:

- Marktrisiko im Handelsbuch
- Zinsänderungsrisiko im Bankbuch
- Credit Spread Risiko
- Fremdwährungsrisiko ODP (offene Devisenpositionen)
- Optionsrisiken

Marktrisiko im Handelsbuch

Auf Basis der Geschäftsstrategie hat das Marktrisiko im Handelsbuch der VBW eine untergeordnete Bedeutung. Die Steuerung und Überwachung der Marktrisiken im Treasury der VBW wird von der unabhängigen Abteilung Markt- und Liquiditätsrisiko wahrgenommen, die im Bereich Risikocontrolling angesiedelt ist. Neben der täglichen Risiko- und Ertragsdarstellung, der Vorgabe der Limitstruktur auf Basis des vom Vorstand zur Verfügung gestellten ökonomischen Kapitals zählen die Administration der Front-Office Systeme, das CSA Management, die Weiterentwicklung der Risikomesssysteme und die Überwachung der Marktrisiko- und Kontrahentenlimite zu den Hauptaufgaben der Abteilung.

Zinsänderungsrisiko im Bankbuch

Das Eingehen von Zinsänderungsrisiken ist ein normaler Bestandteil des Bankgeschäftes und stellt eine wichtige Einkommensquelle dar. Allerdings können übertriebene Zinsrisiken eine signifikante Bedrohung für die Ertrags- und Kapitalsituation darstellen. Dementsprechend ist ein wirkungsvolles Risikocontrolling, das das Zinsänderungsrisiko abgestimmt auf den Geschäftsumfang überwacht und begrenzt, wesentlich für die Erhaltung der Risikotragfähigkeit der Bank.

Die funktionale Trennung zwischen den Einheiten, welche Zinsänderungsrisiken eingehen und jenen, die diese Risiken überwachen, ist gegeben.

Das Asset-Liability Komitee (ALCO) ist das Koordinationsgremium für die Steuerung der ALM-Prozesse und wird auf Basis der Geschäftsordnung monatlich oder bei Bedarf auch kurzfristig abgehalten.

Das Asset-Liability-Management (ALM) ist verantwortlich für die Angemessenheit der ALM-Organisation, leitet die Sitzungen des ALCO und erarbeitet die für die Entscheidung relevanten Grundlagen und Auswertungen.

Die Abteilung Markt- und Liquiditätsrisiko ist für die Vorgabe der Risikomessmethoden und deren laufende Weiterentwicklung verantwortlich. Ebenso fällt die Erstellung von Auswertungen und Analysen, Vornahme von Parametereinstellung und die Limitüberwachung in ihren Zuständigkeitsbereich. Die erstellten Reports dienen dem ALCO als Entscheidungsgrundlage für die Steuerung.

Erklärtes Ziel des Zinsrisikomanagements ist es, alle wesentlichen Zinsänderungsrisiken aus Aktiva, Passiva und Außerbilanzpositionen des Bankbuches zu erfassen. Dafür ist es notwendig, sowohl den Einkommenseffekt als auch den Barwerteffekt von Zinsänderungen mit Simulationsszenarien in Form von statischen und dynamischen Reports, welche zusätzlich das Neugeschäft einbinden, zu analysieren.

Credit Spread-Risiko

Der Credit Spread definiert sich als Aufschlag auf den risikolosen Zins, den der Käufer eines Wertpapiers als Risikoprämie dafür erhält, dass er nicht risikolos investiert. Der Credit Spread ergibt sich aus der Differenz des entsprechenden Zinssatzes (Referenzzinssatz) zum risikolosen Zinssatz. Das Credit Spread Risiko entsteht demnach aus den Schwankungen der Vermögensbarwerte aufgrund sich im Zeitablauf verändernder Credit Spreads.

Bei den für das Credit Spread Risiko relevanten Geschäften handelt es sich um Veranlagungen im Eigenbestand, ohne Forderungen an Kunden, mit langfristiger Behalteabsicht. Dies umfasst im Wesentlichen die Assetklassen: Anleihen, Fonds, Verbriefungen, Kreditausfallversicherungen (CDS) sowie Schuldscheindarlehen.

Für diese Positionen des Strategischen Bankbuchs werden Risikokennzahlen für das Credit Spread Risiko berechnet. Die ermittelten Risikokennzahlen sind der Credit Spread Value-at-Risk (CS VaR) sowie Credit Spread Sensitivitäten.

Risikoreports

Ein wichtiger Baustein des Reportings ist der Gap Report, welcher auch die Basis für die Zinsrisikostatistik nach der Methode Zinsbindungsbilanz bildet. Zur Ermittlung der Gaps werden zinnsensitive Produkte nach ihren Restlaufzeiten bzw. ihren Zinsfestsetzungszeitpunkten den entsprechenden Laufzeitbändern zugeordnet.

Zusätzlich wird ein Gap Report, welcher das Basisrisiko z.B. von Positionen, welche an die Sekundärmarktrendite gebunden sind, durch replizierende Fixzinsportfolios approximiert, erstellt.

Um weitere Kennzahlen zu erhalten werden zusätzlich Barwert Reports erstellt. Neben Parallelverschiebungen kommen auch Drehungen der Zinskurven zum Einsatz. Diese Szenarien und Stresstests werden regelmäßig auf ihre Gültigkeit geprüft und können ergänzt oder ersetzt werden.

Marktrisikococontrolling im Handelsbuch

Kernstück der Risikoüberwachung stellt die tägliche Schätzung des möglichen Verlustes dar, welcher durch ungünstige Marktbewegungen entstehen kann. Diese Value at Risk

Berechnungen werden im Risikomanagementsystem MUREX nach der Methode der historischen Simulation durchgeführt.

Bei der historischen Simulation werden jeweils auf die aktuelle Ausprägung der Risikofaktoren die historisch beobachteten Veränderungen aufgeschlagen. Dadurch erhält man hypothetische Ausprägungen der Marktrisikofaktoren, welche als Basis für die Ermittlung des Value at Risks dienen.

Im nächsten Schritt wird das aktuelle Portfolio mit den zuvor generierten Szenarien bewertet. Dadurch erhält man hypothetische Portfoliowerte, welche zur Berechnung der profit and loss-Verteilung herangezogen werden, indem die Differenzen zwischen hypothetisch künftigem und aktuell beobachtetem Portfoliowert gebildet werden. Der VaR resultiert durch Anwendung des entsprechenden Quantils auf die empirisch ermittelte profit and loss-Verteilung.

Die verwendete Zeitreihenlänge entspricht der gesetzlichen Mindestanforderung von einem Jahr, die Höhe des VaR resultiert aus dem 1 % Quantil der hypothetischen profit and loss-Verteilung.

Die folgende Tabelle zeigt den VaR (99 % Konfidenzniveau, Haltedauer 1 Tag) im Handelsbuch für das Jahr 2015, aufgeteilt nach Risikoarten:

31.12.2015 TEUR	Zinsen	Währungen	Volatilität	Gesamt
Volksbank Wien AG Handelsbuch	103	0	74	137

Die Plausibilität und Verlässlichkeit der VaR Kennzahlen wird durch Rückvergleiche (Backtesting) täglich überprüft. Dabei werden die prognostizierten Verluste ex post mit den tatsächlich eingetretenen Handelsergebnissen verglichen. Eine Ausnahme (Ausreißer) liegt dann vor, wenn ein negatives Handelsergebnis den vom Modell ermittelten potenziellen Risikobetrag übersteigt.

Die Rückvergleiche in der VBW basieren auf hypothetischen Handelsergebnissen, bei denen von einem konstant gehaltenen Portfolio ausgegangen wird. Dabei wird am Folgetag eine Neubewertung des der VaR-Berechnung zugrunde liegenden Portfolios mit aktuellen Marktrisikofaktoren durchgeführt. Im Jahr 2015 kam es zu einem Backtesting Ausreißer.

Zentrales Element der Marktrisikosteuerung bildet eine vom Vorstand genehmigte Limitstruktur, welche die Risiko- und Treasurystrategie widerspiegelt.

Neben dem VaR werden zusätzlich noch eine Reihe weiterer Risikokennziffern täglich errechnet. Diese umfassen im Wesentlichen Zinssensitivitäten und Optionsrisikokennziffern (Delta, Gamma, Vega, Rho).

Volumenslimite für sämtliche Währungen begrenzen das Liquiditätsrisiko. Zusätzlich existieren noch Management- Action-Triggers und Stop-Loss-Limite. Es stehen die Frontoffice- und Risikomanagementsysteme MUREX und Bloomberg TOMS für das tägliche Risikocontrolling zur Verfügung. Als Unterstützung für die Bewertung von strukturierten Produkten wird zusätzlich der externe Preisrechner UnRisk verwendet.

Stresstesting

Da Ergebnisauswirkungen von Extremsituationen durch den VaR nicht abgedeckt werden können, werden monatlich bzw. anlassbezogen umfangreiche Stresstests über alle Portfolios des Handelsbuches durchgeführt.

Durch Krisentests erhält man einerseits eine Abschätzung, ob die Eigenmittel der Bank potenzielle große Verluste absorbieren können, andererseits können notwendige Maßnahmen ergriffen werden, mit denen die Bank ihr Risiko vermindern und ihr Eigenkapital erhalten kann.

Zinsänderungsrisiko im Bankbuch

Das Risikocontrolling erfasst alle wesentlichen Formen der Zinsänderungsrisiken wie z.B. Basis- und Optionsrisiken. Alle zinssensitiven Positionen der VBW werden einbezogen. Das Ziel des Risikocontrollings besteht darin, die Zinsänderungsrisiken der Bank innerhalb bestimmter, von der Bank selbst festgelegter Parameter zu halten.

Positionen mit unbestimmter Zinsbindung, dies sind vor allem die Bodensatzprodukte Spargelder und Giroeinlagen, aber auch Darlehen ohne Laufzeitende, werden mittels Fiktionen in die Risikomessung einbezogen. Die Annahmen wurden durch statistische Analysen oder Erfahrungswerte ermittelt bzw. durch Expertenmeinungen gebildet. Die getroffenen Annahmen werden dokumentiert, stetig eingehalten und regelmäßig auf ihre Gültigkeit überprüft. Abweichungen, sofern sie sachlich gerechtfertigt sind, werden ebenso dokumentiert und angezeigt. Zur Approximation des Basisrisikos innerhalb der Gap Ablauf-Reports werden Produkte (Interest Rate Swaps, Bonds, Darlehen), deren Zinsbindung ungleich der Zinsanpassung und größer/gleich ein Jahr ist, über replizierende Fixzinsportfolios in die Laufzeitbänder gestellt. Dies sind jene Positionen mit einer Zinsbindung an die Sekundärmarktrendite (SMR) oder an einen Constant Maturity Swap (CMS).

2.2.7 Operationelles Risiko

Definition

Die VBW definiert das Operationelle Risiko nach Kapitel 4 Abs. 52 CRR als die Gefahr von Verlusten, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen, Systemen oder von externen Ereignissen eintreten. Darüber hinaus wird auch das Rechtsrisiko im operationellen Risiko berücksichtigt.

Organisation und Risikostrategie

In der VBW ist das Linienmanagement für das Management der operationellen Risiken verantwortlich. Dieses wird dabei durch Experten aus den Bereichen operationelles Risiko und internes Kontrollsystem unterstützt. Ziel ist, die Optimierung von Prozessen, um die Eintrittswahrscheinlichkeit von operationellen Risiken zu verringern und/oder die Auswirkung operationeller Schäden zu reduzieren. Weiters ermöglicht eine enge Zusammenarbeit mit dem Security-, Safety- und Versicherungsmanagement eine optimale und umfassende Steuerung operationeller Risiken.

Zur Analyse operationeller Risiken werden sowohl quantitative als auch qualitative Methoden verwendet. Quantitative Methoden umfassen beispielsweise die Durchführung von Stresstest bzw. die Analyse von Risikoberichten. Bei signifikanter Häufung von Schäden in einzelnen Geschäftsbereichen erfolgen qualitative Risikoanalysen.

Die Ereignisdokumentation schlagend gewordener operationeller Risiken erfolgt in einer elektronischen Plattform. Die Angemessenheit der Risikosteuerungs- und Überwachungsmaßnahmen sowie weiterer risikominimierender Maßnahmen wird laufend, zumindest jedoch jährlich, bewertet und an den Vorstand berichtet.

Maßnahmen zur Risikosteuerung umfassen beispielsweise Bewusstseinsbildungsmaßnahmen/Schulungen, die betriebliche Notfallplanung aber auch die angemessene Trennung von Verantwortlichkeiten, die Beachtung des 4-Augenprinzips und das in den Geschäftsprozessen integrierte interne Kontrollsystem (IKS).

In der VBW ist ein internes Kontrollsystem (IKS) nach dem international anerkannten COSO-Standard installiert. Es existieren detaillierte Beschreibungen der IKS-Abläufe und der Kontrollmaßnahmen. Die Verantwortlichkeiten und Rollen in Bezug auf das IKS sind klar definiert. Für das IKS erfolgt ein regelmäßiges Reporting. Kontrollaktivitäten werden dokumentiert und überprüft, die IKS-relevanten Risiken werden regelmäßig evaluiert und angepasst. Somit ist ein laufender Optimierungsprozess gewährleistet. Die Revision prüft in ihrer Funktion als unabhängige Überwachungsinstanz das interne Kontrollsystem. Geprüft werden die Wirksamkeit und Angemessenheit des IKS sowie die Einhaltung der Arbeitsanweisungen.

2.2.8 Liquiditätsrisiko

Definition

Unter Liquiditätsrisiko wird die Gefahr verstanden, Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt der Fälligkeit nicht nachkommen zu können bzw. die erforderliche Liquidität bei Bedarf nicht zu den erwarteten Konditionen beschaffen zu können.

Die Steuerung des Liquiditätsrisikos erfolgt durch die Überwachung von Überhängen aus der Zuordnung von Cashflows aller Aktiv- und Passivposten zu definierten Laufzeitbändern.

Organisation und Strategie

Den gesetzlichen Vorgaben, Trennung Markt und Marktfolge, entsprechend wird das Liquiditätsmanagement und -steuerung im Sinne einer ganzheitlichen ALM-Betrachtung im Bereich Treasury durchgeführt. Die Überwachung und Limitierung des Liquiditätsrisikos sowie die methodischen Vorgaben der Risikomessung werden vom Risikocontrolling wahrgenommen.

ALM Liquiditätsmanagement

Das ALM Liquiditätsmanagement umfasst die Teilbereiche Operatives Liquiditätsmanagement, Liquiditätssteuerung und -strategie und ist sowohl für die operative Liquiditätssteuerung, das kurzfristige Reporting als auch das langfristige, strategische Liquiditätsmanagement verantwortlich. Das Liquiditätsmanagement ist die zentrale Stelle in der VBW und im Volksbanken-Verbund für alle Liquiditätsfragen. Dazu gehören im Besonderen das Pricing von Liquidität (Transferpricing), das verbundweite zentrale Management von Collateral, die Festsetzung der Fundingstruktur, die Disposition der verfügbaren liquiden Mittel und die Verantwortung über die Einhaltung der Refinanzierungsstrategie.

Zusätzlich wird das Liquiditätsmanagement durch die Liquiditäts- und Fundingstrategie, das Liquiditätshandbuch und das Liquiditätsnotfallhandbuch dokumentiert.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrollingfunktion

Operatives Liquiditätsmanagement

Im operativen Liquiditätsmanagement werden unter Einsatz verschiedener implementierter Instrumentarien sowie Tools die Einhaltung der Vorgaben des Risikocontrollings der gesetzlichen Vorschriften, das tägliche Reporting sowie die Liquiditätsversorgung im kurzfristigen Bereich der VBW und des Volksbanken-Verbundes sichergestellt.

Liquiditätsrisikocontrolling

Risikoreports

Zur Darstellung des strukturellen Liquiditätsrisikos erstellt die Abteilung Markt- und Liquiditätsrisiko einen Liquidity Gap Report. Sowohl deterministische und stochastische Kapital cash flows wie auch Zins cash flows von on- und off-balance sheet Produkten werden dabei berücksichtigt. Die cash flows werden zunächst in ihrer Ursprungswährung berechnet bzw. modelliert und anschließend aggregiert und auf EURO umgerechnet. Mit der GAP-Methodik werden aus den kumulierten Zahlungsströmen Über- und Unterdeckungen identifiziert und analysiert. Der Report visualisiert die netto cash flows pro Laufzeitband, den kumulierten cash flow sowie den Liquidity Buffer. Der Liquidity Buffer entspricht dem Belehntwert der unbelasteten bei den Zentralbanken hinterlegten und akzeptierten Assets bzw. Collaterals sowie den Kassabestand und der Barreserve bei der OeNB.

Die Limitierung des strukturellen Liquiditätsrisikos erfolgt im Real Case Szenario und in den Stress Szenarien mittels der Structural Survival Period und der Net Concentration Ratio. Die Structural Survival Period beschreibt jene Periode bis zu der das Institut fähig ist seine fälligen Auszahlungen durch Einzahlungen und den Liquidity Buffer zu bedienen. Zusätzliche Funding Maßnahmen sind hier nicht berücksichtigt und würden die Structural Survival Period verlängern. Die Net Concentration Ratio ist der netto cash flow der cash in flows und cash out flows für ein bestimmtes Laufzeitband im Verhältnis zum Liquidity Buffer.

Das Ziel der LCR ist die Sicherstellung der kurzfristigen Zahlungsfähigkeit von Banken unter Stressbedingungen. Die NSFR zielt auf die strukturelle, mittel- bis langfristige Liquiditätsposition von Banken ab und soll die von Banken eingegangene Liquiditätsfristen-Transformation begrenzen. Mit Stichtag 31.12.2015 betrug die LCR in der VBW 101 %.

2.2.9 Beteiligungsrisiko

Unter Beteiligungsrisiko versteht die VBW das Risiko, dass eine gehaltene Beteiligung ausfällt oder an Wert verliert. Da dieses Risiko wesentlich ist, wird es quantifiziert und in der Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigt. Das Beteiligungsrisiko wird dazu in folgende Ausprägungen unterteilt:

- Ausfallrisiko von Beteiligungen
- Abwertungsrisiko von Beteiligungen
- FX-Risiko aus Beteiligungen

Das Ausfallrisiko von Beteiligungen wird über das Credit Value at Risk Modell berechnet und im Zuge des Kreditrisikoreportings auch berichtet wobei nicht nur klassische Beteiligungen sondern auch Kredite an diese Beteiligungen, die der IAS 24 Related Parties Definition entsprechen, in dieser Risikoart berücksichtigt werden.

Das Abwertungsrisiko von Beteiligungen wird mittels Abschlägen von den Buchwerten der Beteiligungen in der Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigt.

Das FX-Risiko aus Beteiligungen beschreibt das Risiko der Wertänderung konsolidierter Kernkapitalbestandteile in Nicht-EUR-Währungen aufgrund von Wechselkursschwankungen und wird mittels Value at Risk über das interne Marktrisikomodell berechnet.

Das Beteiligungsvolumen zu Anschaffungswerten beträgt zum 31.12.2015 EUR 215,6 Mio. wovon EUR 111,8 Mio. auf verbundene Unternehmen und EUR 103,8 Mio. auf Beteiligungsunternehmen entfallen. Die Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sind vorwiegend dem Finanzdienstleistungssektor zuzuordnen. Die Zugänge aus der Abspaltung der ÖVAG und den beiden Retailfusionen betragen bei den verbundenen Unternehmen EUR 89,0 Mio. und bei den Beteiligungen EUR 55,5 Mio. Zum 31.12.2015 liegen kumulierte Abschreibungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen in Höhe von EUR 86,1 Mio. und auf Beteiligungen in Höhe von EUR 83,5 Mio. vor. Abwertungen von und Vorsorgen für Beteiligungen und verbundenen Unternehmen wurden 2015 in Höhe von EUR 13,1 Mio. vorgenommen.

Aufgrund der andauernden schwierigen wirtschaftlichen Entwicklung, vor allem auch im Bankenumfeld, besteht das Risiko von sinkenden Erträgen und Ausschüttungen aus Beteiligungen. Dies kann zukünftig zu geringeren Marktwerten führen.

2.2.10 Sonstige Risiken

An sonstigen Risiken sieht sich die VBW dem strategischen Risiko, dem Reputationsrisiko, dem Eigenkapitalrisiko und dem Business Risiko gegenüber.

Das strategische Risiko ist das Risiko einer negativen Auswirkung auf Kapital und Ertrag durch geschäftspolitische Entscheidungen oder mangelnde Anpassung an Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld.

Das Reputationsrisiko ist die Gefahr negativer Auswirkungen auf das Bankergebnis durch einen Reputationsverlust und einen damit verbundenen negativen Effekt auf die Stakeholder (Aufsicht, Eigentümer, Gläubiger, Mitarbeiter, Kunden).

Unter Eigenkapitalrisiko versteht die VBW die Gefahr einer unausgewogenen Zusammensetzung des bankinternen Eigenkapitals hinsichtlich Art und Größe der Bank oder Schwierigkeiten, zusätzliche Risikodeckungsmassen im Bedarfsfall schnell aufnehmen zu können.

Das Business Risk (Ertragsrisiko) ist das Risiko aus der Volatilität der Erträge und damit die Gefahr, die remanenten Fixkosten nicht mehr (vollständig) abdecken zu können.

Die sonstigen Risiken besitzen zwar keine wesentliche Bedeutung für die VBW, sind aber aufgrund der Geschäftstätigkeit immanent. Zur Steuerung der sonstigen Risiken sind vor allem organisatorische Maßnahmen implementiert. Zur Abschirmung der sonstigen Risiken wird daher über das ökonomische Gesamtbankrisikolimit ein Kapitalpuffer definiert.

2.3 Verwendung von Finanzinstrumenten

In der VBW sind zinssatz-, währungs- und kreditbezogene sowie sonstige derivative Finanzinstrumente im Einsatz. Hinsichtlich der Volumina (Derivatespiegel) und der Angaben zu den Finanzinstrumenten gemäß § 237a UGB wird auf den Anhang („Ergänzende Angaben“) verwiesen. Im Bankbuch werden Finanzinstrumente in erster Linie zu Hedgingzwecken verwendet, d.h. zur Absicherung von Liquiditäts-, Fremdwährungs-, Credit-Spread- und Zinsänderungsrisiken sowie von Risiken in Substanzwerten.

Die Vorschriften gemäß AFRAC Stellungnahme „Die unternehmensrechtliche Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsinstrumenten“ vom September 2014 zur unternehmensrechtlichen Bilanzierung von Zinsrisiken durch Kreditinstitute werden angewendet. Andere im Geschäftsjahr 2015 entstandene Risiken und drohende Verluste aus derivativen Finanzinstrumenten wurden in der Höhe der negativen Marktwerte durch Dotierung von Rückstellungen berücksichtigt. Effektivitätsmessungen werden für Bewertungseinheiten laufend vorgenommen. Für negative Marktwerte aus ineffektiven Bewertungseinheiten werden entsprechende Risikovorsorgen (Rückstellungen) gebildet.

Im Handelsbuch werden Finanzinstrumente mit der Absicht verwendet, bestehende oder erwartete Unterschiede zwischen den Kauf- und Verkaufspreisen oder Schwankungen von Marktpreisen kurzfristig zu nutzen. Die Einhaltung der Limite im Handelsbuch werden durch eine eigene Marktrisikoabteilung laufend überwacht und ist in der Richtlinie „Marktrisiko“ geregelt. Für die Kontrolle des Marktrisikos werden Backtesting-Berechnungen angestellt, die täglich die Plausibilität und Verlässlichkeit der Risikokennziffern durch Rückvergleiche (Backtesting) überprüfen.

Dem Kontrahentenrisiko für positive Marktwerte aus unbesicherten Zinssteuerungsderivaten des Handelsbuches wird mittels Credit Value Adjustments („CVA“) – als Näherungsfunktion des potenziellen zukünftigen Verlustes in Bezug auf das Kontrahentenausfallsrisiko – Rechnung getragen. Die CVA Charge wird durch Multiplikation von Exposure, Probability of Default und Loss given Default sowie Add-On Faktoren, die von der Laufzeit und der Bonität des Kontrahenten des zugrunde liegenden Derivategeschäftes (Zinsen, Währungen, Aktien, Commodities) abhängen und als Prozentsatz des Nominales ausgedrückt werden, approximiert.

3 Bericht über Forschung und Entwicklung

Die VB Wien betreibt keine Forschung und Entwicklung.

4 Berichterstattung über wesentliche Merkmale des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Das Ziel des internen Kontrollsystems im Rechnungswesen ist es, das Management so zu unterstützen, dass es in der Lage ist, effektive interne Kontrollen in Hinsicht auf die Rechnungslegung zu gewährleisten. Der Vorstand trägt die Verantwortung für die Einrichtung

und Ausgestaltung eines entsprechenden internen Kontroll- und Risikomanagementsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess.

Die interne Revision überprüft unabhängig und regelmäßig auch im Bereich des Rechnungswesens die Einhaltung interner Vorschriften. Die Revision ist als Stabstelle dem Vorstand zugeordnet und deren Leiter berichtet direkt an den Vorstandsvorsitzenden und erstattet auch dem Aufsichtsrat quartalsweise Bericht.

4.1 Kontrollumfeld

Das interne Kontrollsystem ist ein System zur Dokumentierung aller durchgeführten Kontrolltätigkeiten und baut auf allen bereits in der Organisation aktiv durchgeführten Kontrollen auf (Operative Kontrollen/Management-Kontrollen). Der Vorstand gibt in der Richtlinie IKS (Richtlinie: Internes Kontrollsystem) einen Rahmen für die Implementierung des internen Kontrollsystems vor.

Die Implementierung des internen Kontrollsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist in umfangreichen internen Richtlinien und Vorschriften festgelegt. Für Hauptbuch-Buchungen ist grundsätzlich die Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips vorgeschrieben. Jeder Beleg hat die Unterschrift des Mitarbeiters, der den Beleg erstellt hat, sowie die Unterschrift des Anweisungs- und Freigabeberechtigten zu enthalten. Im Hauptbuch-Buchungssystem wird in elektronischer Form der Mitarbeiter dokumentiert, der den Buchungsauftrag gegeben hat.

4.2 Risikobeurteilung

Risiken in Bezug auf den Rechnungslegungsprozess werden durch die Prozessverantwortlichen erhoben und überwacht, um insbesondere die vollständige und korrekte Erfassung sämtlicher Geschäftsfälle, die zeitgerechte Überweisung von Rechnungen und die richtige Berechnung sowie termingerechte Abfuhr von Steuern sicherzustellen. Der Fokus wird dabei auf jene Risiken gelegt, die als wesentlich zu betrachten sind.

Für die Erstellung des Abschlusses müssen regelmäßig Schätzungen vorgenommen werden, bei denen das immanente Risiko besteht, dass die zukünftige Entwicklung von diesen Schätzungen abweicht. Dies trifft insbesondere auf die folgenden Posten und Sachverhalte des Abschlusses zu: Werthaltigkeit der finanziellen Vermögenswerte, Risiken des Bankgeschäfts, Sozialkapital sowie Ausgang von Rechtsstreitigkeiten. Teilweise wird auf öffentlich zugängliche Quellen abgestellt oder es werden externe Experten zugezogen, um das Risiko einer Fehleinschätzung zu minimieren.

4.3 Kontrollmaßnahmen

Kontrollmaßnahmen werden im laufenden Geschäftsprozess angewandt, um sicherzustellen, dass potentiellen Fehlern vorgebeugt wird bzw Abweichungen in der Finanzberichterstattung entdeckt und korrigiert werden. Die Kontrollmaßnahmen reichen von der Durchsicht der verschiedenen Periodenergebnisse durch das Management hin zur spezifischen Überleitung von Konten und Positionen und der Analyse der fortlaufenden Prozesse im Rechnungswesen. Im Rahmen des Internen Kontrollsystems werden zwei Arten von Kontrollen unterschieden.

Operative Kontrollen beinhalten manuelle Kontrollen, die von Mitarbeitern anhand bestimmter Arbeitsschritte durchgeführt werden, automatische Kontrollen, die mit Hilfe von EDV-Systemen durchgeführt werden, präventive Kontrollen, die das Ziel haben, durch Funktionstrennungen, Kompetenzregelungen und Zugriffsberechtigungen Fehler und Risiken im Vorhinein zu vermeiden.

Management-Kontrollen dienen dazu, auf Stichprobenbasis die Einhaltung von operativen Kontrollen durch die Führungskräfte sicherzustellen. Dazu liegt ein eigener Kontrollplan vor, in dem die Periodizität der Überprüfungen in Abhängigkeit des Risikogehaltes von der jeweiligen Führungskraft (Bereichsleiter, Abteilungsleiter, Gruppenleiter) festgelegt ist. Die Stichproben sind für Dritte nachvollziehbar im Kontrollplan zu dokumentieren. Die Ergebnisse werden halbjährlich an die nächste Führungskraft (Managementreporting) berichtet.

Die gesamte Kontrolldokumentation (Operative Kontrollen und Management-Kontrollen) erfolgt automationsunterstützt mittels der Software „BART“.

4.4 Information und Kommunikation

Richtlinien und Vorschriften hinsichtlich Finanzberichterstattung werden vom Management regelmäßig aktualisiert und an alle betroffenen Mitarbeiter kommuniziert.

Zusätzlich dazu werden die Mitarbeiter des Rechnungswesens laufend im Hinblick auf Neuerungen in der Rechnungslegung geschult, um Risiken einer unbeabsichtigten Fehlberichterstattung frühzeitig erkennen zu können.

Ein Managementreport wird zweimal jährlich erstellt. Dieser beinhaltet Aussagen über Vollständigkeit, Nachvollziehbarkeit, aktive Durchführung und Effektivität des Kontrollsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess.

4.5 Überwachung

Das Topmanagement erhält regelmäßig zusammengefasste Finanzreportings wie z.B. quartalsweise Berichte über die Entwicklung der jeweiligen Segmente und der wichtigsten Finanzkennzahlen. Zu veröffentlichende Abschlüsse werden von leitenden Mitarbeitern des Rechnungswesens, der Bereichsleitung und des Vorstandes vor Weiterleitung an die zuständigen Gremien einer abschließenden Kontrolle unterzogen.

Über das Ergebnis der Überwachungstätigkeit in Bezug auf die Rechnungslegungsprozesse wird im Rahmen des Managementreports berichtet. Der Report beinhaltet eine Risikoeinschätzung der Prozesse auf qualitativer Basis. Weiters wird im Report dokumentiert, wie viele Kontrollen in Relation zu den Kontrollvorgaben durchgeführt wurden.

Auch die interne Revision übt eine Überwachungs- und Aufsichtsfunktion aus.

Wien, 29. März 2016

Der Vorstand



DI Gerald FLEISCHMANN
Generaldirektor

Generalsekretariat, Organisation/IT,
Personalmanagement, Pressestelle, Risikocontrolling, Verbundstrategie



Dir. Josef PREISSEL
Generaldirektor-Stellvertreter

Compliance Office, Immobilientöchter, Integration/Operational Risk-Governance,
Recht, Revision, Risikomanagement Verbund, Risiko Retail/KMU,
Sanierungsmanagement, VB Services für Banken



Mag. Wolfgang SCHAUER
Vorstandsdirektor

Großkommerz, Marketing/Kommunikation, Regionaldirektionen/Filialbetrieb,
Treasury, Vertriebsmanagement, Markt Service Center



Dr. Rainer BORN
Vorstandsdirektor
Finanzen

BILANZEID

Erklärung aller gesetzlicher Vertreter

Wir bestätigen nach bestem Wissen, dass der im Einklang mit den maßgebenden Rechnungslegungsstandards aufgestellte Jahresabschluss des Mutterunternehmens ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt, dass der Lagebericht den Geschäftsverlauf, das Geschäftsergebnis und die Lage des Unternehmens so darstellt, dass ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entsteht, und dass der Lagebericht die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten beschreibt, denen das Unternehmen ausgesetzt ist.

Wien, im März 2016



DI Gerald FLEISCHMANN
Generaldirektor
Generalsekretariat, Organisation/IT,
Personalmanagement, Pressestelle, Risikocontrolling, Verbundstrategie



Dir. Josef PREISSEL
Generaldirektor-Stellvertreter
Compliance Office, Immobilientöchter, Integration/Operational Risk-Governance,
Recht, Revision, Risikomanagement Verbund, Risiko Retail/KMU,
Sanierungsmanagement, VB Services für Banken



Mag. Wolfgang SCHAUER
Vorstandsdirektor
Großkommerz, Marketing/Kommunikation,
Regionaldirektionen/Filialbetrieb, Treasury,
Vertriebsmanagement, Markt Service Center



Dr. Rainer BORNS
Vorstandsdirektor
Finanzen

BESTÄTIGUNGSVERMERK



VOLKSBANK WIEN AG, Wien
Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2015
29. März 2016

Bestätigungsvermerk

Bericht zum Jahresabschluss

Wir haben den beigefügten Jahresabschluss der

**VOLKSBANK WIEN AG,
Wien,**

für das **Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2015 bis zum 31. Dezember 2015** unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Dieser Jahresabschluss umfasst die Bilanz zum 31. Dezember 2015, die Gewinn- und Verlustrechnung für das am 31. Dezember 2015 endende Geschäftsjahr sowie den Anhang.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und die Buchführung

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind für die Buchführung sowie für die Aufstellung eines Jahresabschlusses verantwortlich, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft in Übereinstimmung mit den in Österreich anzuwendenden unternehmens- und bankrechtlichen Vorschriften vermittelt. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, damit dieser frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

BESTÄTIGUNGSVERMERK



VOLKSBANK WIEN AG, Wien

Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2015

29. März 2016

Verantwortung des Bankprüfers und Beschreibung von Art und Umfang der gesetzlichen Abschlussprüfung

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Standesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist. Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Jahresabschluss. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Bankprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher Fehldarstellungen, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Bankprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft abzugeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

Prüfungsurteil

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2015 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2015 bis zum 31. Dezember 2015 in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung.



VOLKSBANK WIEN AG, Wien
Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2015

Aussagen zum Lagebericht

Der Lagebericht ist auf Grund der gesetzlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben im Lagebericht nicht eine falsche Vorstellung von der Lage der Gesellschaft erwecken. Der Bestätigungsvermerk hat auch eine Aussage darüber zu enthalten, ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die Angaben gemäß § 243a UGB zutreffen.

Der Lagebericht steht nach unserer Beurteilung in Einklang mit dem Jahresabschluss. Die Angaben gemäß § 243a UGB sind zutreffend.

Wien, am 29. März 2016

KPMG Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

DDr. Martin Wagner
Wirtschaftsprüfer

**Österreichischer
Genossenschaftsverband**
(Schulze-Delitzsch)

Mag. Cornelia Albrecht
Revisorin

Dr. Michael Groth
Revisor



Beschluss des Vorstandes

Der Vorstand des Österreichischen Genossenschaftsverbandes hat den vorliegenden Bericht der Prüfer über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2015 einschließlich Lagebericht der VOLKSBANK WIEN AG, Wien, zur Kenntnis genommen.

**Österreichischer
Genossenschaftsverband**
(Schulze-Delitzsch)

A handwritten signature in black ink, consisting of several loops and a long horizontal stroke at the end, positioned below the printed name of the organization.

PERSONEN UND ADRESSEN

206	Volksbank Wien AG
207	Tochtergesellschaften
208	Terminologie
209	Impressum

VOLKSBANK WIEN AG

ZENTRALE

Volksbank Wien AG
A-1010 Wien, Schottengasse 10
Telefon: +43 (1) 40137-0
Telefax: +43 (1) 40137-7600
e-Mail: info@volksbankwien.at
Internet: www.volksbankwien.at

ANSPRECHPARTNER

Compliance Office

Mag. Gerald Emberger, MSc
e-mail: gerald.emberger@volksbankwien.at
Telefon: +43 (1) 40137-3576
Telefax: +43 (1) 40137-83576

Finanzen

Mag. (FH) Martin Scheibenreif
e-mail: martin.scheibenreif@volksbankwien.at
Telefon: +43 (1) 40137-3386
Telefax: +43 (1) 40137-83386

Großkommerz

Dir. Dipl.-Ing. Martin Rosar
e-mail: martin.rosar@volksbankwien.at
Telefon: +43 (1) 40137-3399
Telefax: +43 (1) 40137-7359

Integration/Operational Risk-Governance

Dir. Ing. Mag. Günter Alland
e-mail: guenter.alland@volksbankwien.at
Telefon: +43 (1) 40137-2600
Telefax: +43 (1) 40137-7610

Marketing/Kommunikation

Dir. Wolfgang Layr
e-mail: wolfgang.layr@volksbankwien.at
Telefon: +43 (1) 40137-3550
Telefax: +43 (1) 40137-7610

Organisation & IT

Ing. Mag. Michel Vukusic
e-mail: michel.vukusic@volksbankwien.at
Telefon: +43 (1) 40137-4920
Telefax: +43 (1) 40137-84920

Recht

Prok. Mag. Hans-Peter Hirtl
e-mail: hans-peter.hirtl@volksbankwien.at
Telefon: +43 (1) 40137-3788
Telefax: +43 (1) 40137-7602

Risiko Retail/KMU

Mag. (FH) Erich Fellner
e-mail: erich.fellner@volksbankwien.at
Telefon: +43 (1) 40137-7560
Telefax: +43 (1) 40137-7601

Treasury

Prok. Michael Santer
e-mail: michael.santer@volksbankwien.at
Telefon: +43 (1) 40137-3178
Telefax: +43 (1) 40137-83178

Verbundstrategie

Prok. Karl Kinsky, MBA
e-mail: karl.kinsky@volksbankwien.at
Telefon: +43 (1) 40137-3338
Telefax: +43 (1) 40137-83338

Vertriebsmanagement

Mag. (FH) Florian Dangl
e-mail: florian.dangl@volksbankwien.at
Telefon: +43 (1) 40137-4970
Telefax: +43 (1) 40137-84970

AUSGEWÄHLTE TOCHTERGESELLSCHAFTEN UND BETEILIGUNGEN

start:bausparkasse e.Gen.

A-1091 Wien, Liechtensteinstraße 111-115
Telefon: +43 (1) 31380-0
Telefax: +43 (1) 31380-209
e-mail: wien@start-bausparkasse.at
Internet: www.start-bausparkasse.at

VB Services für Banken Ges.m.b.H.

A-1090 Wien, Kolingasse 14-16
Telefon: +43 (1) 40137-0
Telefax: +43 (1) 40137-87545
e-mail: vbsecurities@volksbank.com
Internet: www.vbsecurities.volksbank.com

DACHVERBAND

Österreichischer

Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch)

A-1013 Wien, Löwelstraße 14
Telefon: +43 (1) 31328-0
Telefax: +43 (1) 31328-450
e-mail: service@oegv.volksbank.at
Internet: www.genossenschaftsverband.at

TERMINOLOGIE

Volksbanken-Verbund

Zum Volksbanken-Verbund gehören alle Institute der Primärstufe sowie die Haftungsgesellschaft des Verbundes (Volksbank Haftungsgenossenschaft eG) und die Sicherungseinrichtung des Verbundes (Volksbank Einlagensicherung eG).

Kreditinstitute-Verbund gem. § 30a BWG

Der Kreditinstitute-Verbund setzt sich aus den Instituten der Primärstufe als Zugeordnete Kreditinstitute und der VOLKSBANK WIEN AG als Zentralorganisation zusammen.

Volksbank Primärstufe

Stand: 26. April 2016

26 regionale Volksbanken, 5 Spezialbanken (Arztebank, IMMO-BANK AG, Österreichische Apothekerbank, SPARDA-BANK AUSTRIA und start:bausparkasse).

Die Zahl der Primärinstitute wird durch Fusionen auf 8 regionale Volksbanken und 2 Spezialbanken sinken.

VOLKSBANK WIEN AG

Ist als eine der regionalen Volksbanken Primärbank und gleichzeitig Zentralorganisation des Kreditinstitute-Verbundes gem. § 30a BWG.

Österreichischer Genossenschaftsverband

Revision und Früherkennung im Volksbanken-Verbund erfolgen durch den Österreichischen Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch) – kurz ÖGV. Ordentliche Mitglieder des ÖGV sind die Institute der Primärstufe sowie die Volksbank Haftungsgenossenschaft eG und die Volksbank Einlagensicherung eG.

Impressum:

VOLKSBANK WIEN AG
A-1010 Wien, Schottengasse 10
Telefon: +43 (1) 40137-0
e-Mail: info@volksbankwien.at
Internet: www.volksbankwien.at

Konzernberichtsteam und Redaktion:

Mag. Monika Bäumel, Mag. Gudrun Zillich, Prok. Karl Kinsky, MBA

Gestaltung und Produktion:

Volksbank Wien AG
A-1010 Wien, Schottengasse 10

Fotos:

Wilke, Schedl

Redaktionsschluss:

April 2016

Für die Richtigkeit und Vollständigkeit der zur Verfügung gestellten Daten und Informationen kann trotz sorgfältiger Recherche und Erfassung keine Haftung übernommen werden.